



DIE LINKE – Rostocker Parteitag

Für Frieden und Wiederaufbau in Afghanistan – Friedens- vorschläge der Partei DIE LINKE

*Beschluss der 1. Tagung des 2. Parteitages
der Partei DIE LINKE, Rostock, 16. Mai 2010*

Die NATO-Militärintervention in Afghanistan hat das Land Frieden, Stabilität und Wiederaufbau keinen Schritt näher gebracht. Im Gegenteil: Trotz massiver Aufstockung der NATO-Truppen auf inzwischen knapp 100 000 Soldatinnen und Soldaten und Ausweitung des militärischen Auftrages vom Schutz der Regierung in Kabul zu offensiven Kampfeinsätzen und Terroristenjagd in ganz Afghanistan sind die aufständischen bewaffneten Gruppen stärker als zuvor, ist die Sicherheitslage so schlecht wie noch nie. Die Bevölkerung gerät immer stärker zwischen die Fronten, immer mehr zivile Opfer sind zu beklagen.

Die Ausrichtung der internationalen Strategie auf den militärischen Sieg über die Aufständischen hat in den letzten neun Jahren dazu geführt,

- dass Initiativen für den Wiederaufbau vor allem nach militärischen Erfordernissen ausgerichtet wurden und damit kaum nachhaltige Wirkung entfaltet haben,
- dass sämtliche Initiativen für einen Friedensprozess im Keim erstickt wurden,
- dass beim Aufbau staatlicher Strukturen vor allem die Schaffung von Hilfstruppen für den Kampf der NATO gegen die Aufständischen im Mittelpunkt stand und deswegen andere dringend benötigte staatliche Kapazitäten unterentwickelt blieben,
- dass sich die Korruption der Regierung Karsai ausbreiten konnte und Fortschritte im Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe durch Demokratisierung und Schutz der Menschenrechte verhindert wurden.

Die Beschlüsse der Afghanistan-Konferenz in London 2010 haben deutlich gemacht, dass weder die Bundesregierung noch die anderen NATO-Staaten bereit sind, ihr Scheitern in Afghanistan einzugestehen und die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Stattdessen machen das aktuelle Afghanistan-Konzept der Bundesregierung und die Aufstockung der deutschen Truppen auf 5 350 deutlich, dass weiter auf

einen militärischen Sieg gesetzt wird. Deutschland ist immer mehr beteiligt am schmutzigen Krieg. Deutschland wird aber nicht am Hindukusch verteidigt – Deutschland führt Krieg in Afghanistan.

Die Mehrheit der Menschen in unserem Land will, dass die Bundeswehr aus Afghanistan abgezogen wird. Auch in anderen NATO-Staaten wächst der Widerstand gegen die Entsendung von Truppen nach Afghanistan. Die Entscheidung der niederländischen Sozialdemokraten, auch um den Preis der Aufgabe der Regierungsbeteiligung auf einem Abzug der Soldaten noch in diesem Jahr zu bestehen, bestätigt diese Tendenz. In Deutschland verliert die Politik der Bundesregierung an Rückhalt. In den Gewerkschaften und den Kirchen nehmen kritische Stimmen zu. Entwicklungspolitische Gruppen, darunter viele, die in Afghanistan tätig sind, fordern die Trennung von ziviler Hilfe und militärischer Gewalt. Auch in der SPD und bei den Grünen mehren sich die Stimmen, mit der Zustimmung zu den Truppenentsendungen Schluss zu machen. Im Februar 2011 muss der Bundestag erneut über die Verlängerung des deutschen Mandates entscheiden.

DIE LINKE vertritt wie die Friedensbewegung die Auffassung, dass im Interesse der afghanischen Bevölkerung Frieden und Wiederaufbau nicht noch Jahre warten können. Die Weichen müssen jetzt gestellt werden: Die Afghaninnen und Afghanen brauchen nach über 30 Jahren Krieg und Bürgerkrieg endlich Frieden.

Das erfordert als Erstes den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Nur wenn die Waffen schweigen, kann das Land aufgebaut werden. Der Abzug sollte sofort beginnen und Ende des Jahres abgeschlossen sein. Und er ist an keine Vorbedingungen zu knüpfen. Damit würde der Druck auf die anderen NATO-Partner erhöht, auch ihre Truppen möglichst rasch zurückzuziehen. Nur durch den Abzug der NATO aus Afghanistan kann der Frieden gewonnen werden.

Zweitens kann und darf den Afghanen nicht von außen eine Lösung ihrer Probleme aufgezwungen werden. Alle derartigen Versuche sind gescheitert. Aber die Bundesrepublik

In dieser Ausgabe

- Für Frieden im Nahen Osten
- Griechenland-Krise
- Forum China-Europa
- Die Zukunft Lateinamerikas
- Wahlen in Polen, Tschechien, Slowakei,
- Italien, Frankreich und Irak



Deutschland sollte zivile, selbstbestimmte Strukturen in Afghanistan unterstützen. Eine maßgebliche Teilhabe der Bevölkerung ist die wichtigste Voraussetzung für einen friedlichen Entwicklungsweg. Dazu gehört neben dem sofortigen Ende der militärischen Intervention Nachhaltigkeit im Kampf gegen Hunger, Armut, Gewalt und Unterentwicklung. Dazu gehören Selbstbestimmung und die Beendigung der Bevormundung. Westliches Leben, westliche Kultur und Wirtschaftsweisen sowie entsprechende Handelsbeziehungen dürfen Afghanistan nicht übergestülpt werden. Notwendig ist die Umwidmung von Geldern weg vom Militärischen hin zum Zivilen, die personelle und finanzielle Unterstützung von sozialen Projekten.

Drittens könnte der Abschluss eines Waffenstillstandsabkommens Auftakt für einen nationalen Friedens- und Aussöhnungsprozess sein. Wir sehen das als eine wesentliche Bedingung für eine friedliche Entwicklung des Landes. Statt Afghanisierung des Krieges Afghanisierung des Friedens. Es liegt in der Verantwortung der afghanischen Konfliktparteien, über ein solches Abkommen zu verhandeln. Der Verhandlungsprozess bedarf der internationalen Förderung, aber keiner Einmischung von außen. Diese sehen wir als eine Gefahr an, da sowohl Anrainerstaaten als auch Großmächte ihre eigene Agenda haben und versuchen werden, sie zu Lasten der Afghaninnen und Afghanen einzubringen.

Viertens sollte der Friedensprozess auch mit den Nachbarn Afghanistans durch den Aufbau regionaler Sicherheitsstrukturen international abgesichert werden. Dazu gehört

neben der Verpflichtung auf Nichteinmischung und regionale vertrauensbildende Maßnahmen auch eine engere Zusammenarbeit mit der Organisation der Islamischen Konferenz. Fünftens werden die Afghaninnen und Afghanen selbst die Mittel und Methoden zur Initiierung eines umfassenden Friedens- und Aussöhnungsprozesses bestimmen. Wir sind zuversichtlich, dass die afghanische Kultur und Tradition Instrumente hervorgebracht haben, die einen Friedens- und Aussöhnungsprozess ermöglichen, zum Beispiel die Ratsversammlungen (Schuras und Dschirgas). Aufgrund vieler Gespräche, die wir mit Afghaninnen und Afghanen geführt haben, sind wir der Überzeugung, dass die Ahndung der Kriegsverbrechen unabdingbar ist.

Sechstens geht es um die Stärkung der afghanischen Selbstbestimmung und die Intensivierung des wirtschaftlichen und zivilen Aufbaus. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sind kein Gegenstand militärischer Intervention. Frauenrechte, humanitäre Hilfe, Demokratie dürfen nicht zur Begründung des Krieges missbraucht werden. Die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland, die Dominanz militärischer Ziele bei der Hilfe für Afghanistan in den letzten neun Jahren sowie die Duldung von Korruption haben den Wiederaufbau gebremst. Armut, Unterentwicklung und unzureichend funktionierende staatliche Strukturen haben die innergesellschaftlichen Konflikte verschärft. Auch für die Entwicklungszusammenarbeit muss gelten: Entscheiden müssen die Afghaninnen und Afghanen selbst. Eine weitreichende Entschuldung, neue Mechanismen zum

Inhaltsverzeichnis

● DIE LINKE: Rostocker Parteitag	1	→ Estland: Parteitag der Vereinten Linkspartei	33
→ Beschluss zu Afghanistan	1	→ Malle Salupere: Parteienkämpfe in Estland	35
→ Grußansprache Anna Filinis, SYN	3	→ Alexander Lewtschenko:	
→ Grußansprache Ernesto Cardenal	4	Die ukrainische Linke	38
● Für Frieden im Nahen Osten	6	→ ALBA: Erklärung des IX. Gipfeltreffens	43
→ Position der Linksfraktion im Bundestag	6	→ Tiquipaya, Bolivien:	
→ Rede Wolfgang Gehrckes	8	Weltkonferenz über Klimawandel	46
→ Jan van Aken zum Gaza-Zwischenfall	9	→ Alvaro Garcia Linera:	
→ EL zum Gaza-Zwischenfall	10	Modernisierung in Bolivien	51
● Partei der Europäischen Linken	10	→ Pelayo Diaz: Regierung der Frente Amplio	53
→ Erklärung von EL und Forum von Sao Paulo	10	→ Eduardo Galeano: Die Zukunft Lateinamerikas	57
→ EL zu Antikommunismus in Moldova	11	→ Bodo Ramelow:	
→ Forum KP Chinas – europäische Parteien	12	Ziel – Sozialismus, Weg – Demokratie	60
→ Rede Lothar Biskys	15	→ Parlamentswahlen im Irak	61
→ Zhang Wenhong über die EL	16	→ Armin Osmanovic:	
● Aus der internationalen Linken	18	Zuma ein Jahr Präsident Südafrikas	62
→ Griechenland: SYN zur Krise: Beschluss	18	● Internationale Umschau	65
→ SYN zur Krise: Position für Parteitag	20	→ Manfred Schünemann:	
→ Julian Marioulas: Situation in SYN	23	Ukraine nach dem Machtwechsel	65
→ Norbert Hagemann/Oliver Schröder:		→ John und Doris Naisbitt: Chinas Modell	69
Wahlen in Italien	25	→ Yan Xuetong: China in der Welt	71
→ Paola Giaculli: Berlusconi NO!	26	→ Schanghai Organisation für Zusammenarbeit	72
→ Elisabeth Gauthier:		● Dokument	
Regionalwahlen in Frankreich	28	→ Russlands Vorschlag für europäische Sicherheit	74
→ Holger Politt: Parlamentswahlen in Tschechien und Slowakei	31	● Nach Redaktionsschluss:	
		Holger Politt: Präsidentschaftswahlen in Polen	77



Schutz der afghanischen Wirtschaft, eine Landreform und mehr direkte finanzielle Unterstützung sind wichtige Voraussetzungen für eine nachhaltige positive Entwicklung des Landes.

Siebtens ist der Wiederaufbau finanziell zu unterstützen; die Gelder sind vom Krieg in die Förderung des Friedens umzuleiten. Der zivile Aufbau darf nicht länger als Teil des Krieges missbraucht werden. DIE LINKE wendet sich gegen internationale Einsätze deutscher Polizei, die Teil der Kriegführung sind, sowie gegen eine Polizeiausbildung, die zum Ziel hat, der Flankierung von Militäreinsätzen zu dienen. Eine strikte Trennung von Militär und zivilen Aufbaumaßnahmen ist unverzichtbar. Die zivil-militärische Zusammenarbeit muss eingestellt werden. Nicht der Krieg, sondern der zivile Aufbau ist die Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft. Die Erfahrungen ziviler Konfliktbewältigung können auch in Afghanistan helfen.

Achtens soll sich die Rolle der Vereinten Nationen in Afghanistan verändern. Die UNO ist in Afghanistan ihrer Verantwortung für den Weltfrieden nicht gerecht geworden. Sie muss den Frieden unterstützen, den Abzug der ausländischen Truppen überwachen und die internationale Unterstützung für den Friedensprozess und den Wiederaufbau koordinieren.

DIE LINKE hat Vorschläge für Frieden und Gerechtigkeit in Afghanistan. Wir haben gute Argumente gegen den Krieg und gegen die deutsche Beteiligung. Der Parteitag der LINKEN stellt diese Vorschläge zur öffentlichen Diskussion in den Parlamenten und in der Gesellschaft. Die Vorschläge widerspiegeln unsere Erfahrungen aus vielen Diskussionen, aus der Friedensbewegung, aus Besuchen in Afghanistan, von internationalen Konferenzen und Kongressen, von Demonstrationen und Kundgebungen. DIE LINKE hat den Opfern des Krieges ein Gesicht und Namen gegeben. Jeder Tag, den dieser Krieg dauert, kostet Menschen Leben und Gesundheit. Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt – die Bundeswehr muss aus Afghanistan abgezogen werden, damit der Frieden eine Chance hat.

Wir danken für eure starke Solidarität

Grußansprache von Anna Filini, Mitglied des Zentralen Politischen Komitees von SYNASPISMOS (Griechenland), auf der 1. Tagung des 2. Parteitages der LINKEN, Rostock, 15. – 16. Mai 2010

Liebe Freunde und Genossen,

ich überbringe euch herzliche Grüße zu eurem Parteitag. Wir gratulieren euch zu eurem wichtigen Sieg bei den letzten Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Besonders bringe ich euch einen herzlichen Gruß von unserem Vorsitzenden Alexis Tsipras.

Mit eurer Partei haben wir seit mehreren Jahren enge und brüderliche Beziehungen entwickelt, auf bilateraler Ebene wie auch innerhalb der Partei der Europäischen Linken und im Europäischen Parlament.

Auf eurem jetzigen 2. Parteitag werdet ihr neue Gremien wählen. Genosse Lothar Bisky wie auch andere Mitglieder

eurer Partei sind öfters nach Griechenland gekommen, um gemeinsame Initiativen durchzuführen. Wir wissen, dass die Genossen Lothar Bisky und Oskar Lafontaine eine Hauptrolle bei der Gründung und den Erfolgen der Partei DIE LINKE gespielt haben. Wir wünschen euch, dass ihr diesen Weg jetzt mit neuen Kräften weitergeht.

Liebe Genossen, unsere Parteien DIE LINKE und Synaspismos haben gemeinsame Positionen zu Europa. Wir beide denken, dass das neoliberale und monetaristische Modell, nach dem die Europäische Union errichtet wurde, in der Zukunft nicht mehr so bleiben kann. Wir beide sagen, dass Neoliberalismus und Atlantismus keineswegs der Einigung Europas dienen, im Gegenteil.

Liebe Genossen, ich bin in einem schwierigen Moment für unser Volk und unser Land aus Griechenland nach Rostock gekommen. Der jüngste Vertrag mit der Europäischen Union und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) hat der griechischen Regierung eine Atempause verschafft. Wir waren vom Bankrott bedroht. Aber der Preis geht zu Lasten der Ärmern, besonders wegen der starken Kürzungen der Löhne und Renten. Gleichzeitig befürchten alle, dass die harten Maßnahmen keine wirksame wirtschaftliche Entwicklung garantieren, dass bald eine ernste Wirtschaftsrezession kommen wird.

Die Arbeitslosenrate beträgt schon mehr als 12 Prozent. Die griechischen Menschen sind empört über die katastrophale Verzögerung bei der Kreditvergabe und den Mangel an Solidarität seitens der Europäischen Union. Aber sie sind auch wütend auf die Pasok-Regierung, die eine andere Politik versprochen hatte und jetzt einen ganz anderen Weg geht. Jetzt wird bereits über ein neues Gesetz diskutiert, das die sozialen Sicherungssysteme attackiert. Deswegen gibt es täglich bei uns große Demonstrationen von Gewerkschaften und jungen Leuten.

Liebe Genossen, die Wirtschaftskrise war in Griechenland zu Beginn schwach ausgeprägt. Später haben sich das große Haushaltsdefizit und die hohen Staatsschulden gezeigt. Die Politik der hohen Schulden war seit mehreren Jahren das Produkt der Regierung der Rechten und der Pasok im Interesse der Banken und Unternehmer und der eigenen Parteiklientel.

Die Entdeckung der hohen Schulden brachte Griechenland ins Zentrum des Spiels der internationalen Spekulanten und weltweiter Rivalitäten. Es ist jetzt klar geworden, dass all dieses nicht nur Griechenland, sondern die ganze Eurozone betrifft. Man versteht täglich mehr und mehr, dass ganz Europa angegriffen wird.

Genossen, die auf dem Neoliberalismus beruhende Europäische Union führt immer mehr in Arbeitslosigkeit und Rezession. Besonders Länder mit einer schwächeren Wirtschaft sind von Bankrott bedroht. Die EU funktioniert als einheitlicher Markt mit gemeinsamer Währung, aber ohne gemeinsame Politik.

Die EU ist ohne Institutionen, die Solidarität zwischen den verschiedenen Ländern üben können. Die harte monetaristische Disziplin stranguliert Länder mit hohem Defizit, wie die im Süden Europas.

Eine gemeinsame Währung, aber kein gemeinsamer Haushaltsplan, um den Bedürfnissen ganz Europas entgegenzukommen, das ist ein großer Widerspruch. Wie können Griechenland, Spanien und Portugal ihre Defizite überwinden, wenn die wirtschaftlich stärkeren Länder den Import ihrer



Konsumgüter nicht unterstützen? Und wenn gleichzeitig die stärkeren Länder Europas die Hauptexporteure in diese Staaten sind? Griechenland bezahlt sehr viel Geld für den Import von Konsumgütern und die militärische Rüstung.

Unter solchen Bedingungen sprechen viele bei uns vom Ende des Euros. Ähnliche Stimmen gibt es leider auch bei Linken, die von einem Austritt aus der EU reden und die schlimmen Konsequenzen der Spaltung Europas unterschätzen. Im Gegenteil, der Fall Griechenland muss Anlass sein, einen mutigen Schritt zur politischen Einigung Europas zu gehen. Viele von uns rufen auf, dass jetzt dringend ein föderales, geeintes Europa errichtet werden muss.

Freunde und Genossen, die letzten Regierungsmaßnahmen haben in Griechenland zu großen Demonstrationen geführt, die größten der letzten Jahre. Am 5. Mai haben bis zu 100 000 Menschen demonstriert. An diesem Tage sind drei junge Leute in der Bank, in der sie arbeiteten, verbrannt und ermordet worden. Gruppen, die Kapuzen und Stangen trugen, haben provokatorisch agiert. Viele Leute in Athen kommen immer noch an den Ort und legen dort Blumen oder selbst geschriebene Gedichte nieder. Sie hinterlassen auch kleine Puppen für das gestorbene Kind der schwangeren, ermordeten Frau.

Unsere Partei hat die Gewalt scharf verurteilt. Sie hat im Parlament erklärt, die Gewalt werde von denen benutzt, die das Volk und die Volksbewegung fürchten. Es ist klar, dass solche Gewalttätigkeiten die demokratischen Rechte und die Demokratie unterminieren. Das dürfen wir nicht zulassen.

Liebe Genossen, wir danken euch vielmals für eure starke Solidarität. Wir wünschen euch viel Erfolg für euren 2. Parteitag und für die Zukunft eurer Partei DIE LINKE!

Eure Erfolge sind wichtig für die ganze europäische Linke, sie sind wichtig für uns, sie sind wichtig für Europa!

Möge die Republik des Himmels auf die Erde kommen

Grußansprache von Ernesto Cardenal auf der 1. Tagung des 2. Parteitages der LINKEN, Rostock, 15. – 16. Mai 2010

Liebe Genossinnen und Genossen des Bundeskongresses der LINKEN,

der katholische britische Schriftsteller und Humorist G. K. Chesterton sagte einmal, dass das Christentum nicht gescheitert sei, denn es sei ja noch nie in die Praxis umgesetzt worden. Gleiches sage ich auch jenen, die vom Scheitern des Marxschen Kommunismus sprechen: Er ist nicht gescheitert, denn er ist noch nie in die Praxis umgesetzt worden. Dennoch bleibe ich weiter Christ, und dennoch glaube ich weiter an den Kommunismus.

Ich bekenne mich als Kommunist und als Christ, doch eigentlich waren die ersten Christen die ersten Kommunisten. Bei Lukas heißt es, dass es unter ihnen keine Armen gab, und jedem wurde nach seinen Bedürfnissen gegeben (Apostelgeschichte 4, 34 – 35). Das ist dieselbe Art und Weise, in der viele Jahrhunderte später Marx den Kommunismus definierte.

Der Kommunismus hat in der Tat christliche Wurzeln. Es war eine grobe Verfälschung, dass man das Christentum

später antikommunistisch ausrichtete. Der Mexikaner José Porfirio Miranda, linker Theologe und Bibelexperte, schreibt in seinem Buch „Der Kommunismus in der Bibel“: „Welche Art von Wahnsinn hat die westliche Welt befallen, dass sie als ihren Hauptfeind das bekämpft, was das christlichste aller Konzepte ist?“ Und er sagt weiter: „Die politische Propaganda, die den Kommunismus als vom Materialismus untrennbar darstellt, unterschlägt, dass die Idee des Kommunismus achtzehn Jahrhunderte lang ohne Materialismus existierte. Warum soll es materialistisch sein, alles gemeinsam zu besitzen? Dann müsste Christus der erste Materialist gewesen sein, als er sagte: ‚Ich bin hungrig gewesen, und ihr habt mich nicht gespeist‘.“

Miranda ist es auch, der uns darauf hinweist, dass der Widerspruch zwischen zwei unterschiedlichen Auslegungen der Bibel besteht, nicht zwischen Christen und Atheisten. Mit dem Unterschied, dass wir die Botschaft Christi sehr genau nehmen. Denen, die uns vorwerfen, dass uns die Veränderung von Strukturen wichtiger sei als die der Menschen, ist Miranda zufolge zu antworten, dass die Veränderung der sozialen Strukturen ein unverzichtbares Mittel ist, um auch die Menschen zu verändern. Grundlegend aber bleibt die Tatsache, dass die Bibel uns den Kommunismus lehrt.

Lukas berichtet von den ersten Christen: „Alle aber, die gläubig geworden waren, waren beieinander und hielten alle Dinge gemein“ (Apostelgeschichte 2,44). Und weiter: „Keiner sagte von seinen Gütern, dass sie sein wären“ (Apostelgeschichte 4,32). Was zeigt, dass der Kommunismus von allen geteilt wurde und nicht nur einigen wenigen vorbehalten war. „Alle, die gläubig waren“. Der Kommunismus war Vorbedingung, um Christ zu sein. Christ zu sein, war die freie Entscheidung jedes einzelnen, niemand wurde dazu gezwungen. Doch für jeden Christen war der Kommunismus Pflicht. Was mit den Worten Christi übereinstimmt: „Ein jeglicher unter euch, der nicht absagt allem, was er hat, kann nicht mein Jünger sein.“ (Lk 14, 33)

Es ist auch eine Tatsache, dass die Bibel die Reichen immer wieder verurteilt, auch wenn die Bibelübersetzungen dies oft verfälschen. Nicht selten wird „Reiche“ mit „Übeltäter“ übersetzt, womit die Verurteilung versteckt wird: Es ist sicher nicht falsch, „Übeltäter“ zu verurteilen. Auch in Deutschland übt sich die Züricher Bibel, eine der verbreitetsten hier, in dieser Praxis des Versteckens, und dort, wo der Text von „Reichen“ spricht, steht „Übeltäter“.

Die Reichen sind in der Bibel die „Ungerechten“. „Reich“ ist gleichbedeutend mit „ungerecht“. Der Prophet Habakuk sagt, sie sind die, „die das Recht in Bitternis verwandeln“. Und er sagt über sie, dass sie dem Armen „kleine Mengen Weizen“ wegnehmen, das heißt sie tun dies Tag für Tag, und sie tun es auf legale Weise durch ein ungerechtes System. Deshalb verwandeln sie das Recht in Bitternis. Das ist der permanente Diebstahl, der permanente Raub des Kapitalismus.

Genauso sagt es auch Jeremias: „Sie taten keine Gerechtigkeit, das Recht des Weisen traten sie mit Füßen, sie achteten nicht die Gerechtigkeit der Armen.“ In der Bibel wird Reichtum durch Diebstahl, durch Raub angehäuft, deshalb bedeutet „reich“ „ungerecht“. Deswegen verurteilt die Bibel den Reichen allein deshalb, weil er reich ist, ohne dass er unbedingt ein schlechter „Reicher“ sein muss. Deswegen ist „reich“ auch ganz einfach dasselbe wie „ungerecht“. Ungerecht hat dieselbe Bedeutung wie reich.



Oft wird die Bibel auch bewusst gefälscht (auch die Züricher Bibel), indem „ungerecht“ mit „gottlos“ übersetzt wird. Auf diese Weise wird der Eindruck erweckt, als ob die Atheisten verurteilt würden, nicht die Reichen. Auch wenn viele dieser Reichen der Bibel keine Atheisten sind.

Der Apostel Jakobus sagt uns in seinem Brief ausdrücklich (2,6): „Sind nicht die Reichen die, die Gewalt an euch üben und ziehen euch vor Gericht?“ Die Erwähnung des Gerichts geschieht deshalb, weil sie die Gesetze nutzen. Das Gesetz ist auf ihrer Seite, und der Raub, den die Reichen begehen, findet im Rahmen eines Unrechtssystems auf legale Weise statt. Deshalb ist für die Bibel der Reiche schon allein dadurch ungerecht, dass er reich ist.

Auch ist ein unheilvolles Missverständnis dadurch entstanden, dass Matthäus „Himmelreich“ nennt, was die anderen Evangelisten „Reich Gottes“ nennen. Er tut dies wegen der jüdischen Tradition, aus Respekt den Namen Gottes nicht zu erwähnen. Um nicht „Gott“ zu sagen, sagt er „Himmel“, aber das heißt keinesfalls, dass dieses Reich in einer anderen Welt ist. Christus sagt uns immer wieder, dass das Reich auf die Erde kommt. Indem er uns das Vaterunser beten lehrt, sagt er uns, wir sollen darum bitten, dass es kommt, nicht, dass wir dort hingehen sollen.

Die richtige Übersetzung ist nicht „Reich“, sondern „Herrschaft“ Gottes. Es ist nicht so, als sage man „Frankreich“, sondern vielmehr als spräche man von der Herrschaft oder Regierungszeit der Bourbonen. Es bedeutet die Abschaffung jeglicher anderen politischen Macht und die Errichtung eines neuen Systems. Einige heutige Theologen meinen, dass der Ausdruck „Reich Gottes“, den Jesus gebrauchte, sehr ähnlich dem heutigen Wort „Revolution“ ist. Der Begriff war genauso subversiv, so sehr, dass er ihm den Tod brachte.

Inzwischen ist auch ganz klar, dass Jesus, wenn er zu Pilatus sagt, dass sein Reich nicht von dieser Welt ist, nicht sagt, dass es irgendwo anders ist. Im Griechischen deutet dieser Ausdruck „von“ auf die Herkunft. Der heilige Augustin erklärt es ganz deutlich: Jesus sagt nicht, dass sein Reich nicht in dieser Welt ist, sondern dass es nicht aus dieser Welt kommt.

Es in eine andere Welt zu verweisen, war ein Verrat am Evangelium. Das Reich wird eine gerechte, perfekte Gesellschaft sein und eine Gesellschaft ohne Klassen. Deshalb habe ich in einem Gedicht geschrieben: „Kommunismus oder Reich Gottes auf Erden, das ist dasselbe.“

Es ist längst überfällig, dass Christen und Marxisten zusammengehen, so wie es der Paläontologe und Mystiker Teilhard de Chardin schon prophezeite. Wir Christen sind spät zum Marxismus gekommen, aber wir sind gekommen, um zu bleiben. Besser gesagt, wir sind zu unseren Wurzeln zurückgekehrt. Hatte nicht schon Engels darauf hingewiesen, dass das Asketentum der Urchristen ein Protest gegen die Reichen war? Der Priester Cardonel erklärte bei seiner Rückkehr aus China: „Ich habe dort gesehen, was das Christentum geworden wäre, wenn es die Lehre Christi ernst genommen hätte.“

Vom Kommunismus kommen wir her. Kommunistisch sind unsere Wurzeln, die Heiligen Väter. Der heilige Gregor von Nisa sagte, dass zu Beginn „das Meine und Deine, diese unseligen Wörter, fremd gewesen“ seien. Und der heilige Basilius sagt: „Eine perfekte Gesellschaft ist die, die jegliches Privateigentum ausschließt.“ „Alle Dinge, die es auf dieser Welt gibt, sollten allen zur Verfügung stehen“, sagt Clemente

Romano. Der heilige Ambrosius von Mailand meint: „Der Herr hat gewollt, dass diese Erde gemeinsamer Besitz aller Menschen sei.“ Und Chrisostomus sagt, dass die Gütergemeinschaft eine der menschlichen Natur angemessenere Daseinsform ist als das Privateigentum.

Als ich einmal das Benediktinerkloster Maria Laach besuchte, fragte mich der Abt, weshalb ich den Kommunismus verteidige. Ich antwortete ihm, dass sein Orden ja auch kommunistisch sei, wenn sie der Regel des heiligen Benedikt noch treu seien, die vom „perversesten Laster des Privateigentums“ spricht.

Die Menschheit war sozialistisch, bis das Privateigentum entstand. Der Theologe Leonardo Boff hat Recht, wenn er sagt: „Die sozialistischen Ideale sind tief in diesem politischen Wesen verwurzelt, das der Mensch ist. Dort werden gefährliche Utopien genährt.“ Heute trauen sich viele nicht vom Marxismus zu sprechen, auch nicht vom Sozialismus, und viel weniger noch vom Kommunismus. Doch habe ich beobachtet, dass es innerhalb der Linken die linken Christen sind, die angesichts des Debakels der Sowjetunion und Osteuropas den Mut am wenigsten haben sinken lassen. Diejenigen, die als Letzte zum Marxismus kamen, sind gleichzeitig die, die eine unverbrüchliche Hoffnung behalten haben. Ich glaube, dass es für die Christen keine andere Option als den Sozialismus gibt. Ich glaube, das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert eines neuen Marxismus und eines erneuerten Christentums werden. Eines marxistischen Christentums.

In Nicaragua haben wir eine marxistische und christliche Revolution gehabt. Sie war marxistisch-leninistisch inspiriert und wurde breit von den Christen unterstützt, es gab sogar Priester in der Regierung. Für viele von uns, die wir sie erlebten, war sie vielleicht die schönste Revolution der Welt. Ganz sicherlich war es diejenige, welche die meiste Unterstützung aus aller Welt erhalten hat und die in der ganzen Welt die meiste Sympathie hervorrief.

Diese Revolution wurde durch die Intervention der USA zu Fall gebracht, die die Bevölkerung durch Krieg, Wirtschaftsembargo und Blockade dermaßen unter Druck setzten, dass sie in demokratischen Wahlen einen Regierungswechsel herbeiführen konnten. Doch das Schlimmste kam erst danach: Diese Wahlniederlage demoralisierte einen Teil der wichtigsten Revolutionsführer so sehr, dass sie jegliche Moral verloren und sich durch eine Welle der Korruption bereicherten, bevor sie die Macht an die neue Regierung übergaben, wodurch die sandinistische Partei aufhörte, revolutionär zu sein. Aus diesem Grunde sind viele von uns aus der FSLN ausgetreten, und heute sind vielleicht 80 Prozent der Sandinisten nicht mehr in der Partei.

Im Ausland meinen heute viele irrtümlicherweise, dass dieselbe wunderbare Revolution jetzt wieder an der Macht ist. In Wahrheit gibt es jedoch keine Revolution, keinen Sandinismus und keine Regierung der Linken. In den letzten Jahren sind in Lateinamerika neue linke Regierungen entstanden, die dabei sind, eine zweite Unabhängigkeit herbeizuführen (diejenige vom nordamerikanischen Imperialismus, nach der ersten vom spanischen Kolonialreich), doch lässt sich die nicaraguanische Regierung auf gar keinen Fall mit ihnen vergleichen. Diese nennt man in Nicaragua selbst die Regierung Ortega-Murillo, weil sie die Regierung eines Ehepaars und seiner Kinder ist, die eine Familiendiktatur errichtet haben. Sie haben ein unermessliches Vermögen angehäuft,

das die politischen Analysten nicht einmal abschätzen können, und sie kontrollieren alle Staatsgewalten außer – zumindest bis jetzt – die Streitkräfte.

Wer nach Nicaragua reist, wird die Plakatwände mit den riesigen Fotos des Präsidenten sehen und erkennen, dass es ein von Personenkult und Autoritarismus beherrschtes Land geworden ist.

Während der Revolution in Nicaragua gab es eine große Solidarität aus Deutschland (aus beiden deutschen Staaten, denn damals war Deutschland ja geteilt). Jetzt, wo es keine Revolution mehr gibt, brauchen wir die Solidarität genauso und sogar noch mehr als früher, damit sie wieder so wird, wie sie war. Doch muss die Solidarität dem Volk gelten und nicht der Regierung, denn in unserem Fall kann man das Volk nicht mit der Regierung gleichsetzen.

Ganz anders ist da der Fall der anderen Länder, in denen tatsächlich eine Revolution an der Regierung ist. Lange Zeit war nur Kuba unabhängig von den Vereinigten Staaten. Jetzt gibt es im Venezuela des Präsidenten Hugo Chavez eine bolivarianische Revolution, die das unvollendete Projekt von Simon Bolivar wieder aufnimmt, alle Länder Lateinamerikas in einem einzigen Bündnis zu vereinen, um sich gegen den Norden wehren zu können. Die kapitalistischen Medien haben das Bild von Chavez verfälscht, haben eine Karikatur daraus gemacht und stellen ihn wie einen Clown dar. Das ist falsch. Er ist ein sehr gebildeter Mensch und sehr belesen, und ein ähnlich guter Redner wie Fidel Castro, kann wie dieser sechs, sieben Stunden reden, während das Publikum ihm fasziniert zuhört, aber er ahmt Fidels Art zu reden nicht nach, sondern hat seinen eigenen Stil. Während Fidel immer ernst bleibt, hat Chavez einen großen Sinn für Humor, ist witzig, rezitiert Gedichte, singt, spricht viel von Christus und zitiert ihn auch oft, wobei er manchmal die Dinge nicht so sagt, wie Christus sagte, immer aber in seinem Geist. Die Regierung Rafael Correas in Ekuador ist eine weitere Regierung, die sich sozialistisch erklärt hat. In Bolivien ist der unglaubliche Fall eingetreten, den wir nie für möglich gehalten hätten: ein Aymara-Indio, Evo Morales, ist Präsident geworden. Und genauso scheint es wie ein Wunder, dass in Paraguay nach so vielen Diktaturen jetzt ein Bischof der Befreiung Präsident ist. Und nicht zu reden von Uruguay, wo erst vor Kurzem ein Tupamaro-Guerrillero Präsident geworden ist. Unterdessen regiert in Brasilien ein linker Gewerkschaftsführer. Aus allen diesen Gründen wage ich zu sagen, dass die Zukunft Lateinamerikas (und der Welt) sozialistisch sein wird.

Ich habe vorhin gesagt, dass „Revolution“ zu sagen dasselbe war, wie „Himmelreich“ zu sagen. Ich glaube an ein Himmelreich, das auf dieser Erde sein wird. Aber ich glaube auch an den Himmel. Wir brauchen nur nachts nach oben zu schauen, dann sehen wir ihn. Es sind diese Millionen von Sternen mit bewohnten Planeten, mit Evolutionen und Revolutionen wie auf unserem Planeten. Die Erde und der gesamte Kosmos, die Gemeinschaft der bewohnten Planeten, das ist das Himmelreich.

Für Frieden im Nahen Osten

Position der Fraktion DIE LINKE zum Nahost-Konflikt

Beschluss vom 20. April 2010

Für DIE LINKE gilt, dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und gegen jede Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg hat. Diese Verantwortung ist nicht relativierbar; sie schließt das Bemühen um einen palästinensischen Staat und die Garantie des Existenzrechts Israels ein.

Wir sehen uns in einer Doppelverantwortung und sind mit den Menschen in Israel und Palästina solidarisch. Eine einseitige Parteinahme in diesem Konflikt wird nicht zu seiner Lösung beitragen.

Für uns ist der Maßstab das internationale Völker- und Menschenrecht, das für alle Staaten und Konfliktparteien zu gelten hat. Jegliche Gewaltanwendung der beteiligten Parteien wird von uns verurteilt.

Die umfangreichen finanziellen Unterstützungen der Bundesregierung und der Europäischen Union für die Palästinenser können dazu beitragen, die humanitäre Katastrophe im Gazastreifen und im Westjordanland abzufedern. Dennoch stellt die israelische Besatzung, die noch immer bestehende Abriegelung des Gazastreifens, die zu einem systematischen Mangel an Nahrungsmitteln, Brennstoffen und an elementaren technischen Mitteln führt, eine Kollektivstrafe für die 1,5 Millionen Menschen in Gaza dar, die das Völkerrecht ausdrücklich verbietet. Die Besatzung wird zwar mit diesem Geld erträglicher gemacht. Darin liegt jedoch ein grundsätzliches Dilemma: Humanitäre Hilfe ist notwendig, andererseits wird die Besatzung damit indirekt unterstützt. Es hat sich gezeigt, dass diese Geldzuwendungen einen politischen Prozess nicht ersetzen können. Es ist zu beklagen, dass die Bundesrepublik ebenso wie die anderen europäischen Staaten, die USA und die UNO Israel bei seinen fortgesetzten und anhaltenden Verstößen gegen das Völkerrecht und gegen das humanitäre Völkerrecht jahrzehntelang gewähren ließen. Aus dem jüngsten Krieg im Gazastreifen sind jetzt endlich die richtigen Schlüsse zu ziehen: Eine politische Wende ist erforderlich, um zu Frieden und Sicherheit zu gelangen.

Eine Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt ist nicht auf militärischem Wege zu erzielen, sondern nur durch ernsthafte und aufrichtige Verhandlungen zwischen allen Beteiligten, wie sie bisher trotz aller Konferenzaktivitäten nicht stattgefunden haben. Eine endgültige, gerechte und dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts wird nur erzielt werden, wenn die Zwei-Staaten-Lösung umgesetzt wird.

Das heißt,

→ die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates mit völkerrechtlich verbindlichen, von allen Beteiligten an-



erkannten, sicheren Grenzen, mit einem zusammenhängenden Territorium im Westjordanland auf der Grundlage der Grenzen von 1967, dem Gaza-Streifen und Ostjerusalem als Hauptstadt, einschließlich der Möglichkeit eines einvernehmlichen Gebietsaustausches mit Israel. Ferner muss der palästinensische Staat über wirtschaftliche und soziale Lebensfähigkeit und über die Kontrolle der eigenen Ressourcen, wie Land und Wasser sowie frei zugängliche und sichere Verkehrswege zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen verfügen;

- die Anerkennung eines sicheren Existenzrechts Israels und eines palästinensischen Staates von allen Beteiligten in völkerrechtlich verbindlich festgelegten sicheren Grenzen;
- eine umfassende Regelung für alle palästinensischen Flüchtlinge auf der Grundlage der Resolution Nr. 194 der UN-Generalversammlung oder/und den Vorschlägen der Genfer Initiative. Dabei muss ein Weg zwischen Rückkehr und Entschädigung gefunden werden.

Forderungen

Erste notwendige Schritte auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung:

- der sofortige Stopp des Siedlungsbaus und der Landkonfiskation in den besetzten Gebieten einschließlich Ost-Jerusalems und seines Umlandes,
- das sofortige Ende des palästinensischen Raketenbeschusses auf israelisches Territorium und der israelischen militärischen Angriffe auf palästinensisches Gebiet,
- das Ende der Besatzungspolitik Israels, die Öffnung der Grenzen zum Gazastreifen und die Aufhebung der über 650 Checkpoints,
- die Beendigung des Mauerbaus auf palästinensischem Territorium und Abbau oder Rückbau auf israelisches Gebiet entsprechend dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes von 2004,
- die Freilassung der politischen Gefangenen auf beiden Seiten, was insbesondere die Freilassung des israelischen Soldaten Gilat Schalid, des palästinensischen Abgeordneten Marwan Barghuti sowie der anderen Mitglieder des palästinensischen Parlaments und der Mehrzahl der über 8000 in israelischen Gefängnissen einsitzenden Palästinenser bedeutet,
- die Einbeziehung der Hamas in politische Gespräche und die Aufhebung ihres Boykotts,
- die internationale Untersuchung der Kriegsführung auf Verletzung des Völkerrechts im Gaza-Krieg.

Forderungen an die Bundesregierung

Wir fordern von der Bundesregierung eine sofortige und eindeutige Abkehr von ihrer gescheiterten Politik im Nahostkonflikt. Die Fraktion DIE LINKE fordert die Bundesregierung nachdrücklich auf,

- sich in der EU und in der Zusammenarbeit mit Israel namentlich und vernehmlich für die Durchsetzung der Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates einzusetzen,
- sich bei Verstößen gegen das allgemeine Völkerrecht und gegen das humanitäre Völkerrecht – egal von welcher Seite – unmissverständlich auf die Seite des Völkerrechts zu stellen,

- die Beratung des Goldstone-Berichtes, der beiden Seiten Verstöße gegen die Menschenrechte im Gaza-Krieg vorhält, nicht zu blockieren,
- Israel und andere Staaten der Region nicht länger mit Waffen zu beliefern und politisch für einen atomwaffenfreien Nahen Osten sowie für die Nichtweiterverbreitung atomarer Waffen einzutreten,
- die in Kairo begonnenen Bemühungen um eine Aussöhnung der Palästinenser untereinander zu unterstützen und eine neu gebildete palästinensische Regierung, egal wie sie aussieht, zu akzeptieren,
- sich für die Zwei-Staaten-Lösung im oben genannten Sinne einzusetzen,
- sich innerhalb der EU dafür einzusetzen, dass die gegen den Gazastreifen verhängte Wirtschaftsblockade sofort aufgehoben wird,
- sich für die Aufhebung der Unterscheidung zwischen den Zonen A, B und C der Westbank und die sofortige Übergabe dieser Gebiete durch Israel an die Palästinensische Autonomiebehörde einzusetzen,
- sich in der EU für die Einhaltung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel, insbesondere der Menschenrechtsklausel, einzusetzen und sich dazu zu verpflichten, bei Verletzungen entsprechende Maßnahmen, bis hin zur Aussetzung des Abkommens, anzunehmen. Eine Ausweitung der Beziehungen zwischen der EU und Israel muss genutzt werden, um die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, die Beendigung der humanitären Krise in Gaza und in den besetzten palästinensischen Gebieten, ein wirkliches Engagement für eine umfassende Friedensregelung sowie die uneingeschränkte Umsetzung des Interim-Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der PLO durchzusetzen,
- eine Friedenskonferenz für den Nahen Osten nach dem Vorbild des KSZE-Friedensprozesses mitzuintitulieren, an der alle Staaten und Konfliktparteien beteiligt werden, auch Libanon, Syrien und Iran,
- sich für eine Beendigung der Besetzung der völkerrechtlich zu Syrien gehörenden Golan-Höhen und der zum Libanon gehörenden Shebaa-Farmen einzusetzen und dazu direkte Verhandlungen Israels mit Syrien und dem Libanon zu befördern,
- ein deutsch-israelisch-palästinensisches Jugendwerk zur israelisch-palästinensischen Aussöhnung ins Leben zu rufen,
- ein Programm vorzulegen und zu finanzieren, welches die Umsetzung der UNO-Resolution 1325 im Verhandlungsprozess Israel – Palästina unterstützt,
- sich in der internationalen Staatengemeinschaft für eine dem Marshallplan ähnliche Initiative für den Wiederaufbau in Palästina einzusetzen,
- bei der Verhandlung mit der Hamas sich dafür einzusetzen, dass aus ihrer Charta die Punkte gestrichen werden, die das Existenzrecht Israels bestreiten bzw. in Zweifel ziehen.

Deutschland brilliert mit doppelten Standards; aber dies schadet uns

Rede von Wolfgang Gehrcke, Außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, in der Haushaltsdebatte zum Plan des Auswärtigen Amtes, 17. März 2010

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich will den Ball, den der Außenminister gespielt hat, gleich aufnehmen: Wir lehnen den Haushalt des Auswärtigen Amtes ab, weil wir als Linke nie einem Haushalt zustimmen werden, der Kriegspolitik beinhaltet. *(Beifall bei der LINKEN)*

Wir werden uns an keiner Koalition beteiligen, die das zu tun beabsichtigt, und wir werden einem solchen Haushalt nicht zustimmen. Das ist eben die Differenz. Ich hätte mich gefreut, wenn in Ihrem Koalitionsvertrag der Satz gestanden hätte: Deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik werden. Sie ist es nicht. Sie ist es strukturell und faktisch nicht. Wir befinden uns in Afghanistan in einem Krieg. Das wird keiner hier ableugnen können. Das tut nicht einmal mehr zu Guttenberg. *(Beifall bei der LINKEN)*

Wir befanden uns, was die Geschichte angeht, auch in Jugoslawien im Krieg – auch das darf hier nicht vergessen werden – und wir haben zumindest indirekt den Krieg der USA im Irak mit Vielem gefördert, was nicht unserer Verfassung entspricht. Deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik werden. Das muss auch das Credo dieses Parlamentes sein. *(Beifall bei der LINKEN)*

Ich will hinzufügen: Wir stimmen auch deshalb nicht zu, weil die ganze Richtung der Außenpolitik aus unserer Sicht falsch ist. Ich will Ihnen das an einigen Beispielen deutlich machen. Ich finde, es ist eine eigenartige Mischung von Kollegen, die in der Bundesregierung die internationale Politik dominieren oder bestimmen:

Wir haben einen Entwicklungshilfeminister, Fallschirmspringer, der eigentlich furchtbar gerne Verteidigungsminister werden möchte *(Ute Kumpf, SPD: Vielleicht wird er das ja noch!)* und deswegen Entwicklungspolitik und Bundeswehrpolitik noch enger verbinden will – zu Lasten der Entwicklungspolitik. *(Beifall bei der LINKEN)*

Wir haben einen Verteidigungsminister, Gebirgsjäger, der furchtbar gerne Außenminister werden möchte. Er darf sich jetzt nicht zu viel zur Außenpolitik äußern, weil er den Untersuchungsausschuss zu Kunduz am Hals hat. Er versucht aber immer wieder, zu dokumentieren – jetzt ist er gerade nicht anwesend –, dass er eigentlich der bessere Außenminister wäre. *(Ute Kumpf (SPD): Vielleicht wird er das auch noch!)*

Wir haben einen Außenminister, FDP-Vorsitzender, der die gesellschaftliche Stabilität im eigenen Land durch leichtfertige Reden und durch eine falsche Politik gefährdet. *(Beifall bei der LINKEN)* Wer die gesellschaftliche Stabilität in Deutschland gefährdet, kann international nicht glaubwürdig für globale soziale Gerechtigkeit eintreten. Das ist einfach so. Das fällt auf einen zurück, Herr Westerwelle.

Gestatten Sie, dass ich ein sehr persönliches Wort dazu sage: Sie sind ein Politiker des raschen Erfolges, *(Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister: Elf Jahre!)* des schnellen Wortes. *(Ute Kumpf, SPD: Des Ellenbogens!)*

Manchmal gefällt es einem, manchmal nicht. Sie sind ein

Politiker, der nicht in langen Wellen, nicht in langen Linien denkt. *(Ute Kumpf, SPD: Nur an sich denkt!)*

Ein Außenminister muss eigentlich in langen politischen Linien denken und auf das Geschäft des Tages zugunsten der Außenpolitik verzichten. *(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)*

Das schlägt irgendwann durch. Sie haben hier als Beispiel genannt, wer Brasilien entdeckt hat. Sie haben sich mit der Delegation in diese Tradition gestellt. Wissen Sie eigentlich, dass Sie sich in die Tradition der kolonialen Ausbeutung und Unterdrückung gestellt haben? *(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)* Das kommt davon, wenn man nicht nachdenkt. Schnelles Wort, schnelle Mark, um ein Geschäft zu machen. *(Ute Kumpf, SPD: Falsche Bilder!)*

Ich sage das ganz absichtlich hier so, auch vor dem Hintergrund Ihrer Reise. Ich habe mich oftmals wie auf einer Tupperparty gefühlt, *(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN)* auf der die deutsche Industrie ihre Produkte anpreist und dafür die Vermittlung des Bundesaußenministers benutzt. Den SPD-Kollegen möchte ich sagen, dass es bei Steinmeier auch so war. Ich habe mich geschämt, den Außenminister und seine Begleitung in Vietnam mit Reklametüten von METRO herumlaufen zu sehen. Das macht Westerwelle nicht. Er geht zu VW und signiert einen Pick-up. Wir hatten einen Autokanzler, jetzt haben wir einen Autoaußenminister. Das macht die Sache nicht besser. Ich finde, es entspricht nicht der Würde dieses Hauses und der deutschen Außenpolitik, sich für die Verkaufsstrategie der deutschen Industrie zur Verfügung zu stellen. *(Beifall bei der LINKEN)*

Ich möchte etwas anderes. Ich nenne Ihnen jetzt einige Beispiele. Bis zur Londoner Konferenz war Afghanistan Ihr Hitthema. Danach habe ich Sie nicht mehr über Afghanistan und den Friedensprozess reden hören. Schnelle Mark, schnelles Thema, Thema war abgehakt. Aber die Politik ist nicht zu Ende. Wir müssten jetzt den Frieden afghanisieren und nicht die Afghanisierung des Krieges fortsetzen. *(Beifall bei der LINKEN)*

Sie haben hier Rot-Grün – und, Frau Künast, das hat mir Spaß gemacht – bei der Frage der Rüstungsexporte kritisiert. Aber wissen Sie, Herr Westerwelle, es macht die heutige Situation nicht besser, dass auch Rot-Grün und Schwarz-Rot diese verhängnisvolle Politik eingeleitet, durchgesetzt und möglich gemacht haben. Das macht es nicht besser. Diese Politik bleibt falsch und schlecht. *(Beifall bei der LINKEN)*

Wenn Sie bei der Frage der Rüstungsexporte im Prinzip sagen, dass Sie eine falsche Politik fortgesetzt haben, hat das keinen Sinn. Sie hätten diese falsche Politik korrigieren müssen. Man hätte von diesem Pult aus deutlich machen müssen: Wir wollen raus aus dem Geschäft mit dem Tode.

Sie sollten darüber nachdenken, ob wir uns auf Dauer diese doppelten Standards in der Politik leisten können. Ein bisschen salopp gesagt: Wer Krümmel nicht vom Netz nehmen will, wird anderen bei der Frage der Nutzung der Atomenergie schlechte Ratschläge geben können. Deutschland brilliert in der Welt mit doppelten Standards; aber dies schadet uns irgendwann.

Ich möchte stattdessen eine beharrliche, langfristige, durchdachte, gründliche und auf Diplomatie setzende Außenpolitik. Ich möchte gern, dass Sie verstehen, dass es keinen Sinn hat, gegenüber dem Iran weiter auf Sanktionen zu set-



zen. Das sagen Ihnen alle Leute, die sich dort auskennen. Man muss den Iran, gerade wenn man verhindern will, dass er sich Atomwaffen zulegt, beharrlich in die Staatengemeinschaft zurückführen. Das heißt, man sollte nicht auf Sanktionen setzen, sondern auf Diplomatie, auf Debatten und auf Auseinandersetzungen bauen. Sie verlieren einen Partner nach dem anderen, wenn Sie nur auf Sanktionen setzen. *(Beifall bei der LINKEN)*

Ich finde, langfristig gesehen, kann man im Nahostkonflikt nur durch ganz konsequente Diplomatie etwas bewegen. Sie sind viel herumgereist in der Welt. Das werfe ich Ihnen gar nicht vor; das ist Ihre Aufgabe als Außenminister. *(Dr. Max Stadler, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz: Da hat er aber Glück gehabt!)*

Hier wird gesagt, da habe er Glück gehabt. Wenn Sie möchten, werfe ich Ihnen das auch vor; aber lassen wir das. Ich werfe Ihnen das nicht vor. Ich möchte gern wissen: Was machen Sie in Bezug auf Länder wie Syrien? Syrien ist ein Schlüsselland, wenn man den Nahostkonflikt lösen möchte. *(Zuruf von der CDU/CSU: Ach nee!)*

Ja, das wissen auch Sie. Welche Politik betreiben Sie in der Auseinandersetzung mit der israelischen Regierung? Ich habe vernommen, dass Sie den Siedlungsbau kritisiert haben. Man muss klipp und klar sagen: Wer den Siedlungsbau fortsetzt, dem darf man keine Waffen liefern. *(Beifall bei der LINKEN)*

Sie bilden deutsche Bundeswehrpiloten in Israel an Drohnen aus, die in Afghanistan eingesetzt werden sollen. So einen Schwachsinn kann doch keiner ernsthaft als Politik bezeichnen. Es wäre richtig, zu sagen: Wir liefern in ein Land, das eine solche Politik betreibt, nicht weiter Waffen. Das hätte politische Wirksamkeit. *(Beifall bei der LINKEN)*

Herr Außenminister, ich möchte gerne, dass man nicht nur, wie es im Koalitionsvertrag steht, Außenpolitik macht, um Deutschlands Platz auf dem Weltmarkt zu verbessern. Ich möchte vier Eckpfeiler verankert sehen: erstens sich konsequent für das Völkerrecht einzusetzen, also eine Völkerrechtspartei zu sein, zweitens weltweit eine Partei der sozialen Gerechtigkeit zu werden, drittens auf Abrüstung zu setzen hier haben Sie recht, und viertens mehr Demokratie in die Außenpolitik zu bringen. Deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik werden. Das ist die Zielrichtung der Partei und Fraktion DIE LINKE. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der LINKEN)*

Die Blockade Gazas muss endlich ein Ende haben!

Rede von Jan van Aken, MdB, in der Aktuellen Stunde des Bundestages zum israelischen Angriff auf die Free-Gaza-Flottille, 10. Juni 2010

**Sehr geehrter Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!**

Ich bin heilfroh, das muss ich zunächst einmal sagen, dass unsere Kolleginnen und unsere Freunde, die auf den Hilfsschiffen für Gaza waren, wieder heil zurück in Deutschland sind. Am Montag sind neun Menschen erschossen worden. Unser Mitgefühl gehört ihren Angehörigen und Freunden.

Der Angriff auf die Schiffe war ein Verbrechen. Ein grie-

chischer Aktivist, der sich auf einem der Schiffe befand, hat das sehr treffend und auch sehr einfach gesagt: Dieses Meer ist frei. Seit 4 000 Jahren fahren wir auf diesem Meer. Es ist ein Verbrechen, auf einem freien Meer auf hoher See Schiffe zu entern, Menschen zu erschießen, zu verletzen und zu entführen. – Weil das eine Freiheitsberaubung und ein Kriegsverbrechen ist, haben wir auch hier in Deutschland Strafanzeige gestellt.

Ich möchte heute aber vor allem nach vorne schauen und fragen: Was können wir jetzt tun, um das unendliche Leid in Gaza zu beenden? Die Hilfsflotte hatte von vornherein zwei Ziele. Einmal ging es um ganz praktische Hilfe. Es ging darum, dringend benötigte Güter – Zement, Rollstühle, Medikamente und Dachziegel – nach Gaza zu bringen. An all dem mangelt es dort, weil Israel seit Jahren rechtswidrig den Gazastreifen einschnürt, abriegelt und kaum noch etwas durchlässt.

Die Hilfsflotte war aber auch eine politische Aktion. Die Welt sollte an das Leid in Gaza, an die menschliche Tragödie, erinnert werden. Das ist eine der größten humanitären Katastrophen unserer Zeit. Die Hilfsflotte wollte auf die illegale Blockade des Gazastreifens aufmerksam machen. Israel blockiert fast alles – nicht nur Waffen und Raketen, sondern auch Baumaterial für Schulen und Häuser, lebensnotwendige Medikamente und selbst das tägliche Brot.

60 Prozent der Menschen in Gaza können sich nicht mehr selbst ernähren. Wenn sie Glück haben, dann bekommen sie Lebensmittelhilfe von den Vereinten Nationen. Wenn sie kein Glück haben, dann müssen sie hungern. Die Vereinten Nationen berichten, dass unter den Kindern in Gaza Mangelernährung und Wachstumsstörungen weiter zunehmen. Zwei von drei Neugeborenen sind schon unterernährt und leiden an Blutarmut.

Die Landwirtschaft in Gaza liegt völlig am Boden. Es gibt nicht genügend Saatgut, keine Bewässerungsanlagen und kaum noch Land. Denn fast die Hälfte des fruchtbaren Bodens kann deshalb nicht mehr beackert werden, weil er zur Schutzzone erklärt wurde. Kein Bauer darf mehr auf das Land. Niemand darf säen und ernten. Und am Ende hungern die Kinder von Gaza. Das muss endlich ein Ende haben.

Genauso ist es mit der Fischerei. Man muss sich das einmal vorstellen: Ein Land mit einem so langen Küstenstreifen am Mittelmeer muss jetzt illegal Fisch importieren, der durch die Tunnel aus Ägypten kommt. Die eigenen Fischer dürfen nur noch drei Meilen weit hinausfahren. Die guten Fanggründe sind viel weiter draußen.

Die Lage in Gaza ist verzweifelt. Es liegt auch an uns, das jetzt zu beenden. Ich freue mich, dass alle Parteien im Bundestag hier einer Meinung sind. Aber jetzt müssen wir auch etwas daraus machen. Die Bundesregierung muss die israelische Regierung drängen, endlich die Blockade vollständig aufzuheben und Transporte durchzulassen.

Im Moment ist die Regierung Netanjahu auf einer Art Kamikaze-Kurs. Die Blockade von Gaza stärkt nur die Extremisten und die Feinde Israels. Der Angriff auf die Schiffe hat Israel weltweit vollständig isoliert. Bei dem Versuch, Gaza zu erdrosseln, schnürt sich Israel im Moment selbst die Luft ab.

Jetzt müssen wir gemeinsam mit unseren Nachbarn bzw. mit der EU solange Druck auf Israel ausüben, bis die Blockade endlich beendet wird, bis endlich die anderthalb Millionen Menschen in Gaza wieder in Würde leben, sich frei bewegen und auch selbst wirtschaften können.



Dazu gehört natürlich auch eine Idee, wie man dann die Sicherheit Israels garantieren kann. Niemand möchte, dass nach der Aufhebung der Blockade mit den Transporten auch Waffen und Raketen nach Israel kommen. Die Lösung ist ganz einfach. Das können doch Kontrollen durch die Vereinten Nationen sein: Inspektionen auf jedem Schiff, das Gaza anläuft, durch unabhängige Kontrolleure. Dadurch kann verhindert werden, dass Waffen nach Gaza gelangen.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Deutschland keine Waffen mehr exportieren sollte, auch nicht in den Nahen Osten. Deutschland verkauft Fuchs-Panzer in die Vereinigten Arabischen Emirate, Sturmgewehre nach Saudi Arabien und Kriegsschiffe nach Israel. Wie wollen Sie denn Frieden im Nahen Osten schaffen, wenn Sie immer wieder neue Waffen in die Region schicken? Wir sind dafür, dass Deutschland gar keine Waffen mehr exportiert – und schon gar nicht in den Nahen Osten.

Ich danke Ihnen.

Der Angriff Israels auf die Friedensflottille, die humanitäre Hilfsgüter für die Menschen in Gaza transportieren sollte, ist ein krimineller Akt gegen internationales Recht

Erklärung der Partei der Europäischen Linken, Brüssel, 31. Mai 2010

Wir erachten dies als einen Akt von Staatsterrorismus, der politische Konsequenzen erfordert. Wir treten für die sofortige Aussetzung wirtschaftlicher, kommerzieller oder militärischer Kooperation zwischen der EU und Israel ein. Wir fordern, dass die internationale Gemeinschaft ihre deutliche Verurteilung zum Ausdruck bringt und Sanktionen gegen Israel verhängt. Die Politik der doppelten Standards muss beendet werden.

Die Europäische Linke verlangt, dass Präsident Van Rompuy, die Hohe Vertreterin Ashton und die Spanische Präsidentschaft unverzüglich ein Ende jeglicher Gewalt gegen die Friedensflottille, eine unparteiliche Untersuchung des Angriffs durch eine internationale Kommission und ein sofortiges Ende der Blockade in Gaza einfordern. Die EU muss ein außerordentliches Treffen des Sicherheitsrates verlangen, damit diese ernste Situation geprüft, und über Maßnahmen entschieden wird, die nötig sind, um sicherzustellen, dass Israel die relevanten UN-Resolutionen respektiert.

Die Europäische Linke spricht den Freunden und Familien der Opfer dieses brutalen Angriffs sowie den Menschen in Gaza ihr Beileid und ihre Solidarität aus. Die EL bekräftigt ihre volle Unterstützung der Aktionen der Friedensbewegung und betont die Notwendigkeit, das internationale Engagement für die Sache des palästinensischen Volkes und dessen Recht auf Selbstbestimmung zu verstärken.

Wir rufen die israelische Friedensbewegung und alle demokratischen und politischen Kräfte in Israel auf, gegen die Politik der anhaltenden Belagerung der Zivilbevölkerung in

Gaza Widerstand zu leisten, und den Kampf zu intensivieren, um entsprechend dem Völkerrecht sowie der vollen Umsetzung und Achtung der UN-Resolutionen 338, 194, 242 eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Basis zweier unabhängiger, politisch und ökonomisch lebensfähiger Staaten zu finden. Jetzt muss endlich gehandelt werden!

Partei der Europäischen Linken

Gemeinsame Erklärung der Partei der Europäischen Linken und des Forums von São Paulo

Madrid, 16. Mai 2010

Der EU-Lateinamerika-Gipfel findet mitten in einer tiefen Strukturkrise des kapitalistischen Weltsystems statt, einer systemimmanenten Wirtschafts-, Umwelt- und Energiekrise, deren Auswirkungen die gesamte Welt erschüttern.

Ungeachtet des offensichtlichen Scheiterns des neoliberalen Modells, das Ursache und unmittelbarer Ausgangspunkt der gegenwärtigen Krise ist, wurden auf dem Gipfeltreffen erneut Maßnahmen und Formen der Zusammenarbeit vorgeschlagen, die von diesem Modell inspiriert werden und die Rezepten folgen, die ausschließlich den Großunternehmen, den Banken und den Konzernen nutzen, und deren Ziel darin besteht, dass die Bevölkerung für die Kosten der Krise zahlt. Dies wird deutlich am Beispiel Griechenlands, wo die EU und der IWF erneut die gleichen Maßnahmen vorschlagen, die bereits überall auf der Welt gescheitert sind.

Die EL und das Forum von São Paulo unterstreichen die Notwendigkeit eines radikalen Wechsels und einer Alternative zu dem bankrotten Neoliberalismus und globalen Kapitalismus.

Ein wirklicher Systemwechsel muss her, der Lösungen nicht zum Nutzen der Unternehmer herbeiführt, sondern im Sinne einer Vollbeschäftigung und der Bewahrung der Umwelt, der Verteidigung des Sozialstaates, des Rechtes auf Gesundheit und Bildung und der umfassenden öffentlichen und gesellschaftlichen Kontrolle über die strategischen Ressourcen, der Abschaffung der Steueroasen und der unkontrollierten Finanztransaktionen, der Besteuerung des spekulativen Kapitals; einer Lösung zugunsten der sozialen Gerechtigkeit und des Kampfes gegen die wachsende soziale Ungerechtigkeit, die dieses System hervorbringt.

Wir, die in Madrid versammelten Vertreter des Forums von São Paulo und die Delegation der Europäischen Linkspartei, die wir gemeinsam am Alternativgipfel „Enlazando Alternativas, Madrid 2010“ teilnehmen, bekräftigen unseren Willen zur solidarischen Zusammenarbeit und vereinbaren das Folgende:



1. Wir betonen unsere Unterstützung für die in Lateinamerika entstehenden Beiträge zur neuen Vision einer repräsentativen, partizipativen und gemeinschaftlichen Demokratie, welche die Rechte und die Integration der Völker sowie eine effektive soziale und zivilgesellschaftliche Kontrolle über die nationalen und nachgeordneten Machtorgane anerkennt.

2. Wir fühlen uns einer Vision des Rechts der Völker Lateinamerikas auf eine Entwicklung verpflichtet, die ihnen eine wirkliche und umfassende repräsentative und zugleich partizipative Demokratie sowie eine auf Gleichheit und Gerechtigkeit ausgerichtete Wirtschaft im Dienste der Menschen, mit voller Souveränität und uneingeschränktem Zugriff auf die natürlichen Ressourcen und Potenzen in einer mit individuellen und sozialen Rechten ausgestatteten Gesellschaft bringt, deren Beziehungen zu Europa und der globalisierten Welt auf den Prinzipien der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens beruhen.

3. Wir warnen vor bilateralen Handelsverträgen und –abkommen, die die EU den Ländern Lateinamerikas aufzwingen will, speziell jene, die jetzt mit Mittelamerika verhandelt werden und die die lateinamerikanischen Integrationsprozesse missachten. Wir lehnen die erzwungene Durchsetzung von Bedingungen ab, welche die transnationalen Konzerne und ihre Patente begünstigen und deren Kontrolle über die Naturreichtümer und die daraus entstehenden Supergewinne absichern.

4. Wir bringen unsere feste antikoniale Haltung zum Ausdruck und unterstreichen das Recht auf Selbstbestimmung der Völker Lateinamerikas und der Karibik, die noch immer dem kolonialen Joch unterworfen sind. Darüber hinaus solidarisieren wir uns mit den Völkern Haitis und Chiles, die kürzlich Opfer von schrecklichen Erdbeben mit vernichtenden Konsequenzen für die Bevölkerung geworden sind.

5. So wie bereits im August des vergangenen Jahres in Mexiko geschehen, lehnen wir den Militarisierungsprozess in Lateinamerika und insbesondere den Plan Colombia und den Plan Mérida entschieden ab. Sie sind die zwei Speerspitzen, mit denen der US-Imperialismus seine geschwächte und unpopuläre Hegemonie gegen ein Lateinamerika, das sich wandelt und seine Souveränität verteidigt, absichern und die seine militärische Vorherrschaft wieder auf größere Zahl von Ländern ausdehnen will. Wir verurteilen die Haltung der US-amerikanischen Militärs angesichts der Katastrophe in Haiti.

6. Wir lehnen die Kriminalisierung der sozialen Kämpfe und der linken und progressiven Kräfte der Opposition in verschiedenen Ländern Lateinamerikas wie z. B. in Kolumbien, Peru und Mexiko ab. Sie steht in engstem Zusammenhang mit den gegen den Wandel in Lateinamerika gerichteten Interessen des US-Imperialismus und seiner Verbündeten. Wir klagen die systematische Verletzung der Menschenrechte und die Verfolgung und Ermordung von Bauernführern, Gewerkschaftern, indigenen sowie politischen und sozialen Führern in Kolumbien an und verurteilen sie auf das Schärfste.

7. Wir verurteilen den Staatsstreich in Honduras sowie die betrügerischen Wahlen, die Lobo ins Amt gebracht haben. Zugleich klagen wir die Angriffe gegen die Regierung Lugo in Paraguay an.

8. Wir entwickeln gemeinsam politische Aktionen zur Beendigung der Blockade gegen Kuba und zur Befreiung der „Miami Five“.

9. Wir koordinieren unsere Anstrengungen zur Erforschung und Erarbeitung von Alternativen in den mit den

Kräften des Forums von São Paulo und dem Transform!-Netzwerk der EL verbundenen Stiftungen und Studienzentren und laden uns gegenseitig zu den entsprechenden Seminaren und Veranstaltungen ein. Gleichmaßen werden wir bei den entsprechenden Veröffentlichungen kooperieren und gemeinsame Anstrengungen zur Schaffung von Forschungs- und Untersuchungsmechanismen über das Wirken von transnationalen Konzernen Europas in Lateinamerika unternehmen, um deren Handeln transparent zu machen, anzuprangern und zu kontrollieren. In diesem Rahmen schlagen wir ein Treffen zwischen dem Forum von São Paulo und der Partei der Europäischen Linken vor, das Ende 2010 oder Anfang 2011 in Griechenland oder einem anderen Land der Balkan-Region stattfinden soll.

10. Auf dem XX. Treffen des Forums von São Paulo, das vom 17. bis zum 20. August in Buenos Aires, Argentinien, stattfinden wird, sehen wir erneut eine gemeinsame bilaterale Beratung des Forums von São Paulo und der Partei der Europäischen Linken vor. Weitere gemeinsame Aktivitäten sind für das Sozialforum der USA, das Sozialforum Lateinamerikas und der Karibik und insbesondere für das nächste Weltsozialforum 2011 in Dakar geplant.

Erklärung der Partei der Europäischen Linken zum antidemokratischen Vorgehen der Regierung Moldovas

Brüssel, 7. Juni 2010

Die Partei der Europäischen Linken bringt ihre tiefe Besorgnis über das antidemokratische Vorgehen der regierenden liberal-demokratischen Koalition in Moldova zum Ausdruck. Die Versuche der Regierung, den Namen „kommunistisch“ und alle Symbole der Partei der Kommunisten der Republik Moldova zu verbieten, können nicht hingenommen werden. Sie widersprechen der Europäischen Sozialcharta und allen internationalen Standards. Sie werfen die berechtigte Frage auf, ob die derzeitige Regierung Moldovas gewillt und in der Lage ist, europäisches Recht und europäische Standards als Voraussetzung anzuerkennen, dass man sich mit ihrem Antrag auf EU-Mitgliedschaft überhaupt ernsthaft befasst.

Gestützt auf die Empfehlungen eines pseudo-wissenschaftlichen Ausschusses, zielen derartige Aktivitäten darauf ab, die einzige Partei der Opposition, die im Parlament vertreten ist, von künftigen Wahlen auszuschließen.

Die EL weist darauf hin, dass heute überall in Europa verschiedenartige Linke – Kommunisten, Labourparteien, rot-grüne Parteien – existieren, deren Mitglieder in nationalen Parlamenten, in verschiedenen europäischen Institutionen wie dem Europäischen Parlament oder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vertreten sind. Angesichts dessen trägt die Absicht der Regierung Moldovas, den Namen „kommunistisch“ und kommunistische Symbole zu verbieten, antidemokratischen Charakter, weil sie das Versammlungs-, das Rede- sowie das passive und aktive Wahlrecht einschränkt.

Mehr noch, die Regierung verwehrt damit den Bürgern,



die die Partei der Kommunisten unterstützen, eindeutig das Recht der freien Wahl. Dabei ist diese Partei bekanntlich die größte in Moldova. Seit über 12 Jahren geben ihr fast die Hälfte der Wähler ihre Stimme.

Dieser Rückschritt der Behörden von Moldova im Funktionieren der demokratischen Institutionen wird vor dem Hintergrund einer akuten politischen Krise im Lande vollzogen, die nur überwunden werden kann, wenn, wie es die Verfassung des Landes vorschreibt und allen internationalen Standards entspricht, Neuwahlen zu allen Staatsorganen abgehalten werden. Die regierende Koalition hat statt dessen die Empfehlungen der Venedig-Kommission des Europarates zur Lösung der politischen Krise wiederholt ignoriert und schiebt den Dialog mit der Opposition, die Festsetzung eines Wahltermins unter verschiedenen Vorwänden weiter vor sich her.

Neben der fortgesetzten Einschüchterung von Medien, die die gegenwärtige Politik der Regierung hinterfragen, Menschenrechtsverletzungen, politischer Verfolgung, massenhaften Rücktritten aus politischen Gründen und Beschneidung der Rechte der Opposition halten wir auch diese Aktion der Regierung für absolut antidemokratisch und schädlich für den Prozess des Beitritts Moldovas zur Europäischen Union.

Die EL fordert die regierende Koalition in Moldova auf, solche negative Praktiken sofort einzustellen, den Dialog mit der Opposition zu eröffnen, um entsprechend den Empfehlungen der Venedig-Kommission eine Lösung für die Krise zu finden, die Verfassung Moldovas einzuhalten und ein Datum für Neuwahlen festzusetzen.

Chinesisch-europäisches Forum politischer Parteien auf hoher Ebene

Beijing, 24. – 25. Mai 2010; von Helmut Ettinger

Auf Einladung der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas haben Delegationen und Vertreter von zwei europäischen politischen Parteien (Liberalen und Partei der Europäischen Linken) und vier Fraktionen des Europäischen Parlaments (Sozialisten, Liberale, Grüne und GUE/NGL) sowie 32 politische Parteien aus 22 europäischen Ländern am chinesisch-europäischen Forum politischer Parteien auf hoher Ebene teilgenommen.

Teilnahme

Prominente Gäste waren Annemie Neyts-Uyttebroeck, Vorsitzende der Partei der Europäischen Liberalen, Adrian Severin, stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europaparlaments, Reinhard Bütikofer, stellvertretender Vorsitzender der Grünen Fraktion sowie Milorad Dodik, Ministerpräsident der Republika Srpska und Vorsitzender der Unabhängigen Sozialdemokraten von Bosnien und Herzegowina, Dimitros Avramopoulos, Vorsitzender der Partei der Neuen Demokratie Griechenlands, Pier Luigi Bersani, Nationalsekretär der Demokratischen Partei Italiens, Valdis Dombrovskis, Ministerpräsident von Lettland und Vorsitzender der Partei der Neuen Zeit (Konservative), Branko Crvenkovski, ehemaliger Präsident von Mazedonien und Vor-

sitzender der Sozialdemokratischen Union, Victor Ponta, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens. Die EL war durch Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei und der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, Jiri Mastalika, stellvertretender Vorsitzender der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens, Christodolou Theofanis, Mitglied des Politbüros der AKEL, Zypern, und Francesco Francescaglia, Verantwortlicher für Internationale Beziehungen der Partei der Italienischen Kommunisten, vertreten.

Die chinesische Seite maß dem Forum hohe Bedeutung bei. Das wurde durch die Teilnahme mehrerer hochrangiger Vertreter der KP Chinas demonstriert. Li Changchun, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, hielt die politische Eröffnungsrede. Wu Bangguo, Parlamentspräsident und ebenfalls Mitglied des Ständigen Ausschusses, empfing die Delegationsleiter zu einem Gespräch. Li Yuanchao, Mitglied des Politbüros, gab am Ende des Forums einen Empfang. Hohe Regierungsvertreter traten als Diskussionspartner zu den einzelnen inhaltlichen Schwerpunkten auf, obwohl sie in den Dialog China-USA über strategische und wirtschaftliche Fragen unter Teilnahme von Hillary Clinton eingebunden waren, der zur selben Zeit stattfand und an der Regelung der gespannten Situation auf der koreanischen Halbinsel nach dem Sinken eines südkoreanischen Kriegsschiffes mitwirkten.

Bei der Durchführung dieser neuen Form des politischen Dialogs zwischen China und Europa verfolgte die KP Chinas folgende Absichten:

- Erläuterung der chinesischen Europapolitik, Abbau von Missverständnissen
- Ein besseres Verstehen der Sicht der europäischen politischen Parteien auf China und das chinesisch-europäische Verhältnis
- Unterstützung der praktischen chinesisch-europäischen Beziehungen
- Verbesserung des Images der KP Chinas in Europa
- Darlegung von Meinungen und Vorschlägen zur Reform der bestehenden internationalen Finanzordnung
- Beitrag zu einem günstigen internationalen Umfeld für die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Reformen in China.

In persönlichen Gesprächen erläuterten Organisatoren des Forums, China betrachte die USA und die EU als wichtige Partner bei der Aufrechterhaltung des genannten günstigen internationalen Umfeldes. Dabei habe die EU den Vorzug, dass im Verhältnis zu ihr, anders als im Falle der USA, keine Probleme wie die Taiwanfrage oder die Stationierung von Truppen im Pazifik bestehen. China sehe die EU gegenwärtig wegen der Eurokrise in großen Schwierigkeiten, in einer Phase des Umbruchs, deren Ergebnis es nicht erkennen könne. Das sei eines der Motive gewesen, um die Positionen der europäischen politischen Parteien zu diesen Fragen kennenzulernen.

Mit dem Umfang und dem Niveau der Beteiligung europäischer Parteien waren die Organisatoren offenbar nicht völlig zufrieden. Eine Anzahl Parteien hatte das Projekt dieser Veranstaltung zunächst begrüßt und Teilnahme versprochen, dann aber im letzten Augenblick abgesagt oder das Niveau gesenkt. Enttäuscht war man insbesondere über die Abwesenheit von Vertretern der europäischen Konservativen und ihrer Fraktion im Europäischen Parlament, der Parteien der europäischen Sozialisten und Grünen, aber auch vieler gro-



ber nationaler Parteien wie der deutschen SPD und CDU sowie der Mehrheit der Mitgliedsparteien der EL, die alle bilaterale Beziehungen zur KP Chinas unterhalten. Dadurch erhielten Parteien aus Osteuropa und vom Balkan unbeabsichtigt ein Übergewicht an der Anzahl der Teilnehmer.

Ablauf

In der Eröffnungssitzung nahmen der höchste chinesische Vertreter sowie Sprecher der Fraktionen der Liberalen, der GUE/NGL, der Sozialisten, der Grünen im Europäischen Parlament und der Ministerpräsident Lettlands das Wort.

Lothar Bisky würdigte in seiner Rede den Aufstieg der VR in den sechzig Jahren ihres Bestehens zu einer Macht, von der die kapitalistische Welt heute die Rettung aus ihrer tiefsten Finanz- und Wirtschaftskrise erwartet. (Den Wortlaut der Rede siehe Seite 15 in diesem Heft.) Die Rede wurde mit großem Interesse aufgenommen und in der chinesischen Presse zitiert.

Das Forum war drei Hauptthemen gewidmet:

1. Reform des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems

Der stellvertretende Direktor des Büros für Politische Forschung des ZK der KP Chinas, Fang Li, und der Generaldirektor der Abteilung Finanzmärkte der Chinesischen Volksbank (Zentralbank), Xie Duo, die die Diskussion eröffneten, legten ihre Analyse der gegenwärtigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise dar. Sie hoben hervor, dass das bestehende globale Finanzsystem eine der Ursachen für die Krise ist und daher gründlich reformiert werden muss. China schlägt u. a. vor:

- eine Reform der Steuerungsmechanismen des IWF, eine Erhöhung der Stimmrechte der Schwellen- und Entwicklungsländer, wie von den G 20 gefordert
- eine neue, transparentere und offene Wahl der Führungsgremien des IWF und seiner Vertreter, eine Diversifizierung seines Personals
- striktere Kontrolle der internationalen Kapitalströme, insbesondere spekulativer Transaktionen
- Ablösung des gegenwärtigen Systems einer einzigen Reservewährung über einen längeren Zeitraum durch ein diversifiziertes System, das von der Wirtschaftslage und den Interessen eines einzelnen Staates unabhängig ist
- eine engere Zusammenarbeit der Chinesischen Volksbank mit der Europäischen Zentralbank.

Eine Grundvoraussetzung für die Überwindung der tiefen Krise sieht die chinesische Seite in einer verstärkten global governance der wirtschaftlichen und finanziellen Prozesse, die die sich verändernden ökonomischen Gewichte zwischen Nord und Süd widerspiegelt und an der alle Länder beteiligt sind. Die besonderen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer müssten berücksichtigt, ihr Recht auf einen eigenen Entwicklungsweg müsse respektiert werden.

Sprecher der europäischen Parteien unterstützten einige dieser Vorschläge, insbesondere die Idee der global governance, und trugen eigene Gedanken vor. Eine lebhaft Diskussion entspann sich um das europäische Projekt einer Finanztransaktionssteuer. Die chinesische Seite stimmte ihr im Prinzip zu, wies jedoch darauf hin, dass dies nicht der einzige Weg sei, um unnötige und spekulative Transaktionen zu kontrollieren. Außerdem befürchtet sie Schwierigkeiten für

Chinas zunehmend kompliziertere innerstaatliche Finanzbeziehungen.

Zu Vorschlägen wie der Schaffung eines neuen internationalen Aufsichtsgremiums für Finanzen wie der WTO für den Handel, der Schließung von Steueroasen oder einer Reform der Ratingagenturen betonten die chinesischen Teilnehmer, ihnen komme es vor allem darauf an, auf transparente und kollektive Weise eindeutige Prinzipien und Kriterien für derartige Schritte auszuarbeiten. Zu der Kritik, die G 20 sei kein demokratisch legitimiertes Gremium, erklärten die chinesischen Vertreter, es handle sich um keine permanente, entscheidungsberechtigte Organisation, sondern um Zusammenkünfte, wo Standpunkte und Positionen der beteiligten Länder auf offene, demokratische Weise erörtert und koordiniert werden.

2. Klimaveränderung und Umweltschutz

Hier lieferten der stellvertretende Vorsitzende der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission der VR China, Xie Zhenhua und die stellvertretende Umweltministerin Wu Xiaoping die Diskussionsgrundlage. Sie sprachen von der historischen Verantwortung der entwickelten Länder, die ihr heutiges mächtiges Wirtschaftspotenzial um den Preis des höchsten Anteils an der bestehenden Verschmutzung und Zerstörung der globalen Umwelt erkaufte haben. Daher müssten sie den Entwicklungsländern mit Ressourcen und Technologie helfen, deren akute Umweltprobleme zu lösen, wozu diese allein nicht in der Lage seien. Da Milliarden Menschen nach wie vor unterhalb des Existenzminimums leben müssten, ermutigte China die Entwicklungsländer, ihr Recht auf Entwicklung zu verteidigen.

Für China mit seinen enormen Umweltproblemen sei die Losung „Entwicklung zuerst, Umwelt danach“ nicht länger anwendbar. Um beides miteinander zu verbinden, habe China Kurs auf eine grüne Wirtschaft genommen, was bedeute:

- höhere Standards, eindeutigere Regeln und strengere Sanktionen für die Industrie in Fragen des Umweltschutzes
- größere Anstrengungen für Energieeinsparung auf allen Gebieten
- vorrangige Entwicklung erneuerbarer Energien
- eine raschere Einführung umweltfreundlicher Produktionen.

China will auf diesem Gebiet enger mit der EU zusammenarbeiten, um

- von deren Erfahrungen bei der Bewältigung von Umweltkatastrophen zu lernen
- gemeinsam internationale Umweltstandards auszuarbeiten
- die Importe von Umwelttechnologien aus Europa nach China zu verstärken.

Reinhard Bütikofer hob in seinem Beitrag hervor, dass die Welt vor einer neuen industriellen Revolution stehe, in der der Senkung des Ressourcenverbrauchs höchste Priorität zukomme. Er stimmte dem vom chinesischen Präsident Hu Jintao verkündeten Ziel einer Öko-Zivilisation für China zu. Im Zusammenhang mit dem Scheitern des Kopenhagener Umweltgipfels kritisierte er die EU, sie habe nicht die richtigen Ziele gestellt und nicht die richtigen Bündnisse geschlossen. Er setzte sich für eine „Koalition der Willigen“ ein, um in der zweiten Phase des Kyoto-Prozesses zu rechtlich verbindlichen Entscheidungen zu kommen. Der ehemalige britische



Premierminister und Führer der Labour Partei, John Prescott, fügte hinzu, die EU und China hätten ohne die USA, die vor allem solche Fortschritte zu verhindern suchten, weiter vorangehen sollen.

Auf Lothar Biskys Frage nach den ökologischen Folgen von Megaprojekten an den großen chinesischen Flüssen nannte die chinesische Ministerin Zahlen zur Wasserqualität in den sieben großen Flussbecken Chinas, die heute automatisch kontrolliert werden und auf öffentlich zugänglichen Webseiten jederzeit eingesehen werden können.

Auf die Frage des stellvertretenden Ministers der Internationalen Abteilung des ZK der KP Chinas, Liu Jieyi, wie die EU die besondere Situation der Entwicklungsländer bei den CO₂-Emissionen zu berücksichtigen gedenke, antwortete Bütikofer, die Union habe die Kriterien und Ziele für ihre verschiedenen Mitgliedstaaten bereits diversifiziert. Sie sei bereit, den Entwicklungsländern mit Finanzen und Technologie zu helfen, aber Länder wie Indien oder China stellten bereits selbst starke Marktwirtschaften dar, die in Europa auch im Umweltbereich investierten. Daher erwarteten die europäischen Länder von ihnen einen Ausgleich für den Technologietransfer.

3. Die chinesisch-europäischen Beziehungen und die Rolle politischer Parteien

Die chinesischen Sprecher zu diesem Thema waren die stellvertretende Außenministerin Fu Ying, der stellvertretende Handelsminister Qiu Hong und der stellvertretende Minister der Internationalen Abteilung des ZK Liu Jieyi. Letzterer äußerte Gedanken über die Rolle politischer Parteien angesichts der neuen globalen Herausforderungen. Diese sieht er darin, die Anstrengungen verschiedener sozialer Kräfte für eine nachhaltige Entwicklung in der Welt zusammenzuführen, den staatlichen Beziehungen strategische Orientierung, Stabilität und Kontinuität zu verleihen, den Dialog zwischen den Zivilgesellschaften zu organisieren und Streitfragen durch internationale Verständigung zu lösen. Er erhielt Unterstützung von John Prescott, der darauf hinwies, dass politische Parteien einen größeren Überblick über die Lage und das Klima in ihren eigenen Ländern haben und miteinander offener sprechen können als Regierungen.

Als Grundvoraussetzung für bessere chinesisch-europäische Beziehungen nannten die chinesischen Vertreter mehr gegenseitiges Verständnis und Vertrauen. Sie baten die Europäer um Nachsicht, da China Zeit benötige, um seiner rasch wachsenden Verantwortung in der internationalen Arena, die neu für das Land sei, gerecht zu werden. Nach Umfragen sehen 80 Prozent der Befragten in Europa China heute als die zweite Weltmacht nach den USA. Dagegen sind 80 Prozent der Befragten in China nicht der Meinung, dass China überhaupt schon eine Großmacht sei, und sehen Russland an der zweiten Stelle in der Welt.

Die chinesischen Teilnehmer sprachen offen an, dass Europa im Verhältnis zu China zuweilen mit doppeltem Maß misst. So fordere es von China, dass es sich an einem Embargo gegen Iran beteiligt, während China selbst unter einem Embargo der Europäischen Union zu leiden habe. Dieses sei wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen verhängt worden. Als dagegen die Menschenrechtsverletzungen der USA in Abu Ghraib bekannt wurden, wer habe da nach einem Embargo gegen dieses Land gerufen? China werde bis heute von der EU der Status einer Marktwirtschaft verwei-

gert. Aber eine Anzahl neuer EU-Mitgliedstaaten erfülle die fünf EU-Kriterien in geringerem Maße als China. Dort verstehe man nicht, welchen Sinn derart überholte Kriterien in dieser sich rasch verändernden Welt noch haben.

Eine weitere umstrittene Frage waren die Menschenrechte. Die chinesische Seite wies darauf hin, dass die Debatte zum Teil auf ein unterschiedliches Verständnis der Menschenrechte auf Grund von Traditionen, Mentalität und der konkreten Entwicklungsetappe der verschiedenen Gesellschaften zurückzuführen sei. Ein Mann in einem kürzlich elektrifizierten Dorf in der Provinz Sichuan, der zum ersten Mal durch das Fernsehen kennenlerne, wie die Menschen in Beijing und Shanghai, in London und New York leben, sieht es vor allem als sein Menschenrecht an, ein solches Leben für sich und seine Kinder zu erreichen. Ein Wanderarbeiter, der vom Lande in eine Großstadt Chinas komme, fordere als wichtiges Menschenrecht Bildung für seine Kinder auf dem höheren Niveau der Stadt. Die Prioritäten der Menschenrechte veränderten sich mit dem sozialen Fortschritt. Diese Auffassung bestritt die Vorsitzende der Europäischen Liberalen, die erklärte, eine frühe Entwicklungsetappe sei kein Grund, Menschenrechte zu verweigern. Dagegen wies der ehemalige britische Labourführer darauf hin, dass auch die Europäer vor hundert Jahren für ganz andere Menschenrechte gekämpft hätten als heute – für die Überwindung der Armut, für einen Acht-Stunden-Tag oder das Wahlrecht für Frauen. China müsse seinen eigenen Weg finden, der ihm nicht von anderen vorgeschrieben werden könne.

Der stellvertretende Vorsitzende der KPBM, Jiri Mastalka, sprach über die komplizierte Geschichte der Beziehungen zwischen seiner Partei und der KP Chinas und forderte eine Überwindung der doppelten Standards in Bezug auf China.

Schlussbemerkung

Am Ende kamen die Teilnehmer aus China und Europa gemeinsam zu dem Schluss, dass das Forum eine wertvolle, zeitgemäße und hilfreiche Initiative dargestellt habe, die fortgeführt werden sollte. Europäische Vertreter regten an, künftig eine gleiche Zahl von Teilnehmern beider Seiten einzuladen, dabei die in der Politischen Konsultativkonferenz Chinas vertretenen Parteien, Menschen aus den Provinzen und Jugendliche einzubeziehen. Lothar Bisky schlug vor, Filmstudenten auszutauschen, die das Leben in China und der EU auf Film festhalten und dem Publikum ihrer Länder vorführen sollten. Er wies darauf hin, dass der einzige Weg zu einem besseren Verständnis für politische Kräfte mit verschiedener Geschichte, Traditionen und politischen Systemen der offene Dialog in gegenseitigem Respekt sei.

Auf Einladung der Gastgeber besuchten die Teilnehmer des Forums ein Dorf bei Beijing mit ökologischer Landwirtschaft und die Expo 2010 in Shanghai.



Rede Lothar Biskys in der Eröffnungssitzung des Spitzentreffens politischer Parteien aus China und Europa

Lothar Bisky ist Vorsitzender der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament und Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken; Beijing, 24. Mai 2010

Liebe chinesische Freunde und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Europa, meine Damen und Herren!

Im Namen der Partei der Europäischen Linken und der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke möchte ich den Gastgebern für die Einladung zu dieser interessanten, neuartigen Veranstaltung herzlich danken. Die Idee der Internationalen Abteilung des ZK der KP Chinas, ein solches Forum politischer Parteien einzuberufen, halte ich für mutig, weitsichtig und sehr kreativ. Es kann den Beziehungen zwischen der EU und China einen neuen Schub verleihen, wenn wir alle unseren Beitrag dazu leisten.

Auch die Thematik finde ich klug und mit Bedacht gewählt. Es sind die entscheidenden Fragen, die der EU und China, diesen globalen Akteuren auf beiden Seiten der riesigen eurasischen Landmasse, gegenwärtig auf den Nägeln brennen. Es gäbe gewiss viele weitere interessante Themen, über die zu sprechen und zu streiten sich lohnte. Aber unser aller Zeit ist begrenzt.

Vor allem freue ich mich über die Gelegenheit, wieder in China zu sein. Wie stets komme ich als Lernender und bin sicher, auch diesmal mit vielen neuen Erkenntnissen über dieses faszinierende Land nach Europa zurückzukehren.

Die VR China ist gerade 60 Jahre alt geworden. Wer hätte bei ihrer Gründung wohl vorherzusagen gewagt, dass dieses rückständige, von den Kolonialmächten Europas ausgeplünderte und gedemütigte, von Japan zerstörte Land in nur einem Menschenalter zu einer Macht aufsteigt, von der die kapitalistische Welt die Rettung aus ihrer tiefsten Finanz- und Wirtschaftskrise erwartet?

Das China von heute ist ein Land der Superlative, die jeder politisch interessierte Mensch in Europa kennt. Nicht jeder bedenkt aber auch, dass hier jenseits aller Superlative tagein, tagaus hart darum gerungen werden muss, 1,3 Milliarden Menschen mit Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit und einer erträglichen Umwelt zu versorgen. Kein anderes Land hat Probleme dieser Dimension zu lösen.

Für so Manchen im Westen ist es ein kaum erklärbares Phänomen, dass die rasante Entwicklung Chinas auf allen Gebieten unter Führung einer kommunistischen Partei erfolgt. Vielleicht kann dieses Forum ja dazu beitragen, einen Vorgang zu erhellen, den ich seit Längerem beobachte: Wie das Land, so hat sich auch diese Partei enorm verändert. Sie präsentiert sich heute als eine offene, lernende Kraft, die sich den neuen Fragen der Entwicklung stellt und sie beherzt anpackt. Mancher wird ihre politische Grundorientierung nicht teilen, aber ich finde es schon beeindruckend, mit welchem Ideenreichtum und mit welcher Konsequenz sie das Ziel verfolgt, das Leben der 1,3 Milliarden Menschen dieses Landes zu verbessern.

Aufklärung erhoffe ich von diesem Forum auch darüber, wie es China gelungen ist, bei schrumpfenden Exportmärk-

ten in den entwickelten Ländern bisher so gut aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise herauszukommen. Zwei Dinge sind allerdings bereits jetzt klar: China musste keine Unsummen für notleidende Banken aufwenden, weil seine Großbanken staatliche Institutionen sind, die nicht bedenkenlos im weltweiten Finanzcasino gezockt haben. Und sie reichen auf Weisung der Regierung verstärkt Kredite an die Realwirtschaft aus. Eine Kreditklemme droht China nicht, eher eine Kreditblase. Aber auch die ist mit staatlicher Wirtschaftspolitik, zu der diese Regierung strukturell in der Lage ist, in den Griff zu bekommen. Jetzt kann China selbstbewusst die dringend notwendige, wesentlich striktere Kontrolle der internationalen Finanzmärkte, die Eindämmung von riskanten Anlagegeschäften und Finanzspekulation fordern. Wie armselig und hilflos nehmen sich dagegen die Schritte der deutschen Regierung oder auch der EU aus, die so vollmundig Veränderungen angekündigt haben.

Krisenbewältigung bedeutet natürlich nicht, dass damit alle Probleme der chinesischen Wirtschaft gelöst wären. Wir sind bekanntlich keine Unternehmerpartei, sondern setzen uns in Europa wie in China vor allem für die Arbeitnehmer ein. Unser Interesse gilt den Arbeits- und Lebensbedingungen in diesem Land, der Einhaltung der ILO-Standards durch chinesische Betriebe und ausländische Investoren, darunter europäische, der Stärkung von Gewerkschaftsrechten, der Verbesserung der sozialen Lage der Wanderarbeiter. Das neue Arbeitsvertragsgesetz und das Arbeitskonfliktgesetz sind wichtige Schritte in dieser Richtung. Die chinesischen Gewerkschaften, die ihre Umsetzung kontrollieren, haben unsere Unterstützung und unsere Solidarität.

China weiß selbst, dass eine wirtschaftliche Großmacht auf die Dauer kein Billiglohnland sein kann. Die dringend notwendige eigene Innovationskraft erfordert gut ausgebildete und gut bezahlte Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter. Hochqualifizierte Menschen sind ein nachhaltiger Standortvorteil als niedrige Löhne.

Zu den Superlativen Chinas gehört, dass es heute das meiste CO₂ in die Atmosphäre bläst. Wenn wir das kritisch anmerken, dürfen wir nicht vergessen, dass jeder Deutsche doppelt so viel und jeder US-Amerikaner viermal so viel Treibhausgase produziert wie jeder Chinese. Vor der Natur aber sind alle Menschen gleich. Doch leben wir alle auf einem Planeten. Und unter ihrer verschmutzten Umwelt leiden zuerst die Chinesen selbst. Wir sehen, dass China in den letzten Jahren enorme Anstrengungen im Bereich des Umweltschutzes unternimmt.

Die Umwelt ist in allen Ländern ein Streitthema. Und das zu Recht. Ohne starken gesellschaftlichen Druck tendieren Wirtschaftsunternehmen und Regierungen dazu, Kosten zu scheuen, Probleme herunterzuspielen und ihren Nachfolgern zu hinterlassen, wodurch sie zu ihrer weiteren Zuspitzung beitragen. China tut gut daran, Initiativen der Zivilgesellschaft auf diesem Gebiet zu fördern.

International, vor allem für Länder mit ähnlicher Bevölkerungsstruktur, wird von Interesse sein, wie China die Frage der Entwicklung effektiver, für alle erschwinglicher öffentlicher Nahverkehrssysteme löst, die das Bedürfnis der Gesellschaft nach wachsender Mobilität befriedigen und zugleich den individuellen Autoverkehr mit seinen schwerwiegenden Folgen für die Umwelt in Grenzen halten. Sie werden verstehen, dass in diesem Zusammenhang die Zahlen über den wachsenden Absatz deutscher Autos auf dem chinesischen



Markt bei mir keine ungeteilte Freude auslösen. Die chinesische Außenpolitik hat sich Frieden und Entwicklung auf ihre Fahnen geschrieben. Mir imponiert, wie konsequent China für die Demokratisierung der internationalen Beziehungen in einer multipolaren Welt eintritt, wie mäßigend es auf internationale Konflikte einwirkt, wie es nach Verhandlungslösungen strebt, militärische Gewalt, Druck und Sanktionen zu vermeiden sucht, sich für die Einhaltung des Völkerrechts, für die Stärkung der UNO einsetzt. Wir von der Vereinigten Linken in Europa, die gegen die Tendenz zur militärischen Lösung politischer und sozialer Probleme kämpfen, können China darin nur bestärken.

Chinas Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell wird für Entwicklungsländer zunehmend attraktiver. Nach Jahrzehnten der Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialmächten haben sie erstmals nicht nur die Wahl zwischen der Übernahme westlicher neoliberaler Konzepte oder der Isolation, sondern es bietet sich ihnen die Alternative eines nicht-westlichen Weges.

China selbst sieht sich nicht als Modell. Es definiert seine gegenwärtige Entwicklungsetappe als „Anfangsphase der sozialistischen Gesellschaft“ mit einer Mehrsektorenwirtschaft, erwartet die Anerkennung seines Entwicklungsweges, der durch seine Größe, seine Geschichte, seine Mentalität und die heutigen Realitäten in der Welt bestimmt wird. Es studiert eingehend ausländische Erfahrungen. Der Westen, auch die EU, sollte aber aufhören, ihm ihr eigenes Modell als den Gipfel gesellschaftlicher Entwicklung aufdrängen zu wollen. Die gegenwärtige tiefe Krise des Kapitalismus demonstriert anschaulich, wie absurd diese Vorstellung ist.

Für die weitere Zusammenarbeit der EU mit China sehe ich gute Perspektiven. Die kommenden globalen Herausforderungen sind nur im Zusammenwirken zu bewältigen. Auch dafür liefert die globale Krise ein Lehrstück. Der Weg kann nur der Dialog in gegenseitigem Respekt, über die Unterschiede der Ideologien, Kulturen, Traditionen und Gesellschaftssysteme hinweg sein. Ich wünsche und hoffe, dass es uns gelingen möge, mit diesem Forum ein Beispiel zu geben, wie wir miteinander und voneinander lernen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Partei der europäischen Linken – das rätselhafte Wesen. Probleme und Perspektiven der EL nach den Europawahlen von 2004 und 2009

Beitrag von Prof. Zhang Wenhong, Institut für Weltsozialismus beim Büro für Kompilation und Übersetzung des ZK der KP Chinas, auf einem gemeinsamen Symposium mit der RLS im November 2009 in Beijing

1. Gründung und gegenwärtiger Zustand der EL

Als sich die europäische Integration seit Anfang der 1990er Jahre immer weiter vertiefte, erkannten die linken Kräfte Europas, dass die Abwehr der neoliberalen Offensive und der kapitalistischen Globalisierung nicht mehr auf der Ebene der Nationalstaaten gelingen konnte. Deshalb wollten sie

eine europaweite linke Organisation gründen, welche die in den verschiedenen Ländern verstreuten Linken zusammenführen sollte. Damit wollten die Linken den multinationalen Konzernen und den europäischen Kapitalgruppen Widerstand entgegensetzen, in EU-Institutionen wie dem Europäischen Parlament eine aktivere Rolle spielen und sich ein neues linkes Profil gegen die Globalisierung, für Frieden und soziale Gerechtigkeit erarbeiten.

Vor diesem Hintergrund gründeten 19 linke Parteien aus 15 Ländern Europas am 8. und 9. Mai 2004 in Rom die Partei der europäischen Linken. Die neue Partei sollte in der europäischen Politik mehr Einfluss gewinnen und auf der politischen Bühne Europas eine eigenständige Rolle spielen.

Nach Aussage des ersten EL-Vorsitzenden, des Sekretärs der italienischen PRC, Fausto Bertinotti, will die EL eine Plattform für die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen linken Kräften in verschiedenen europäischen Ländern bieten. Sie sei etwas Neues im Europa des neuen Jahrhunderts, ein großes Bündnis linker Kräfte, die sich für Frieden, gegen Krieg und Neoliberalismus einsetzen. Der EL gehe es nicht darum, die politischen Kämpfe der 1990er Jahre einfach fortzusetzen, sondern sie sei eine politische Organisation neuen Typs, die die linke Bewegung beleben wolle. Vor allem verfolge sie das Ziel, der jungen Generation Europas neue Hoffnung für die Zukunft zu geben.

Die EL tritt für ein neues Europa ein. Mit einer linken Partei auf europäischer Ebene sollen viele linke Akteure die Möglichkeit erhalten, für ein Europa mit anderen sozialökonomischen Verhältnissen zu wirken. Europa hat eine große Bevölkerung und einen riesigen Binnenmarkt. Die EL will ein Europa aufbauen, das sich nicht der kapitalistischen Globalisierung unterwirft, das die Konkurrenz mit den Schwellenländern vermeidet, ein unabhängiges Europa, das im Kampf gegen Krieg und Terrorismus, für den Weltfrieden und den Dialog zwischen den verschiedenen Nationen eine eigenständige Rolle spielt. In diesem Prozess erneuern viele linke Parteien ihre politischen Ideen, um für den Kampf der linken Kräfte und Bewegungen in Europa neue Wege zu öffnen.

Der EL gehören zur Zeit 34 Parteien an, davon 23 Mitgliedsparteien und 11 Beobachterparteien aus Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und anderen Ländern. Zusammen mit weiteren Parteien bildet sie die Fraktion GUE/NGL, die fünftgrößte im Europäischen Parlament nach den Fraktionen der Europäischen Volkspartei, der Europäischen Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen.

Die wichtigsten Leistungen der EL in den letzten Jahren sind, erstens, die Steigerung der Zahl der ihr angehörenden Parteien von 19 bei der Gründung auf heute 34 und, zweitens, die Anerkennung als europäische Partei durch das Europäische Parlament.

2. Die Ergebnisse der Europawahlen von 2004 und 2009

Die 2004 bevorstehende Europawahl war ein Stimulus für die Gründung der EL. Die linken Politiker sahen dieses Projekt als gute Gelegenheit, um die Zusammenarbeit und den Zusammenschluss von linken Parteien in Europa voranzubringen. Nach ihrer Meinung gibt es in Europa für die Linke ein Wählerpotenzial von ca. 20 Prozent. Die EL sollte die in den einzelnen Ländern verstreuten Wähler zusammenführen und ihnen größeren Einfluss auf die europäische Politik verschaffen.



Durch die Osterweiterung der EU im Jahre 2004 erhielt die EL neue Mitglieder. Die linken Parteien aus den osteuropäischen Ländern stärkten die Kraft von Mitte-Links in der EU. Das Mitwirken dieser Parteien wurde tatsächlich gebraucht. Durch die Erweiterung erhöhte sich auch der Einfluss des Europäischen Parlaments. Ob es den linken Parteien gelang, ins EP einzuziehen, würde über ihren Einfluss auf den Fortgang der Integration entscheiden. Daher stellte die Europawahl von 2004 für alle linken Parteien Europas eine große Herausforderung dar.

Sie war auch für die gerade gegründete EL eine wichtige Prüfung. Mit 27 Abgeordnetenmandaten bestand sie diese Prüfung nicht schlecht. Das Wahlergebnis zeigte, dass das Konzept für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa bei den Wählern Anklang fand. Das Volk brauchte eine linke sozialistische Partei. Das war das wichtigste Signal der Europawahl von 2004.

Bei der Wahl von 2009 hat die EL 24 Sitze gewonnen, 3 weniger als 2004. Die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 löste bei den Menschen Abneigung gegen den Neoliberalismus aus. Sie anerkannten die Vorschläge der EL und wollten mehr staatliche Regulierung. Das hätte eine gute Chance für die EL sein müssen. Aber sie hat diese Chance nicht nutzen können und keinen Durchbruch erreicht.

3. Die Probleme der EL – viel Heterogenität und Pluralismus, wenig Konsens

Die Gründung der EL war von Anfang an von Hoffnungen und Zweifeln begleitet. Die Praxis der letzten Jahre hat jedoch gezeigt, dass die EL auf der europäischen Ebene noch nicht die Rolle spielt wie andere etablierte europäische Parteien. Sie hat nur begrenzte Fortschritte und kaum Durchbrüche erzielt. Daran hinderten sie innere Konflikte und Probleme. Die wichtigsten sind:

Erstens ist die EL bisher zu keinen wirklich gemeinsamen Aktionen in der Lage. Seit ihrer Gründung hat sie zwei Kongresse – im Oktober 2005 in Athen und im November 2007 in Prag – durchgeführt. Am ersten ordentlichen Kongress nahmen über 300 Delegierte von 16 Mitglieds- und 9 Beobachterparteien sowie Gäste von 55 linken Parteien aus 45 Ländern teil. Der Kongress schätzte ein, dass die rasche Entwicklung der Globalisierung und die dominierende Stellung des Neoliberalismus für die Welt und Europa ernste Herausforderungen und Gefahren mit sich bringe. Die EL sei fähig und verpflichtet, alle linken Kräfte zusammenzuführen und eine Alternative für ein anderes, ein gerechteres, friedlicheres und demokratischeres Europa vorzulegen. Die Positionen und Forderungen der EL sind in dem Beschluss „Ja, wir können Europa verändern!“ dargelegt. Auf dem zweiten Kongress wurden der „Prager Appell“ und die Thesen „Alternativen entwickeln!“ angenommen. Damit wollte die EL einen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden erreichen. Aber die meisten Forderungen sind bisher leider nur auf dem Papier geblieben und nicht in gemeinsame Aktionen umgesetzt worden.

Zweitens fehlt es der EL an innerem Konsens und einer überzeugenden Politik. Daher sprechen die linken Kräfte Europas nicht mit einer Stimme. Sie haben bisher keine realisierbaren Programme für Regierungsbeteiligungen erarbeitet, die bei den Völkern Europas Anklang gefunden haben. Die EL maß der Europawahl von 2009 hohe Bedeutung bei. Sie wollte die Zahl ihrer Abgeordneten im EP wesentlich er-

höhen. Das Ergebnis fiel aber ganz anders aus. Die Ursachen für diese schwierige Situation sind vielfältig. Einen nicht zu unterschätzenden Faktor stellt die Osterweiterung der EU und damit der Beitritt von linken Parteien aus Osteuropa zur EL dar. Die verschiedenen Entwicklungswege in West- und Osteuropa sind eine ernste Herausforderung für das Zusammenwirken und die Vereinigung linker Parteien in der EL. Wegen der Unterschiede des historischen Hintergrundes und der politischen Kultur ist es für sie in vielen Fragen schwierig, ein gleiches Schrittmäß zu finden. Zudem haben auch die der Fraktion GUE/NGL angehörenden anderen Parteien ihre eigenen Traditionen und politischen Schwerpunkte. Die skandinavischen Linksparteien sehen sich z. B. stärker als sozial-ökologische Kräfte, stehen für die Gleichstellung der Geschlechter und für radikale Demokratie. Dagegen beharren marxistisch-leninistische Parteien wie die KP Griechenlands auf ihrer Avantgarderolle und halten am demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip fest.

Aus heutiger Sicht wird die EL wohl noch gewisse Zeit brauchen, um ihre inneren Konflikte und Auseinandersetzungen zu bewältigen.

4. Nur kritisch, nicht konstruktiv: Worin liegt die Bedeutung der Linken?

Kritik ist eine große Eigenheit linker Parteien. Sie üben sie sowohl am Kapitalismus als auch am traditionellen Sozialismus. Aber die Kritik ist nur ein Mittel, der Zweck besteht darin, etwas zu schaffen und aufzubauen. Die EL hat bisher zwar viel Kritik geübt und bei der Öffentlichkeit damit Zustimmung gefunden. Sie ist auch in der Lage, Protestaktionen gegen Entwicklungstendenzen zu organisieren, unter denen breite Volksschichten, vor allem ihr schwächster Teil, leiden. Sie hat aber bisher so gut wie keine eigenen, konkreten Lösungswege angeboten, die die Mehrheit überzeugen. Deshalb hat sie in den letzten Jahren auch keinen wesentlichen Einfluss auf den Integrationsprozess in der EU ausüben können.

Dieses Dilemma wird in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise besonders deutlich. Seit Jahren kritisieren die linken Parteien als eine der Ursachen die Finanzspekulationen auf den Kapitalmärkten, die an ein Spielcasino erinnern. Inzwischen erkennen auch die Parteien des Mainstreams diese Kritik an und stimmen zu, dass hier mehr staatliche Regulierung notwendig ist. Auch bei Maßnahmen zur Bewältigung der Krise wie der Verstaatlichung von Banken oder Konjunkturprogrammen zur Ankurbelung der Wirtschaft greifen die regierenden Parteien mehr oder weniger auf Vorschläge der Linken zurück. In den Medien findet man immer öfter Berichte und Kommentare mit Kritik an der freien Marktwirtschaft, Rufe nach sozialer Gerechtigkeit und dem Eingreifen des Staates. Aber sowohl bei der Europawahl von 2009 als auch bei verschiedenen Kommunalwahlen in diesem Jahr haben die Wähler in vielen Ländern ihre Stimme mehrheitlich nicht linken Parteien gegeben. Das ist eigentlich widersinnig. Zu einer Zeit, da Europa von der Krise erfasst wird, hätten die Menschen den an der Krise schuldigen Neoliberalismus ablehnen und Vorschläge der linken Parteien wie Wirtschaftsregulierung und Einschränkung der ungezügelter Finanzströme unterstützen müssen. Aber die Wahlergebnisse sahen ganz anders aus.

Wie kommt es, dass zu einer Zeit, da die Mängel der kapitalistischen Marktwirtschaft so offen zutage treten wie nie



zuvor, da die Arbeitslosigkeit steigt und die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird, sozialistische und sozialdemokratische linke Parteien keinen Aufschwung erleben, die Wähler nicht sie unterstützen, die soziale Gerechtigkeit fordern, sondern sich im Gegenteil mehr und mehr den rechten Parteien zuwenden, die den Neoliberalismus befürworten?

Die Gründe dafür sind vielfältiger Natur. Dabei sollte Folgendes beachtet werden: Erstens scheint die Bevölkerung in Krisenzeiten mehr auf die Regierung zu setzen, auch wenn diese Lösungen abseits vom gesellschaftlichen Konsens (im neoliberalen Kapitalismus) sucht. Was die Masse der Bevölkerung betrifft, so ist die Krise bislang eher eine theoretische Möglichkeit, denn bisher hat es noch keine Massenentlassungen gegeben, und die Arbeitslosigkeit ist noch nicht wesentlich gestiegen. Da bisher keine tiefgreifenden Veränderungen eingetreten sind, wartet man erst einmal ab. Zweitens scheint die Bevölkerung in die wirtschaftliche Kompetenz der EL noch kein richtiges Vertrauen zu setzen. Anders gesagt, unter den Bedingungen der globalen Krise entscheidet sich die Mehrheit nach wie vor für die Marktwirtschaft mit freier Konkurrenz und nicht für ein stärkeres Eingreifen der Regierung, hohe Steuern und den Sozialstaat. Die Politik der konservativen Parteien, im EP der Europäischen Volkspartei, ihr Kurs der Liberalisierung der Finanzmärkte und der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat in der Tat mit dem Ausbruch dieser Krise zu tun. Sie können jetzt nicht einfach so weitermachen, aber sie haben die Macht und die Ressourcen.

Deshalb kommt es für die EL darauf an, neben der berechtigten Kritik am Mainstream vor allem nach mehr innerer Gemeinsamkeit zu streben und konkrete alternative Vorschläge für die Zukunft Europas vorzulegen. Sonst läuft sie Gefahr marginalisiert zu werden.

5. Nicht nur opponieren, sondern nach Alternativen suchen

Die Tatsachen beweisen, dass die Kritik der linken Parteien am Neoliberalismus insgesamt richtig war. Aber sie sind dabei stehen geblieben und haben keine Alternative zur Globalisierung vorgelegt, die die künftige Entwicklung Europas prägen könnte. Die linken Parteien müssen eine Balance zwischen ihren hohen Idealen und der rauen Wirklichkeit finden. Sie sollten versuchen zu regieren oder mitzuregieren und sich nicht nur als Opposition oder als konstruktive Opposition verstehen.

Die rasche Entwicklung der Globalisierung hat die Transformation der sozialen und Klassenstrukturen in Europa vorangetrieben. Die europäische Arbeiterbewegung und die linken Parteien stehen in ihrer Politik vor neuen Herausforderungen: der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, den anhaltenden Konflikten zwischen Kapital und Arbeit, dem Generationenkonflikt, dem Konflikt zwischen den Geschlechtern, dem Problem der Einwanderung und Konflikten zwischen den Kulturen. Dies sind Probleme, die alle Parteien, ob nun links, in der Mitte stehend oder rechts, zu bewältigen haben. Ihre Lösung erfordert neue Ansätze in Theorie und Praxis, für die es große Anstrengungen zu unternehmen gilt. Alle Parteien schlagen eigene Rezepte zur Bewältigung der Krise vor. Wessen Politik sich am effektivsten erweist, der wird das Vertrauen und die Unterstützung der Wähler gewinnen. Da Europa auf eine Rezession zusteuert, zeigt sich in

der Politik der Rechtsparteien eine Tendenz nach links. Sehr geschickt nehmen sie Ideen auf, die die Linken seit Jahren vertreten, z. B. Verstaatlichungen oder Konjunkturprogramme der Regierung. Die linken Parteien ziehen dabei deutlich den Kürzeren.

Insgesamt gesehen, sind die Gründung und die Praxis der EL ein lohnender Versuch, die linken Kräfte in Europa zusammenzuführen. Mit fünf Jahren ist der Mensch noch ein Kind. Viel mehr sind für eine Partei fünf Jahre das Anfangsstadium, in dem sie ihren Weg erst finden muss. Zwar hat die EL gegenwärtig noch mit den genannten Problemen zu kämpfen und ihre Ziele noch nicht erreicht, aber wenn sie sich in dieser Krise gut schlägt und z. B. praktikable, realisierbare Vorschläge für die Steuerung der Wirtschaft oder die Reduzierung der Arbeitslosigkeit vorlegt, dann wird sie sich entwickeln, an Stärke gewinnen und optimistisch in die Zukunft schauen können.

Aus der internationalen Linken

Beschluss des Zentralen Politischen Komitees von SYNASPISMOS

Athen, 25. April 2010

- Ausstieg aus dem Mechanismus von EU und IWF mit seinem neoliberalen „Know-How“
- NEIN zur Auflösung des Zusammenhangs in der Gesellschaft
- Nein zur Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme
- Für eine Front der sozialen und politischen Kräfte, für einen Schutzschild gegen die Krise

Die Regierung Papandreou hat den Ruf nach dem „Unterstützungsmechanismus von EU und IWF“ ausgesandt. Damit unterwirft sie Griechenland den Entscheidungen des IWF und verschafft diesem Zugang zum Hinterhof Europas. Das zeigt auf eklatante Weise die großen strukturellen Defizite der Währungsunion, die auf der Grundlage des neoliberalen Modells eingeführt wurde, welchem sich die konservativen und sozialdemokratischen Kräfte Europas in den letzten Jahrzehnten gemeinsam verschrieben haben.

Die Technokraten des IWF befinden sich bereits in unserem Land und diktieren dem Arbeitsministerium die Artikel und Klauseln für den Entwurf eines neuen Sozialen Sicherheitsgesetzes. Die Regierung trägt die volle Verantwortung dafür, dass die Ausarbeitung strategischer wirtschaftlicher Beschlüsse einem supranationalen Direktorat übertragen wird, das keinerlei demokratische Legitimation besitzt.

Der IWF ist keine philanthropische Einrichtung. Er diktiert und „hilft“ Regierungen, die von Anfang an ihre Bereitschaft erklären müssen, die Verantwortung für die Auflösung der



sozialen Sicherungssysteme, die Aufhebung von Kollektivverträgen und die Beseitigung sozialer Errungenschaften der Beschäftigten zu übernehmen.

Der IWF kennt nur ein Rezept für alle Notlagen – Lohnkürzungen und Sozialabbau. Grundvoraussetzung für seine „Unterstützung“ ist der Abbau der sozialen Sicherungssysteme, womit man in unserem Land bereits begonnen hat. Wir bekräftigen das Wesen unserer Kritik am Konstrukt der EU, am Inhalt der Europäischen Verträge, die die heutige neoliberale Struktur geschaffen haben. Unter den Bedingungen der tiefen Wirtschaftskrise verstärkt diese die zentrifugalen Tendenzen in der Union und stellt deren Zusammenhalt insgesamt in Frage. Wir verweisen darauf, dass die Führung der EU die Hauptverantwortung dafür trägt, im Zusammenwirken mit der Regierung Papandreou eine neoliberale Politik durchzusetzen, die die Rechte von Arbeitnehmern, Rentnern, Frauen und Jugendlichen abbaut.

Die Regierung hat keinerlei demokratische Legitimation, derartige Vereinbarungen zu schließen. Sie ist vor sechs Monaten mit einem völlig anderem Programm gewählt worden und genießt für die vorgesehenen Maßnahmen keinerlei Unterstützung in der Gesellschaft. Die einzige Zustimmung, die sie erhält, ist die des Griechischen Unternehmerverbandes (SEB), der großen Mediengruppen, der am meisten neoliberal eingestellten Kreise in den beiden großen Parteien und der extremen Rechten der LAOS-Partei unter Karatzaferis. Auch die Partei der Neuen Demokratie trägt eine hohe Verantwortung, denn in den zwei letzten Wahlperioden, in denen sie regierte, hat sie entscheidend zur Entstehung des gegenwärtigen Haushaltsdefizits und der riesigen Staatsverschuldung beigetragen. Es waren die Neue Demokratie und die PASOK, die das gesellschaftspolitische System unseres Landes nach dem Sturz der Militärdiktatur von 1974 geprägt haben. Sie sind für das anhaltende Produktivitätsdefizit unseres Landes verantwortlich, ebenso für den Niedergang und die Privatisierung des öffentlichen Sektors. Der Klassenaspekt der heutigen Defizite ist nicht zu unterschätzen. Die vorliegenden Entscheidungen werden uns von den herrschenden neoliberalen Kreisen der EU aufgezwungen. Sie dienen der Politik des Euro-Atlantizismus. Damit soll die in eine Sackgasse führende Strategie eines schrankenlosen Monetarismus durchgesetzt werden, die nicht in der Lage ist, auf die Probleme der globalen Wirtschaftskrise substantielle Antworten zu geben. Damit wird Griechenland zu einem Versuchskaninchen, an dem man die härteste Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Geschichte Europas ausprobieren will, die dann auch in den übrigen europäischen Ländern angewandt werden soll.

Weder das Volk noch das Parlament haben bisher ihre Meinung dazu gesagt. Herr Papandreou wagt es nicht einmal, die Führungsgremien seiner eigenen regierenden Partei zusammenzurufen.

Dabei stehen wir vor einer Grundsatzentscheidung, die die internationale Orientierung und das innere Gefüge unseres Landes tiefgreifend verändern wird. Wenn der IWF erst einmal in unsere Entwicklung eingreift, dann kündigt das eine völlig neue Realität an, die Griechenland jede Aussicht auf einen wirtschaftlichen und sozialen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise raubt. Daher steht jetzt die entscheidende Frage der demokratischen Legitimation für die Politik der Regierung.

Wir verlangen eine sofortige Entscheidung des Volkes

über diese Frage. Wir fordern den Ausstieg aus dem Mechanismus von EU und IWF mit seinem neoliberalen „Know-How“.

Das bedeutet den Ausstieg aus einer Entscheidung, die die Zukunft unseres Landes auf Jahrzehnte hinaus bestimmt und durch Maßnahmen wie die Auflösung der sozialen Sicherungssysteme, die Liberalisierung von Entlassungen, die Kürzung von Löhnen und Renten zu einem beispiellosen sozialen Abstieg führen wird.

Wir fordern ein Referendum, damit das Volk zum Eingreifen des IWF in Form des EU-IWF-Mechanismus, zu den wichtigsten Problemen unseres Landes sein Wort sprechen kann.

Gegen die verbrecherische Politik der Regierung, die unser Land durch den Mechanismus entsprechend dem Beschluss der Euro-Gruppe vom 25. März 2010 der totalen Herrschaft des IWF unterwirft und der von den Spekulanten bereits wieder in Frage gestellt wird, legt SYNASPISMOS dem griechischen Volk ein Alternativprogramm, eine Strategie für das Herauskommen aus dieser Krise vor.

Die Entscheidung für sozialen Abstieg ist nicht alternativlos. Es gibt einen anderen Weg. Wir schlagen unserer Gesellschaft vor, diesen Weg zu gehen und dafür zu kämpfen.

Auf zum Kampf!

Voraussetzung für diesen andere Weg ist die Mobilisierung der Akteure in Volk und Gesellschaft zur Schaffung einer Front sozialer und politischer Kräfte, die für die Errichtung eines sozialen Schutzschildes und für Solidarität kämpfen. Dafür ist die Mitwirkung der Linken, der Gewerkschaften und weiterer gesellschaftlicher Akteure von entscheidender Bedeutung. Sie alle fordern wir auf, unserem Ruf zum Zusammenschluss zu folgen.

Alternatives Sofortprogramm für einen progressiven Ausweg aus der Krise

1. Ausstieg aus dem „Unterstützungsmechanismus“ von EU und IWF. Neue Verhandlungen über die Forderung nach einem Direktkredit der EZB und der Auflage von Eurobonds. Koordinierung und ein dauerhaftes Bündnis mit den Ländern Südeuropas, die ähnliche Schulden- und Defizitprobleme haben. Abänderung der europäischen Verträge. Sofortige Abschaffung des Stabilitätspaktes, der durch einen Sozialen Sicherheitspakt für Arbeit in Würde und nachhaltige Entwicklung ersetzt wird.

2. Öffentliche Kontrolle des Finanzsystems im Interesse von Gesellschaft und Realwirtschaft. Als erster Schritt sofortiges Eingreifen in das Bankensystem durch den Aufbau einer Säule staatlicher Banken, die die alternative Verwaltung der Mittel des Unterstützungspaketes übernimmt.

3. Ein mittel- und langfristiges Programm für die produktive Umstrukturierung der griechischen Wirtschaft mit zielgerichteten öffentlichen Investitionen, einem alternativen Entwicklungsmodell und besonderer Hinwendung zur Landwirtschaft, zu erneuerbaren Energien, zu nachhaltigem Tourismus und neuen Technologien. Wir setzen uns für ein anderes Konzept und eine andere Funktionsweise des öffentlichen Sektors ein.

4. Auf intentionalem Gebiet die politische Forderung nach einer teilweisen Streichung der Staatsschulden und Optimierung der Zahlungsbedingungen im Rahmen einer vollständigen Umstrukturierung. Die Staatsschulden sind nicht allein ein griechisches Problem. In diesem Sinne fordern wir einen



umfassenden Mechanismus der Solidarität für den Umgang damit im Rahmen der EU.

5. Aufbau eines sozialen Schutzschildes. Dazu gehört ein sofortiges Eingreifen des Staates zum Abbau von Arbeitslosigkeit und neuen Formen der Armut bei gleichzeitiger Förderung von Entwicklung. Dieses Eingreifen sollte sich auf folgende Fragen konzentrieren:

- eine Steuerreform zur Beseitigung der Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems, zur Erhöhung des Steueraufkommens durch striktes Vorgehen gegen Steuersünder, Besteuerung der Kirche.
- Sofortige Kürzung aller Militärausgaben. Rückzug aller griechischen Truppen von Militäraktionen in anderen Ländern.
- Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, Verstärkung ihres gesellschaftlichen Umverteilungscharakters im Gegensatz zu der von der Regierung gegenwärtig verfolgten Strategie des Sozialabbaus.
- Schutz für die Kurz-, Mittel- und Langzeitarbeitslosen. Besondere Beschäftigungsprogramme im gesellschaftlichen und produktiven Sektor.
- Eine sofortige Reform der Arbeitsgesetzgebung zur Einschränkung von Entlassungen und dem Schutz von Arbeitsplätzen.
- Verstärkte Durchsetzung der Mindestlöhne. Einführung eines garantierten Minimaleinkommens und garantierten Zugangs zu öffentlichen Gütern und grundlegenden Dienstleistungen.

Dieser minimale Rahmen für eine progressive Strategie des Herauskommens aus der Krise umfasst Sofortvorschläge zur Reaktion auf die Krise und die Abwehr des Angriffs, dem Gesellschaft und Beschäftigte gegenwärtig ausgesetzt sind.

SYNASPISMOS und SYRIZA müssen unverzüglich eine Informationskampagne einleiten, um den Widerstand in unserer Gesellschaft zu stärken. Das tun wir durch aktive Beteiligung an den Kämpfen der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, durch unseren Beitrag zum Aufbau breit angelegter Komitees für die Kämpfe im Wohngebiet und am Arbeitsplatz gegen die Maßnahmen der Regierung und ihre Folgen. Unsere Partei muss durch Aktionen und Initiativen denen Solidarität gewähren, die von der Krise am härtesten getroffen werden.

Angesichts dessen, dass wir es mit einer Strukturkrise des Kapitalismus zu tun haben, müssen Aktionen für eine alternative, progressive Strategie für das Herauskommen aus der Krise mit dem Kampf für eine radikale Veränderung des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses, für grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft, für den Sozialismus verbunden werden.

Unsere Alternativvorschläge sind der Bevölkerung durch aktive, systematische und anhaltende Aktionen darzulegen. Wir müssen Pressekonferenzen und öffentliche Auftritte unserer Parlamentarier und Parteimitglieder in den Bezirken von Athen und allen Regionen des Landes organisieren. Wir haben die Pflicht, diesen alternativen Ausweg zu weisen und unsere Gesellschaft aufzufordern, dafür zu kämpfen.

Die Krise und die neuen Bedingungen, vor denen wir stehen

Positionspapier für den Parteitag von SYNASPISMOS, 3. – 5. Juni 2010

Zum Wesen der Krise

1. Die gegenwärtige strukturelle Wirtschaftskrise des Kapitalismus und der Klimawandel sind zwei Hauptaspekte der Etappe, in der sich die Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts befindet.

Diese Entwicklungen haben die Bedingungen, den Inhalt und die Methoden des sozialen und politischen Kampfes, den die Linke zu führen hat, in vieler Hinsicht verändert. Sie bestimmen ihre Pflichten und Prioritäten neu. Was Griechenland betrifft, so haben diese beiden Phänomene eine bisher unbekannte Krise hervorgebracht, die sich sehr rasch ausbreitet und bereits bestehende Krisensituationen in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, Umwelt, Politik, Ideologie und Moral in sich aufnimmt.

2. Die erste große Welle dieser Krise erreichte unser Land im Jahre 2008. Sie betraf Banken, den Kapitalmarkt und das Finanzwesen insgesamt. Ihr folgte eine zweite Welle, die gegenwärtig noch anhält und ihr Epizentrum in den Bereichen von Arbeit, Beschäftigung, Produktion und Investitionen hat. Seit dem Herbst 2009 ist die globale Krise, verbunden mit der Krise von Dubai und der Schuldenkrise Griechenlands, in eine dritte Phase getreten. Diese konzentriert sich vorwiegend auf den Staatshaushalt und dessen Verschuldung, was nicht bedeutet, dass die anderen Aspekte dieser Krise bereits überwunden seien. Im Gegenteil, auch hier sind neue Ausbrüche nicht ausgeschlossen. Selbst während des noch fragilen Erholungsprozesses kann es zu ernstem Versagen von Staaten, Organisationen und Firmengruppen kommen.

In Griechenland fielen die ersten beiden Phasen der Krise relativ mild aus. Die Haushaltskrise erregte jedoch sofort weltweit Aufmerksamkeit, weil sie eine neue Phase in der globalen Krise markierte und weil Griechenland als Mitglied der Eurozone zum Epizentrum globaler Konkurrenz und Spekulation wurde. Dadurch geriet es in die Rolle eines Versuchskaninchens, an dem man zum einen neue Mechanismen zur Durchsetzung des neoliberalen Modells ausprobieren will (mit denen dieses auf neue Füße gestellt werden soll) und zum anderen weitere Länder wie Portugal, Spanien oder Italien mit ähnlichen Problemen einzuschüchtern versucht.

3. Historisch gesehen weist die gegenwärtige Krise in ihrer griechischen Ausprägung mehrere besondere Züge auf. Der erste ist von umfassendem Charakter und hat mit dem Zusammenfallen einer Wirtschaftskrise mit dem Klimawandel und gegenwärtigen demografischen und geopolitischen Umwälzungen zu tun. So sind der Aufstieg Chinas und Indiens Phänomene, die wegen der schieren Größe dieser Länder, ihrer Bevölkerung und ihrer Kultur weit über eine quantitative Zunahme des globalen Kapitalismus an Territorium und Menschenmassen hinausgehen.

Der zweite wichtige Charakterzug hat damit zu tun, dass Griechenland der Europäischen Währungsunion beigetreten ist und den Euro als Landeswährung eingeführt hat. Er verändert die Wirkungsweise der Krise beträchtlich, bestimmt



Regulierungsmechanismen, die Methoden des Krisenmanagements und die Strategie für das Herauskommen aus der Krise als eine neue Kombination nationaler, europäischer und internationaler Faktoren.

Diese besonderen Wesenszüge, zu denen weitere untergeordnete kommen, lassen es nicht zu, dass Griechenland nach dem Herauskommen aus der Krise einfach zur früheren Situation zurückkehren kann. Das bedeutet, dass wir tiefgreifende Veränderungen und Umwälzungen zu erwarten haben, deren Richtung, Inhalt und Ergebnisse von den sozialen und politischen Kämpfen der Arbeiterklasse, aber auch von den zu erwartenden neuen europäischen und globalen Machtverhältnissen abhängen.

Daher können wir den Kampf gegen die Folgen der Krise, um die Strategie des Herauskommens und die Beseitigung ihrer Ursachen nicht als einmaligen Akt ansehen, sondern müssen ihn als einen Kampf begreifen, der sich über eine ganze geschichtliche Periode hinziehen wird, die gerade erst beginnt.

4. Die bisherige Entwicklung der Krise bestätigt, dass sie sowohl strukturellen als auch systemischen Charakter trägt. Die bisherigen Maßnahmen haben einen Kollaps des Finanzsystems zwar vorerst abgewendet, konnten aber nicht verhindern, dass die Rezession in den meisten Staaten der entwickelten kapitalistischen Welt noch ernstere Dimensionen angenommen hat.

Die bisher in einigen Staaten zu beobachtende oder vorausgesagte Erholung ist zumeist eine Folge des Eingreifens der Regierungen, weshalb sie relativ schwach, ungleichmäßig und nicht nachhaltig ausfallen wird. Vor allem aber ist darauf hinzuweisen, dass jegliche Erholung mit wachsender Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung einhergeht. Man kann nicht ausschließen, dass sie bald wieder in eine neue Rezession mündet und dass einige Staaten eine langanhaltende Stagnation zu erwarten haben, wie sie Japan seit Anfang der neunziger Jahre erlebte.

Auf jeden Fall werden die sozialen Auswirkungen der Krise auf Arbeit, Beschäftigung, soziale Sicherheit, den Sozialstaat und die Umwelt nicht bald verschwinden, sondern sich in den nächsten Jahren innerhalb und außerhalb Griechenlands weiter vertiefen. Das liegt an der in diesen Bereichen jetzt zu erwartenden Politik, mit der das neoliberale Modell auf ein neues Fundament gestellt werden soll.

5. Wie ihre Vorläufer von 1974 und 1929 ist dies nicht nur eine Krise der Wirtschaft, sondern auch der Politik und der theoretischen Modelle, auf welchen diese beruht. Daher kann sie weder durch einen rein neoliberalen Kurs noch durch einen Rückgriff auf keynesianische Maßnahmen gestoppt werden. Hier erscheint es zweckmäßig, die Formen des politischen Krisenmanagements in der entwickelten kapitalistischen Welt zu untersuchen.

Die erste Form besteht aus mehreren neoliberalen Maßnahmen. Das Eingreifen des Staates beschränkt sich auf die Rettung des Bankensystems, deren Kosten durch steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden. Damit konnte der Zusammenbruch des Finanzsystems verhindert werden, aber nicht die Rezession, die sich wesentlich vertieft hat, und auch nicht das Ansteigen der Arbeitslosigkeit, das an Tempo zunimmt.

Auch die zweite Form, die vor allem in den USA und Großbritannien angewandt wird, beruht auf neoliberalen Ideen. Auch hier wird die Hegemonie des Finanzkapitals nicht in

Frage gestellt, aber durch Aspekte einer keynesianischen Politik angereichert. Dies sind eine aktivere Aufstockung des Haushalts und bestimmte Maßnahmen zu Wechselkursen und Geldpolitik, um eine schwerwiegende Rezession und ein wesentliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Ungeachtet dieser Unterschiede ist es mit keiner der beiden Formen bisher gelungen, die Voraussetzungen für ein nachhaltiges Herauskommen aus der Krise zu schaffen oder dieses auch nur in Aussicht zu stellen.

Die dritte Form ist ein aggressiverer Mix aus neoliberalen Schritten, die auf Empfehlung und Forderung des IWF, der EU oder beider gemeinsam gegenüber Staaten mit hoher Verschuldung und Zahlungsbilanzdefizit wesentlich rücksichtsloser durchgesetzt werden sollen. Im Falle Griechenlands ist das die Forderung, Löhne und Sozialausgaben drastisch zu kürzen sowie die Privatisierungen noch schneller voranzutreiben. Dort, wo diese Politik bereits angewandt wurde (in Lettland, Ungarn, Rumänien oder Irland) hat sie zu einem Absturz des Bruttosozialprodukts von sieben Prozent (Ungarn und Irland) bis 17 Prozent (Lettland) geführt.

6. Seit unserem Parteitag von 2003 haben wir auf diese Entwicklungen hingewiesen und sie auf dem Kongress von 2009 detaillierter dargelegt. Wir haben gefordert, zum Verständnis dieser Krise den Charakter des Kapitalismus unserer Zeit tiefgründiger zu analysieren und zu begreifen, denn hier handelt es sich nicht um eine Panne, um falsche Regulierung oder einen Auswuchs, sondern um die Bedingungen, unter denen sich der Kapitalismus in seiner neoliberalen Form entwickelt.

Daher haben wir darauf hingewiesen, dass eine Strategie des Herauskommens aus dieser Krise damit verbunden werden muss, neue Grundlagen für die Linke zu schaffen, weil nur eine moderne, radikale Linke des 21. Jahrhunderts, die über neue theoretische, analytische und politische Instrumente verfügt und ein neues Verhältnis zur Gesellschaft und den sozialen Bedingungen herstellt, die neue Herausforderung voll erfassen und erfolgreich bewältigen kann. Wenn man persönliche Verantwortlichkeiten und subjektive Aspekte einmal beiseite lässt, dann können die gegenwärtigen Probleme und Spannungen in unserer Partei und im Bündnis SYRIZA als eine Folge des von der Krise verursachten raschen Wechsels der Bedingungen, der höheren Anforderungen in immer kürzeren Zeiträumen und der Schwierigkeit betrachtet werden, all dem gerecht zu werden. Es ist vielleicht kein Zufall, dass das sich vor allem in der Führung der Linken auswirkt und dass das Fehlen gut funktionierender demokratischer Verfahren ihre Lösung besonders schwierig macht.

Die Krise in der EU, die Notwendigkeit eines neuen Bündnisses im Süden und einer europäischen gemeinsamen Aktionsfront

Die Wirtschaftskrise in der EU und vor allem in der Eurozone fällt besonders tief und anhaltend aus. In der EU hat die Krise unmittelbare institutionelle und politische Auswirkungen, denn sie hat die Mängel des Modells, auf dem die Union beruht, ihre politische Unfähigkeit und den extrem einseitigen Klassencharakter der EU- und EMU-Verträge an den Tag gebracht. Der Maastrichter Vertrag hat die soziale Ungleichheit und die Konflikte innerhalb der Gemeinschaft vertieft, er hat die Entstehung einer neoliberalen, politisch konservativen EU vorangetrieben. Heute können wir sagen, dass die Ent-



scheidung des Zentralen Politischen Komitees unserer Partei zur Unterstützung von Maastricht bei gewissen Vorbehalten, von der Entwicklung nicht bestätigt wurde. Zugleich sei jedoch hinzugefügt, dass SYNASPISMOS sich in dieser Zeit nach seinen Möglichkeiten gegen die neoliberalen Pläne der EU zur Wehr gesetzt und für ein anderes Europa gekämpft hat.

Die EU ist nun auch mit einer Krise aller Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie der damit verbundenen Abkommen konfrontiert. Daher ist es dringend notwendig, die Verträge und Beschlüsse zur gesamten Architektur der EU in einer demokratischen und progressiven Richtung zu verändern, was nur durch das Handeln der sozialen Bewegungen und das politische Eingreifen der Linken erreicht werden kann.

Die Krise in der EU hängt mit der Form der Währungsunion eng zusammen, denn diese wurde als Anhängsel einer EU geschaffen, die als ein Binnenmarkt funktioniert, aber über keinerlei Politik, Solidarität oder Mechanismen verfügt, um die Vor- und Nachteile der Integration für alle Beteiligten auszugleichen. Die Durchsetzung einer Haushaltsdisziplin und einer Politik des harten Euros deutscher Prägung in der gesamten EU als die europäische Version des Neoliberalismus hat einen Rahmen geschaffen, der Länder mit Defiziten, vor allem in Südeuropa, zu ersticken droht. Zusammenhang und Integration in der EU sind erschüttert. Eine baldige Erholung ist ungewiss und wird sehr ungleichmäßig ausfallen, ebenso das Herauskommen aus der Krise nicht nur im Süden Europas sondern in der gesamten Eurozone. Auch in Deutschland hat diese Politik soziale Ungleichheit, Spaltung und Armut vorangetrieben. Angesichts dessen gewinnt ein Bündnis der südeuropäischen Länder mit ähnlichen Problemen und die Abstimmung der sozialen Kämpfe in der gesamten EU entscheidende Bedeutung.

Die Art und Weise, wie die europäische Währungsunion entwickelt wurde, ist wesentlich von den Kräften des Finanzkapitals und der neoliberalen Politik geprägt, der die europäische Sozialdemokratie zugestimmt hat. Die Bedürfnisse und Forderungen der Arbeitnehmer haben dabei überhaupt keine Rolle gespielt. In seinen Beschlüssen und detaillierten Haushaltsvorschlägen im griechischen Parlament von 1997, 1998 und 1999 hat SYNASPISMOS eindringlich vor den Risiken des neoliberalen Wesens der EMU und der Art und Weise des griechischen Beitritts gewarnt, weil dieser nur auf einer nominellen, nicht wirklichen Angleichung der Volkswirtschaften beruhte. Jetzt, da die Krise ausgebrochen ist, sind diese Risiken eingetreten. Es ist wichtig zu begreifen, dass das Problem der EU heute nicht die Haushaltskrise Griechenlands, sondern die Währungsunion, deren neoliberaler Charakter sind. Das Problem ist die Europäische Zentralbank, die eine harte monetaristische Politik betreibt, die ohne jegliche demokratische Kontrolle und gegen die sozialen Erfordernisse der Mitgliedstaaten handelt. Das Problem ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt, dessen Kriterien kein einziges EU-Land einhält, der aber weiterhin als Disziplinierungsinstrument benutzt wird, um Zahlungen zu kürzen, den Arbeitsmarkt weiter zu deregulieren, die soziale Sicherheit zu untergraben und abzubauen, Gesundheit und Bildung immer mehr zur Ware zu machen, öffentliches Vermögen durch Privatisierung und Konzessionsvergabe zu veräußern.

Der neoliberale Charakter der EU ist nicht nur ein Problem der Arbeiter in Griechenland, das von den Märkten und den

in der EU bestimmenden politischen Kräften unter Druck gesetzt wird, Maßnahmen durchzuführen, die unsere Gesellschaft ruinieren und die Rezession weiter vertiefen werden. Der neoliberale Charakter der EU ist ein Problem aller arbeitenden Menschen in der gesamten EU. Heute werden die griechischen Beschäftigten unglaublichem Druck ausgesetzt, morgen werden es die portugiesischen sein, dann die spanischen, usw. usf. Daher müssen sie ihre Aktionen auf europäischer Ebene koordinieren und eine starke Massenbewegung schaffen, um Veränderungen gegen den Neoliberalismus, für eine andere Entwicklungsrichtung Europas zu fordern und durchzusetzen.

Unsere Forderungen und Vorschläge an die Europäische Union

Die derzeitige Krise hat das neoliberale Wesen, den Klassencharakter und die Grenzen der Währungsunion aufgezeigt, welche zu der Schwäche des Euros geführt hat. Die ungleiche Kapitalakkumulation und Einkommensverteilung in den einzelnen Ländern ist in die Architektur der Währungsunion eingebaut und durch deren Politik immer weiter vertieft worden. Diese Ungleichheit wird ständig reproduziert, und jede Angleichung von Löhnen, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsbedingungen erfolgt auf immer niedrigerem Niveau.

Die Krise zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die EU mit neuem Inhalt erfüllt werden und auf neue Ziele ausgerichtet werden muss. Das kann nur durch eine europaweite Bewegung und in Verbindung mit der Lösung der akuten Probleme erreicht werden.

Nicht nur SYNASPISMOS in Griechenland sondern die Linke in ganz Europa, die sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und auch Kräfte innerhalb der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien stellen sich dem neoliberalen, monetaristischen Wesen der europäischen Integration entgegen. Wir haben argumentiert, dass eine gemeinsame Währung nur das Ergebnis eines Prozesses wirklicher Angleichung des Entwicklungsniveaus der Mitgliedstaaten und Regionen der EU sein kann, was eine konkrete Politik für Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und Nachhaltigkeit erfordert, einen Plan, um die EU auf neue Grundlagen zu stellen. Diesem Zweck sollen die nachfolgenden Vorschläge dienen, die einerseits auf die Lösung unserer unmittelbaren Probleme gerichtet sind, aber auch eine strategische Neukonstruktion der EU anstreben, um schließlich den Sozialismus zu erreichen:

1. Zum **Stabilitäts- und Wachstumspakt**: Wir fordern, dass dieser abgeschafft und durch einen Sozialen Sicherheitspakt abgelöst wird, der auf Arbeit in Würde und nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist. Dieser neue Pakt muss vor allem Kriterien für Arbeit und Arbeitslosigkeit, Armut, soziale Ungleichheit und Umweltschutz enthalten und diesen Priorität beimessen. Außerdem soll er Sozialdumping unter den Mitgliedstaaten verhindern.

2. **Zu den Sozialausgaben**: Wir fordern eine wesentliche Aufstockung des EU-Haushalts besonders während der aktuellen Krise, auf fünf Prozent des BIP der EU. Wir fordern eine radikale Umorientierung des Haushalts auf nachhaltige Entwicklung, Angleichung des Niveaus der Mitgliedstaaten, produktive Investitionen in Infrastruktur, Beschäftigung, soziale Sicherheit, den Schutz kleiner Unternehmen und armer Bauern. Wir fordern eine radikale Veränderung der Gemeinsamen Agrarpolitik, die Erhöhung der Sozialausgaben in der



Landwirtschaft und eine radikale Umverteilung der Ressourcen zugunsten von Qualitätsprodukten, darunter aus dem Mittelmeerraum, von kleinen und mittleren Produzenten.

3. Zur **Europäischen Zentralbank**: Wir fordern, dass die EZB unter die politische und demokratische Kontrolle des Europäischen Parlaments und der Bürger Europas gestellt wird. Ihre Rolle ist unverzüglich neu zu bestimmen. Nicht nur Preisstabilität, sondern auch nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung müssen ihre Ziele sein.

4. Zu einem **Kreditmechanismus als ultima ratio**: Da die gemeinsame europäische Währung nun einmal existiert, führt kein Weg daran vorbei, im Falle einer Schuldenkrise von Mitgliedstaaten angesichts des Drucks der Finanzmärkte als ultima ratio einen europäischen Kreditmechanismus, die Ausgabe von Eurobonds durch die EZB oder einen anderen Mechanismus einzuführen. Ein Europäischer Währungsfond nach den Klassengrundsätzen und undemokratischen Weisenszügen des IWF wäre jedoch eine Waffe in der Hand der herrschenden Klassen der EU, um noch wirksamere Zwangsmaßnahmen zur Wiederherstellung der Grundlagen des Neoliberalismus zu schaffen. Daher widersetzen wir uns diesem Vorhaben auf das entschiedenste.

5. Wir fordern die Einführung einer „Tobin-Steuer“ auf europäischer und globaler Ebene, die Besteuerung von Börsentransaktionen und die Beseitigung aller Steueroasen. Wir wenden uns gegen die Militarisierung der EU und fordern, dass die Militärausgaben europaweit reduziert werden.

6. Zur **politischen Integration**: Die gegenwärtige Krise in der EU bestätigt, dass wirtschaftliche ohne politische Integration unmöglich ist. Der Prozess einer politischen Integration in Europa, den wir fordern, muss den Kampf der arbeitenden Klassen für eine wesentliche Vertiefung der Demokratie, die volle Abkehr vom neoliberalen Modell und die Neukonstruktion der EU auf einem Fundament von Demokratie, sozialem Zusammenhalt und Frieden einschließen. Unser Ziel ist der Sozialismus in ganz Europa.

Bei diesen Vorschlägen sind wir uns voll bewusst, dass der Lissaboner Vertrag und seine Vorläufer, die administrativen Festlegungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die die Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmen und keinerlei demokratischer politischer Kontrolle unterliegen, dass die gesamte Architektur der EU, wie sie heute besteht, einen Kompromiss zwischen konservativen und sozialdemokratischen politischen Kräften zum Nachteil der Lohnabhängigen und des Zusammenhalts der Gesellschaften in Europa darstellen. Sie sind Ausdruck des neoliberalen Kapitalismus in Europa. Heute zeigt sich jedoch deutlich, dass dieses Konstrukt ungeeignet ist, auch nur die verkündeten neoliberalen Ziele zu erreichen und schon gar nicht den Wohlstand zu erzeugen, den es versprochen hat. Europa steckt heute in einer tiefen Krise der gesamten Struktur, auf der es beruht. Die Linke steht in der Pflicht, ihren eigenen alternativen Plan für Europa vorzulegen.

Zur Situation in Synaspismos

Von Julian Marioulas, Student der Politik und Geschichte, Schwerpunkt Parteienanalyse

Auf dem 6. Parteitag von Synaspismos kam es Anfang Juni 2010 zum Bruch innerhalb der Partei. Zwar verblieb der Erneuererflügel vorerst in der Partei, stellte jedoch seine Mitarbeit in den Gremien ein. Seine Parlamentsabgeordneten zogen sich in der folgenden Woche aus der Fraktion zurück, in der auch Vertreter linker Kleinparteien des Bündnisses SYRIZA vertreten sind. Die Eskalation der internen Streitigkeiten war vorauszusehen, ihre Ursachen sind vielfältig.

Die griechische Politik wird auch in der Linken stark von einzelnen Persönlichkeiten dominiert. Im Falle von Synaspismos trennt die Linke Strömung unter Alexis Tsipras und den Erneuererflügel unter Fotis Kouvelis vor allem eine strategische Frage, die nach der Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen gegenwärtigen Regierungspartei PASOK. Über 60 Prozent der Mitglieder stehen der Linken Strömung nahe, etwa 30 Prozent dem Erneuererflügel. Daneben sind das Rot-Grüne Netzwerk, das ökologische Positionen betont, und die radikale Initiative für den Linken Wiederaufbau als Zusammenschlüsse organisiert, haben jedoch keinen nennenswerten Einfluss. Bei innerparteilichen Wahlen ist es für Mitglieder praktisch unmöglich, ohne die Unterstützung entweder der Reformer oder der Linken zu kandidieren.

Im Jahr 2008 waren es vor allem Anhänger von Kouvelis, die sich für eine gemeinsame Regierungsperspektive der Sozialisten und Linken aussprachen, was die Minderheit von Kouvelis in der Partei trotz der Popularität von Tsipras stärkte. Zudem befand sich Synaspismos in der angenehmen Lage, dass die PASOK prinzipiell zu einer Zusammenarbeit bereit war. Die Forderungen von SYRIZA an Mitte-Links erstickten diese Möglichkeit schnell. So beharrten sie unter anderem darauf, den Vertrag von Lissabon abzulehnen. Wesentlich weiter gingen dagegen ihre Bemühungen um ein Bündnis mit der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE), was die Kommunisten jedoch strikt ablehnten. Strukturell und inhaltlich war Synaspismos, wie der Parlamentarier Tassos Kourakis feststellte, zudem nicht auf seine potenzielle Rolle als Regierungspartei vorbereitet, was viele Wechselwähler auf die Seite der nach links gerückten PASOK zurückbrachte.

Das häufig dysfunktionale Bündnis SYRIZA, unter dessen Banner Synaspismos im Parlament vertreten ist, verstärkt die problematischen Tendenzen weiter. Der Fraktionsvorsitzende Alekos Alavanos, vormals Vorsitzender von Synaspismos und wichtigster Förderer von Tsipras, ging im vergangenen Jahr zunehmend auf Distanz zu seinem Nachfolger. Sein erklärtes Ziel war es seitdem, SYRIZA zu einer Partei zu transformieren. Die Mitgliedsorganisationen und -parteien des Bündnisses gingen entweder aus den persönlichen Ambitionen einzelner Vertreter der griechischen Linken hervor oder stehen sektiererischen Positionen nahe. Nur in wenigen Kernfragen vermögen sie sich auf gemeinsame Inhalte zu einigen. Das sehr ernüchternde Ergebnis bei der Europawahl ist eine Folge dieser Auseinandersetzungen, da der bisherige Abgeordnete Dimitris Papadimoulis – den Reformern nahestehend und durch unermüdliche Arbeit im Europäischen Parlament hoch geachtet – auf dem Wahlparteitag von Synaspismos nur auf Platz 3 der Liste gesetzt wurde, hinter Nikos



Hountis von der Linken Strömung und einer Vertreterin der Kommunistischen Organisation, die zum Maoismus neigt und EU-feindlich eingestellt ist. Aufgrund den Auseinandersetzungen zwischen den drei Gruppierungen und weiteren Bündnisparteien, die nicht berücksichtigt wurden, vermittelte SYRIZA ein Bild der Zerrissenheit und der Intrigen. Die Rechnung dafür waren 4,7 Prozent und nur ein Sitz in Europa, nachdem Tsipras vier Sitze als Ziel genannt hatte.

Von Seiten des Erneuererflügels wurden mehrfach Rufe laut, dass die Parteilinke versucht, die wichtigsten Parteiämter mit ihren Leuten zu besetzen. Am deutlichsten war dies neben der Europawahl bei der Neubesetzung des Generalsekretärs. In beiden Fällen sahen sich die Reformer in der Defensive. Als Tsipras vor der Parlamentswahl versuchte, sich zum Spitzenkandidaten küren zu lassen, verhinderten sowohl ihr Widerstand als auch Gegenstimmen im SYRIZA dieses Vorhaben. Alavanos hingegen ging voll auf einen Gegenkurs zu Tsipras und trat nicht mehr für die Parlamentswahlen an.

Der Auftritt des Parteivorsitzenden in der Debatte der Parteichefs und die Konzentration auf den gemeinsamen Wahlkampf trugen dazu bei, dass Umfragen Lügen gestraft wurden, die SYRIZA zwei Wochen vor den Wahlen nur noch bei 3,5 Prozent sahen. Das Ergebnis von 4,6 Prozent wurde trotz Stimmen- und Sitzverlust als Sieg gefeiert, da es deutlich über den gesunkenen Erwartungen lag. Die befürchtete Zerreißprobe für das Linksbündnis war kurzzeitig aufgeschoben, da die wichtigsten Kandidaten den Einzug ins Parlament geschafft hatten und sich die Frage nach einer Zusammenarbeit mit der PASOK vorerst nicht mehr stellte.

Kurz nach den Wahlen, die nach Meinung von Kommentatoren bereits das Ende des Neoliberalismus eingeläutet hatten, sah sich Griechenland mit einem enormen Haushaltsdefizit und Staatsschulden konfrontiert, deren Ausmaß über Jahre verschleiert wurden, dann aber mit einer Wucht zurückschlugen, die den gesamten Euroraum in eine Daseinskrise brachte. Die PASOK-Regierung musste faktisch einen Teil der griechischen Souveränität abgeben, um die weitere Finanzierung des Staates zu gewährleisten. Derzeit hat der Prozess heftiger sozialer Einschnitte erst begonnen, und angesichts mäßiger Konjunkturaussichten stehen dem Land schwierige Jahre bevor.

In seiner Rhetorik näherte sich der linke Parteiflügel stärker der Kommunistischen Partei an, die weiterhin jede Zusammenarbeit verweigert. Die Reformer sehen eine gemeinsame strategische Perspektive viel eher bei den Grünen, die in Griechenland erst seit kurzem Wahlerfolge haben, und beim linken Flügel der PASOK. In SYN und SYRIZA wurden zudem in den letzten Monaten Stimmen laut, die den Rückzug aus der Eurozone oder gleich aus der EU forderten, darunter der Abgeordnete des SYN, Panos Lafazanis. Für die Reformer unter Kouvelis, aber auch für Tsipras steht der Austritt aus der EU nicht zur Debatte; auch andere Forderungen, die in der Partei an Zuspruch gewannen, wie die komplette Verstaatlichung des Bankensektors, forderte den Widerstand des Führungspersonals heraus.

Ein weiterer Akteur der Linken meldete sich ebenfalls zurück: Alekos Alavanos, der mit einer eigenen Strömung in SYRIZA darauf hinarbeitet, das Bündnis zu einer Partei zu transformieren, was sowohl dort, besonders aber in beiden Flügeln von SYN abgelehnt wird. Die vielbeschworene Einheit der Linken geht in einer Zeit verloren, da ihr Widerstand

gegen die Regierungsmaßnahmen am dringendsten gebraucht wird. Zerrissen durch inzwischen 4 Strömungen innerhalb von Partei und Bündnis – repräsentiert von den Politikakteuren Tsipras, Kouvelis, Lafazanis und Alavanos – drängte die Linke Strömung auf einen Außerordentlichen Parteitag, auf dem die Bruchlinien dann endgültig offenbar wurden. Tsipras Linke kam auf 50 Prozent der Stimmen, die von Lafazanis auf knapp 30 Prozent, während die Reformer sich, wie eingangs erwähnt, zurückzogen.

Persönliche Eitelkeiten spielen in dem Konflikt der griechischen Linken ebenso eine Rolle wie Ideologie, Überzeugung und strategische Überlegungen. Das Ergebnis ist jedoch letztlich, dass ihre Handlungsfähigkeit immer stärker schwindet. Und da die Kommunistische Partei nicht in der Lage ist, etwas anderes zu tun, als mit immer gleichen Handlungsmustern und Parolen gegen die Regierung anzugehen, fehlt es Griechenland derzeit an einer linken Opposition, die diesen Namen verdient.

Zu einigen wichtigen Akteuren:

● Alexis Tsipras

1974 in Athen geboren, verheiratet, keine Kinder. Trat der gemeinsamen Parteijugend von Griechischer Linker und KKE bei, nahm an den Protesten gegen den Umbau des Bildungswesens in den Jahren 1990-1991 teil und wurde 1999 Vorsitzender der Parteijugend des SYN. Mit einem Ergebnis von 10,5 Prozent während der Athener Bürgermeisterwahlen stieg er schnell zum potenziellen Nachfolger von Alekos Alavanos als Parteivorsitzender auf. Mit Unterstützung des linken Parteiflügels und des scheidenden Vorsitzenden gelang es ihm auf dem 5. Parteitag dessen Nachfolge anzutreten, wobei er rund 70 Prozent der Delegiertenstimmen auf sich vereinigte, während Kouvelis, der ebenfalls kandidierte, nur auf 28 Prozent kam. Seit 2009 ist Tsipras Abgeordneter des Parlaments und Vorsitzender der Fraktion SYRIZA.

● Panagiotis Lafazanis

1951 in Elefsina geboren, verheiratet, drei Töchter. Nahm 1973 an den Studentenprotesten gegen die Junta teil, in den 80-er Jahren Mitglied des Politbüros des ZK der KKE, seit Gründung des SYN dort Mitglied und verantwortlich für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei, Abgeordneter für Piräus von 2000-2004 und erneut seit 2007.

● Fotis Kouvelis

1948 in Volos geboren, verheiratet, zwei Töchter. Zunächst Mitglied der KKE-Jugend, schloss er sich während der Junta der eurokommunistischen KKE (Inland) an, die später in die Griechische Linke übergang, deren Generalsekretär er wurde. Bei SYN war er fortwährend Mitglied der wichtigsten Gremien, zwischenzeitlich deren Generalsekretär und seit 1989 mit kurzen Ausnahmen Abgeordneter des griechischen Parlaments. 2008 trat er, unterstützt vom Erneuererflügel, als Kandidat für den Parteivorsitz an, unterlag jedoch Alexis Tsipras deutlich. 2010 verließ er mit drei weiteren Abgeordneten die SYRIZA-Fraktion.

● Alekos Alavanos

1950 in Athen geboren, verheiratet, zwei Töchter. Entstammt einer reichen Politikerdynastie, engagierte sich gegen die Junta und trat in die KKE ein, seit 1981 wiederholt EU-Parlamentarier. 1991 schloss er sich Synaspismos an, 2004 wur-



de er dessen Vorsitzender und revitalisierte das Wahlbündnis SYRIZA. Seit 2004 ebenfalls Abgeordneter des griechischen Parlaments, trat er 2008 aus Gesundheitsgründen vom Parteivorsitz zurück und trat 2009 nicht mehr zu den Parlamentswahlen an, agiert jedoch weiterhin innerhalb von SYRIZA.

Regional- Provinz- und Kommunalwahlen in Italien

Von Norbert Hagemann und Oliver Schröder, Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand DER LINKEN

I.

Am 28. und 29. März fanden in 13 der 20 italienischen Regionen Wahlen statt. Gewählt wurde in Apulien, Basilikata, Emilia-Romagna, Kalabrien, Kampanien, Latium, Lombardei, Ligurien, Marken, Piemont, Toskana, Umbrien und Venetien. In diesen Regionen leben gut 49 Millionen der 60 Millionen Italiener. Zusätzlich wurde in vier Provinzen und mehreren Kommunen gewählt. Die Wahlen galten auch dieses Mal als Abstimmung über Ministerpräsident Berlusconi, der im letzten Jahr mit einer Vielzahl von politischen Affären und Skandalen aufgefallen war.

Die Beteiligung an den Regionalwahlen lag mit im Schnitt 64,2 Prozent fast acht Prozent unter der Wahlbeteiligung von 2005. Wahlanalysten heben hervor, dass die Wahlenthaltung auch bei diesen Wahlen wieder den Linken geschadet hat. Die gesunkene Wahlbeteiligung bildet die wachsende Politikverdrossenheit der Menschen im Land ab.

II.

Das Ergebnis der Regionalwahlen ist als Sieg der politischen Rechten zu werten. Waren bis zum Wahltag elf der 13 Regionen von Mitte-Links-Bündnissen regiert, so bleiben nach dem Wahltag mit der Emilia-Romagna, Ligurien, der Toskana, Umbrien, den Marken, Apulien und der Basilikata nur noch sieben Regionalregierungen in der Hand von Mitte-Links-Koalitionen. Piemont, Latium, Kalabrien und Kampanien wurde an rechte Wahlbündnisse verloren. In Latium und Piemont war der Wahlausgang besonders knapp.¹ Der Sieg des rechten Lagers in der von der Hauptstadt geprägten Region Latium ist umso bitterer, da die Mitte-Links Kandidatin Emma Bonino als haushohe Favoritin galt und Berlusconis PdL durch Unregelmäßigkeiten bei der Wahlanmeldung aufgefallen war.²

Innerhalb der italienischen Rechten hält der längerfristige Trend der Umgruppierung zwischen den beteiligten Parteien weiter an: Insbesondere in den für Italiens Wirtschaft wichtigen Regionen Venetien und der Lombardei erreichte die offenen ausländerfeindliche Lega Nord Spitzenergebnisse.³ Sie stellt in Venetien und erstmals im Piemont den Regierungschef. Aber auch in der Mitte Italiens, in der Emilia-Romagna, in den Marken, der Toskana und Umbrien gewann die Lega weiter an Boden und verstärkt somit ihren Wählereinfluss zu sehends auch in Regionen, die nicht zu den klassischen Zielgebieten der Lega gehören. Demgegenüber sank auch bei diesen Wahlen der Stimmenanteil der PdL, außer in den südlichen Provinzen Kalabrien und Kampanien, wo die PdL tradi-

tionell stark und die Lega wegen ihrer norditalienischen Interessenpolitik traditionell schwach ist. Die Lega punktete vor allem mit ihrer einwanderungsfeindlichen Politik. Das Thema der Immigration spielte bei diesen Wahlen eine große, wenn nicht gar die entscheidende Rolle.

Berlusconi ist in der Konsequenz zwar ein klarer Sieger der Wahl, doch er verliert weiterhin an politischem Gewicht im Norden und auch in der Mitte Italiens und wird damit auch national sehr viel stärker auf die politischen Forderungen der Lega Rücksicht nehmen müssen. Dazu bemerkt die linke Wochenzeitung *Il Manifesto* in einem ersten Kommentar: „Jetzt ist sein Präsidentschaftsprojekt an den Föderalismus der Lega gebunden: der Souverän und die Lehnsherren“, was die Kräfteverschiebung im Bündnis gut ausdrückt.

III.

Die EL-Mitglieds und Beobachterparteien, die Partei der kommunistischen Wiedergründung (PRC), die Partei der italienischen Kommunisten (PdCI) und die Europäische Linke brachten sich als Bündnis *Federazione della Sinistra* in Mitte-Links-Bündnisse im Piemont, Veneto, Emilia Romagna, Ligurien, Toskana, Umbrien, Marken, Latium, Apulien, Basilikata und Kalabrien ein. In Kampanien und der Lombardei trat das Linksbündnis als eigenständige Liste an, in den Marken wurde gemeinsam mit der zweiten Formation der italienischen Linken, der Linken für Umwelt und Freiheit (SEL), eine gemeinsame Wahlliste gebildet.

In ihrer Gesamtheit stellen die Ergebnisse einen weiteren Misserfolg für die italienische Linke dar. Das Linksbündnis erreichte im Schnitt 2,74 Prozent der Stimmen (in der Summe ca. 550 000 Wähler), die SEL 3,03 Prozent. Damit schneidet die italienische Linke noch schlechter ab als bei den vergangenen Europa- und Regionalwahlen.⁴ Die Schwäche des Linksbündnisses wird augenfällig, wenn man sich die Regionen Lombardei und Kampanien ansieht, wo sie als eigenständige Liste angetreten ist. Weder der PRC-Vorsitzende Paolo Ferrero als Spitzenkandidat in Kampanien, noch das ehemalige MdEP Vittorio Agnoletto in der Lombardei konnten ein befriedigendes Ergebnis erreichen.⁵ Ferrero konnte nur noch 17 Prozent der Wähler aus dem Jahre 2005 für die Politik seines Bündnisses gewinnen und erzielte damit nach dem Veneto das zweitschlechteste Ergebnis der Partei bei diesen Wahlen. Positiv zu werten ist die Tatsache, dass Linksbündnis und SEL in den meisten Regionen gemeinsam an größeren Allianzen beteiligt waren. So auch in der Region Apulien, wo Nichi Vendola, der Protagonist der SEL, als Spitzenkandidat eines breiten Mitte-Links-Bündnisses als Regionalpräsident bestätigt wurde. Mit 9,74 Prozent (ca. 150.000 Stimmen) erreichte die SEL dort ein stark überdurchschnittliches Ergebnis, blieb jedoch weit hinter dem Ergebnis des Bündnispartners Partito Democratico (PD – 20,75 Prozent) zurück – Vendolas Sieg in Apulien hängt stark mit der positiven Bilanz seiner ersten Amtszeit und seiner Popularität in der Bevölkerung zusammen – die PD kam trotz starker Bemühungen, ihn zugunsten bürgerlicher Kandidaten zu opfern, nicht umhin, ihn als Spitzenkandidat zu nominieren.⁶

Außer in Ligurien holt die Linke in den norditalienischen Regionen unterdurchschnittliche Wahlergebnisse. Die enttäuschenden Ergebnisse in den südlichen Provinzen Kampanien und Kalabrien hängen auch mit der schlechten Regierungsführung der bisherigen Mitte-Links-Bündnisse zusam-



men;⁷ durch den zunehmenden Lagerwahlkampf wurde die Linke en bloc „abgestraft“. In der traditionell roten Mitte Italiens holte das Linksbündnis weiterhin seine stärksten Ergebnisse, was 6,86 Prozent in Umbrien und 5,27 Prozent in der Toskana bedeutet.⁸

Die Fragmentierung der italienischen Linken wirkt sich negativ auf die Sitzvergabe in den Regionalparlamenten aus. Die rund 6 Prozent für die Kräfte der „radikalen Linken“ kommen aufgrund des Wahlsystems nicht so in den Parlamenten an. Vor dem Hintergrund der zusehends auch regional eingeführten Sperrklauseln hat der Sitzanteil durch die Spaltung und Zerstrittenheit der radikalen Linken deutlich abgenommen. Sie läuft in Italien somit Gefahr, zu einer rein außerparlamentarischen Kraft zu werden. Sie verfügt gegenwärtig über keinerlei Einfluss auf die politischen Entwicklungsprozesse im Lande.

IV.

Die Demokratische Partei (PD) bestätigte mit durchschnittlich 26,1 Prozent ihr Ergebnis der Europawahlen. Angesichts der weiterhin unklaren politischen Ausrichtung der Partei ist sich die Führung der PD noch nicht einig über die Einordnung des Ergebnisses. Es ist allerdings zu erwarten, dass das Ergebnis die Position des Vorsitzenden Bersani und damit erste Ansätze in Richtung einer Öffnung der Partei nach links und eine Stärkung der Oppositionsrolle der Partei eher schwächen als stärken wird.

Die „Bewegung fünf Sterne“ des Komikers Beppe Grillo, die sich als stark populistische Anti-Berlusconi-Partei versteht, erreichte aus dem Stand durchschnittlich 1,77 Prozent, in der Emilia-Romagna, der „am weitesten linken“ Region Italiens, sogar 7 Prozent.

Die Partei Italien der Werte des ehemaligen Staatsanwaltes Di Pietro konnte ihren Anteil gegenüber den Europawahlen erneut steigern und liegt durchschnittlich bei 7,27 Prozent. Mit ihr entsteht zusehends eine weitere moderat linke Formation in der italienischen Parteienlandschaft, die sich im Gegensatz zur PD als konsequente Opposition zu Berlusconi sieht und zur Zeit auch in der italienischen Arbeiterschaft sehr stark an Zuspruch gewinnt.

Die nächsten nationalen Parlamentswahlen finden voraussichtlich 2013 statt.

Anmerkungen

- 1 Im Piemont setzte sich das rechte Lager mit 47,3 Prozent zu 46,9 Prozent durch, im Latium mit 51,1 Prozent zu 48,3 Prozent.
- 2 Dort, wie auch in der Lombardei, hatte Berlusconis Partei die Unterlagen unvollständig und erst nach Ablauf der Frist eingereicht. Schließlich gelang es der PdL, die Listen durch Gerichte nachträglich für gültig erklären zu lassen.
- 3 Lombardei 26,2 Prozent, Venetien 35,15 Prozent.
- 4 Dort erhielten PRC-PdCI 3,4 Prozent, Linke und Freiheit 3,1 Prozent.
- 5 In Kampanien kam das Linksbündnis auf 1,56 Prozent, in der Lombardei auf 2,04 Prozent.
- 6 Das Linksbündnis kam in Apulien auf 3,26 Prozent.
- 7 So war zum Beispiel in Kampanien die Müllbeseitigung zum öffentlichen Problem geworden. Berlusconi ließ Soldaten aufmarschieren, um den Müll zu beseitigen. In Kalabrien litt das öffentliche Leben am Erstarken der N'drangheta, der lokalen Mafia. Beide Regionen sind von steigender Arbeitslosigkeit und einer extremen Jugendarbeitslosigkeit betroffen.
- 8 Die übrigen Ergebnisse: Piemont: Linksbündnis (LB) 2,64 Prozent, SEL 1,43 Prozent; Venetien: LB 1,56 Prozent, SEL 1,22 Prozent; Emilia Romagna: LB 2,79 Prozent, SEL 1,78 Prozent, Ligurien: LB 3,9 Prozent, SEL 2,46 Prozent; Marken: LB 3,87 SEL 2,64 (als gemeinsame Liste angetreten); Basilikata: LB 2,15, SEL 3,99.

Berlusconi NO!

*Rede von Paola Giaculli, AG Friedens- und Internationale Politik für eine Anti-Berlusconi-Kundgebung anlässlich der Eröffnung der Hannover-Messe am 18. April 2010**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

ich bedanke mich für diese Einladung nach Hannover und für Eure Solidarität. Ich freue mich, unter Freundinnen und Freunden Italiens zu sein. Ich lebe seit dreieinhalb Jahren in Deutschland. Es ist meine zweite politische Heimat geworden. Ich fühle mich hier gut aufgehoben, aber ich werde traurig, wenn ich an die italienischen Verhältnisse denke. Eure Solidarität können meine Landsleute und ich gut gebrauchen.

Die Deutschen mögen Italien, und es ist schön, dass es dieses Jahr Partnerland der Hannover-Messe ist. Schade, dass wir die Eröffnungsfeier boykottieren müssen. Denn Italien darf nicht von einem Mann vertreten werden, der in seinem eigenen Land die Demokratie mit Füßen tritt. Wir wollen Berlusconi heute zeigen, dass es nicht nur in Italien, sondern auch hier in Deutschland Menschen gibt, die sagen: Es ist eine Schande, wie Berlusconi mit den demokratischen Institutionen, mit der Justiz und den Menschenrechten umgeht! Ein Multimillionär, der glaubt, er könne als Ministerpräsident eines Staates die Pressefreiheit einschränken, er könne gegen die Gesetze verstoßen oder sie gar ändern, wenn sie ihm nicht passen! Ein solcher Mann darf nicht in Hannover willkommen geheißen werden!

Dieser Mensch, der mehrmals angeklagt worden ist, dessen Komplizen zum Teil verurteilt wurden und im Gefängnis saßen, regiert weiter als Ministerpräsident Italiens. Durch Immunitätsgesetze und Verjährungsfristen versucht er sich immer wieder Gerichtsverfahren wegen Bestechung zu entziehen. Er wirft den Staatsanwälten vor, sie seien alle Kommunisten, die ihn politisch verfolgen wollen. Dieser Mann scheint nicht zu wissen, was Demokratie ist: Er will das Parlament und die Justiz entmachten. Er will die Verfassung ändern: Italien soll eine Präsidentialrepublik werden – natürlich mit Silvio Berlusconi an der Spitze.

Diese Verfassung, ein direktes Ergebnis des Sieges der Widerstandsbewegung über den Faschismus, hat das neue Italien geboren, die Italienische Republik. Gleichberechtigung, Pressefreiheit und soziale Gerechtigkeit schreibt uns die italienische Verfassung vor. Diese Werte haben die Partisaninnen und die Partisanen nach zwanzig Jahren faschistischer Diktatur in die Verfassung geschrieben. Frei und gerecht hatten sie sich das neue Land vorgestellt.

Mit diesem Land will Berlusconi nichts zu tun haben: Er will ein ganz anderes Italien, das er regieren kann zu seinem persönlichen Vorteil und dem seiner Unternehmen.

Oft wundern sich deutsche Freundinnen und Freunde darüber, wie ein solcher Mann sich durchsetzen konnte. Oft wird gefragt: Warum wählt ihn die Bevölkerung Italiens immer wieder?

Hier kommt Berlusconis Medienmacht ins Spiel. Die hat er in den 80er Jahren durch günstige Gesetze zur Verteilung der Sendefrequenzen an sich gerissen. Berlusconi ist inzwischen Besitzer von drei nationalen Fernsehsendern, einer Tageszeitung, mehreren Zeitschriften- und Buchverlagen, einer Filmproduktions- und Verleihfirma. Über dieses Imperi-



um soll er 90 Prozent der italienischen Medien kontrollieren. Auch die öffentlichen Sender, mit ganz wenigen Ausnahmen, hat er fest im Griff: Neulich hat er durch einen neuen Fernsehredakteur, einen seiner Gefolgsleute, mehrere Nachrichtenmoderatoren von TG1, der Tagesschau im ersten italienischen Fernsehen, absetzen lassen. Der neue Redakteur hatte eine Meldung über den angeblichen Freispruch Berlusconi in einem Bestechungsverfahren ansagen lassen. Aber die Bestechungsanklage war nur verjährt. Deshalb hatten die Moderatoren Berlusconi kritisiert. Außerdem hatten sie ihm vorgeworfen, sich nicht mit den Problemen des Landes zu befassen, wie der Wirtschaftskrise und der steigenden Arbeitslosigkeit. In ihren Augen ist die Tagesschau zu einem Unterhaltungsprogramm wie alle anderen geworden.

Aber genau das will Berlusconi: Seit ungefähr dreißig Jahren wird das kulturelle Erbe Italiens durch Botschaften aus der frauenfeindlichen Welt der Werbung, der Entertainment- und Reality-Shows systematisch zerstört. Dazu sät die Lega Nord, der rassistische Regierungspartner Berlusconi, Misstrauen und jagt den Leuten Angst ein.

Die Selbstbestimmung der Menschen, der elementare gegenseitige Respekt werden dauernd missachtet. Bürgerinnen und Bürger aus anderen Ländern, Roma und Sinti werden pauschal kriminalisiert, Gewalt richtet sich immer öfter gegen Frauen. Schülerinnen werden von Klassenkameraden vergewaltigt, fallen frauenfeindlicher Brutalität zum Opfer, die von einer dominierenden Kultur des Hasses gegen Arme, anders Aussehende und anders Denkende gefördert wird.

Früher herrschte dank der kulturellen Hegemonie der PCI, der Kommunistischen Partei Italiens, trotz der vielen konservativen Regierungen eine linke Kultur im Lande. Diese linke Kultur ist wie die Partei Ende der 80er Jahre zerbröckelt. Schritt für Schritt wurde die Kultur der Solidarität durch die Herrschaft des Gewinns ersetzt. Produktion, Vertrieb, Waren, Profite wurden wichtiger als der Mensch. Dafür verantwortlich waren leider auch linke Politiker à la Schröder, denen der Begriff „Globalisierung“ als das Zauberwort für ewigen Fortschritt galt.

Es war ein schleicher Prozess, begleitet von tiefgreifenden Veränderungen in der Wirtschaft, die die kapitalistische Globalisierung mit ihren neoliberalen Forderungen und ihrem konsequenten Sozialabbau mit sich gebracht hat. Viele verloren und verlieren ihren Job, weil Betriebe nach Südostasien oder in die ehemaligen Ostblockländer verlagert werden, wo ihre Kolleginnen und Kollegen ohne Gewerkschaften oder Arbeiterrechte ausgebeutet werden. Die Menschen fanden sich mit immer niedrigeren Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen, befristeten Arbeitsverträgen ab, weil sie dachten, sie könnten auf diese Weise die Betriebsverlagerungen aufhalten. So begann ein Wettlauf nach unten, der die italienische Gesellschaft wirtschaftlich, aber auch kulturell ärmer gemacht hat. Und nun sollen die armen Menschen in den Schwellenländern für die Arbeitslosigkeit oder die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den europäischen Ländern verantwortlich sein. Wenn sie aber aufgrund von Kriegen oder auf der Suche nach einer besseren Zukunft nach Europa kommen wollen, dann werden sie als Bedrohung empfunden. Terror und Krieg haben noch mehr Unsicherheit und Angst geschaffen. Schließlich kam die Finanz- und Wirtschaftskrise als Konsequenz des verantwortungslosen Handelns der Finanzmärkte hinzu. Leider können sich Feindbilder – seien es Muslime, Chinesen oder Rumä-

nen – in einer Zeit der Unsicherheit leicht durchsetzen. Im Namen der inneren und äußeren Sicherheit können Wahlkämpfe gegen angebliche Feinde leider erfolgreich geführt werden, wie wir es in Italien erleben.

Einerseits wuchert die Krise überall, ständig werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlassen, mit Entlassung bedroht oder arbeiten und leben unter prekären Umständen. Andererseits sagt Berlusconi: „Ich sehe in Italien keinen Niedergang“. Da hat er wohl von sich selber gesprochen, denn Berlusconi hat im Jahre 2008 23 Millionen Euro verdient, 9 Millionen mehr als im Jahr davor.

Laut Berlusconi gibt es in Italien keine Krise. Man darf nicht darüber reden, und daran haben sich auch die Nachrichten anzupassen. Wir wollen uns aber nicht anpassen! Wir finden uns nicht mit Berlusconi Lügen ab! Wir kennen das wahre Italien und wissen, dass es anders ist, als Berlusconi den Leuten einreden will. Im wahren Leben gibt es keine Reality-Shows, sondern Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Fleisch und Blut, die um ihre Zukunft bangen. Auf der ehemaligen Gefängnisinsel Asinara auf Sardinien haben Kurzarbeiter das leere Gefängnisgebäude besetzt, um die Öffentlichkeit auf ihre hoffnungslose Situation aufmerksam zu machen. Sie haben Berlusconi Fernsehkultur ausgenutzt und es in die Medienwelt geschafft. Andere müssen auf Dächer steigen oder ihre Fabrikhallen besetzen, um zu verhindern, dass die Maschinen ins Ausland verlagert werden.

Wir stehen an ihrer Seite! Wir stehen an der Seite der Menschen, die unter Berlusconi Sozialpolitik leiden! Wir stehen an der Seite des anderen Italiens, der Hunderttausenden Italienerinnen und Italiener, die gegen Berlusconi auf die Straße gehen!

Berlusconi behauptet, er habe Europa bei der Bekämpfung des Klimawandels gebremst, denn es gebe gar keine Erderwärmung: Diesen Winter habe er sich dreimal erkältet. Seine Regierung kürzt die Gelder für Forschung und Bildung, aber er erklärt im Wahlkampf, er werde in drei Jahren den Krebs besiegen. Wir haben seine Lügen, seine aggressive und arrogante Politik so satt!

Die italienische Demokratie ist in Gefahr. Immer mehr Leute nehmen von der Politik Abstand und gehen vor lauter Enttäuschung nicht mehr zur Wahl. Bei den Regionalwahlen Ende März hat das linke Lager weiter verloren. Die Lega Nord dagegen nahm zu, die rechte Koalition hat vier Regionen hinzu gewonnen. Trotzdem gibt es Zeichen des Widerstandes: Neben den Märschen gegen Berlusconi wehren sich Regionen und Kommunen gegen Regierungsvorhaben wie den Bau von Atomkraftwerken oder die Wasserprivatisierung. In Aprilia, einer Stadt in der Nähe von Rom, haben sich Bürgerinnen und Bürger erfolgreich gegen einen multinationalen Wasserkonzern zur Wehr gesetzt. Ergebnis: Das Wasser wird in dieser Stadt rekommunalisiert. Das ist ein wichtiger Präzedenzfall. Im südlichen Apulien, dem roten Absatz des italienischen Stiefels, leistet der wieder gewählte Ministerpräsident der Region Nichi Vendola Widerstand. Er hat das Wasser zum Allgemeingut der Menschen erklärt. Seine Region fördert Innovations- und Ökoprojekte und schafft dadurch Arbeitsplätze für prekär Beschäftigte, Arbeitslose und Jugendliche. Die öffentliche regionale Krankenkasse behandelt kostenlos illegale Migranten, ohne sie anzuzeigen. Apulien fördert eine Kultur der Solidarität gegen die Kultur des Hasses, so wie es immer Tradition in unserem Lande war. Hier wird eine Alternative zur aktuellen Regierungspolitik ge-



boten, eine Alternative zu der Angst, die diese Politik hoffnungslosen Menschen einjagt.

Berlusconi und seine Kumpane von der Lega Nord stellen sich ein gespaltenes Land vor: Männer gegen Frauen, Nord gegen Süd, Reiche gegen Arme, Arme gegen die Ärmsten und Hass aller Italiener auf die Migranten. Nein, das ist nicht unser Land.

Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit sollen unsere Maßstäbe sein, wie es uns die Verfassung vorschreibt. Sie ist die Grundlage unserer Demokratie. Wir müssen verhindern, dass sie weiter ausgehöhlt wird. Um das Vertrauen wieder herzustellen und den Verfall zu stoppen, müssen wir eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft schaffen. Das ist die Voraussetzung für friedliche zwischenmenschliche Beziehungen. Dort, wo diese herrschen, ist unser Land. Das wird nicht leicht sein. Dennoch lassen uns die ersten Anzeichen des Widerstandes hoffen. Berlusconi will ein passives, unterwürfiges Volk. Aber die Menschen, die auf den Straßen mobil machen, in den Kommunen die Initiative ergreifen, zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern werden, die dem Begriff „Demokratie“ durch ihre Teilnahme wieder einen Sinn geben, zeigen ihm, dass er doch nicht alles kann. Dass sie ihm den Weg versperren können.

Wir haben uns auch in Hannover mobilisiert: Soll Berlusconi denken, die ganze Welt sei voller Kommunisten, die ihn verfolgen wollen. Ja, Silvio Berlusconi, schau dich um: Auch in Hannover sind deine Feinde! Wir wollen Dich in Hannover nicht! NO BERLUSCONI!

Anmerkungen

* Berlusconi kam nicht, wie geplant, zur Eröffnung der Messe, und die Rede wurde nicht gehalten. Sie soll in dieser Form zur Kenntnis gegeben werden.

Das politische Spektrum zwischen Dekomposition und Rekombination. Zu den Regionalwahlen in Frankreich

Von Elisabeth Gauthier, Direktorin der linken französischen Stiftung „Espaces Marx“, Mitherausgeberin der internationalen Zeitschrift „transform!“; aus: www.rosalux.de

Die Regionalwahlen vom März 2010 brachten mit 26,3 Prozent für Sarkozys UMP¹ und die Mehrheit nur mehr in einer der 22 Regionen Frankreichs (Elsass) für die parlamentarische Rechte das schlechteste Ergebnis seit Beginn der 5. Republik. Diesmal ging auch Korsika nach links – mit einem Bündnis, das einen Kommunisten zum Präsidenten der Regionalversammlung wählte.

Die Listen der Linken machten Regionalfragen, aber auch den notwendigen Widerstand gegen Sarkozys Reformen zum Thema. Einen großen Erfolg errang die Sozialistische Partei (PS), im ersten (29,5 Prozent)² und zweiten Wahlgang, in dem die linken Allianzen 54 Prozent und damit um 4 Prozent mehr als 2004 bei vergleichbaren Wahlen erzielten. Das Bündnis der Grünen „Europe Ecologie“ (EE) – diesmal im 1. Wahlgang in den meisten Regionen mit einem autonomen Auftritt und nicht auf den von der PS angeführten Listen –

kam auf ca. 13 Prozent³, ein klarer Fortschritt, aber wieder ein größerer Abstand zur PS als bei den Europawahlen (PS 16,8 Prozent und EE 16,3 Prozent). Die beiden Listen der extremen Linken – Lutte Ouvrière (LO) und Neue Antikapitalistische Partei (NPA) – erschienen infolge ihrer Weigerung gemeinsam mit der Linksfront (FdG) anzutreten, isoliert⁴, kamen nur auf 3,5 Prozent und erlitten im Gegensatz zu den Fortschritten von PS, EE und Linksfront, einen Misserfolg. Bayrou's Modem ging hart angeschlagen aus der Wahl hervor und konnte mit weniger als 5 Prozent nicht einmal die Fusion mit anderen Listen ins Auge fassen.

Zum zweiten Mal trat die Linksfront bei Wahlen an, erzielte mit rund 6 Prozent im Landesdurchschnitt und 6,9 Prozent als Durchschnitt⁵ in den 17 Regionen, wo FdG-Listen sich im ersten Wahlgang präsentierten, ein mit den Europawahlen (6,5 Prozent) vergleichbares Ergebnis. Sie wird nun als politische Realität wahrgenommen. Auf nationaler Ebene sind die Komponenten die FKP, die von ehemaligen Sozialisten um Jean-Luc Melenchon gebildete neue Partei der Linken (PG) und die Einheitliche Linke (GU), eine Abspaltung von der NPA, sowie auf regionaler Ebene unterschiedliche kleinere Gruppierungen. In 4 Regionen wurden über 10 Prozent erreicht: in der Auvergne (14,3 Prozent) und im Limousin (gemeinsame Liste mit NPA) mit 13 Prozent im ersten und 19 Prozent im zweiten Wahlgang (wo keine Fusion mit der PS zustande kam, nachdem diese eine Beteiligung von NPA-Vertretern verweigert hatte). Obwohl durchschnittlich fast 80 Prozent der FKP in den regional durchgeführten Abstimmungen für die Bildung von FdG-Listen votiert hatten, sprachen sich in 5 Regionen meist knappe Mehrheiten für die Fortsetzung der bisher in den meisten Regionen üblichen Allianzen mit der PS bereits im ersten Wahlgang aus, was dort zu alternativen Listen ohne FKP führte.

Die rechtsextreme Front national (FN) trat wieder stärker in Erscheinung. Sie erhielt über 11 Prozent⁶ im ersten Wahlgang⁷, damit die Möglichkeit, in 12 Regionen im 2. Wahlgang im Rennen zu bleiben⁸ und Dreieckswahlen zu provozieren. Dort erreichte sie 15 bis 20 Prozent, und in den beiden Regionen, wo Le Pen – Vater und Tochter – Spitzenkandidaten waren, sogar über 22 Prozent. Diesmal kann aber nicht behauptet werden, dass die Linke nur auf Grund solcher Dreieckswahlen Mehrheiten erreichte, weil sie weit vor der UMP ankam. Sarkozy hatte zwar versucht, wie 2007 weiterhin die FN-Stimmen aufzusaugen und mit seinem „Minister für Immigration, Integration, nationale Identität und Entwicklung von Solidarität“ Eric Besson (ehemals PS) im Jahr vor der Wahl eine große öffentliche Debatte zur „nationalen Identität“ lanciert, die sich aber für die UMP als erfolglos herausstellte. Die Kampagne arbeitete so sichtbar der FN zu und reduzierte die bereits sehr geringen positiven Meinungen für Sarkozy noch weiter, dass sie eingestellt werden musste.

Sehr bedenklich ist der neue Rekord der Wahlenthaltung mit 53,6 Prozent⁹ im ersten und 49 Prozent im zweiten Wahlgang, mit signifikanten Unterschieden je nach Wählergruppen.¹⁰ In Bezug auf die Präsidentschaftswahlen 2007 verteilt sich die Stimmenthaltung folgendermaßen: Le Pen 57 Prozent, Besançon 52 Prozent, Bayrou 51 Prozent, Sarkozy 50 Prozent, Voynet 47 Prozent, Royal 43 Prozent, Buffet 22 Prozent. Als Hauptgründe wurden angegeben, dass der Wahlkampf uninteressant war (32 Prozent), dass die Stimmabgabe nichts ändert (28 Prozent – bei den linksorientierten potenziellen Wählern am höchsten), dass keine



Liste den Erwartungen entspricht (19 Prozent), dass einen die Politik nicht interessiert (17 Prozent).¹¹

Bei der ständigen Zunahme der Stimmenthaltung stellen die Jahre um 2000 einen Wendepunkt dar,¹² als die Skepsis hinsichtlich der Wahlen zu- und das Schuldgefühl bei Nichtteilnahme abnahm. Braconnier/Dormagen studieren seit langen Jahren einige typische Fälle von Vorstädten, wo nicht nur bei den Europawahlen die Stimmenthaltung 80 Prozent gegenüber dem Durchschnitt von 60 Prozent betrug, sondern auch bei den unmittelbar greifbaren Gemeinderatswahlen 2008 höher lag (59 Prozent gegenüber 34 Prozent). Der FN hat in diesen Stadtteilen keinen Erfolg und blieb auch im Pariser Raum unter 10 Prozent. Es besteht ein Zusammenhang zwischen Stimmenthaltung und Arbeitslosigkeit, jüngem Alter, Prekarität und niedrigem Bildungsniveau. Nur bei Wahlen mit einer besonders großen Intensität und Medienwirksamkeit kommt es zu verstärkter Mobilisierung, wie 2007, wo Sarkozy für die einen den gewünschten „Bruch“ und die anderen eine große „Gefahr“ darstellte. Wenn vielfach von „crise de citoyenneté“ (Krise des Bürgersinns) gesprochen wird, sollte man die Frage vielleicht anders formulieren: Haben sich die Bürger von der Demokratie entfernt, oder hat nicht vielmehr die „Demokratie“ (d.h. die derzeit existierenden Formen politischer Repräsentation) sie verlassen?

Der Moment der Wahlentscheidung macht deutlich, welche Listen die am wenigsten gefestigte Wählerschaft haben: Erst am Wahltag haben sich 35 Prozent der Wähler der Listen von LO und NPA sowie 29 Prozent vom Modem entschieden.¹³ Die Werte für eine Entscheidung erst wenige Tage vor der Wahl sind bei Europe Ecologie 34 Prozent und Modem 30 Prozent. Am meisten gefestigt erscheint die Wählerschaft von PS, UMP und FdG. Insgesamt haben von all jenen, die sich links oder extrem links fühlen, 7 Prozent extrem links, 11 Prozent FdG, 53 Prozent PS, 20 Prozent EE und 0 Prozent Modem gewählt. Im Verhältnis zu den Präsidentschaftswahlen hat sich am stärksten die Wählerschaft des NPA-Vorsitzenden Besançon aufgespalten (35 Prozent LO oder NPA, 18 Prozent FdG, 29 Prozent PS, 12 Prozent EE). Die PS konnte sich auf Wähleranteile von Ségolène Royal (67 Prozent), Besançon (29 Prozent), Bayrou (26 Prozent), Buffet (19 Prozent) und FN (10 Prozent) stützen. EE bekommt Stimmen von Voynet (69 Prozent), Bayrou (22 Prozent), Royal (14 Prozent) und Besançon (12 Prozent). Modem kann nur 15 Prozent der Bayrou-Stimmen halten. Bei der UMP kommen diesmal 20 Prozent der Wähler von Bayrou, aber nur 2 Prozent von Le Pen an.¹⁴

Einerseits tobt also zwischen UMP, PS und EE der Kampf um die Stimmen der Mitte, wobei Modem zerrieben wurde, und andererseits um die Frage des Aufbaus einer „Mitte“, die in der PS und bei EE Teil der strategischen Diskussion ist. Eines der Wahlziele der Linksfront war, die PS zu zwingen, auf linke Bündnisse, d. h., ohne Modem zu orientieren. Das wurde auf Grund der Ergebnisse und der verstärkten Polarisierung Links/Rechts erreicht. Für die weitere Entwicklung innerhalb der Linken und innerhalb der PS ist diese Tatsache von größter Bedeutung. Im 2. Wahlgang zeigen die Intentionen der Wähler,¹⁵ dass FdG- und PS-Wähler zu 98 Prozent links wählen. Gleiches gilt rechts für UMP-Wähler. Von den FN-Wählern gehen 30 Prozent nach links, bei Modem 54 Prozent nach links und 46 Prozent nach rechts, bei EE 78 Prozent nach links und 22 Prozent nach rechts, bei NPA 82 Prozent

nach links und 18 Prozent nach rechts, bei LO-Wählern 69 Prozent nach links und 31 Prozent nach rechts.

Das Hauptmotiv für die Teilnahme an der Wahl in den Regionen bei allen und insbesondere den linken aber weit weniger bei grünen und Modem-Wählern ist die Frage der Beschäftigung. Die Frage der Steuern bewegte vor allem UMP- und FN-Wähler (43 Prozent und 38 Prozent) gegenüber nur 7 Prozent bei FdG- und 16 Prozent PS-Wählern. Die Frage der öffentlichen Dienstleistungen ist links sehr präsent, aber rechts/extrem rechts sehr schwach besetzt. Das Interesse an den Wahlen ist herausragend stark bei FdG-Wählern (68 Prozent) gegenüber Wählern von PS 48 Prozent, von EE 42 Prozent, von UMP und extremer Linker 39 Prozent und FN 38 Prozent. Womit sehr deutlich wird, dass der Einfluss der FdG bisher auf stark politisierte Menschen beschränkt bleibt.

Die für die Rechte katastrophalen Ergebnisse berechtigen zu der Frage, ob die Regionalwahlen eine Wende in der französischen Politik darstellen. Auch seither geht die Zustimmung zu Sarkozys Politik zurück. Während über zwei Drittel damit unzufrieden sind, denken ebenso viele, dass auch die Linke keine besseren Lösungen für die Krise anzubieten hat. Nur in den allerletzten Wochen scheint die Glaubwürdigkeit der Linken wieder etwas zu steigen, wobei wohl der nach links verschobene Diskurs der PS dazu einen Beitrag leistet.

Die detaillierte Analyse der jüngsten Wahlen lässt eine Reihe politischer Beobachtungen zu. Die Wahlenthaltung trägt zumindest zu einem signifikanten Teil Klassencharakter. Die Verunsicherung der Wähler, die tatsächlich ihre Stimme abgeben, ist groß. Aktive Zustimmung zu den unterschiedlichen Optionen ist nur in sehr geringem Maße festzustellen. Die Polarisierung links/rechts besteht weiterhin und ist mobilisierbar. Keine politische Kraft kann bisher dauerhaft Wähler aus der Mitte binden. Die am meisten bedrohten Bevölkerungsschichten wählen eher Parteien, von denen angenommen wird, dass sie dem Staat eine schützende Funktion zuerkennen. Weiterhin spielt im Kontext einer geringen Glaubwürdigkeit der Linken die Positionierung „pro“ oder „kontra“ Sarkozy eine große Rolle. Die historische Wahlschlappe zwingt Sarkozy und die UMP dazu, vorsichtiger mit den Protesten gegen zu viel Ungerechtigkeit umzugehen, hindert sie aber nicht daran, ihre Politik im Wesentlichen weiterzuführen. Von keiner der Kräfte der Linken wird bisher ein als solches erkennbares alternatives politisches Projekt vorgelegt. Die weitere Entwicklung von EE ist nicht absehbar. Die FdG ist zwar im politischen Raum erkennbar, kann aber bisher nur die am stärksten Politisierten mobilisieren und weitere Spaltungen links der PS nicht überwinden.

Insgesamt scheint also die politische Situation als relativ offen und die 2002 begonnene Phase der Rekomposition der politischen Kräfte keineswegs abgeschlossen. Was die große Krise betrifft, so befinden wir uns in der Phase der Zuspitzung der Krise der öffentlichen Schulden, womit Staat und politisches System in die vorderste Reihe gerückt und heftigen Belastungen ausgesetzt sind. Es muss also mit viel Instabilität und heftigen Konfrontationen gerechnet werden.

In Frankreich ist die Legitimität des Neoliberalismus bereits seit Mitte der 90er Jahre hart angeschlagen, was sich insbesondere beim Europa-Referendum 2005 deutlich gezeigt hat. So musste Sarkozy, um die Wahl 2007 gewinnen zu können, einen „Bruch“ mit den herrschenden Ungerechtigkeiten ankündigen und im Wahlkampf seinen politischen



Voluntarismus glaubwürdig machen. Energisches politisches Handeln, die Reformierung des Kapitalismus wurden großgeschrieben.¹⁶ Angesichts des heute massiv deutlich gewordenen Scheiterns des Neoliberalismus versucht der Präsident mit allen Mitteln den Anschein energischen politischen Eingreifens aufrechtzuerhalten. Das geschieht durch entsprechende Auftritte in Europa, wohl demnächst als Vorsitzender von G 20 und G 7, oder auch tagtäglich in Fragen der ‚inneren Sicherheit‘ oder Polemiken wie um die Burka. Innerhalb der UMP kommt es zu Auseinandersetzungen, zum Beispiel ob die zu Gunsten der Reichsten organisierte Steuerreform von 2007 aufrecht erhalten werden kann. Neue rechte Anwärter für die Präsidentschaftskandidatur versuchen einen mehr sozial bzw. mehr gaullistisch gestimmten Diskurs zu entwickeln.

Der Legitimitätsverlust von Neoliberalismus und Sarkozy-Herrschaft, das verstärkte Bewusstsein von Klassenunterschieden und Bedrohungen durch die große Krise führten bisher nicht zu einer neuen Legitimität der Linken. Allerdings erscheint nach den Regionalwahlen die Präsidentschaftswahl 2012 offener als bisher, und die verschiedenen Kräfte der Linken versuchen auf unterschiedliche Weise die Bresche zu erweitern. Aber weiterhin scheinen Charakter, Tiefe und Explosivität der Krise von allen Organisationen der Linken völlig unterschätzt zu werden, so dass eine politisch klare und mobilisierende Argumentation und Aktion nicht zustande kommt. Statt z. B. eine klare politische Alternative zum derzeitigen Verlauf der Schuldenkrise aufzuzeigen, in der sich alle Krisenfaktoren konzentrieren und sich die allgemeine Krise für den Großteil der Bevölkerung schmerzlich konkretisiert, werden nur Teilaspekte zum Gegenstand politischer Debatten gemacht.

Wie in anderen Ländern sieht sich die französische Linke mehr oder weniger bewusst mit der Frage konfrontiert, wie mit einer Situation umzugehen ist, da sich der herrschende Block in großen Schwierigkeiten befindet, aber sich bisher gegen ihn keine Kräfte für eine neue kulturelle Hegemonie formieren. Wie aus der Situation der Schwäche herauskommen? Muss die Aufgabe nicht so fundamental formuliert werden, wie es Frank Deppe tut, wenn er meint, die Herausforderung dieses ersten Abschnittes unseres Jahrhunderts bestünde im Wiederaufbau der in der Phase des Neoliberalismus weitgehend zerstörten Linken?¹⁷ Wobei die Fragen der Transformation, des Übergangs zu einer anderen Wirtschaft und Verfasstheit der Gesellschaft und damit die Politik selbst neu zu definieren sind, wie das jetzt in einer immer größeren Anzahl von Texten und Arbeitsprozessen angesprochen wird.¹⁸

In der französischen Linken gibt es widersprüchliche Bewegungen. In der PS ist seit der Übernahme der Parteiführung und insbesondere seit den Regionalwahlen sowie angesichts der Krise ein Schwenk zu einem mehr sozial geprägten Diskurs in Gange. Es herrscht das Bewusstsein vor, dass die Wähler aus den Volksschichten, die sich seit Mitterrands Wende zum Neoliberalismus 1983 mehr und mehr von der sogenannten „Regierungslinken“ (PS, FKP) entfernt haben, zurückgewonnen werden müssen, wenn eine Mehrheit angestrebt werden soll. Aubry steht für linke Bündnisse, nachdem Royal nach dem Vorbild von „demokratischen Parteien“ es mit dem Zentrum versuchen wollte. Zwei Drittel der PS-Wähler sind für linke Bündnisse, insbesondere unter Einbeziehung von EE. Eine grundsätzliche Erneuerung der Kritik der

herrschenden Verhältnisse hat aber nicht stattgefunden, so dass in zentralen Fragen die politischen Aussagen wenig überzeugend bis widersprüchlich wirken. Intensiver wird die Erneuerung der Partei betrieben, um sie wieder verstärkt in die Nähe der Wähler zu bringen (z. B. Abbau der Häufung von Mandaten). Die öffentliche Meinung soll mittels Primärwahlen im Herbst 2011 in Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2012 mobilisiert werden. Für die PS-Kandidatur bleibt allerdings weiterhin der Direktor des IWF Dominique Strauss-Kahn im Spiel, womit der Versuch eines verstärkt linken Diskurses an Glaubwürdigkeit verliert. Die potenziellen linken Bündnispartner zeigen sich über eine derartige Eventualität äußerst beunruhigt. Vieles wird nicht nur von internen Kräfteverhältnissen sondern auch von sozialen und politischen Entwicklungen abhängen

Was EE betrifft, so hat Dany Cohn Bendit die Bildung einer „politischen Genossenschaft „ (coopérative) als neue politische Form vorgeschlagen, in der einerseits die als Partei konstituierten Grünen sowie die bei den Europa- und Regionalwahlen neu Hinzugekommenen gemeinsam arbeiten sollten. Es steht offen, ob die Grünen dabei ihren Platz finden können, und vor allem, ob die sehr unterschiedlichen Ausrichtungen sich dauerhaft einigen lassen. Cohn Bendit ist konsequent in seiner Blickrichtung zum Zentrum, während sich die Grünen in den letzten Jahren klar in Richtung der Linken positioniert haben. Bezüglich der politischen Ökologie findet man sehr unterschiedliche Ausrichtungen, vom grünen Kapitalismus bis zu linken Ansätzen, wobei allerdings die aktive Unterstützung einer Ökosteuer auf den Energieverbrauch bei sozial schwachen Schichten auf großen Unmut stieß. Ein globales politisches Projekt ist nicht in Sicht. Insgesamt wird versucht, das allgemein verbreitete „Krisengefühl“ zu nutzen und die Zivilisationskrise vor allem auf Umweltfragen zuzuspitzen.

Die FKP hält Mitte Juni ihren 34. Parteitag ab. Auf diesem außerordentlichen Parteitag soll nicht nur mit Pierre Laurent ein neuer Nationalsekretär gewählt, sondern auch überprüft werden, wo die Partei bei der Realisierung ihrer vor einjährig Jahren gesteckten Ziele, vor allem beim Aufbau politischer Bündnisse und dem Umbau der Partei steht. In der sehr „ungeliebten“ Frage des Umbaus ist sie nicht viel weitergekommen, und mancherorts verändern sich die Dinge weit mehr in der Praxis als in einer formalisierten Konzeption. Der Austritt von 200 Persönlichkeiten – unter ihnen sehr anerkannte wie Lucien Sève – wirft ein Schlaglicht auf weiterhin ungelöste Probleme, z. B. was die Anerkennung des Einzelnen oder die Diversität als Notwendigkeit für das Kollektiv betrifft, aber auch die allgemeinere Frage, wie heute eine transformatorische Organisation konzipiert werden sollte.

Beim Lesen der „Abschiedsbriefe“ der Ausgetretenen kann man viele Momente teilen, insbesondere dass das Scheitern einer gemeinsamen Kandidatur 2007 die 2005 entstandene Hoffnung auf eine Öffnung der Partei zerstört und für viele zum Bruch geführt hat. Allerdings ist bedauerlich, dass gerade zu einem Zeitpunkt, da die Parteimitglieder mehrmals klar und massiv ihren Willen zu einem Neuaufbau gezeigt haben, manche keinen anderen Weg als „raus aus der Partei“ sehen. Tatsächlich hat die FKP nach 1989 keine organisatorische Spaltung wie andere Parteien erlebt, aber der Abschied vom Dogmatismus hat zunächst zu Pragmatismus und dem Deckeln politischer und ideologischer Auseinandersetzungen geführt. Auf einem solchen Weg sind we-



der der Respekt vor anderen Meinungen noch Einheit zu erreichen. Was die Arbeit an politischen Initiativen und die Schaffung von Bündnissen betrifft, so sind widersprüchliche Erfahrungen aufzuarbeiten: der Sturz der Regierung der Gauche plurielle 2002, eine neue positive und breit anerkannte Rolle der FKP beim Referendum über die Europäische Verfassung 2005, das Scheitern einer gemeinsamen antiliberalen Kandidatur und der Schock der 1,93 Prozent bei den Präsidentschaftswahlen 2007, der Aufbau von Kampf-Fronten gegen die Rentenreform heute, gegen die Privatisierung der Post gestern, und seit 2008 die Arbeit an einer Linksfront mit der Absicht, ein linkes Projekt aufzubauen und dafür eine Mehrheit zu gewinnen. Das bedeutet eine von der PS autonome, aber nicht gegen die PS gerichtete Formation. Es scheint sich in der FKP eine klare Mehrheit für die Weiterentwicklung der Linksfront herauszubilden, und das nicht nur bei Wahlen, wobei die Unruhe spürbar ist, was denn dabei aus der FKP werden soll. Die FKP erklärt, weder eine neue Partei wie „DIE LINKE“ werden, noch lediglich ein Organisationskartell bilden zu wollen. Es soll beschlossen werden, eine dauerhafte Koordination der FdG einzurichten, um konkrete Aktionen insbesondere gegen die Krise führen zu können. Weiter soll eine Vereinigung gebildet werden, in deren Rahmen Interessierte (aus sozialen Bewegungen Gewerkschafter, engagierte Bürger, Intellektuelle), die nicht Mitglieder einer der drei Parteien der FdG sind, aktiv werden können.

Mit der PG gibt es viele Gemeinsamkeiten, aber auch politische und kulturelle Unterschiede. Die PG ist eine gut organisierte, übersichtliche Partei (derzeit ca 6 000 Mitglieder), die zentralisierter arbeitet als die heutige FKP. Sie hat die Bildung einer neuen politischen Formation zum Ziel. Sie zeigt als neue Partei mehr Energie und Ehrgeiz, als sich das im allgemeinen bei der FKP finden lässt. Diese verfügt aber über eine viel stärkere Verankerung (ca. 66 000 beitragszahlende Mitglieder; ca. 11 000 auf FKP-Plätzen gewählte Abgeordnete) und will sich weiter als kommunistische Partei bewegen.

Die künftige Entwicklung der NPA ist unbestimmt. Die internen Auseinandersetzungen über die strategischen Entscheidungen – die Ablehnung des Angebots, am Bündnis der FdG teilzunehmen – scheinen heftig und ihr Ausgang offen. Die Frage wird sein, ob die NPA sich auf Protest und soziale Bewegungen beschränkt, oder akzeptiert, beim Kampf um gesellschaftliche Hegemonie mitzuwirken. Eine entscheidende Frage in dieser Auseinandersetzung ist auch, ob eine neue linke Sichtweise der Beteiligung an Institutionen auf der Basis einer erneuerten Kritik des Staates und einer kreativen Konzeption von Demokratie erarbeitet werden kann.

Auch der Linken der Linken mangelt es an Vorbereitung auf die große Krise. Oft vermischen sich Elemente einer altermondialistischen Kritik der Finanzmärkte und einer überholten Kapitalismuskritik. Es sollte versucht werden, in Anbetracht der Schuldenkrise auf die Bildung eines neuen gesellschaftlichen Blocks hinzuwirken, um den Gefahren von Spaltungen auf Grund von Verteilungskämpfen in den unteren Schichten der Gesellschaft entgegenzuwirken und Alternativen zu eröffnen. Das kann nur auf einer „Klassenlinie“ passieren, wenn es gelingt, die Schwächsten und die Mittelschichten in einer gemeinsamen Auseinandersetzung mit den dominanten Kräften zusammenzubringen.

Derzeit sammeln sich beträchtliche Kräfte gegen die geplante Rentenreform, wobei gemeinsam von Gewerkschaftern, linken Parteien und Teilen der PS, sozialen und alter-

mondialistischen Bewegungen hunderte Debatten im ganzen Land organisiert werden, womit auch den nächsten Demonstrationen zugeordnet werden soll. Die Erfahrungen zeigen allerdings, dass es in Frankreich die Mobilisierung von Millionen und einer großen Entschlossenheit organisierter Berufsgruppen braucht¹⁹, wenn ein Regierungsprojekt zu Fall gebracht werden soll. Und das allein bedeutet noch nicht, eine Alternative durchzusetzen.

Anmerkungen

- 1 UMP insgesamt 27 Prozent. 20 Prozent bei 18-24 Jährigen und 38 Prozent bei über 60 Jährigen, 19 Prozent bei Angestellten und öffentlich Bediensteten, 17 Prozent bei Arbeitern und 15 Prozent bei Arbeitslosen.
- 2 Überdurchschnittlich Frauen (32 Prozent), Beschäftigte des öffentlichen Sektors (35 Prozent).
- 3 Überdurchschnittlich 25 – 34 Jährige (22 Prozent), Studenten (18 Prozent), Leitende Angestellte und Intellektuelle Berufe (18 Prozent).
- 4 Meinungsumfragen hatten für den Fall der Einheit aller links von der PS angesiedelten Kräfte ein Potenzial von 15 Prozent angegeben. Vorwurf der NPA insbesondere an die FKP war, sich in den Regionen an der Exekutive mit der PS zu beteiligen. Im Gegensatz zu Deutschland sind allerdings die französischen Regionen mit weitaus weniger Hoheit ausgestattet, und weder ihre Verwaltung noch die damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen haben vergleichbaren Stellenwert.
- 5 7 Prozent bei Männern und 4 Prozent bei Frauen ; 8 Prozent Arbeiter und 4 Prozent Angestellte.
- 6 Front National insgesamt 11 Prozent. 13 Prozent bei Männern und 9 Prozent bei Frauen, 15 Prozent bei Arbeitern, 16 Prozent bei Arbeitslosen und 19 Prozent bei Arbeitern.
- 7 Nach 15 Prozent bei den letzten Regionalwahlen, 10,5 bei den Präsidentschaftswahlen 2007 und 6,3 Prozent bei den Europawahlen.
- 8 Das ist möglich, wenn eine Liste mehr als 10 Prozent erreicht.
- 9 37 Prozent bei den Regionalwahlen 2004
- 10 Im 1. Wahlgang 47 Prozent der Männer und 59 Prozent der Frauen; 67 Prozent der 18 – 24 Jährigen gegenüber 39 Prozent der über 60-Jährigen. 62 Prozent der Arbeiter und Angestellten, 66 Prozent der Arbeitslosen. www.opinion-way.com
- 11 www.opinion-way.com
- 12 Interview mit Céline Braconnier und Jean-Yves Dormagen, Demobilisierung bei Wahlen und politische Segregation: die Erfahrungen der französischen Regionalwahlen. In Zeitschrift Transform! 06/2010 (Ausgabe in französischer Sprache).
- 13 im Vergleich zu 11 Prozent bei Linksfront , 14 Prozent PS, 15 Prozent UMP, 20 Prozent FN
- 14 www.opinion-way.com
- 15 www.ifop.com/media/poll/1106-1-study_file.pdf//16.3
- 16 Siehe Joachim Bischoff/Elisabeth Gauthier, Sarkozy und die Hegemonie des Neoliberalismus. In Supplement Sozialismus 12/2007
- 17 Gespräch in Espaces Marx, Paris 3. Juni 2010
- 18 Siehe u. a. das Projekt von Transform «Strategische Fragen der Europäischen Linken», www.transform-network.org
- 19 Maryse Dumas (CGT), in einer Konferenz bei Espaces Marx, April 2010

Richtung Sozialabbau. Zu den Parlamentswahlen in Tschechien und in der Slowakei

Von Holger Politt

Im Mai bzw. Juni wurden in der Tschechischen Republik und in der Slowakei die Parlamente neu gewählt. In beiden Ländern kam es zu teils überraschenden Ergebnissen, auch wenn die Reihenfolge der Parteien ganz oben an der Spitze lange vorausgesagt war. Die jeweils stärksten Parteien gehen jedoch leer aus, müssen in die Opposition und sich auf Regierungskoalitionen einstellen, die sich auf einen Nenner einigten – Haushaltskonsolidierung unter Inkaufnahme von Sozialabbau.



Tschechische Republik

In der Tschechischen Republik wurde am 28. und 29. Mai 2010 gewählt. In die Nationalversammlung mit ihren 200 Sitzen ziehen fünf Parteien ein, darunter zwei neue Gruppierungen. Erster Verlierer sind die beiden großen Parteien, die sozialdemokratische SSD und die bürgerliche ODS, die deutlich Federn lassen mussten. Obwohl die SSD ihr Ziel, stärkste Partei zu werden, erreichte, trat der Parteivorsitzende und Ministerpräsidentenkandidat Jiri Paroubek noch am Wahlabend zurück. Sehr ernüchternd war das Ergebnis, denn die Partei (22,08 Prozent) verlor gegenüber 2006 deutlich: 10 Prozentpunkte und satte 500 000 Stimmen. Einziger Trost, dass es den ODS-Bürgerlichen noch schlechter erging. Jedenfalls verloren die Sozialdemokraten mit diesem Ergebnis ihre strategische Position bei Regierungsbildungen. Ihr parlamentarischer Neuanfang wird Opposition heißen.

Die ODS (20,22 Prozent), bisher unangefochten die stärkste bürgerliche Kraft im Lande, büßte noch mehr ein: 15 Prozentpunkte und 800 000 Stimmen. Dennoch wird ihr Spitzenkandidat Petr Nečas eine mehrheitsfähige Koalition zusammenbringen und Tschechiens neuer Ministerpräsident werden. Obwohl die Partei eine schlimme Wahlniederlage erlitt, fühlt er sich als Wahlsieger. Die Bürger, so Nečas kurz nach den Wahlen in Tschechien und der Slowakei, würden sozialistischen Versprechungen nicht mehr trauen. Er meinte damit Bemühungen, Haushaltsdisziplin auch nach Gesichtspunkten sozialer Gerechtigkeit durchzuführen.

Ihm zur Seite werden zwei Parteien stehen, die erstmals ins Parlament einziehen und dies mit spektakulären Ergebnissen. Die 2009 aus abtrünnigen Parlamentariern der ODS und der grünen SZ gebildete Formation TOP 2009 (Abkürzung für Transparenz, Verantwortung und Fortschritt 2009) unter Führung des ehemaligen Außenministers und Grünenabgeordneten Karel Schwarzenberg erhielt auf Anhieb 16,40 Prozent (über 870 000 Stimmen). Ihren programmatischen Vorstellungen nach könnte diese Gruppe am ehesten als rechtsliberal beschrieben werden.

Die außerhalb parlamentarischer Strukturen gegründete Gruppierung VV (Öffentliche Angelegenheiten) wird durch den ehemaligen Fernsehreporter Radek John angeführt und versteht sich als Anwalt der Öffentlichkeit, um den Missbrauch bei Politikern zu bekämpfen. In erster Linie richtet sich das gegen Korruption, zugleich aber auch deutlich gegen „Sozialmissbrauch“. Die Partei, die 10,68 Prozent erreichte, ist von allen drei rechten Koalitionären die am entschieden antisozialste. Vor einem Jahr kam sie bei den EP-Wahlen noch mit unter 3 Prozent ein.

Da der traditionelle ODS-Partner, die christdemokratische KDU-CSL (4,39 Prozent) nicht mehr ins Parlament einzieht, wird die neue Koalition unter Nečas tatsächlich zur ersten Regierung in Tschechien werden, die ihren eigenen Vorstellungen und Optionen nach kaum Rücksichten auf Sozialstaatsprinzipien nehmen müsste. Wieweit sie sich hier vorwagen wird, hängt künftig stärker von anderen gesellschaftlichen Faktoren ab. Ein erstes Zeichen ist die Ankündigung, in Tschechien umgehend Studiengebühren einzuführen. Eine andere Linie der Auseinandersetzung ist das Rentensystem, das nach Ansichten der Koalitionäre künftig zu großen Teilen privat abgesichert werden müsste.

Neben den Sozialdemokraten hat die soziale Gerechtigkeit im Parlament, so wie bisher auch, nur noch einen weite-

ren entschiedenen Verteidiger – die Kommunisten der KSČM, die mit 11,27 Prozent (knapp 590 000 Stimmen) ihr Ergebnis von 2006 bei absehbaren Verlusten (90 000 Stimmen weniger) halten konnte. Sie schickt zumindest die gleiche Anzahl Abgeordnete ins Parlament (26). Freilich ist die Situation für die Sozialdemokraten und Kommunisten, die zusammen über nur noch 82 Sitze verfügen, sehr viel schwieriger geworden. Schien es nach den Regionalwahlen im vorigen Jahr noch so, als sei eine zählbare Mehrheit der beiden großen linken Parteien auf Landesebene möglich, macht sich nun Ernüchterung breit. Denn die Niederlage gegen die einen neoliberalen Kurs einnehmenden rechten Parteien wiegt umso schwerer, da zwischen SSD und KSČM auf der Landesebene ohnehin mehr Konfliktstoff als Übereinstimmung angehäuft ist. Vielleicht sind die nunmehr noch härter gewordenen Oppositionsbänke kein schlechter Ort, um einen Neubeginn in dem gegenseitigen Verhältnis beider Parteien wagen zu können. Was an vielen Orten und in einigen Regionen des Landes durchaus bereits politischer Alltag ist, sollte künftig im Interesse der Verteidigung des Sozialstaats auch ganz oben möglich sein. Eine große Herausforderung für den künftigen Parteivorsitzenden der Sozialdemokraten und für Vojtech Filip von den Kommunisten.

Der langjährige SSD-Vorsitzende und ehemalige Ministerpräsident Miloš Zeman wagte mit der neugegründeten Partei der Bürgerrechte (SPOZ) einen Alleingang und scheiterte (4,33 Prozent und knapp 227 000 Stimmen). Er erklärte noch am Wahlabend seinen Rückzug aus der Politik.

Hinzugefügt werden muss noch, dass mit der grünen SZ (2,44 Prozent) eine weitere Partei den erneuten Einzug ins Parlament verpasst hat. Der ehemalige Regierungspartner der rechten ODS steht vor einem personellen und programmatischen Neuanfang. Konnte die SZ noch 2006 vor allem bei jungen Wählern punkten, ist diese attraktive Wählerschicht mittlerweile bei den entschieden neoliberalen Parteien TOP 09 und VV angelangt. TOP 09 hat nicht nur unter den Erstwählern am besten abgeschnitten, sondern auch in der prosperierenden Hauptstadt Prag der bisher dort dominierenden ODS die Palme der Spitzenposition entrissen. Dort bekamen die Kommunisten übrigens magere 6,53 Prozent.

Slowakei

In der Slowakei wurde am 12. Juni 2010 gewählt. In den Nationalrat mit seinen 150 Sitzen ziehen sechs Parteien ein, darunter zwei neue Gruppierungen. Der große Verlierer ist die alte Regierungskoalition, die aus der sich sozialdemokratisch verstehenden SMER, der nationalistischen SMS und den gemäßigten Nationalen der HZDS gebildet wurde. Während Vladimir Mečiar, der erfolgreichste slowakische Politiker der 1990er Jahre, mit seiner HZDS den Einzug ins Parlament ganz verfehlte (4,32 Prozent) und zumindest für geraume Zeit von der politischen Bühne des Landes verschwinden wird, kamen die Nationalisten mit dem Schrecken davon (5,07 Prozent). SMS-Vorsitzender Jan Slota meinte nach Schließung der Wahllokale, die Slowakei und die Slowaken täten ihm leid. Die beiden bisherigen Koalitionspartner verloren gegenüber 2006 etwa die Hälfte ihres bisherigen Stimmenanteils bzw. der Wählerstimmen. Der SMS als Beispiel gingen 140 000 Stimmen verloren, sie erhielt noch 128 000.

Allein Robert Fico, SMER-Vorsitzender und bisheriger Ministerpräsident, darf sich auf die Schulter klopfen, konnte



seine Partei doch aus nicht einfacher Regierungsposition heraus nach Stimmenanteil (34,79 Prozent) und Gesamtstimmenzahl gegenüber 2006 noch einmal zulegen (über 200 000 Stimmen mehr). In einstigen Mečiar-Hochburgen in vorwiegend ländlichen Gebieten erreichte SMER Ergebnisse von 45 Prozent und mehr. In den beiden größten Städten Bratislava und Košice kam die bisherige Regierungskoalition jedoch nur auf knapp die Hälfte der Stimmen ihrer Gegner.

Da die Wähler die bisherigen kleineren Koalitionspartner aus unterschiedlichen Gründen abschrieben, steht Fico mit seinem durchaus glänzenden Ergebnis ziemlich alleine da. Mit seinem bisherigen Koalitionspartner SMS verfügt er über 71 Parlamentssitze, alle anderen Parlamentsparteien lehnen jegliche Zusammenarbeit mit Fico und SMER ab. Ein Grund ist das Bündnis mit den Nationalisten, ein anderer die nach sozialen Kriterien ausgerichtete Haushaltspolitik der bisherigen Regierung.

Auch wenn die Regierungszeit 2006 bis 2010 differenziert betrachtet gehört, soll hier festgehalten werden, dass die Fico-Regierung die slowakischen Soldaten aus Afghanistan zurückholte und bei den Haushaltseinsparungen im Zusammenhang mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise die Bereiche Bildung und Soziales unangetastet ließ. Ein Bündnis mit Nationalisten und Nationalen kostete allerdings andere Zugeständnisse, die insbesondere in den Bereich der Minderheitenrechte fielen. Vertreter ethnischer bzw. nationaler Minderheiten, auch Aktivisten sexueller Minderheiten sind nicht auf der Fico-Seite zu finden. Auch deshalb fällt es vielen Beobachtern leicht, Fico einen Populisten zu schimpfen.

Die drei sich bürgerlich verstehenden Gruppierungen zusammen kommen auf 65 Sitze, was zur Ablösung Ficos nicht ausreichte. Während die christdemokratische KDĽH (8,52 Prozent) ihr Ergebnis von 2006 in etwa stabil halten konnte, musste die christlich-liberale SDKÚ des ehemaligen Ministerpräsidenten Mikulaš Dzurinda leichte Einbußen hinnehmen, kam auf 15,42 Prozent, verlor aber gegenüber 2006 knapp drei Prozentpunkte und über 30 000 Stimmen. Dennoch erhob die SDKÚ-Spitzenkandidatin Iveta Radičová den Anspruch, Ministerpräsidentin zu werden.

Als neue Partei zieht die neoliberale SaS ins hohe Haus ein (12,41 Prozent). Die Partei, die nur aus wenigen Hundert Mitgliedern besteht, erreichte auf Anhieb über 300 000 Stimmen. Parteichef Richard Sulík, ein vor allem in Medien- und gewiefter Geschäftsmann, erhebt den Parteinamen „Freiheit und Solidarität“ zum Programm: Solidarität begrenze sich auf die Absicherung des Existenzminimums, welches in der Slowakei 185 Euro betrage. Den Rest müsste jeder selbst für sich nach den Maßgaben der Freiheit machen. Keine Frage, dass er damit vor allem bei jüngeren Menschen und in der Hauptstadt Zuspruch erhielt. Am ehesten könnte das Phänomen SaS noch mit VV in Tschechien verglichen werden, auch wenn Sulík selbst eher Parallelen zu TOP 09 sieht.

Auf der Seite der eine halbe Million zählenden ungarischen Minderheit gibt es eine einschneidende Änderung. Erstmals wird nicht die Ungarische Koalition SMK im Parlament Platz nehmen, die den Einzug überraschend verfehlte (4,33 Prozent), sondern die aus der SMK durch Abspaltung hervorgegangene Formation Most-Híd (8,12 Prozent), was deutsch Brücke bedeutet und in schwierigen Zeiten Programm sein soll. Bewusst stellte sich Most-Híd auch in den

ungarischsprachigen Gebieten zweisprachig auf, versteht sich als Interessenvertreter aller ethnischen und nationalen Minderheiten, auch wenn die ungarische Minderheit zweifellos tonangebend ist. Zusammen erreichten Most-Híd und SMK 45 000 Stimmen mehr als SMK 2006 alleine, aber den Löwenanteil holten die Brückenleute: Selbst in den SMK-Hochburgen am Donauufer im Süden des Landes erhielten sie etwas mehr Stimmen als die Konkurrenz, punkteten landesweit auch dort, wo bisher niemand den Ungarnkoalitionären eine Stimme gab. Im Wahlkampf ließ Brücken-Vorsitzender Béla Bugár übrigens unmissverständlich verlauten, Ungarns neuer Ministerpräsident Viktor Orbán würde SMK, also nicht ihn wählen. Das half ihm, verdeutlicht aber auch, wie schwierig das slowakisch-ungarische Verhältnis sich gestalten könnte. Bugár kündigte sofort an, in eine Koalitionsregierung mit den drei konservativ-liberalen Parteien einzutreten. Erst dieses Viererbündnis verhalf Radičová ins Amt der Ministerpräsidentin (zusammen 79 Sitze).

Nicht ins Parlament gekommen sind zwei linke Gruppierungen, die über eine gewisse Tradition verfügen. Die kommunistische KSS erreichte lediglich 0,83 Prozent, verlor gegenüber 2006 fast 80 Prozent der bisherigen Stimmen (fast 70 000!) und insgesamt über 3 Prozentpunkte (2006 3,88 Prozent). Sie dürfte schweren Zeiten entgegengehen. Etwas hoffnungsvoller hingegen können die Linksdemokraten der SDĽ in die Zukunft blicken, erreichten sie nach vernichtenden 0,29 Prozent im Jahre 2006 jetzt immerhin 2,41 Prozent (61 137 Stimmen). Im Wahlkampf klagten die Linksdemokraten zwar über empfindliche Angriffe aus dem SMER-Lager, die aber dürften nicht wahlentscheidend gewesen sein. Ob eine lebensfähige linke Alternative zu Fico künftig entstehen kann, bleibt weiterhin eine offene Frage.

2. Kongress der Estnischen Vereinten Linkspartei

Maardu 13. März 2010

Von Oliver Schröder, amtierender Leiter des Bereichs Internationale Politik beim Parteivorstand DER LINKEN

I.

Die Estnische Vereinte Linke, Mitgliedspartei der Europäischen Linken, entstand im Juni 2008 aus der Fusion der Estnischen Linkspartei und der Verfassungspartei (Konstituierungskomitee), die in den Jahren zuvor als Partei der russischen Minderheit in Estland agierte.

Bei den Europawahlen im Mai 2009 verfehlte die Estnische Vereinte Linke das erhoffte Mandat mit 3 514 Stimmen, einem Anteil von ca. einem Prozent der abgegebenen Stimmen, deutlich. Es bleibt erklärtes Ziel, bei den Parlamentswahlen im Mai 2011 ein Mandat zu erringen, wofür ca. 25 000 Stimmen notwendig wären.

Der Parteitag fand in der Turnhalle einer öffentlichen Schule in Maardu statt. Maardu ist mit etwas mehr als 16 000 Einwohnern die siebtgrößte Stadt Estlands. Durch den Industriehafen, Öltanks und die Lage an der wichtigsten Fernstraße Estlands kommt ihr besondere Bedeutung zu. Fast zwei Drittel der Bevölkerung sind russischer Abstam-



mung. Von der Wirtschaftskrise ist Maardu als Industriestandort und Umschlagplatz besonders betroffen: Gut 20 Prozent der Einwohner sind arbeitslos.

Mit Georgy Bystrov stellt die Estnische Vereinte Linke den Bürgermeister von Maardu. Bystrov ist der einzige Bürgermeister der Vereinten Linken in Estland. Wie deutlich wurde, nimmt Bystrov eine zentrale Rolle in der Partei ein, auch wenn er nicht Mitglied des Vorstands ist.

Die Aufgaben des Parteitages waren umfangreich: Wahl der Vorsitzenden, des Vorstands und der Schiedskommission, Verabschiedung des zentralen politischen Dokuments. Hierüber sollten die 120 Delegierten aus ganz Estland entscheiden. Etwa ein Drittel der Delegierten waren Frauen. Jüngere Gesichter waren nicht so häufig – auch die estnische Linkspartei kennt das Problem einer überalterten Mitgliederstruktur.

Anwesend waren Vertreter des finnischen Linksbundes, der Kommunistischen Partei Finnlands, Gerechtes Russland und DIE LINKE. Außerdem war Yossef Ben Bassat anwesend, der die Vereinte Linke bei den vergangenen Wahlen konzeptionell unterstützt hatte. Alle Gäste hielten ein Grußwort. Gerne hätte die estnische Seite mehr VertreterInnen von Parteien der Europäischen Linken begrüßt, doch war die geringe Teilnahme wohl auch der Tatsache geschuldet, dass es keinen offiziellen Einladungsbrief gab. Dies ist ein Beispiel für organisatorische Mängel, die hie und da auch auf dem Kongress deutlich wurden.

II.

Estland wurde 1991 unabhängig und 2004 in Europäische Union und NATO aufgenommen. Auch wenn die regierenden Parteien in schneller Folge wechselten und ein Ministerpräsident selten länger als ein Jahr regierte, ging die Entwicklung in Estland zügig und ungebremst in Richtung einer Marktwirtschaft neoliberaler Prägung. Geistiger Vater dieser Entwicklung ist Mart Laar (Ministerpräsident von 1992 bis 1994 und 1999 bis 2000), dessen Vorbilder Milton Friedmann und Maggy Thatcher sind.

Ausbund der streng neoliberalen Entwicklung im heutigen Estland sind der einheitliche Steuersatz auf alle Einkommen (im Moment 20%, soll bis 2011 auf 18% sinken), minimale Rechte für ArbeitnehmerInnen und die Privatisierung großer Teile der öffentlichen Daseinsfürsorge. Wesentliches Merkmal der estnischen Politik ist auch die klare und teilweise scharfe Abgrenzung gegenüber der Russischen Föderation, was Konsequenzen für die russische Minderheit einschließt und Auswirkungen auf den Zusammenhalt der Gesellschaft hat (mehr dazu weiter unten). Zusammengefasst: Estland ist gründlich im Westen angekommen und gilt als Musterland für die Entwicklung von Staaten des ehemaligen Ostblocks, was dem kleinen Land (1,32 Millionen Einwohner) 2006 auch den Besuch des damaligen US-Präsidenten George W. Bush einbrachte.

Die estnische Gesellschaft ist von einem starken Wohlstandsgefälle geprägt. Nach Auskunft der Estnischen Vereinten Linken lebt ein Drittel der Bevölkerung in Armut, was im krassen Gegensatz zu den Vermögenswerten der zumeist städtischen Oberschicht steht. Jeder vierte Arbeitnehmer bezieht das Lohnminimum von 4350 Estnischen Kronen, was ungefähr 290 Euro entspricht. Rentner/-innen bewegen sich auf ungefähr gleichem Niveau.

Der Durchschnittslohn in Estland beträgt ca. 800 Euro

brutto. Jeweils 20 Prozent der Einwohner liegen über, bzw. weit über dem Durchschnittseinkommen. Das Arbeitslosengeld betrug bis 2007 lediglich 26 Euro, wurde dann auf beinahe 60 Euro angehoben. Folge davon war eine Steigerung der veröffentlichten Arbeitslosenquote (Januar 2008: 5%, Ende 2008 12%). Insgesamt dürfte die Arbeitslosenquote noch höher liegen, da der bürokratische Aufwand viele Esten davon abhält, die sehr geringe Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Die Estnische Vereinte Linke geht von einer tatsächlichen Arbeitslosenquote von ca. 20 Prozent aus.

Die Folge ist, dass weite Teile der Gesellschaft vom öffentlichen Leben ausgeschlossen bleiben. Die Preise sind, auch inflationsbedingt, stark gestiegen, und kostenlose Freizeitangebote gibt es nur in verschwindend geringem Umfang. Eine Ausnahme bildet das Internet: Laut Gesetz wird jedem Esten der Zugang zum Internet garantiert. Es gibt im ganzen Land kostenlos nutzbare Internetterminals sowie eine große Dichte von Wifi-Zonen. Alle Schulen sind an das Internet angeschlossen.

III.

Die zentralen Forderungen im Leitantrag der Estnischen Vereinten Linken beziehen sich auf die Sozialpolitik: Gute Löhne, Schaffung von Arbeitsplätzen, aber auch der Rückzug der estnischen Truppen aus Afghanistan und Irak spielten eine Rolle.

In den Redebeiträgen der Delegierten ging es vor allem um die Situation der mehr als 400 000 Nicht-Esten im Lande. Dazu muss man wissen, dass davon circa 100 000 russische Staatsbürger sind und 120 000 Menschen überhaupt keine Staatsangehörigkeit besitzen. Der Rest dieser zum größten Teil russischen Gruppe hat die estnische Staatsbürgerschaft durch ein „Naturalisierungsverfahren“ (u. a. Nachweis von Sprachkenntnissen) erlangt. Besonders für die ältere Generation ist der Sprachtest eine sehr hohe Hürde (Estnisch gehört wie Finnisch zur finno-ugrischen Sprachfamilie), zumal der Test Geld kostet. Nichtbürger dürfen bei Kommunalwahlen wählen, jedoch ist es für sie nicht möglich, in eine Partei einzutreten, für öffentliche Wahlämter zu kandidieren, oder in den Staatsdienst einzutreten. Überdies sei die Integration der russischsprachigen Bevölkerung politisch gar nicht gewollt und Diskriminierungen seien an der Tagesordnung, so der Vorsitzende der Vereinten Linken, Sergei Jürgens.

Einige wenige Delegierte brachten in diesem Zusammenhang die Frage nach den Adressaten der Angebote der Estnischen Vereinten Linken aufs Tableau: Der Gedanke, dass sich die Estnische Linke als Klientelpartei begreifen und klar für die russische Minderheit stehen müsse, wurde aber zurückgewiesen, widerspricht er doch dem Gründungsanspruch, eine gesamtestnische linke Kraft zu sein. Dies wurde mehrmals wiederholt und das gleichberechtigte Nebeneinander russischer und estnischer Mitglieder betont. Versinnbildlicht wird der Prozess des Zusammenwachsens der Vereinten Linken zu einer eigenständigen, neuen gesamtestnischen Kraft durch die paritätische Besetzung des Vorstands mit Esten und Russen.

Auf dem Kongress gab es keinen Sprachzwang – es wurde jeweils die estnische oder die russische Muttersprache gebraucht. Diejenigen, die kein Estnisch verstanden, erhielten eine Übersetzung von Ihren Sitznachbarn. Alle Wahlen (Vorsitzende, Vorstand, Schiedskommission) wurden offen



per Handzeichen durchgeführt. Sergei Jürgens wurde ohne Gegenstimme als Vorsitzender bestätigt, der Co-Vorsitzende Heino Rüütel wurde bei einer Stimmenthaltung bestätigt. Der Vorstand umfasst 16 Mitglieder, mehr Männer als Frauen. Die politischen Thesen wurden einstimmig angenommen.

Der Umgang untereinander war frei von Schärpen und Verletzungen – so habe ich es jedenfalls wahrgenommen und dieser Eindruck wurde mir mehrfach bestätigt. In dieser Logik stand, dass alle Beteiligten den erfolgreichen Parteitag mit Sekt und Wodka feierten, bevor sie den Rückweg in ihre Heimatgemeinden antraten.

Die Resonanz in den Medien fiel enttäuschend aus: Nur wenige kleine, russischsprachige Zeitungen und ein sehr kleiner Fernsehsender berichteten vom Parteitag. In den etablierten Medien fand der Kongress nicht statt, was manch ein Delegierter auch als Diskriminierung der Partei wahrnahm.

Ein großes Problem ist für die Estnische Vereinte Linke die extreme Knappheit an finanziellen Mitteln. Der Schatzmeister erklärte, man könne den Mitgliedern keinen Mitgliedsbeitrag abfordern, da diese selbst nichts hätten. Auf meine Nachfrage, wie man mit diesen Mitteln überhaupt eine Partei lenken könne, wurde auf Spenden und das Engagement einzelner verwiesen. Die staatliche Parteienfinanzierung, die ab einem Stimmenanteil von einem Prozent fällig wird, ist viel zu niedrig, um damit die Aufbauarbeiten für eine Partei finanzieren zu können. Der Mittelfluss von staatlicher Seite wird erst bei Erreichen einer Parlamentsvertretung üppiger. Die Vereinte Linke steht vor dem Problem, diesen wichtigen Schritt aus eigener Kraft schaffen zu müssen.

IV.

Die Estnische Vereinte Linke ist wie DIE LINKE in einem Findungsprozess, einer Phase des Zusammenwachsens. Der eingeschlagene Weg, eine gesamtestnische Partei, in der Esten und Russen gleichberechtigt agieren und Politik formulieren, ist ein zukunftsweisender und für Estland fast einzigartiger Ansatz, der die weitere Unterstützung der EL und der LINKEN verdient. Die Vorsitzenden Sergei Jürgens und Heino Rüütel sagten beide, dass es weitere parteiinterne Diskussionen bedarf, um das linke Profil der Partei weiter herauszuarbeiten, um der Vereinfachung, die Partei sei nur eine Interessenvertretung der russischen Minderheit, zu begegnen. Auf diesem Weg kann sie die EL gut unterstützen und die Vereinte Linke sollte inhaltlich stärker in die Vorbereitung des 3. EL-Kongresses einbezogen werden.

Estland und seine Parteienkämpfe

Von Malle Salupere, Kulturhistorikerin, ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei, Mitglied des Vorstandes der Estnischen Vereinten Linken

Im Jahr 2008 feierte die Estnische Republik offiziell den 90. Jahrestag (seit 1918), aber wirkliche Unabhängigkeit haben die Esten insgesamt kaum 40 Jahre lang genossen (1920–1940 und seit 1991, beides als Folge des Zerfalls des zaristischen bzw. sowjetrussischen Imperiums). Davor haben deutsche Kolonisatoren das im 13. Jahrhundert eroberte und

christianisierte heutige Est- und Lettland unter verschiedenen Herrschern (Dänen, Schweden, Polen, Russen) 700 Jahre lang bis zum 20. Jahrhundert verwaltet. Die beiden Staaten können als eine Art Weltwunder betrachtet werden, denn die meisten kolonisierten Völker Afrikas, Asiens und Amerikas sind bereits nach einem halben Jahrtausend entweder vernichtet worden oder haben ihre Kultur und Sprache verloren.

Die Estnische Republik mit ihren 1,32 Millionen Einwohnern und 45 228 km² Fläche ist der kleinste der drei baltischen Staaten. Letten und Litauer sind Indoeuropäer, Estnisch gehört zu den finno-ugrischen Sprachen, die ähnlich den Turksprachen kein grammatisches Geschlecht kennen. Wahrscheinlich ist unser Denken deshalb weniger empfänglich für feministische Themen.

In Estland ist nach der rechtlichen Stellung jeder fünfte Einwohner (etwa 100 000 russische Staatsbürger und 120 000 Staatenlose), nach der Nationalität aber jeder Dritte „fremd“ (921 900 Esten, 422 700 Nichtesten). Wie es früher Jahrhunderte lang „Deutsche und Nichtdeutsche“ gab, so haben wir jetzt unter den Steuerzahlern Esten und Nichtesten. Wer kein estnischer Staatsbürger ist, darf nur an Kommunalwahlen teilnehmen, aber keiner Partei angehören oder gewählt werden, keinen Staatsdienst bekleiden und keine Wehrpflicht leisten. Die meisten sind in Estland geboren. Aber vor allem ältere Menschen scheuen häufig die kostspieligen Prüfungen in estnischer Sprache und Kenntnis des Grundgesetzes, die Voraussetzung für die Einbürgerung sind. Alle Rechte besitzen jedoch die ca. 6 000 in Estland ansässigen Bürger aus anderen EU-Staaten. Deren Sprachkenntnisse werden nicht geprüft.

Vor- und Nachteile

Estlands geopolitische Lage hat das Land für alle stärkeren Nachbarn immer begehrenswert gemacht. Die geringe Größe aber lässt es für alle möglichen Pilotprojekte geeignet erscheinen: Wenn etwas nicht gelingt, ist der Verlust gering, den Erfolg aber kann man auf andere Territorien übertragen. Früher waren es materielle Experimente, wie z.B. die Abschaffung der Leibeigenschaft 40 Jahre früher als im übrigen Russischen Reich (bereits 1816–1819, statt 1861), oder die Einführung des Lohns in Bargeld für Kolchosbauern in der Sowjetzeit. Heute bietet Estland wiederum ein weites Feld für psychologische und soziologische Ausschweifungen.

Die bereits von Machiavelli formulierten Richtlinien für die Manipulation der öffentlichen Meinung sind in der Welt immer noch gefährlich aktuell. Die Machthaber Estlands orientieren sich am amerikanischen Vorbild und den Möglichkeiten der modernen Medien, die Noam Chomsky kurz und prägnant beschrieben hat.¹

Im Westen wurde das unabhängige Baltikum zunächst als Zugang zum Russischen Markt mit seinen Rohstoffen angesehen, aber wenn sich die Gelegenheit bot, auch gern benutzt, um den russischen Rivalen mäßig zu reizen. Erstere Chance haben die estnischen Regierungen verspielt, als sie bei der Schikane der Russen den Bogen überspannten. Der Rückgang des russischen Transithandels und anderer Geschäfte seit der „Bronzenacht“ (der Verlegung des Denkmals für die gefallenen Sowjetsoldaten) hat auch mehrere westliche Investoren veranlasst, ihre Unternehmen hier zu verkleinern oder ganz in die Nachbarstaaten (Lettland und Finnland) zu verlegen.



Das Beispiel Estland zeigt erneut, dass große Staaten nur Interessen haben und kleine Staaten wie Kleingeld behandeln. Das Münchener Abkommen bahnte den Weg zum Stalin-Hitler-Pakt. Über die sowjetische Annexion der baltischen Staaten 1940 runzelte der Westen kaum die Stirn. Auf den Konferenzen der Alliierten in Teheran, Jalta und Potsdam wurde Stalin freie Hand gegeben. Trotzdem wollen die estnischen Machthaber das Volk überzeugen, wenn wir besonders den USA zu Gefallen sind, dann sei unsere Unabhängigkeit gesichert.

Pragmatisch gesehen, ist der „Grenzstreit“ Estlands mit Russland völlig sinnlos, aber wenn Estland lautstark die „Rückgabe“ einiger hauptsächlich von Russen bewohnten Landstückchen fordert, dann schürt es damit glimmende Hoffnungen vieler europäischer Revanchisten von Ostpreußen und Polen bis Rumänien. Bisher wagt man sich nicht an die Ergebnisse der KSZE von Helsinki aus dem Jahre 1975 heran, aber der kleinste Präzedenzfall kann eine Kettenreaktion auslösen. Die einfältigen „Patrioten“ ahnen nicht, in welches Spiel man sie da hineinzieht. Auch hinter den Aktionen zum Aufstellen und Niederreißen von Denkmälern, die Estland den Ruf eines Hortes des Neonazismus eingebracht haben, stecken viel weiter gehende Ziele eines globalen Extremismus.

Die „unblutige Befreiung“ durch die „Singende Revolution“ hat Estland in siebzehn Jahren mehr Ruinen, Brachen und Menschenverluste (auch wegen der etwa 90 000 ungeborenen Kinder) gebracht, als alle bisherigen Okkupationen zusammen genommen. Das Volk erkennt immer mehr, dass eine Unabhängigkeit dieser Art seinen Erwartungen nicht entspricht.

Das Wirtschaftswunder

Vor 20 Jahren war Estland die fortgeschrittenste Republik der UdSSR und gehörte mit seinem hohen Bildungsniveau zu den TOP-10 der Welt. Die niedrigste Geburtenrate, aber die höchsten Raten an Alkoholkranken, Aids-Infizierten, Herzkranken, Grundschulabbrechern, Selbstmördern und Unfalldoten in der EU sind seine heutigen Kennziffern. Das BIP pro Kopf von 1989 wurde erst 2002 wieder erreicht. Aber heute gehört ein Drittel des Vermögens einigen Hundert Familien. Das nächste Drittel teilen sich die 20 Prozent der Einwohner, die mehr als den monatlichen Durchschnittslohn von 800 Euro brutto verdienen und das wohlhabende Straßenbild prägen. Jeder vierte Arbeitnehmer erhält den Mindestlohn, gegenwärtig 4 350 Kronen (knapp 290 Euro), etwa so viel wie die Durchschnittsrente.

Das monatliche Arbeitslosengeld beträgt seit dem 1. Januar 2007 knapp 60 Euro (900 Kronen). Vorher waren es nur 26 Euro, weshalb es viele Arbeitslose für sinnlos hielten, sich überhaupt registrieren zu lassen. Anfang 2008 lag die offizielle Arbeitslosenrate noch bei 5 Prozent, am Jahresende schon bei 12 Prozent. Nach der internationalen Methodik liegt die Armutsgrenze bei 60 Prozent des Durchschnittseinkommens. In Estland sind das etwa 330 Prozent, somit liegt unsere Armutsrate bei 17 Prozent, das ist europäisches Mittel. Nur: bei einem nahezu europäischen Preis-niveau sind die Löhne und Gehälter in Estland um ein Mehrfaches niedriger.

Bei der Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta im Jahr 2000 wurden in Estland einige Punkte gestrichen, darunter die Artikel 23 (sozialer Schutz älterer Menschen), 30

(Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung) und Artikel 31 (Recht auf Wohnung). Aus Artikel 4 – Recht auf gerechte Bezahlung – ist der erste Punkt entfallen, das Recht auf ein Arbeitsentgelt für einen angemessenen Lebensstandard, und Punkt 3 – das Recht auf ein gleiches Arbeitsentgelt für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit. Damit ist alles J.O.K.K. Dieses neue Schlagwort „juriidilisel on kõik korrekne“ bedeutet, juristisch ist alles korrekt. Das Wort „jokk“ heißt aber auch „kaputt“.

Seit der „Singenden Revolution“ ist Estland ein Hätschelkind der europäischen Politik. Man spricht vom estnischen Wirtschaftswunder. Schöpfer dieses „Wunders“ sei der zweimalige (1992 – 1994 und 1999 – 2000), mit internationalen Preisen gekrönte Ministerpräsident Mart Laar.

Der Historiker Mart Laar folgt der Devise, dass man die schwere Arbeit des Eigenlobs nicht anderen Leuten überlassen soll. In seinen in viele Sprachen übersetzten Büchern bietet er seine Sicht auf die estnische Geschichte und Gegenwart, in der vor allem seine eigene Rolle hervorgehoben wird. Offenherzig und naiv berichtet er davon in dem von der Konrad-Adenauer-Stiftung bestellten und herausgegebenen Buch „Das estnische Wirtschaftswunder“ (2002), das ich „Memoirengeschichte“ nennen möchte. In der estnischen Ausgabe lautet der Titel bescheidener „Estland. Der neue Anfang“.²

Damals, unmittelbar vor Bundestagswahlen in Deutschland und nach dem Skandal mit den „Schwarzen Kassen“ der CDU, war es wichtig zu zeigen, dass die Unterstützung gleichgesinnter Parteien in Ostmitteleuropa gute Früchte trage. Jörg-Dietrich Nackmayr, Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in den baltischen Ländern schrieb in seinem Vorwort zu Laars „Wunderbuch“: „Wir glauben mit dem vorliegenden Buch dem Erbe Konrad Adenauers und Ludwig Erhards in besonderer Weise gerecht zu werden, weil in Estland konstruktiv und mutig die Soziale Marktwirtschaft unter den Rahmenbedingungen eines Transformationslandes weiter entwickelt wird. Wer könnte authentischer über den Weg Estlands zur Unabhängigkeit 1991, die Reformen und ihre Hintergründe, die Zeitzeugen und politische Konflikte schreiben, als der wahrscheinlich wichtigste Vater des estnischen Wirtschaftswunders, Mart Laar“.³

Die Behauptung, Laar habe eine soziale Marktwirtschaft entwickelt, ist uns neu. Sein großes Vorbild war Margaret Thatcher, seine Bibel das einzige von ihm damals gelesene wirtschaftswissenschaftliche Werk des Nobelpreisträgers Milton Friedman „Kapitalismus und Freiheit“ (1962), dessen Grundsätze der linearen Besteuerung und der ungezügelter liberalen Marktwirtschaft er in einem Kleinstaat in reiner Form durchzusetzen suchte.⁴

Laars Hauptlosungen lauteten:

- Gründlich aufräumen! Was hieß: Alles Bisherige – Menschen und Institutionen – restlos beseitigen.
- Der Staat ist ein schlechter Besitzer! Was bedeutete: Alles privatisieren, bis auf Eisenbahn und Energetik. Letztere konnte wegen heftigen Widerstandes nicht privatisiert werden, die Eisenbahn aber doch. Sie wurde inzwischen zum dreifachen Preis zurückgekauft.
- Wer sich selbst hilft, dem hilft der Staat! Hilfsbedürftige, darunter Kinder und Rentner/-innen wurden einfach übersehen, Unternehmer, gleichgültig, mit welchen Mitteln sie arbeiteten, wurden gefördert.

Den größten Schaden bei dieser „Schocktherapie“ hat das



von Staatspräsident Lennart Meri (1992 – 2001) geprägte Wort vom „Raubkapitalismus“ angerichtet. Er behauptete, Estland müsse alle Entwicklungsstufen des Kapitalismus durchlaufen. Ins selbe Horn stießen die gutbezahlten „Berater“ aus dem Westen, die meist wie Kolonisatoren vorgingen, die glaubten, sie müssten diesem wilden, halbbrussischen Land erst einmal Kultur und Freiheit beibringen, wobei sie den eigenen Nutzen natürlich nicht aus dem Auge verloren

Es ist leicht, materielle Fortschritte nachzuweisen, wenn man mit 1992, dem Jahr der totalen Zerstörung von Industrie und der Landwirtschaft nach Laars Regierungsantritt, vergleicht. Wenn sich die Lage der meisten Einwohner verschlechterte, so waren diese selbst daran schuld, weil bei der herrschenden unbegrenzten Freiheit jedermann die Möglichkeit hatte, sich hochzuarbeiten.

Dazu haben die rechtzeitig privatisierte und mit Gleichgesinnten bestückte Presse und andere Medien mit gezielter Gehirnwäsche kräftig beigetragen. Ein paar Rundfunk- und Fernsehsender nennen sich noch öffentlich, sind aber auch völlig von der Regierungspartei beherrscht. Jede andere Meinung wurde rasch für rot und kommunistisch erklärt. Alle diejenigen, die an der Notwendigkeit der totalen Vernichtung der hoch entwickelten landwirtschaftlichen Betriebe Zweifel äußerten, wurden zu „roten Baronen“ gestempelt. Man wusste die Leute zu überzeugen, dass solches im Kapitalismus rechtens sei, dass es „kein unentgeltliches Frühstück“ mehr gäbe und dass alle Menschen, die nicht an die Spitze der Gesellschaftspyramide gelangten, unfähige Faulenzer und Loser seien.⁶

Das hat die Menschen in Stress und zugleich in Apathie versetzt. 70 Prozent der Bewohner Estlands – das ist der höchste Wert in der EU – sind mit ihrem Leben unzufrieden und haben allen Grund dazu. Fast ebensoviele sind auch fremdenfeindlich gesinnt. Es ist ja allgemein bekannt, und Deutschland hat das am eigenen Leibe erfahren, wie leicht in Not geratene Menschen zu verführen sind, besonders wenn man ihnen zeigt, wer an ihrer Not Schuld ist. In Estland sind es die Russen, die mit Kommunisten und Sozialisten gleichgesetzt werden. Zehn Jahre galt als Hauptlösung: Zur Rechten gibt es keine Alternative. Es gelang, die Leute zu überzeugen, linkes Denken sei in Europa noch immer ein Gespenst, und wenn wir solches bei uns duldeten, dann werde man uns nie in die EU aufnehmen. Nach der Eingliederung in „Europa“ (2004) musste man erkennen, dass dort Länder oft links orientiert und regiert sind, aber das sucht man den Esten zu verschweigen. Ebenso wissen hier die meisten Leute nicht, dass die progressive Lohnsteuer eine Welttradition ist und die bei uns von Laar eingeführte lineare ein Überbleibsel des Sozialismus.

Die allgemeine Entfremdung von der Staatsmacht in Estland – ganz wie Marx sie beschrieben hat – wurzelt nicht in der Gleichgültigkeit der Leute, sondern in der Erkenntnis, dass alle Parteien, welche sie auch wählten, sie immer wieder betrogen haben. Zu der Erkenntnis, dass die Rechtsparteien nicht in der Lage sind, ihre vor den Wahlen abgegebenen links klingenden Versprechungen einzulösen, lässt man sie nicht kommen, denn linke Gesinnung ist noch immer out. Das erklärt auch die Schwäche der Parteien, die es gewagt haben, sich öffentlich als Linke zu erkennen zu geben.

(Die folgende Passage wurde im Herbst 2009 vor den Kommunalwahlen geschrieben:) Möglicherweise werden wir bald eine neue Regierungskoalition haben, denn die Lage

sieht für sie sehr ungünstig aus. Man möchte die Reformpartei diesmal gern ausschließen, aber die jetzige Opposition hat nur 40 Sitze, und wenn es möglich wäre, aus der Koalition die Sozialdemokraten (10 Sitze) herauszubrechen, so ergäbe das noch keine Mehrheit im Parlament. In der sozialdemokratischen Fraktion sitzen vier ehemalige Minister der Zentrumspartei, die diese mit einigen Genossen nach den Parlamentswahlen 2003 verlassen haben, als sie nach dem Wahlsieg doch mit vereinten Kräften von der Regierung fern gehalten wurde. Damals war dieser Gruppe eine „Palastrevolution“ gegen den Parteivorstand (Savisaar) misslungen. Jetzt können sie sich zu einer neuerlichen Zusammenarbeit überwinden.

Die Vaterländische Partei von Mart Laar (19 Sitze) wäre bereit, die Regierung zu behaupten, aber sie verdient ihre Stimmen dem Russenhasse, die Zentrumspartei dagegen soll angeblich russenfreundlich sein, ja sogar im Dienste des Kremls stehen.

Regierung und Parlament Estlands haben soeben eingestanden, dass wir in einer tiefen Krise sitzen, und den gerade erst beschlossenen Haushalt um fast ein Zehntel gekürzt. Statt alle Kräfte zu mobilisieren, kämpft die Regierung jedoch eifrig gegen die größte und erfolgreichste Stadtverwaltung, die von Tallinn, wo der Chef der Zentrumspartei, Savisaar, Bürgermeister ist. Um zu verhindern, dass er im Oktober wiedergewählt wird, hat das Parlament bereits zwei Gesetze erlassen. Das letzte war in seiner Zielrichtung so offensichtlich, dass es der Staatspräsident nicht unterzeichnen konnte.

(Nach der Wahl schrieb ich in einem Brief:) Nicht nur das Wetter, sondern auch die Köpfe hier scheinen jetzt völlig vernebelt. Am 18. Oktober hatten wir Kommunalwahlen, wo die von allen Medien geprügelte oppositionelle Zentrumspartei den Sieg davontrug. Sie erhielt 31,5 Prozent der Stimmen, die beiden Regierungsparteien zusammen dagegen nur 30,6 Prozent. In Tallinn, wo die Zentristen mit 32 von 63 Mitgliedern des Stadtrates auch bisher regierten, haben sie diesmal 53 Prozent und 44 Sitze von 79 bekommen. Die höhere Gesamtzahl der Sitze liegt daran, dass die Gesetzgeber das frühere Resultat verhindern wollten und den Anteil der „weißen“ Stadtteile gegenüber denen der „Neger“ vergrößert haben (diese Terminologie hat sich eingebürgert, weil die russischen Wähler sich selbst „negry“ – eine Abkürzung für „negraždane“ – Nichtbürger – nennen). Die Geschlagenen und die ihnen hörigen Medien können sich noch immer nicht beruhigen und haben eine unerhörte Hetze gegen Nichtesten (ein Drittel der Einwohnerschaft, davon die Hälfte eingebürgert) als vermeintlicher Wählerschaft der Zentrumspartei in Gang gesetzt. Die Linken konnten auch diesmal kaum Stimmen gewinnen, haben aber auch nicht allzu viel dafür getan. Für die Parlamentswahlen 2011 sind unsere Aussichten jedoch gar nicht schlecht, und die Vorbereitungen haben bereits begonnen.

Weil die Hoffnung der Regierungsparteien, Tallinn mit vereinten Kräften zurückzuerobern, gescheitert ist, rächt sich die Regierung damit, dass sie alle Initiativen der Stadtverwaltung vor allem dadurch zu verhindern sucht, dass sie ihr das Geld entzieht. Gegenwärtig ist diese Regierung die dauerhafteste, die Estland jemals hatte, mit Ausnahme natürlich der Sowjetzeit. Nur haben die Sozialdemokraten sie schon vor den Wahlen verlassen. Also haben wir seitdem eine Minderheitsregierung, die sich im Parlament immer eine Stimme für die Mehrheit suchen muss. Am 15.3. hat sie nun endlich



einen Legionär gefunden: Ein Abgeordneter der oppositionellen landwirtschaftlich orientierten Volkspartei (6 Sitze) ist in die Reformpartei übergelaufen. Die Leute sind empört, aber wieder einmal ist alles J.O.K.K (siehe oben).

Anmerkungen

- 1 Noam Chomsky, Media Control, The Spectacular Achievements of Propaganda. Second Edition, New York, 2002. Das Büchlein erschien 2006 in der estnischen Übersetzung von Pearu Helenurm in einem Kleinverlag.
- 2 Mart Laar, Eesti uus algus, Tallinn, 2002
- 3 Mart Laar, Das estnische Wirtschaftswunder, 2002, S. 5
- 4 Nebenbei bemerkt, ist Laar am gleichen Tag geboren wie Lenin, der bekanntlich den Sieg des Kommunismus in einem einzelnen Land erreichen wollte.
- 5 Beim Amtsantritt 1992 waren Ministerpräsident Laar 32 und weitere vier Minister noch keine 30 Jahre alt Neben Bildung und Erfahrung fehlte es ihnen auch an menschlichem Mitgefühl.
- 6 Genau so äusserte sich der damalige Vorsitzende der Reformpartei, heute Eurokommissar Siim Kallas in einem Wahlkampfmaterial von 1999.

Die ukrainische Linke und die ukrainisch-russischen Beziehungen

Von Alexander Lewtschenko, freier Journalist und Politologe, Kiew, aktualisierte Version eines Artikels in *Lewaja Politika, Moskau, Nr. 2, 2007*

Eine neue Generation, die seit der Unabhängigkeit der Ukraine geboren wurde, kann die politische Landschaft beträchtlich verändern und das Verhältnis der Ukraine zu Russland beeinflussen. Da linke Parteien und Organisationen von den ukrainischen Wählern traditionell als die politischen Kräfte angesehen werden, die für die Wiederherstellung einer Union ostslawischer Staaten eintreten, können ihre Führung und ihre Mitgliedschaft in neuer Zusammensetzung dieses Klischee überwinden.

Die Evolution der traditionellen Linken

Drei Bruchstücke der einst mächtigen Kommunistischen Partei der Ukraine im Bestand der UdSSR sind nach wie vor auf der politischen Bühne des Landes präsent. Dies ist, erstens, die KPU unter Führung von Petro Simonenko, die nach zweijährigem Verbot den Namen und den Rechtsstatus, aber nicht das Vermögen ihrer Vorgängerpartei geerbt hat. Das ist, zweitens, die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU) unter Oleksandr Moros – frühere Kommunisten, die nach Aufhebung des Parteiverbots nicht der KPU beitraten. Das ist, drittens, die von Natalja Vitrenko geführte Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU), eine Abspaltung von der SPU, zu der es kam, weil Natalja Vitrenko sich mit Oleksandr Moros nicht verstand, den sie für zu kompromissbereit gegenüber Liberalen und Nationalisten, zu vorsichtig in der Politik und zugleich für zu autoritär hält.

Da die Spaltung der einstigen Regierungspartei nicht aus ideologischen Gründen, sondern wegen der Ambitionen einzelner Personen erfolgte, unterschieden sich die drei Parteien in ihrer außenpolitischen Orientierung zunächst kaum voneinander. Außerdem ließen alle sich von den Interessen jenes Teils der ukrainischen Bevölkerung leiten, der kurz nach dem Zerfall der UdSSR der „Einheit der Slawen“ nach-

trauerte, welche angesichts des katastrophalen Niedergangs der Volkswirtschaft der Ukraine vor allem mit dem Verlust der sozialen Sicherheit gleichgesetzt wurde. Es ist verständlich, dass viele Menschen die Sehnsucht nach Wiederherstellung der UdSSR oder zumindest einer Wiedervereinigung von Russland, der Ukraine und Belarus mit Parteien verbanden, die Begriffe wie „sozialistisch“ oder „kommunistisch“ in ihrem Namen führten. Was Wunder, dass KPU und SPU dieses Thema für sich entdeckten. So initiierten sie im Jahre 1993 ein Referendum über die Vereinigung der Ukraine mit Russland, das sie zweifellos gewonnen hätten, wenn sie nicht vorher von der Staatsmacht zum Aufgeben gezwungen worden wären. Den Gegnern solcher Bestrebungen kam der Ausbruch des Tschetschenienkrieges wie gerufen, denn er führte zu einem gewissen Abrücken der Ukrainer von Russland, weil seit dem Scheitern der UdSSR in Afghanistan keiner mehr für fremde Interessen im Ausland zu sterben gedachte.

Als mit der Zeit immer klarer wurde, dass vor allem Jelzins Mannschaft im Kreml die Union der ostslawischen Staaten nicht wollte, modifizierten die linken Parteien in ihren Programmen die Sicht auf das ukrainisch-russische Verhältnis.

Die KPU ist noch heute bereit, den Bund der ehemaligen Sowjetrepubliken wiederherzustellen. Allerdings sieht sie darin die „Wiedergeburt der Union gleichberechtigter Brudervölker als freiwillige Assoziation souveräner sozialistischer Staaten“. Das heißt, vor der Vereinigung sollen die einzelnen Republiken zunächst den Sozialismus als ihre politische Ordnung wiederherstellen. Bevor dies geschieht, strebt die KPU lediglich eine „intensivere Integration im Rahmen der GUS“ an (dabei haben die russischen Wirtschaftsmagnaten, die sich vor allem für eine Konsolidierung des postsowjetischen Raumes einsetzen, wahrlich keine kommunistischen Ziele im Sinn.)

Die Sozialistische Partei der Ukraine demonstriert zwar einen klareren Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit, hat aber eine reichlich verschwommene allgemeine politische Orientierung. In ihrem Programm definiert sie sich als „patriotische, staatsorientierte Partei“. Daher hält sie es für notwendig, freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten herzustellen, spricht sich aber für eine „Priorität der brüderlichen Beziehungen zu Russland, Belarus und den anderen Nachbarstaaten sowie für die Konsolidierung und den Schutz des Slawentums“ aus. Das kann man so verstehen, dass die SPU eine Wiedervereinigung mit Russland und Belarus derzeit ausschließt. Aber es ist nicht klar, ob sie mit den „anderen Nachbarstaaten“ auch nichtslawische ehemalige Sowjetrepubliken wie Kasachstan oder Turkmenistan meint. Schließlich fallen in diese Kategorie ebenso Staaten wie Polen, Ungarn oder die Türkei.

Allein die „Rote Walküre“ Natalja Vitrenko sprach sich längere Zeit bedingungslos für die Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland und Belarus sowie für die Wiederherstellung der UdSSR aus. Sie erklärte allerdings nicht, wie das gehen soll, da Russland und die Ukraine beide kapitalistische Staaten sind. Im Jahre 2007 brachte dann auch die PSPU ihren Kurs auf die Höhe der Zeit. In ihrem Wahlprogramm erklärte sie zu ihrem außenpolitischen Ziel den „Beitritt der Ukraine zum Gemeinsamen Wirtschaftsraum von Russland, Belarus und Kasachstan“. Die „höchste Stufe der Integration“ strebt sie jedoch nur für drei Länder an und fordert die „Bildung einer neuen Union von Ukraine, Belarus und Russland“.¹

Parteien, die sich selbst sozialdemokratische oder La-



bour-Parteien nennen, lasse ich hier bewusst beiseite. Sie sind fern jeglicher Ideologie und stellen entweder rein kommerzielle Projekte dar wie die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (SDPU) oder sind Ein-Mann-Shows von Leuten, die sich als Politiker aufspielen, weil sie zwar genug Geld haben, aber an unerfüllten Ambitionen leiden.

Die Aussichten der traditionellen Linken

Bei dieser ausschließlichen Nostalgie nach der Vergangenheit musste die traditionelle Linke damit rechnen, dass ihre Wählerbasis nach und nach schrumpfte. Das war bereits 1997 abzusehen, als die Partei der Regionalen Wiedergeburt als Vorläuferin der heute von Viktor Janukowitsch geführten Partei der Regionen (PRU) gegründet wurde. Sie bediente sich nämlich derselben natofeindlichen, prorussischen und panslawischen Rhetorik wie die traditionelle Linke. Als Projekt wohlhabender, einflussreicher Geschäftsleute und Staatsbeamter aus den östlichen und südlichen Regionen der Ukraine, unter ihnen der reichste Kapitalist des Landes, Rinat Achmetow, standen ihr dafür allerdings ungleich größere finanzielle und administrative Ressourcen zur Verfügung.

Das Ergebnis ist, dass die Kommunistische Partei der Ukraine, die 1994 noch mit 91 Abgeordneten im Parlament, der Werchowna Rada, saß, heute dort nur noch 27 Sitze (von insgesamt 450) hat. Allein zwischen den Wahlen von 2006 und 2007 verloren die drei linken Parteien etwa 900 000 Wähler. SPU und PSPU gelang 2007 der Einzug ins Parlament nicht mehr. Aber auch wenn sie dorthin gelangt wären, hätten sie weder miteinander noch mit den Kommunisten eine Faktion gebildet, da letztere inzwischen ein merkwürdiges Bündnis mit der radikal liberalen Partei der Regionen eingegangen sind. Der Niedergang der KPU hat zu Spannungen in der Partei geführt, die sich im Februar 2009 in einem heftigen Konflikt entluden. Der einflussreiche Führer der starken Parteiorganisation in der Autonomen Republik der Krim, Leonid Gratsch, warf der Parteiführung vor, sie lasse sich zu sehr in parlamentarische Spielchen ein und vernachlässige die Aufgabe, eine aktive Opposition gegen die ukrainische Regierung und die Wirtschaftsoligarchie zu organisieren, die versuchen, die Last der Krise auf die Gesellschaft abzuwälzen. Vertreter der Partei äußerten jedoch intern gegenüber Journalisten, der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, sei die Nachricht gewesen, führende Vertreter der KPU kungelten heimlich mit der Fraktion des Blocks von Ministerpräsidentin Julia Timoschenko (BJUT) und ließen sich für die Unterstützung von Initiativen der Regierung bezahlen.² Ob dies nun zutrifft, oder nicht (das Gleiche wird auch Leonid Gratsch im Hinblick auf die Partei der Regionen vorgeworfen), es machte die Unterschiede in wichtigen Positionen zwischen einzelnen Führern der KPU deutlich und trug kaum zur Aufbesserung von Image und Aussichten der Partei bei.

Der Rückgang des Wählereinflusses der Sozialistischen Partei der Ukraine hängt vor allem damit zusammen, dass sie mehr und mehr zu einer normalen „Partei der Mitte“ geworden ist, die aus finanziellen Gründen ihre Partner mit Leichtigkeit wechselt. Außerdem hat sie inzwischen eine Reihe Geschäftsleute in ihre Führungsgremien aufgenommen, die von sozialistischen (und auch anderen) Ideen weit entfernt sind, ja sogar der Korruption verdächtigt werden. So ist es nicht verwunderlich, dass wichtige sozialistische Politiker wie Josef Winski und Juri Luzenko mit einer Reihe von Erfolgsleuten die Partei verlassen und sich auf der Suche nach

Absicherung ihrer Interessen BJUT angeschlossen haben. Prompt wurden sie dafür von Ministerpräsidenten Timoschenko mit den Posten des Verkehrs- bzw. Innenministers belohnt.

Die fortschreitende Erosion der ideologischen Basis der SPU sowie persönliche Konflikte zwischen führenden Vertretern haben im März 2009 zu einer weiteren Abspaltung geführt. Der „ideologische“ Flügel, vertreten von Stanislaw Nikolajenko (einem ehemaligen Bildungsminister) und Alexander Baraniwski (dem früheren Landwirtschaftsminister) beschuldigten den Vorsitzenden Oleksandr Moros, er ziehe die Interessen gewisser Wirtschaftsgruppen denen der Partei vor, und wurden daraufhin ausgeschlossen. Ein beträchtlicher Teil lokaler Funktionäre und Aktivisten der SPU, vor allem im Süden des Landes, schlossen sich ihnen an und haben gemeinsam mit dem früheren stellvertretenden SPU-Vorsitzenden Iwan Tschisch, der vor einigen Jahren aus ähnlichen Gründen ausgeschlossen wurde, und dessen Anhängern eine neue Partei mit dem Namen „Sprawedliwost“ (Gerechtigkeit) gegründet.

Das Schrumpfen der Stimmenzahl der Linken wird in der Regel mit dem hohen Alter ihrer Wähler erklärt. Das kann jedoch kaum der Hauptgrund sein, denn der Rückgang der Wählerstimmen vollzieht sich dreimal so schnell, wie die Bevölkerung der Ukraine abnimmt. Da ist schon plausibler, dass für die meisten Menschen die Alltagsorgen immer wichtiger werden als hehre politische Ideen oder außenpolitische Präferenzen. Da die traditionelle Linke offenbar nicht willens und auch nicht in der Lage ist, die Politik des Staates in Richtung einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen zu beeinflussen, da zugleich vielen in einer Welt, die so anders ist, als Marx und Lenin sie beschrieben haben, ohne ideologische Orientierung dastehen, verlieren Parteien immer mehr an Anziehungskraft, die nichts Anderes anzubieten haben als eine Rückkehr zur sowjetischen Vergangenheit. Selbst dann, wenn das Verhältnis zu Russland in Wahlzeiten ein Thema der ukrainischen Innenpolitik wird, können die KPU und die beiden sozialistischen Parteien diese günstige Situation nicht für sich nutzen, weil ein beträchtlicher Teil ihrer potenziellen Wählerschaft im Osten und Süden des Landes es vorzieht, die Partei der Regionen zu unterstützen, die über reale Möglichkeiten verfügt, ihre populistischen Versprechungen zu erfüllen (was sie bisher jedoch auch nicht getan hat).

Allerdings teile ich nicht die Meinung, dass die postsowjetische traditionelle Linke bald von der politischen Bühne verschwindet. Es gibt Gründe anzunehmen, dass das große ukrainische Privatkapital versuchen wird, sie weiter zwischen Leben und Sterben halten. Eingebaut in ein bürgerliches politisches System, stellt sie für die Herrschaft des Kapitals keine reale Gefahr dar. Mehr noch, die traditionelle Linke könnte im neu entstehenden ukrainischen Kapitalismus als eine Art Schutzimpfung für jene jungen Ukrainer dienen, die sich für den Marxismus und die „Revolution“ interessieren. Junge Leute werden sich kaum dafür entflammen, wenn sie Bekanntschaft mit linken Parteien machen, die sich von Liberalen und Nationalisten nur in Worten, nicht in der Tat unterscheiden und deren autokratische Führung sich ähnlicher Methoden bedient.

Da sozialistische und sozialdemokratische Ideen für einen beträchtlichen Teil der ukrainischen Gesellschaft nach wie vor attraktiv sind, wird die traditionelle Linke auch von ge-



wissen Gruppen der Oligarchie (darunter russischen) als politische Waffe im Kampf um das Vermögen der Ukraine benutzt. Die traditionelle Linke ihrerseits bedient sich dessen als unerschöpflicher Finanzquelle.

Was außenpolitische Fragen betrifft, so demonstriert das bisherige politische Zusammengehen traditioneller Linker und ukrainischer Liberaler aus den östlichen und südlichen Regionen des Landes, dass beide prorussische und panslawische Losungen vor allem für den politischen Kampf gegen die Liberalen und Nationalisten der westlichen Landesteile einsetzen. Wenn nötig, verteidigt die Linke auch ausschließlich die Interessen des nationalen Kapitals und lässt die Idee von der Einheit der Slawen fallen. Das bedeutet, dass eine exaktere Prognose des ukrainisch-russischen Verhältnisses möglich wird, wenn man die Interessen und das Verhalten der Wirtschaftseliten ins Kalkül zieht und weniger die Losungen der traditionellen Linken von der gemeinsamen Kultur, Sprache und Geschichte der Völker der Ukraine und Russlands.

In diesem Zusammenhang bringt auch eine Analyse der Jugendorganisationen von KPU und SPU wenig Neues. Solange in diesen Parteien keine innerparteiliche Demokratie einzieht, verhindern die autoritären „Erwachsenen“, die die Finanzen kontrollieren, dass unter ihrer Jugend etwas anderes heranwächst als Ebenbilder der Parteibürokraten von heute. Junge Leute, die sich damit nicht abfinden wollen, werden aus den Parteien hinausgedrängt.

Was die PSPU betrifft, so hat sie bei den Parlamentswahlen vom Oktober 2007 ihre Ergebnisse leicht verbessern können und die Hürde von drei Prozent beinahe erreicht, aber ihre Zukunft bleibt unsicher, weil es sich bei dieser Partei um eine One-Woman-Show handelt. Wenn sich Natalja Vitrenko einmal aus der Politik verabschiedet, dann wird es auch ihre Partei nicht mehr geben.

Die neue traditionelle Linke

Im Dezember 2007 ist wie aus dem Nichts eine neue Partei auf der politischen Bühne erschienen – die Union der Linkskräfte (ULK). Sie wird von dem Parlamentsabgeordneten Wassili Wolga geführt, einem ehemaligen sowjetischen U-Boot-Offizier und früheren Mitglied der SPU, der einen Lehrgang am Institute of Democracy in Washington absolvierte. Der ULK ist es binnen Jahresfrist gelungen, in vielen Regionen aktive Organisationen aufzubauen, was zu zahlreichen Gerüchten geführt hat. Danach soll die ULK entweder ein Projekt des Milliardärs Rinat Achmetow oder eines anderen Superreichen aus der Partei der Regionen sein, der die Positionen der Kommunisten in den östlichen und südlichen Landesteilen untergraben und damit die Wählerbasis der PR erweitern will. Andere wollen wissen, die ULK sei ein Versuch Russlands, KPU und PSPU abzulösen und an deren Stelle als pro-russische Opposition gegen die proamerikanischen nationalistischen Kräfte in der Ukraine zu etablieren.

In der Tat ist es unmöglich, ohne beträchtliche finanzielle Unterstützung so rasch Parteistrukturen aufzubauen. Aber wie alle anderen ukrainischen Parteien legt auch die ULK ihre Sponsoren nicht offen. So kann man sie nur nach ihren Worten und Taten beurteilen.

Praktisch gesehen ist die ULK wie die PSPU die One-Man-Show von Wassili Wolga. Er hat seine Partei sichtbar zwischen KPU und PSPU positioniert. Was das Verhältnis zu Russland betrifft, so tritt sie, ähnlich wie die anderen, für

„die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Ukraine, Russland, Belarus und Kasachstan“ ein sowie für „den Beitritt zur staatlichen Union von Russland und Belarus“.³ Nach Meinung der ULK könnte die Ukraine trotzdem ihre staatliche Unabhängigkeit bewahren.

Viele Experten halten den Start der Partei für nicht sehr erfolgreich. Sei weisen darauf hin, dass es falsch gewesen sei, allein auf Wassili Wolga zu setzen und weitere führende Köpfe nicht zu beachten, darunter bekannte Wissenschaftler. Der Hauptfehler scheint jedoch zu sein, dass man versäumt hat, den führenden Mann mit aktiven jungen Leuten zu umgeben. So konnte die Partei sich bisher nicht als zukunftsfähige Organisation präsentieren und erscheint eher als kurzfristiges, auf die nächste Wahl gerichtetes Unternehmen. Dazu würde auch passen, dass die ULK im April 2009 mit der von Leonid Gratsch geführten KPU-Organisation der Krim das Wahlbündnis „Für eine neue Krim“ geschlossen hat. Sollte dieses – möglicherweise zusammen mit „Sprawedliwost“ und der PSPU – bei den Wahlen zum Parlament der Krim im Jahre 2010 erfolgreich sein, dann könnte das die Positionen der ULK in anderen Regionen und die Rolle von Leonid Gratsch in der KPU weiter stärken. Das bedeutete, zumindest zeitweilig, auch eine Stärkung von Kräften, die sich längerfristig der Einheit der Ostslawen verschrieben haben.

Die neue Linke

Inzwischen betritt eine neue Generation von Ukrainern die politische Bühne, die im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts geboren wurde. Wenn wir fünf Jahre weiter blicken, dann wird die linke Jugend des Landes nur noch aus Menschen bestehen, die die Ukraine als ihre Heimat ansehen, nicht mehr die UdSSR. Und wie für jede Jugend wird ihnen die eigene Zukunft wichtiger sein als die Vergangenheit ihrer Eltern.

Hier sei darauf hingewiesen, dass dieser Generationswechsel in den GUS-Staaten die Russen weniger interessiert. Für sie war die Geschichte Russlands 1991 nicht zu Ende. Die Bürger der Russischen Föderation sehen ihr Land als den Rechtsnachfolger der UdSSR, das Kernland der Union, das von „undankbaren Nachbarn“ verraten wurde. Für die jungen Leute, die nach 1991 in Kiew oder Minsk geboren wurden, hat das Wort „Sowjetunion“ dagegen nicht mehr diesen heiligen Klang. Die Geschichte der Unabhängigkeit ihrer Staaten hat gerade erst begonnen. Daher wird ein Teil der ukrainischen Jugend, die, so hoffe ich, linkes Gedankengut aufnimmt, die frühere Sowjetunion ohne diese Nostalgie sehen – ein Faktor, der unbedingt ins Kalkül gezogen werden muss.

Heute verteilen sich junge Ukrainer, die sich selbst als „inoffizielle Linke“ betrachten, die außerhalb der traditionellen Linksparteien stehen, auf mehrere Organisationen. Drei davon halte ich für interessant und aussichtsreich: Die Linke Initiative, die Neue Linke und die Organisation der Marxisten. Ihre Aktivisten sind meist ehemalige Mitglieder von KPU und SPU, die nicht länger ertragen konnten, wie autokratisch diese Parteien geführt werden, und dass es dort „Geldsäcke“ gibt, die deren Ziele und Ideologie wenig interessieren, die aber großen Einfluss auf deren Politik ausüben.

Die Linke Initiative (LI) neigte von Anfang an der trotzkistischen Kultur zu. Nach ihrem Programm von 2004 zu urteilen, definiert sie sich selbst als das „ukrainische revolutionäre Segment einer weltweiten antikapitalistischen Front glo-



balen Widerstandes“, als Bewegung von Globalisierungs- und Kriegsgegnern, als Kern einer „demokratischen und sozialistischen Bewegung“, die eine „neue internationale Organisation“ aufbauen will, da die „bürgerlich-nationalistischen Alternativen dem Totalangriff der weltweiten transnationalen Konzerne machtlos gegenüberstehen“. Auf ihrer Gründungsversammlung verkündete die Linke Initiative die Bildung des Organisationskomitees für eine Arbeiterpartei der Ukraine.

Von ehemaligen Sowjetrepubliken erscheint im Programm der LI nur Russland als imperialistischer Staat, der mit dem Tschetschenienkrieg „die Fähigkeit des Kremls zur Kontrolle seiner Halbkolonien“ bewiesen habe. Die Ukraine ist in diesem Kontext das „Kampffeld solch mächtiger Räuber wie des westeuropäischen, amerikanischen und russischen imperialistischen Kapitals“.

Von außen gesehen, entsteht der Eindruck, dass die LI die Ukraine als Opfer des „Weltimperialismus“ sieht. Um sich gegen diesen zur Wehr zu setzen, müsse man den antikapitalistischen Kampf mit einer Wiederbelebung des Nationalbewusstseins der Ukrainer verbinden. Der Führer der LI, Oleg Wernik, hält es für möglich, mit nationalistischen Organisationen zusammenzuarbeiten, die bereit sind, für die Befreiung der Welt „von den Fesseln der kapitalistischen Lohnsklaverei und imperialistischer Aggressionen“ zu kämpfen. Nach seiner Meinung gehen antiimperialistisch eingestellte junge Leute in der Ukraine nach rechts, weil eine patriotische Linke im Lande fehle, deren Rolle im Massenbewusstsein „pro-russische chauvinistische Kräfte übernommen haben“.

Eine weitere inoffizielle Organisation ist die Neue Linke (NL), die 2006 gegründet wurde und ein Konglomerat junger (oder relativ junger) Männer und Frauen von extremen Linken und Anarchisten bis zu radikalen Nationalisten (die man in der Ukraine normalerweise rechts einordnen würde) darstellt. An der Spitze der NL stehen bekannte Journalisten und Politikwissenschaftler, führende Figuren der grünen Bewegung und unabhängiger Gewerkschaften.

Für die NL sind außenpolitische Fragen keine vorrangigen Themen. Sie vertreten ausgewogene Ansichten zu verschiedenen internationalen Integrationsprojekten und bewerten die außenpolitischen Möglichkeiten der Ukraine zurückhaltend. Das liegt möglicherweise daran, dass in dieser Organisation mehrere Experten aus regierungsnahen wissenschaftlichen Institutionen mitwirken, die, anders als zum Populismus neigende Politiker, gewohnt sind, von den Realitäten auszugehen.

Nach ihren Veröffentlichungen zu urteilen, sieht die NL Russland als kapitalistischen Staat, der auf Grund seines Wirtschafts- und Militärpotenzials ein natürliches Kraftzentrum darstellt. Bestimmte Besonderheiten der russischen Elite verleihen dessen Einflussnahme einen aggressiven, zuweilen brutalen Charakter. Bei alledem ist ein ehemaliger führender Vertreter der NL, Juri Romanenko, im Unterschied zur LI der Meinung, dass Moskau nicht auf primitive Weise danach strebt, die abtrünnigen Republiken wieder einzusammeln. Er meint, Russland sei daran interessiert, „die Infrastruktur seiner Nachbarn in die Hand zu bekommen, um daraus Kapital zu schlagen und die Konkurrenzfähigkeit der russischen Finanz- und Industriegruppen auf den Weltmärkten zu stärken. Es habe kein Interesse daran, verlorene halbkoloniale Gebiete mit all ihren Problemen zurückzuholen.“⁴

Es ist symptomatisch, dass ein Analytiker der NL darin die Ukraine die Chance sieht, „eine neue eurasische Strategie

zu entwickeln, die imperialistische Elemente beinhalten könnte“.⁵ Wenn die Ukraine sich als slawischer Staat mit mehr Toleranz und Demokratie entwickelte, dann könnte sie nach seiner Meinung zu einem Anziehungspunkt für alle postsowjetischen Staaten werden, die sich von Russland „erniedrigt und beleidigt“ fühlen. Die NL sieht die Zukunft der Ukraine nur in Europa, betrachtet dies jedoch als ein Problem innerer Reformen und nicht der Außenpolitik.

Daraus leiten sich zwei weitere typische Charakteristika der NL ab. Erstens betont sie die Notwendigkeit, die Zusammensetzung der herrschenden Elite der Ukraine dadurch zu verändern, dass man Menschen mittleren Alters und des Mittelstandes hilft, zur Macht zu gelangen. Mit diesem Ziel haben der bereits erwähnte Juri Romanenko und Partner im Januar 2009 die neue gesellschaftliche Protestbewegung „Dostali!“ (Uns reicht’s!) ins Leben gerufen, an der vor allem kleine und mittlere Unternehmer mitwirken, die Opfer der Unfähigkeit der herrschenden Elite geworden sind, mit der Finanz- und Wirtschaftskrise fertig zu werden.

Zweitens sind einige Führer der NL der Meinung, dass diese sich nicht nach den traditionellen Ideologien definieren dürfe. Michail Tschaplyga meint zum Beispiel, die moderne Politik werde nicht mehr von reinen Ideologien bestimmt. Das sei der Fall, wenn politische Parteien sich von den Tagesforderungen ihrer Wähler leiten lassen und auf deren langfristige politische Einstellung keinen Einfluss nehmen. Daraus zieht Tschaplyga den Schluss, dass künftig diejenigen Kräfte in der Ukraine die Führung übernehmen werden, die sich schon heute auf die neue Generation orientieren, die eine neue Idee außerhalb der traditionellen Ideologien braucht, nach einem dritten Weg sucht.⁶

Die Organisation der Marxisten (OM) dagegen ist, wie bereits der Name sagt, auf gemeinsamen ideologischen Grundlagen und nicht tagespolitischen Zielen aufgebaut.⁷ Was die Außenpolitik betrifft, so stellt die Mehrheit ihrer Mitglieder die USA, die EU und Russland auf eine Stufe. Sie sind der Meinung, dass das nationale Privatkapital der GUS-Staaten sich diesen „Zentren des Weltimperialismus“ unterordne.⁸ Viktor Schapinow zum Beispiel sieht in Russland einen Staat, der sich nach Lenins Definition in seinem imperialistischen Stadium befindet.⁹ Ähnlich äußert sich Alexander Budilo: „Im GUS-Raum sind nicht die Ukraine oder andere Staaten, sondern ist allein die Russische Föderation strategischer Partner der USA, des Westens und der NATO ... Die Haltung des Westens läuft auf folgendes hinaus: Soll Russland die Ukraine kontrollieren, wenn wir nur die Kontrolle über Russland ausüben ... Der Kampf der so genannten Linksparteien in der Ukraine (KPU, SPU und PSPU) gegen die NATO und für die berüchtigte Union der slawischen Brudernationen ist nichts Anderes, als eine Form des Kampfes für die Interessen des Großkapitals im Süden und Osten der Ukraine, das mit den russischen transnationalen Konzernen eng verwoben ist.“ Daraus zieht Budilo den Schluss: „Zur Integration der Ukraine in Europa und den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Strukturen des Westens gibt es keine Alternative, da Russland in dieselbe Richtung geht.“¹⁰

Im Juni 2006 erklärte eine Konferenz der OM mit dem Titel „Die Zukunft der Linkskräfte in der Ukraine“: „Die traditionellen Linksparteien nutzen den Kampf gegen die NATO und den Westen, um die Anwesenheit russischen Kapitals in unserem Lande zu verschleiern, das alles unternimmt, um unseren Markt zu erobern. Andere Teile der linken Bewegung



gebrauchen den Kampf gegen die imperiale Politik Russlands als Vorwand, um den noch mächtigeren Imperialismus der USA und der EU zu unterstützen ... Den Kampf um den Sozialismus lehnen sie mit dem Argument ab, zunächst gehe es gegen den Imperialismus und die NATO, erst dann um den Sozialismus.“

In der OM gibt es Übereinstimmung, dass Interessen der Staaten „als Ganzes“ nicht existieren, sondern nur unterschiedliche Klasseninteressen. Daher müsse der Kampf gegen den Imperialismus als Teil des Kampfes um den Sozialismus angesehen werden.

Das starke Wachstum von Neonazi-Organisationen in den westlichen Regionen der Ukraine und die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise für die ukrainische Jugend haben zu einer Annäherung zwischen außerparlamentarischen Linken und sozialen Bewegungen geführt. Im Frühjahr 2009 haben acht Jugendorganisationen¹¹ gemeinsame Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Neonazis durchgeführt, was zeigt, dass ihre führenden Vertreter die Gegensätze überwunden und den Weg für eine engere Zusammenarbeit gebahnt haben. Dabei ist allerdings festzustellen, dass die außerparlamentarische Linke weiterhin getrennt von den Parteien der traditionellen Linken agiert.

Versuch eines Ausblicks

Gegenwärtig werben drei Strömungen der linken Bewegung der Ukraine um Einfluss auf die Jugend, was deren Haltung zu Russland und den ukrainisch-russischen Beziehungen beeinflussen kann.

Die erste sind die traditionellen postsowjetischen linken Parteien, die, das behaupten zumindest ihre Gegner, vom Großkapital ausgehalten werden. Sollte das zutreffen, dann werden sie sich in ihrer Politik, darunter auch in den Beziehungen zu Russland, wohl kaum gegen ihre Sponsoren stellen. Die Jugendorganisationen von KPU, SPU und PSPU werden die Parteibürokratie reproduzieren. Dabei ist nicht auszuschließen, dass jüngere Funktionäre nach Alternativen suchen, wenn sie das Heft in der Partei übernehmen.

Die zweite Strömung vertreten die Neue Linke und die Linke Initiative, die einen nationalpatriotischen Trend in der linken Bewegung darstellen. Kurzfristig sind ihre Aussichten durchaus optimistisch zu beurteilen. Der gesellschaftliche Bedarf an linker Politik wird wachsen, allerdings in Verbindung mit Forderungen nach Unterstützung nationaler kleiner und mittlerer Unternehmen. Damit könnte der Marxismus in den Mittelschichten stärker Mode werden. Die wachsende Klein- und Mittelbourgeoisie wird auf den Widerstand der Oligarchie stoßen, wenn sie ihren Platz auf dem politischen Olymp einnehmen will. Dabei könnte sie die Unterstützung der Protestbewegungen in der Gesellschaft suchen. Die inoffizielle Linke könnte hier eine bedeutende Rolle spielen, wenn sie finanzielle Unterstützung der bürgerlichen Kräfte akzeptiert. Die „orangene Revolution“, die manche eine „Revolution der Millionäre gegen die Milliardäre“ nennen, war wesentlicher Ausdruck dieser Tendenz. Die mittlere Bourgeoisie wird dem Marxismus nur das entnehmen, was dazu dienen kann, das nationale Kapital vor dem Druck der transnationalen Konzerne zu schützen. Die revolutionäre Substanz dieser Lehre wird sie natürlich ignorieren. Trotzdem könnten Neue Linke und Linke Initiative, allerdings nicht die Organisation der Marxisten, finanzielle Unterstützung des nationalen Unternehmertums erhalten, wenn dieses versucht, die tradi-

tionellen Linksparteien von der politischen Bühne zu verdrängen.

Eine Schwäche von NL und LI besteht darin, dass ihre Mitglieder mehrheitlich Intellektuelle ohne enge Verbindung zu den Arbeitermassen sind. Es handelt sich zumeist um Politologen, Lehrkräfte an Universitäten oder Büroangestellte, die vom Aufbau einer Partei und ihrer Tätigkeit wenig verstehen. Es gibt Versuche, größere Teile der Arbeiterschaft für Gewerkschaften zu gewinnen, die von diesen Gruppen gegründet wurden, bislang allerdings mit mäßigem Erfolg. Diese Tendenz ist jedoch nicht ohne Aussichten. Leider gibt es auch Anzeichen dafür, dass sich manche Vertreter von NL und LI bereits als Berater für liberale oder populistische Projekte engagieren lassen. Das Großkapital könnte versuchen, diese beiden Organisationen zu beherrschen, bevor sie sich zu einer eigenen unabhängigen Bewegung entwickeln. Damit wäre ihr Schicksal als potenzieller Kern einer neuen Linkspartei allerdings besiegelt.

Die dritte Strömung, die linken Internationalisten, werden heute noch weitgehend missverstanden, selbst von der Klasse, für deren Interessen sie sich einsetzen wollen. Das ist nicht verwunderlich, denn das Bewusstsein der Arbeiter und aller Lohnempfänger verändert sich nur langsam, im Grunde erst von Generation zu Generation. Dabei ist nicht auszuschließen, dass die jüngsten Teile der Linken eines Tages die Führung übernehmen. Viel hängt dabei von inneren und äußeren Faktoren ab, zum Beispiel vom weiteren Niedergang der ukrainischen Wirtschaft im Ergebnis der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, einem Aufschwung der Arbeiterbewegung in der EU oder in Russland, aber auch von einer Radikalisierung der Neonazis in der Ukraine, die sehr gut möglich ist. Auch die Taktik der Organisation der Marxisten kann eine Rolle spielen, wenn diese gezwungen ist, nicht nur gegen den „russischen Imperialismus“ im Allgemeinen zu agitieren, sondern zu konkreten politischen Entwicklungen Stellung zu nehmen wie dem Krieg zwischen Russland und Georgien.

Wie immer sich die Lage entwickeln mag, so kann mit relativer Sicherheit vorausgesagt werden, dass mit dem Generationswechsel in politischen Kreisen in der Ukraine auch die Gegensätze zwischen den einzelnen Landesteilen im Hinblick auf Russland geringer werden. Auch unter der Russisch sprechenden Jugend wächst ein ukrainischer Nationalstolz, der die Außenpolitik Moskaus zunehmend danach beurteilt, ob diese sich positiv oder negativ auf die Entwicklung des Lebensniveaus in der Ukraine auswirkt und ob von ihr Gefahren für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine ausgehen. Ungeachtet des vorhandenen Trends zur regionalen „Föderalisierung“ der Ukraine wünscht sich kaum jemand eine tatsächliche Spaltung des Landes. Junge Leute werden immer weniger zwischen dem „neoimperialistischen“ Russland und dem Westen unterscheiden. Es ist abzusehen, dass sie sich gegenüber der Russischen Föderation immer gleichgültiger verhalten, während der Widerstand gegen die USA wächst, wie auch die Tendenz, möglichst bald der wohlhabenden EU beizutreten.

Nach meiner Meinung reagiert der Kreml bereits auf diese Tendenz, wie auch auf das Scheitern seiner Versuche, die herrschende Elite der Ukraine mit ökonomischen Mitteln in Moskaus Einflussphäre zu halten. Zwar wird auch weiterhin auf die gemeinsame Geschichte und Kultur der Ukraine und Russlands verwiesen, aber neuerdings legt Moskau mehr



Wert auf eine bewusste Propagierung der wirtschaftlichen und politischen Erfolge Russlands, womit ein positives Bild des Landes im postsowjetischen Raum als Alternative zu EU und NATO aufgebaut werden soll. Es ist nicht auszuschließen, dass ein rasches Ansteigen des Lebensniveaus in Russland im Vergleich zur Ukraine hier starke Wirkungen erzielen könnte.

Da diese neue Politik Russlands gerade begonnen hat und Ergebnisse erst in einigen Jahren erzielt werden können, wird die neue Generation der Ukraine, die heute in die Politik eintritt, sich wahrscheinlich stärker in nationalpatriotischer Richtung entwickeln. Wenn man bedenkt, dass dieser Prozess in Russland bereits im Gange ist, sind wachsende Spannungen im Verhältnis der beiden Staaten zu erwarten. Es sei denn, das Großkapitel beider Länder findet Wege für eine stärkere Verschmelzung, die ein zunehmendes Interesse an einem stabilen Verhältnis zwischen beiden Völkern und Staaten hervorbringen könnte.

Die Abneigung der außerparlamentarischen Linken gegen gemeinsame Aktionen mit den traditionellen Linksparteien in der Ukraine wirkt sich auch auf die Zusammenarbeit der russischen und ukrainischen Linken insgesamt aus. Während KPU und PSPU enge, stabile Beziehungen zur Kommunistischen Partei der Russischen Föderation unterhalten, begnügen sich NL, OM und LI mit Kontakten zu außerparlamentarischen linken Parteien, Organisationen und Internetstrukturen in Russland. Dabei ist interessant und für mich ziemlich unverständlich, dass einige ihrer russischen Partner insgeheim Beziehungen zu nationalpatriotischen Kräften in der Ukraine unterhalten, während sie der KPRF im eigenen Lande „russischen Nationalismus“ vorwerfen.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die traditionelle Linke und die Mehrheit der außerparlamentarischen Linken der Ukraine im Hinblick auf Russland ähnliche Auffassungen vertreten. Sie sehen es als einen „imperialistischen“ Staat, der für sie heute wenig attraktiv ist. Einzelne Organisationen suchen allerdings nach wie vor nach der richtigen Sicht auf diese Frage, die die ukrainische Gesellschaft nach wie vor spaltet und für die Unterstützung sowie den Wählereinfluss der einzelnen Parteien in den verschiedenen Regionen immer noch große Bedeutung hat.

Anmerkungen

- 1 Siehe <http://www.vitrenko.org>
- 2 Siehe u. a. <http://pravda.com.ua>
- 3 Siehe <http://ppsls.org.ua>
- 4 <http://www.politics.in.ua>
- 5 Ebenda.
- 6 <http://www.politics.in.ua>
- 7 Siehe <http://communist.ru>
- 8 W. Tereschtschuk, „Der Kapitalismus selbst stellt den Klassenkampf als Aufgabe“ (russ.), in: *Protiv tetschenia* [Gegen den Strom], Nr. 6, 2006.
- 9 W. Schapinow, „Gibt es tatsächlich einen russischen Imperialismus?“, ebenda.
- 10 A. Budilo, „Es lebe die Union der slawischen Brudervölker? Nein! Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ (russ.), in: *Protiv tetschenia*, Nr. 7, 2006.
- 11 NGO's: Gesellschaftliche Alternative <http://alerta.org.ua>, Revolutionärer Bund der Anarchosyndikalisten, <http://rkas.org.ua>, Neue Linke, <http://livasprava.info>, Organisation der Marxisten, <http://marx.org.ua>, Antifaschistische Aktion <http://antifa-action.org.ua>; Gewerkschaften: Direkte Aktion, Schutz der Arbeiter, Allgemeiner Arbeiterbund – Anarchosyndikalisten.

Manifest von Caracas

Zum 200. Jahrestag der Unabhängigkeit, im Kampf für die Konsolidierung der Zweiten Unabhängigkeit; Abschluss-erklärung des IX. Gipfeltreffens der ALBA-Staaten, Caracas, 19. April 2010

Die Staats- und Regierungschefs von Antigua und Barbuda, Bolivien, Dominica, Ekuador, Kuba, Nicaragua, San Vicente und Grenadinen sowie Venezuela, Mitgliedsländer der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas – Handelsvertrag der Völker (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América - Tratado de Comercio de los Pueblos, ALBA-TCP), bekräftigen heute im Gedenken an den 200. Jahrestag des Beginns des Kampfes für die Unabhängigkeit Venezuelas, unsere Verpflichtung, die Souveränität unserer Völker zu festigen und den Weg zum Sozialismus zu bahnen.

Wir, die Mitgliedsländer der ALBA, preisen das großartige Werk der Erringung der Unabhängigkeit gegen den Kolonialismus des 19. Jahrhunderts, an dessen Spitze als Vorkämpfer Persönlichkeiten wie Bartolina Sisa, Tupac Amarú, Tupac Katari, Guaicaipuro, Miranda, Bolívar, Sucre, Manuela Sáenz, San Martín, O'Higgins, Petión, Hidalgo, Sandino, Morazán, Artigas, Alfaro, Toussaint L'Ouverture und Martí – unsere Befreier – standen. Ihr Kampf ist zum politischen und moralischen Vorbild für die Fortführung des emanzipatorischen Werkes geworden. Ihr Beispiel war das Leitbild für die Geburt eines neuen Bewusstseins der Völker, einer neuen emanzipatorischen Kraft unserer Vaterländer, die mit ihrer Entschlossenheit, ihrem Willen und ihrer nicht erlahmenden Kampffähigkeit die vor 200 Jahren begonnene Aufgabe vollenden werden und erneut den Weg zur Freiheit beschreiten.

Als unsere Regierungen die ALBA gründeten und auf feste Fundamente stellten, haben sie sich der Aufgabe verschrieben, den Kampf der Völker für wahre Unabhängigkeit mit voller Gerechtigkeit, frei von ausländischer Einmischung und ohne Unterwerfung unter imperiale Weisungen zu begleiten.

Die Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerikas ist unter den gegenwärtigen historischen Umständen zu einem Element des Zusammenhalts und des Voranschreitens zu dem hohen Ziel geworden, von dem Bolívar geträumt hat: die größte Republik zu schaffen, die je bestanden hat, und die Einheit der Region herzustellen. Seit ihrer Entstehung im Jahre 2004 ist die ALBA als Konzept mit ihrem praktischen Wirken eine Alternative zu den Modellen der neoliberalen Integration, vor allem zum imperialen ökonomischen Projekt ALCA geworden, zu einer Antwort und einem wirksamen Schutz vor der Energie-, Finanz-, Ernährungs- und sozialen Krise, die der globalisierte Kapitalismus entfesselt hat und die heute die Existenz der Mutter Erde, das Überleben der Menschheit bedroht.

Den Strukturen des Kapitalismus wirkt die ALBA dadurch entgegen, dass sie eine Plattform der Einheit und wahrhaft alternativen Integration aufgebaut hat, die Solidarität, Zusammenarbeit, gegenseitige Ergänzung, Achtung, Gerechtigkeit und Gleichheit fördert. Dadurch schafft sie die Grundlagen für die Herausbildung alternativer Entwicklungswege gegenüber den dynamischen Kräften und Mechanismen, die heute die globale Hegemonie des Kapitalismus sichern.

Die Länder der ALBA rufen zur Wachsamkeit vor der perversen Rolle auf, die wichtige Massenmedien im Dienste der Interessen des Imperialismus, gegen die Bestrebungen der



sozialen Bewegungen und der Völker der dritten Welt spielen. Sie verurteilen, dass ein Teil dieser Medien, gestützt auf ihr Informationsmonopol und große finanzielle Ressourcen, Lügen, Entstellungen, Verleumdungen verbreiten und Tatsachen absichtsvoll verschweigen. Die Länder der ALBA weisen die Tendenz zur Heuchelei und die doppelten Maßstäbe wichtiger europäischer und US-amerikanischer Medien zurück, deren Veröffentlichungspolitik eine feindliche Haltung gegen die revolutionären und fortschrittlichen Regierungen Lateinamerikas und der Karibik sowie die Völker der Region offenbart.

In Übereinstimmung mit der internationalen Gemeinschaft, besonders der Völker und Regierungen Lateinamerikas und der Karibik fordern sie die Regierung der Vereinigten Staaten erneut auf, die Wirtschaftsblockade gegen Kuba unverzüglich und bedingungslos aufzuheben. Sie fordern die sofortige Freilassung der fünf kubanischen Helden des antiterroristischen Kampfes, die ungerechte Haft in Gefängnissen der Vereinigten Staaten erleiden. Ihnen und ihren Familienangehörigen muss eine humane, korrekte Behandlung zuteil werden, wozu die Erteilung von Visa und Erleichterungen für die Besuche ihrer Ehefrauen und Kinder gehören.

Indem wir in jedem Bereich des gesellschaftlichen Lebens den Volkssieg von Ayacucho (für die Unabhängigkeit Perus im Jahre 1824 – d. Ü.), den der Libertador (Simón Bolívar – d. Ü.) „den Gipfel des Ruhmes Amerikas“ genannt hat, aufs neue bewusst machen, folgt die ALBA der grundlegenden Leitlinie, dass jede ihrer Aktionen dazu beitragen muss, das definitive Ende der Kolonialherrschaft zu besiegeln, Unabhängigkeit und Souveränität zu festigen. Aber das Ayacucho des 21. Jahrhunderts wird der Sieg des Sozialismus sein, die einzige Garantie für wahre Unabhängigkeit und Souveränität mit Gerechtigkeit für das Volk.

Die ALBA hat sich die Aufgabe gestellt, gemeinsam und gleichzeitig zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Union voranzuschreiten, zur umfassenden Integration und Einheit mit dem Ziel, dem Volk gemäß dem Mandat des Libertadors „das höchstmögliche Maß an Glück, die größte soziale Sicherheit und die größte politische Stabilität“ zu garantieren, indem wir den Übergang zum Sozialismus als eine menschlich beglückende Erfahrung gestalten. In diesem Sinne haben wir, die Staats- und Regierungschefs der Länder der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas, in dieser Zeit der zweihundertsten Jahrestage eine Reihe von Beschlüssen gefasst, um den Prozess der Konsolidierung unserer Unabhängigkeit zu beschleunigen.

Die Aufgaben:

1. Die ALBA auf dem Wege zur Festigung der Union, für Integration, Einheit und politische Solidarität

Die ALBA der Welt zugewandt: Als eine Gruppe von Ländern des Südens, die aus ihren Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik ihre Stärke bezieht, will die ALBA entsprechend den Worten des Libertadors ein dynamischer und wichtiger Motor im Kampf für das „Gleichgewicht des Universums“ sein. In diesem Sinne verpflichten wir uns, zwei Grundpfeilern der gemeinsamen Außenpolitik der ALBA-Länder besonderes Gewicht beizumessen:

● **Herstellung der Gleichheit zwischen allen Nationen für eine pluripolare Welt**

Die Mitgliedsländer der ALBA werden gemeinsam die Konsolidierung von Freiräumen sowie Abkommen und Bündnisse zwischen Ländern und Organisationen fördern, die dazu beitragen, imperialer Hegemonie ein Ende zu setzen. Zu diesem Zweck schließen wir uns in Projekten der gemeinsamen Entwicklung zusammen – unter der Voraussetzung der Gleichheit der Staaten, des Kampfes gegen alle Formen von Hegemoniestreben und der vollen Achtung der Souveränität, wobei der Verknüpfung von Süd-Süd besondere Bedeutung zukommen soll.

● **Kampf gegen Interventionspolitik und Krieg**

Der Kampf gegen die Einmischungspolitik, vor allem gegen militärische Intervention, für die Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens ist ein wesentliches Element der Beziehungen der ALBA-Länder zur Welt. Sie wollen den Frieden bewahren und bewahren helfen durch Beziehungen, Abkommen und Bündnisse, die ihre Fähigkeit stärken, die nationale Souveränität der Völker gegen ausländische Intervention zu schützen, besonders gegen die militärische Okkupation und die Drohungen des Imperiums (der USA – d. Ü.). In diesem Sinne begleiten sie das Volk von Puerto Rico in seinem Kampf um Unabhängigkeit und nationale Souveränität. Andererseits werden sie Anstrengungen unternehmen, um unter allen Umständen den Frieden zu erhalten, und ihre solidarische Mitwirkung anbieten, um den Frieden wiederherzustellen, wo Konflikte existieren, indem sie politische, friedliche Verhandlungslösungen für alle Differenzen fördern, so tief sie auch seien.

In diesem Sinne beauftragen wir den Politischen Rat, einen gemeinsamen Plan zur Entwicklung der Beziehungen der ALBA zu andern Ländern und Gruppierungen der Welt auszuarbeiten, der dem nächsten Gipfeltreffen vorgelegt wird. Er soll die Förderung gleichberechtigter Beziehungen zwischen den Nationen, die Herausbildung einer neuen Ordnung ohne Imperien und Hegemonie, mit breiten und konstruktiven Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft zum Ziel haben und dabei helfen, imperialer Hegemonie entgegenzutreten.

Plan zur politischen Konsolidierung der Union der Völker und Republiken der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas

Der Politische Rat wird beauftragt, in seine Agenda das Thema aufzunehmen, wie eine größere Abstimmung und politische Integration zwischen den Mitgliedern erreicht werden kann. Als Beitrag zur Einheit der Region soll ein Dokument erarbeitet werden, das den Staats- und Regierungschefs innerhalb der nächsten drei Monate zur Beratung vorzulegen ist. Es soll Weg, Verfahrensweise und Zeitplan für gemeinsame Maßnahmen unserer Regierungen und Staaten zur Verteidigung der Souveränität vorschlagen, um den politischen und Medienkampagnen entgegenzutreten, die der Imperialismus gegen unsere Völker entfesselt. In diesem Sinne bekunden wir unser Einverständnis mit dem Beschluss, eine Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) zu schaffen, und bekräftigen unsere volle Unterstützung für die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela, das nächste Gipfeltreffen zu organisieren, das auf einstimmigen Beschluss Lateinamerikas und der Karibik von Cancún am 5. Juli 2011 zeitgleich mit dem Gedenken an die Erklä-



rung der Unabhängigkeit Venezuelas in Caracas stattfinden soll.

Alle unsere Länder sehen ihre Verpflichtung darin, dass der Gipfel von Caracas im Juli 2011 die institutionelle Festigung der CELAC einen wirklichen Schritt voranbringt.

Verteidigung der Rechte der Mutter Erde

Die Länder der ALBA sind der festen Überzeugung, dass angesichts des von dem räuberischen wirtschaftlichen und sozialen System des Kapitalismus ausgelösten Klimawandels die Existenz der Menschheit auf dem Spiel steht. Alle Aktionen, die die Weltgemeinschaft einleitet, um das Phänomen des Klimawandels abzumildern, müssen darauf gerichtet sein, dieses System zu verändern, das die Natur ausplündert und die Rechte der Mutter Erde verletzt. Deshalb haben die ALBA-Staaten gefordert, dass die UNO eine Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde verabschieden möge. In diesem Sinne bringen die Staats- und Regierungschefs ihre feste Unterstützung des Weltgipfels der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde vom 19. bis 22. April 2010 in Cochabamba im Plurinationalen Staat Bolivien zum Ausdruck. Zusammen mit den Völkern der Welt bringen die ALBA-Staaten dort konkrete Vorschläge zur Umsetzung der Losung ein: „Nicht das Klima, sondern das System ändern“. Nach dem Scheitern des Klimagipfels von Kopenhagen ist Cochabamba der Auftakt zu einer konstruktiven und vom Volk getragenen Offensive, um die Achtung der Rechte der Mutter Erde zu garantieren und durchzusetzen, dass die Schlussfolgerungen der Konferenz die Leitlinien für die Verhandlungen auf dem nächsten Treffen (COP 16) vom 30. November bis 7. Dezember 2010 in Cancún unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen sein werden.

Gemeinsame Verteidigung der Menschenrechte in der ALBA

Angesichts der Verschärfung der Kampagnen, die gegen die progressiven und revolutionären Prozesse in unseren Ländern um das Thema der Menschenrechte organisiert werden, wird der Politische Rat der ALBA auf dem nächsten Gipfel einen Vorschlag für ein abgestimmtes Handeln unserer Regierungen vorlegen, der auch neue Initiativen beinhaltet wird, um der Ausnutzung dieses Themas gegen unsere Länder Schranken zu setzen, um die Unmoral und die Menschenrechtsverletzungen offenzulegen, die von Ländern, die sich entwickelt nennen, besonders von den Vereinigten Staaten, ständig praktiziert werden.

Der Vorschlag soll einer besseren politischen Abstimmung in den bestehenden Instanzen dienen, darunter dem Komitee für Völkerrecht, Selbstbestimmung, Achtung der Souveränität und Menschenrechte. Es geht darum, diese Kampagnen zurückzuschlagen, in Solidarität vorzugehen, die Heuchelei und die Doppelstandards vieler Regierungen Europas und Nordamerikas zu entlarven. Zugleich sollen die großen Errungenschaften unserer Länder beim Aufbau von Staaten und Gesellschaften dargestellt werden, die sich auf die absolute Achtung der Menschenrechte gründen.

2. Die große historische Herausforderung: eine unabhängige, entwickelte und sozialistische Wirtschaftsbasis aufbauen

Unsere Länder haben in ihrer Geschichte die Wirtschaftsmodelle des Kolonialismus und der verschiedenen Formen des vom Imperium aufgezwungenen Kapitalismus kennen gelernt, die auf dem Raub und der Ausbeutung unserer Reichtümer beruhten. Als deren Hinterlassenschaft haben wir zusammenhanglose, rückständige und abhängige Wirtschaftsstrukturen übernommen, die nicht in der Lage sind, die Grundbedürfnisse unserer Völker zu befriedigen.

Wir stimmen darin überein, dass die Neue Unabhängigkeit unserer Länder nur möglich ist und sich festigen kann, wenn eine neue Form des Wirtschaftens entsteht, die die Befriedigung der Bedürfnisse unserer Völker auf der Basis von Gerechtigkeit und Gleichheit in den Mittelpunkt stellt. Die Länder der ALBA haben damit begonnen, Erfahrungen beim Aufbau eines alternativen Modells ökonomischer Souveränität zu sammeln. Wir nehmen uns vor, eine Sphäre der Interdependenz, Souveränität und ökonomischen Solidarität aufzubauen und zu konsolidieren, die die großnationalen (gemeinsamen ALBA-)Projekte und Unternehmen wie den Handelsvertrag der Völker, den SUCRE (die beabsichtige Einheitswährung der ALBA-Zone – d. Ü.) und die Bank der ALBA als Elemente einer im Aufbau befindlichen Gemeinsamen Wirtschaftszone auf eine höhere Stufe heben. In diesem Sinne beschließen wir, den Wirtschaftsrat der ALBA zu beauftragen, einen Koordinator für Wirtschaftspolitik einzusetzen, der, ausgehend von einem Zustandsbericht unserer Länder und unserer Region, binnen drei Monaten einen großen Plan der Souveränität und ökonomischen Unabhängigkeit vorlegen soll, in dem die Stärken und Schwächen unserer Wirtschaften aufgezeigt, die Chancen zur gegenseitigen Ergänzung analysiert und Aktionen festgelegt werden, um die Einheit und Integration unserer Wirtschaften mit einer sozialistischen Perspektive zu fördern.

Der Wirtschaftsrat der ALBA soll in 45 Tagen einen Plan vorschlagen, um die Einführung des SUCRE zu beschleunigen und die Entwicklung großnationaler Unternehmen sowie der Bank der ALBA in ihrem Umfang zu erweitern, damit sie in das heutige ökonomische Leben unserer Länder spürbar eingreifen können.

3. Mit Hilfe der sozialen Missionen die ALBA-Länder zu einem Raum der Gleichheit, des sozialen Wohlergehens und der Überwindung der Armut gestalten

Die wichtigsten konkreten Aktionen der ALBA finden im Bereich der „Missionen“, der Sozialprogramme statt, die in entscheidendem Maße dazu beitragen, unseren Völkern in ihrer Gesamtheit die Grundrechte auf Bildung und Gesundheit zu gewährleisten. Die Maßnahmen sind eine Antwort unserer Länder des Südens auf das verhängnisvolle Erbe der neoliberalen Politik. Ausgehend von den großen Ergebnissen der Mission Milagro (Mission „Wunder“ – die Wiederherstellung der Sehfähigkeit durch Operation des Grauen Stars – d. Ü.), der Missionen im Gesundheitswesen, in der Bildung oder bei der Betreuung von Behinderten stellen wir uns das Ziel, den sozialen Missionen in allen unseren Ländern größere Kohä-



renz und Universalität zu verleihen. Deshalb beschließen wir, einen Koordinator für Sozialpolitik der ALBA einzusetzen, der vom Sozialrat ernannt wird. Er soll binnen 60 Tagen einen entsprechenden Plan für die weitere Entfaltung der sozialen Missionen vorlegen. Bei der Formulierung und Umsetzung dieses Planes sollen die Ministerien, die mit den Bereichen Gesundheit und soziale Wohlfahrt betraut sind, Unterstützung leisten.

4. Die sozialen Bewegungen der ALBA mit dem Handeln der revolutionären Regierungen verknüpfen

Jetzt ist die Zeit gekommen, einen Rat der sozialen Bewegungen zu bilden. Dies erfordert, dass in allen Ländern nationale Abteilungen aufgebaut werden, dass die sozialen Bewegungen nicht nur bei den Kämpfen im eigenen Bereich – der Arbeiterklasse, der Bauern, der Frauen, der Jugend usw. – aktiv werden, sondern einen Schritt weiter gehen und bei der Entwicklung wirtschaftlicher und sozialer Projekte als Alternativen zum Raubkapitalismus unseres Kontinents mitwirken.

Wir greifen die Vorschläge des Frauenkomitees der ALBA auf, unverzüglich soziale Missionen für die Arbeit mit Straßenkindern, für die Betreuung schwangerer Frauen, für den Kampf gegen die Drogensucht zu entwickeln und Wirtschaftsprjekte von großer Tragweite aufzulegen, die dem Streben der Frauen nach produktiver Tätigkeit gerecht werden.

Wir rufen auf zum Gipfeltreffen der ALBA-TCP mit Oberhäuptern der indigenen und afrostämmigen Bevölkerung, das am 3. und 4. Juni 2010 in der Stadt Otavalo, Provinz Imbabura, in der Republik Ekuador stattfinden wird.

Aus dem jahrhundertelangen Widerstand unserer Urvölker, unserer afrostämmigen Völker, unserer mestizischen Völker erwuchs vor 200 Jahren ein besonderer Augenblick. Damals begann ein langer Weg des Kampfes für die Unabhängigkeit, der uns nach Caracas geführt hat, der Wiege von Befreiern. Von hier aus erklären wir heute, am 19. April 2010, unseren festen Willen, jetzt und in dieser Zeit die wahre politische, ökonomische und soziale Unabhängigkeit unserer Völker zu festigen.

200 Jahre Unabhängigkeit und Revolution!

Wir werden wiederkehren und wir werden Millionen sein!*

- Für die Regierung von Antigua und Barbuda:
Winston Baldwin Spencer, Premierminister
- Für die Regierung des Plurinationalen Staates Bolivien:
Luis Arce Catacora, Finanzminister
- Für die Regierung der Republik Kuba:
Raúl Castro Ruz, Vorsitzender des Staatsrates
- Für die Regierung des Commonwealth von Dominica:
Roosevelt Skerrit, Premierminister
- Für die Regierung der Republik Ekuador:
Rafael Correa Delgado, Präsident
- Für die Regierung der Republik Nicaragua:
Daniel Ortega Saavedra, Präsident
- Für die Regierung von San Vicente und der Grenadinen:
Ralph Gonsalves, Premierminister
- Für die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela:
Hugo Chávez Frías, Präsident

Anmerkung

* „Ich werde wiederkehren und ich werde Millionen sein“, sollen die letz-

ten Worte von Tupac Katari, dem Führer der größten indianischen Aufstandsbewegung im kolonialen Amerika, gewesen sein, der 1781 von den Spaniern in La Paz auf grausame Art hingerichtet wurde. (d.Ü.)

Erklärung der Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde

Tiquipaya, Bolivien, 22. April 2010 (ABI)

Die nachfolgende Erklärung wurde nach dreitägigen Beratungen auf der Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde unterzeichnet:

Abkommen der Völker

Wenn die globale Erwärmung über 2 Grad Celsius ansteigt, denn dahin würde uns die sogenannte „Kopenhagener Vereinbarung“ führen, ist mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent damit zu rechnen, dass die unserer Mutter Erde zugefügten Schäden endgültig irreversibel sein werden. Zwischen 20 Prozent und 30 Prozent der Arten laufen Gefahr zu verschwinden. Große Waldflächen wären betroffen, viele Regionen des Planeten würden von Dürre und Überschwemmungen heimgesucht, die Wüsten würden sich ausdehnen, das Abschmelzen der Pole und der Gletscher in den Anden und im Himalaja ginge noch schneller voran. Viele Inselstaaten würden versinken, und Afrika würde einen Temperaturanstieg um mehr als 3 Grad Celsius erleben. Auch die Produktion von Nahrungsmitteln in der Welt würde sich verringern, was katastrophale Wirkungen für das Überleben der Bewohner weiter Teile der Erde hätte. Die Zahl der Hungernden in der Welt, die bereits 1,02 Milliarden Menschen übersteigt, würde dramatisch anwachsen.

Die Unternehmen und die Regierungen der Länder, die sich „entwickelt“ nennen, bieten uns mit Unterstützung eines Teils der wissenschaftlichen Welt an, den Klimawandel als ein Problem zu diskutieren, das sich auf den Temperaturanstieg reduziert, ohne nach der Ursache zu fragen, die im kapitalistischen System liegt.

Wir stehen vor der Endkrise des patriarchalischen Zivilisationsmodells, das sich auf die Unterwerfung und Zerstörung von Menschen und Natur stützt, ein Prozess, der sich mit der industriellen Revolution beschleunigte.

Das kapitalistische System hat uns ein Denken in Begriffen der Konkurrenz, des Fortschritts und des grenzenlosen Wachstums aufgezwungen. Diese Produktions- und Konsumtionsweise strebt nach schrankenlosem Profit. Es trennt den Menschen von der Natur und folgt einer Logik der Herrschaft über sie. Es verwandelt alles in Ware: das Wasser, den Boden, die menschlichen Gene, die überlieferten Kulturen, die Biodiversität, die Gerechtigkeit, die Moral, die Rechte der Völker, selbst den Tod und das Leben.

Im Kapitalismus wird die Mutter Erde nur zu einer Quelle von Rohstoffen, werden die Menschen zu Produktionswerkzeugen und Konsumenten, deren Wert danach bemessen wird, was sie haben, nicht, was sie sind.

Der Kapitalismus braucht eine leistungsfähige Rüstungsindustrie für seinen Akkumulationsprozess, für die Kontrolle über Territorien und Naturressourcen, um den Widerstand



der Völker zu unterdrücken. Es handelt sich um ein imperialistisches System der Kolonisierung des Planeten.

Die Menschheit steht vor einer großen Entscheidungsfrage: Soll sie den Weg des Kapitalismus, der Plünderung und des Todes fortsetzen oder den Weg der Harmonie mit der Natur und der Achtung vor dem Leben einschlagen?

Wir müssen ein neues System herausbilden, das die Harmonie mit der Natur und zwischen den Menschen wiederherstellt. Gleichgewicht mit der Natur kann es nur geben, wenn es Gerechtigkeit zwischen den Menschen gibt.

Wir schlagen den Völkern der Welt die Rückgewinnung, Aufwertung und Stärkung der überlieferten Kenntnisse, Weisheiten und Praktiken der indigenen Völker vor, die sich in der Lebensweise und dem Modell des „Vivir Bien“ (Guten Lebens) bestätigt finden, in welchem die Mutter Erde als ein lebendes Wesen anerkannt wird, zu dem wir in einem unteilbaren, wechselseitigen, komplementären, spirituellen Verhältnis stehen.

Um dem Klimawandel entgegenzutreten, müssen wir die Mutter Erde als Quelle des Lebens anerkennen und ein neues System herausbilden, das sich auf folgende Prinzipien gründet:

- Harmonie und Gleichgewicht unter allen und mit allem;
- Komplementarität, Solidarität und Gleichheit;
- Wohlergehen und Befriedigung der Grundbedürfnisse aller in Harmonie mit der Mutter Erde;
- Achtung der Rechte der Mutter Erde und der Menschenrechte;
- Anerkennung des Menschen für das, was er ist, nicht für das, was er hat;
- Beseitigung jeder Form von Kolonialismus, Imperialismus und Interventionismus;
- Frieden zwischen den Völkern und mit der Mutter Erde.

Das Modell, für das wir eintreten, beinhaltet weder zerstörerische noch grenzenlose Entwicklung. Die Länder brauchen die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, um die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung zu befriedigen, aber auf keinen Fall können sie den Weg der Entwicklung weitergehen, auf dem die reichsten Länder einen ökologischen Fußabdruck hinterlassen haben, der fünfmal größer ist, als der Planet tragen kann. In der Gegenwart ist die Fähigkeit des Planeten zur Regeneration bereits um 30 Prozent überschritten. Bei diesem Tempo der Überausbeutung unserer Mutter Erde brauchte man im Jahre 2030 zwei Planeten.

In einem System der wechselseitigen Abhängigkeit, in dem wir Menschen eine der Komponenten sind, kann man nicht nur Rechte auf der Seite der Menschen anerkennen, ohne ein Ungleichgewicht des ganzen Systems herbeizuführen. Um die Menschenrechte zu garantieren und die Harmonie mit der Natur wiederherzustellen, muss man die Rechte der Mutter Erde anerkennen und zur Geltung bringen.

Deshalb schlagen wir die beigefügte Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde vor, in der ihr zugesichert werden:

- das Recht auf Leben und Existenz;
- das Recht auf Respekt;
- das Recht auf Fortsetzung ihrer Zyklen und Lebensprozesse frei von menschlichen Eingriffen;
- das Recht auf Erhaltung ihrer Identität und Integrität als Gesamtheit unterschiedlicher, selbstregulierter und untereinander in Beziehung stehender Wesen;
- das Recht auf Wasser als Lebensquelle;
- das Recht auf saubere Luft;

- das Recht auf umfassende Gesundheit;
 - das Recht, frei von Kontamination und Verschmutzung, von giftigen und radioaktiven Abfällen zu sein;
 - das Recht, keine genetischen Veränderungen und Modifizierungen ihrer Struktur zu erleiden, die ihre Integrität oder ihre lebenswichtigen und gesunden Funktionen bedrohen;
 - das Recht auf volle und schnelle Wiederherstellung bei Verletzung der in dieser Erklärung anerkannten Rechte, die durch das Handeln der Menschen verursacht werden.
- Es besteht Übereinstimmung, die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zu stabilisieren, um Artikel 2 der Rahmenübereinkunft der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen zur Anwendung zu bringen, der „die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau ...“ festlegt, „auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird“. Unsere Vorstellung ist, auf der Basis des Prinzips der gemeinsamen, aber differenzierten historischen Verantwortung zu fordern, dass die entwickelten Länder sich zu quantifizierten Zielen der Reduzierung von Emissionen verpflichten, die es ermöglichen, die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre auf 300 ppm (parts per million – 1 cm³ Gas pro 1 m³ Luft) zurückzuführen und so den globalen Temperaturanstieg auf maximal 1 Grad Celsius zu begrenzen.

Wir unterstreichen die Dringlichkeit des Handelns, um dieses Zukunftsbild zu erreichen. Mit Unterstützung der Völker, Bewegungen und Länder sollten die entwickelten Länder sich zu anspruchsvollen Zielen der Emissionsreduzierung verpflichten, die es ermöglichen, kurzfristig Ergebnisse zu erreichen. Wir erhalten unsere Vision vom Gleichgewicht des Klimasystems der Erde entsprechend dem obersten Ziel der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel aufrecht.

Die „gemeinsame Sicht“ auf eine „langfristige Zusammenarbeit“ darf sich in den Verhandlungen über den Klimawandel nicht darauf beschränken, die Grenzen für den Temperaturanstieg und die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zu definieren, sondern muss in umfassender und ausgewogener Weise einen Komplex von finanziellen, technologischen, Anpassungs- und Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen, von Produktions- und Konsumtionsmustern und anderen wesentlichen Maßnahmen umfassen wie die Anerkennung der Rechte der Mutter Erde, um die Harmonie mit der Natur wiederherzustellen.

Die entwickelten Länder, die Hauptverursacher des Klimawandels, müssen in Anerkennung ihrer historischen und gegenwärtigen Verantwortung ihre Klimaschuld in allen ihren Dimensionen als Basis für eine gerechte, effektive und wissenschaftliche Lösung des Problems des Klimawandels akzeptieren und einlösen. In diesem Rahmen fordern wir von den entwickelten Ländern, dass sie:

- für die Entwicklungsländer den Raum der Atmosphäre wiederherstellen, der durch ihre Treibhausgasemissionen belegt ist. Das bedeutet die Entkolonisierung der Atmosphäre durch die Reduzierung und Absorption ihrer Emissionen;
- die Kosten und den erforderlichen Technologietransfer an die Entwicklungsländer für den Verlust von Entwicklungschancen wegen der Einschränkung des atmosphärischen Raumes übernehmen;
- die Verantwortung übernehmen für die Hunderten Millio-



nen von Menschen, die wegen des Klimawandels, den sie verursacht haben, migrieren müssen, und dass sie ihre restriktive Einwanderungspolitik aufgeben und den Migranten ein würdiges Leben mit allen Rechten in ihren Ländern anbieten;

- die Kosten für die Anpassungsmaßnahmen übernehmen, die mit den Folgen des Klimawandels in den Entwicklungsländern zusammenhängen, indem sie die Mittel einplanen, um den Schäden vorzubeugen, sie zu minimieren und zu beheben, die aus ihren exzessiven Emissionen entstehen.
- diese Schulden einlösen als Teil einer größeren Schuld gegenüber der Mutter Erde, indem sie die Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde in den Vereinten Nationen annehmen und verwirklichen.

Der Ansatz darf nicht allein ökonomische Kompensation sein, sondern vor allem wiederherstellende Gerechtigkeit, das heißt die Wiederherstellung der Integrität der Personen und der Wesen, die eine Lebensgemeinschaft auf der Erde bilden.

Wir beklagen den Versuch einer Gruppe von Ländern, das Protokoll von Kyoto zu annullieren, das einzige rechtlich bindende spezifische Instrument für die Reduzierung der Treibhausgase in den entwickelten Ländern.

Wir machen die Welt darauf aufmerksam, dass die Emissionen der entwickelten Länder zwischen 1990 und 2007, trotz ihrer rechtlich bindenden Verpflichtungen, statt zu sinken, um 11,2 Prozent gestiegen sind.

Die Vereinigten Staaten erhöhten mit ihrem schrankenlosen Konsum die Treibhausgasemissionen im Zeitraum 1990 bis 2007 um 16,8 Prozent und brachten im Durchschnitt pro Einwohner zwischen 20 und 30 Tonnen CO₂ jährlich hervor, mehr als das Neunfache der durchschnittlichen Emission eines Bewohners der Dritten Welt und mehr als das 20-Fache der Emission eines Bewohners des subsaharischen Afrikas.

Wir weisen die rechtswidrige „Kopenhagener Vereinbarung“ entschieden zurück, die es den entwickelten Ländern gestattet, ungenügende Reduzierungen von Treibhausgasen auf der Basis freiwilliger und individueller Verpflichtungen zu offerieren, die die ökologische Integrität der Mutter Erde verletzen und zu einer Temperaturerhöhung um 4 Grad Celsius führen werden.

Die nächste Konferenz über den Klimawandel, die Ende des Jahres in Mexiko stattfindet, muss den Zusatz zum Kyoto-Protokoll annehmen, der für die zweite Phase von 2013 bis 2017 vorgesehen ist. In dieser Zeit sollen die entwickelten Länder sich verpflichten, signifikante Reduzierungen von mindestens 50 Prozent zum Basisjahr 1990 vorzunehmen, ohne Kohlenstoffmärkte und andere Ausweichsysteme einzubeziehen, die die tatsächliche Nichterfüllung der Reduzierung von Treibhausgasemissionen verschleiern.

Wir fordern, als erstes ein Ziel für die Gesamtheit der entwickelten Länder festzulegen, um dann die Einzelzuweisung für jedes entwickelte Land im Rahmen einer Abwägung der Kräfte unter ihnen vorzunehmen, so dass das System des Kyoto-Protokolls für die Reduzierung der Emissionen erhalten bleibt.

Die Vereinigten Staaten von Amerika als einziges Annex-1-Land der Erde, das das Protokoll von Kyoto nicht ratifiziert hat, tragen eine bedeutende Verantwortung vor den Völkern der Welt. Sie sollten daher das Kyoto-Protokoll ratifizieren und sich verpflichten, die Ziele der Emissionsreduzierung zu

respektieren und im Maßstab ihrer gesamten Wirtschaft zu erfüllen.

Die Völker haben die gleichen Rechte auf Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels. Wir weisen den Begriff Anpassung an den Klimawandel zurück, wenn darunter Resignation angesichts der Folgen verstanden wird, die die Emissionen der entwickelten Länder im Laufe der Geschichte mit sich gebracht haben. Diese sollten vielmehr ihren Lebens- und Konsumtionsstil dieser planetaren Notlage anpassen. Wir sehen uns gezwungen, den Auswirkungen des Klimawandels entgegenzutreten, aber die Anpassung muss als ein Prozess und nicht als eine Auflage betrachtet werden, außerdem als ein Instrument, das dazu dienen soll, den Auswirkungen zu widerstehen, indem gezeigt wird, dass es möglich ist, nach einem anderen Lebensmodell in Harmonie zu leben.

Ein Anpassungsfonds muss eingerichtet werden, der ausschließlich dazu bestimmt ist, dem Klimawandel entgegenzuwirken. Er muss Teil eines Finanzmechanismus sein, der auf souveräne, transparente und ausgewogene Weise von unseren Staaten verwaltet und geleitet wird. Im Rahmen dieses Fonds sollen erfasst und bewertet werden: die Auswirkungen und ihre Kosten in den Entwicklungsländern, die sich daraus ableitenden Erfordernisse und die Unterstützung durch die entwickelten Länder. Der Fonds soll außerdem einen Mechanismus verwalten, der der Kompensation bei Schäden durch erfolgte und zukünftige Auswirkungen, durch verlorengegangene Chancen und der Beseitigung der Folgen von extremen und langfristig wirkenden klimatischen Ereignissen dient. Daraus sind auch Kosten zu bestreiten, die sich ergeben können, wenn unser Planet die ökologische Schwelle überschreitet, außerdem auch jene Auswirkungen, die das Recht auf Vivir Bien beeinträchtigen.

Die Kopenhagener Vereinbarung, die den Entwicklungsländern von einigen Staaten aufgezwungen wurde, bietet zwar einige unzureichende Ressourcen an, ist aber insgesamt darauf gerichtet, die Völker zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Sie hat das Ziel, die Entwicklungsländer zu erpressen, indem sie den Zugang zu Ressourcen für die Anpassung an Minderungsmaßnahmen bindet. Zusätzlich erweist sich als inakzeptabel, dass in den internationalen Verhandlungsprozessen versucht wird, die Entwicklungsländer nach ihrer Verwundbarkeit für den Klimawandel in Kategorien zu fassen, so dass Streitigkeiten, Ungleichheiten und Absonderungen unter ihnen hervorgerufen werden.

Die immense Herausforderung, der wir als Menschheit gegenüberstehen, um die globale Erwärmung aufzuhalten und den Planeten abzukühlen, ist nur zu bewältigen, wenn es gelingt, eine tiefgreifende Umgestaltung in der Landwirtschaft hin zu einem Modell der nachhaltigen bäuerlichen und indigen/originären landwirtschaftlichen Produktion und anderen überlieferten ökologischen Modellen und Praktiken vorzunehmen, die zur Lösung des Problems des Klimawandels beitragen und die Ernährungssouveränität sichern. Diese wird verstanden als das Recht der Völker, ihr eigenes Saatgut, ihren Boden, das Wasser und die Produktion von Nahrungsmitteln unter Kontrolle zu haben und durch eine Produktion in Harmonie mit der Mutter Erde, die den lokalen und kulturellen Gegebenheiten angepasst ist, den Zugang der Völker zu ausreichenden, vielfältigen und nahrhaften Nahrungsmitteln im Austausch mit der Mutter Erde zu garantieren sowie die Autonomie der (partizipativen, kommunitären und auf alle verteilten) Produktion jeder Nation und je-



des Volkes zu vertiefen. Der Klimawandel bringt bereits tiefe Einschnitte für die Landwirtschaft und die Lebensweise der indigenen und Urvölker, für die Bauern der ganzen Welt hervor, und diese Auswirkungen werden sich in der Zukunft verschlimmern.

Das Agrobusiness mit seinem sozialen, ökonomischen und kulturellen Modell der globalisierten kapitalistischen Produktion und seiner Logik der Nahrungsmittelproduktion für den Markt, nicht für das Recht auf Ernährung, ist eine der Hauptursachen des Klimawandels. Seine technologischen, kommerziellen und politischen Instrumentarien vertiefen die Klimakrise und verstärken den Hunger in der Welt. Deshalb lehnen wir die Freihandelsverträge und Assoziierungsabkommen und jede Form der Anwendung der Rechte zum Schutz geistigen Eigentums auf das Leben ab, ebenso die aktuellen technologischen Pakete (agrochemische und gentechnische Maßnahmen) sowie Technologien, die als Scheinlösungen angeboten werden (Agrotreibstoffe, Geoengineering, Nanotechnologie, Terminator-Technologie und ähnliche), denn sie verschärfen lediglich die gegenwärtige Krise.

Zugleich klagen wir an, wie dieses kapitalistische Modell Megaprojekte der Infrastrukturen durchsetzt, Regionen mit extraktiven Projekten überschwemmt, das Wasser privatisiert und vermarktet und Territorien militarisiert, die indigenen und bäuerlichen Völker vertreibt und dadurch die Nahrungsmittelsouveränität untergräbt und die soziale und Umweltkrise vertieft.

Wir fordern die Anerkennung des Rechts aller Völker, aller Lebewesen und der Mutter Erde auf Zugang zu Wasser und seine Nutzung. Wir unterstützen den Vorschlag der Regierung Boliviens, Wasser als ein fundamentales Menschenrecht anzuerkennen.

Die Definition von Nutzwald in den Verhandlungen zur Rahmenübereinkunft der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen, die Pflanzungen einschließt, ist inakzeptabel. Monokulturen sind keine Wälder. Deshalb fordern wir für Verhandlungszwecke eine Definition, die die natürlich gewachsenen Wälder und Urwälder und die Diversität der Ökosysteme der Erde anerkennt.

Die Erklärung der UNO über die Rechte der indigenen Völker muss voll anerkannt, umgesetzt und in die Verhandlungen über den Klimawandel integriert werden. Die beste Strategie und Handlungsweise, um Entwaldung und Waldschäden zu verhindern und die natürlichen Wälder und Urwälder zu schützen, besteht darin, die kollektiven Rechte an den Ländereien und Territorien anzuerkennen und zu garantieren, besonders in Anbetracht der Tatsache, dass die Mehrheit der Wälder und Urwälder sich in den Territorien indigener Völker und Nationen, bäuerlicher und traditioneller Gemeinden befinden.

Wir verurteilen Marktmechanismen wie den Mechanismus REDD (Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung der Wälder) und seine Varianten, die die Souveränität der Völker und ihr Recht auf freie, vorherige und informierte Einwilligung, die Souveränität der Nationalstaaten, die Rechte, Bräuche und Gewohnheiten der Völker und die Rechte der Natur verletzt.

Die Länder, die für Kontamination verantwortlich sind, haben die Pflicht, auf direktem Wege die ökonomischen und technologischen Ressourcen zu überweisen, um die Wiederherstellung und Erhaltung der Wälder und Urwälder zugunsten der indigenen, originären und bäuerlichen Völker sowie

ihrer überlieferten Organisationsstrukturen zu bezahlen. Das wäre eine direkte Kompensation, zusätzlich zu den Finanzierungsquellen, die von den entwickelten Ländern zugesagt worden sind, außerhalb des Kohlenstoffhandels und keineswegs als Kompensation für Kohlenstoff (carbon offsets). Wir fordern die Länder auf, die lokalen Projekte zu stoppen, die mit Marktmechanismen auf Wälder und Urwälder zugreifen, die fälschlich unter dieser Voraussetzung Ergebnisse versprechen. Wir fordern von den Regierungen ein weltweites Programm zur Wiederherstellung der natürlichen Wälder und Urwälder, das von den Völkern geleitet und verwaltet wird und durch welches forstwirtschaftliches Saatgut, Obstbäume und Wildflora zur Verfügung gestellt werden. Die Regierungen müssen die Forstkonzessionen kündigen und dafür eintreten, dass das Erdöl im Boden bleibt. Es ist äußerst dringlich, dass die Förderung von Erdöl und Erdgas in Urwäldern eingestellt wird.

Wir fordern von den Staaten, dass sie die wirksame Anwendung der internationalen Menschenrechtstandards garantieren, die Rechte der indigenen Völker anerkennen und respektieren. Das gilt besonders für die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker und die Konvention 169 der ILO, um nur zwei Dokumente im Rahmen der Verhandlungen, Politiken und Maßnahmen zur Beantwortung der Herausforderungen zu nennen, die durch den Klimawandel hervorgerufen werden. Insbesondere fordern wir die Staaten auf, die Präexistenz des Rechts über unsere Territorien, Ländereien und Naturressourcen juristisch anzuerkennen, um unsere traditionellen Lebensformen möglich zu machen und zu stärken und zu einer wirksamen Reaktion auf den Klimawandel beizutragen.

Wir fordern die volle und wirksame Anwendung des Rechts auf Konsultation, Beteiligung und vorherige Einwilligung sowie freie Information der indigenen Völker bei allen Verhandlungsprozessen wie auch bei der Planung und Durchführung der Maßnahmen, die mit dem Klimawandel in Zusammenhang stehen.

Gegenwärtig erreichen die Umweltschäden und der Klimawandel kritische Ausmaße. Eine der Hauptkonsequenzen ist die nationale und internationale Migration. 1995 wurde die Zahl der Klimaflüchtlinge auf etwa 25 Millionen geschätzt. Gegenwärtig sollen es 50 Millionen sein. Für das Jahr 2050 erwartet man 200 bis 300 Millionen Menschen, die durch die Folgen des Klimawandels aus ihrer Heimat vertrieben werden. Die entwickelten Länder müssen die Verantwortung für die Klimamigranten übernehmen, sie in ihren Ländern akzeptieren und ihnen nach internationalen Verträgen, die die Definition des Klimamigranten einschließen, alle Grundrechte gewähren. Alle Staaten sollen diese Bestimmungen befolgen.

Es ist ein Internationaler Gerichtshof des Gewissens zu konstituieren, um die Verletzungen der Rechte der Migranten, Flüchtlinge und Vertriebenen in den Ursprungs-, Transit- und Zielländern sichtbar zu machen, zu dokumentieren, zu verurteilen und zu bestrafen, wobei eindeutig die Verantwortung der Staaten, der Unternehmen und anderer Akteure zu benennen ist.

Die Finanzmittel, die den Entwicklungsländern gegenwärtig für den Klimawandel zugewiesen werden, und das Angebot der Kopenhagener Vereinbarung sind viel zu gering. Um dem Klimawandel in den Entwicklungsländern entgegenzutreten, müssen die entwickelten Länder über die offizielle



Entwicklungshilfe hinaus eine neue jährliche Finanzierung von mindestens 6 Prozent ihres BIP aus öffentlichen Quellen zusagen. Das ist realisierbar, wenn man berücksichtigt, dass sie eine ähnliche Summe für Verteidigungszwecke ausgeben und fünfmal mehr zur Rettung von Banken und Spekulanten vor dem Bankrott gewähren, was ihre internationalen Prioritäten und ihren politischen Willen ernsthaft in Frage stellt. Die Finanzierung soll direkt, ohne Bedingungen und ohne Verletzung der nationalen Souveränität und der Selbstbestimmung der am meisten betroffenen Gemeinschaften und Gruppen erfolgen.

Angesichts der Wirkungslosigkeit des gegenwärtigen internationalen Instrumentariums muss auf der Konferenz in Mexiko ein neuer Finanzierungsmechanismus eingerichtet werden, der unter der Schirmherrschaft der Konferenz der Teilnehmerstaaten an der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel tätig wird und dieser rechenschaftspflichtig ist. Dabei ist eine signifikante Vertretung der Entwicklungsländer vonnöten, um die Erfüllung der Finanzierungsverpflichtungen der Annex-1-Länder zu garantieren.

Man hat festgestellt, dass die entwickelten Länder ihre Emissionen im Zeitraum 1990 bis 2007 erhöht haben, und das trotz ihrer Behauptung, die Reduzierung würde durch Marktmechanismen wesentlich unterstützt.

Der Emissionshandel ist zu einem lukrativen Geschäft geworden. Er vermarktet unsere Mutter Erde. Er stellt keine Alternative dar, um dem Klimawandel zu begegnen, da er die Erde, das Wasser und sogar das Leben selbst ausplündert und zerstört.

Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass der Markt unfähig ist, das Finanzsystem zu regulieren, dass es anfällig und unsicher ist angesichts der Spekulation und dem Auftreten von Vermittlern. Deshalb wäre es völlig unverantwortlich, seinen Händen die Bewahrung und den Schutz der menschlichen Existenz und unserer Mutter Erde zu überlassen.

Wir halten es für unzulässig, dass die laufenden Verhandlungen auf die Schaffung neuer Mechanismen abzielen, die den Kohlenstoffmarkt erweitern und fördern, während die vorhandenen Mechanismen das Problem des Klimawandels weder gelöst, noch zu realen und direkten Aktionen für die Reduzierung der Treibhausgase geführt haben.

Es ist unerlässlich, die Erfüllung der durch die entwickelten Länder in der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Entwicklung und Übertragung von Technologie zu fordern sowie den „technologischen Schaukasten“ abzulehnen, der von den entwickelten Ländern vorgeschlagen wird und nur der Kommerzialisierung der Technologie dient. Es ist von grundlegender Bedeutung, die Richtlinien für die Schaffung eines multilateralen und multidisziplinären Mechanismus für die partizipative Kontrolle, die Verwaltung und die kontinuierliche Bewertung des Technologietransfers festzulegen. Diese Technologien müssen Nutzen bringen, sauber und sozial verträglich sein. Ebenso grundlegend ist die Einrichtung eines Fonds für die Finanzierung und Erfassung geeigneter Technologien, die von Rechten zum Schutz geistigen Eigentums befreit sein müssen, besonders vom Patentrecht, und von privaten Monopolen in die öffentliche Verfügung übergehen müssen, frei zugänglich und zu niedrigen Kosten.

Wissen ist universal und darf mit keiner Begründung Objekt privaten Eigentums und ausschließender Nutzung sein, ebensowenig seine Anwendungen in Form von Technologien.

Es ist die Pflicht der entwickelten Länder, den Entwicklungsländern ihre Technologien zur Verfügung zu stellen, Forschungszentren für die Schaffung ihrer eigener Technologien und Innovationen zu schaffen wie auch ihre Entwicklung und Anwendung für das Vivir Bien zu schützen und zu fördern. Die Welt muss die Prinzipien und Ansätze des uralten Erbes ihrer Urvölker für die Abwendung der Zerstörung des Planeten zurückerobern, erlernen und wiederaufgreifen, ebenso das überlieferte Wissen, die Praktiken und die Spiritualität in der Wiedereingliederung in das Vivir Bien zusammen mit der Mutter Erde.

Angesichts fehlenden politischen Willens der entwickelten Länder, die Zusagen und Verpflichtungen, die sie im Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über den Klimawandel und im Kyoto-Protokoll übernommen haben, wirksam zu erfüllen, und angesichts des Fehlens einer internationalen Rechtsinstanz, die Klima- und Umweltdelikten gegen die Rechte der Mutter Erde und die Menschheit vorbeugt und sie bestraft, fordern wir die Schaffung eines Internationalen Klima- und Umweltgerichtshofes, der die bindende juristische Kompetenz hat, Staaten, Unternehmen und Personen zu hindern, zu verurteilen und zu bestrafen, die durch Handeln oder Unterlassen Kontaminationen verursachen und den Klimawandel provozieren.

Es gilt die Staaten zu unterstützen, die vor dem Internationalen Gerichtshof gegen diejenigen entwickelten Länder klagen, welche ihre Verpflichtungen nach der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel und dem Protokoll von Kyoto, vor allem jene zur Reduzierung von Treibhausgasen, nicht erfüllen.

Wir rufen die Völker eindringlich auf, eine tiefgreifende Reform der Organisation der Vereinten Nationen vorzuschlagen und zu unterstützen, damit alle ihre Mitgliedstaaten die Entscheidungen des internationalen Klima- und Umweltgerichtshofes erfüllen.

Die Zukunft der Menschheit ist in Gefahr. Wir können nicht akzeptieren, dass eine Gruppe von Regierenden entwickelter Länder für alle Länder entscheiden wollen, so wie sie es erfolglos auf dem Kopenhagener Klimagipfel versucht haben. Diese Entscheidung kommt uns, allen Völkern zu. Deshalb ist die Durchführung eines Weltreferendums, eines Plebiszits oder einer Volksbefragung über den Klimawandel notwendig, in dem die Meinungen eingeholt werden sollen über: das Niveau der Reduzierung von Emissionen, die die entwickelten Länder und die transnationalen Unternehmen vornehmen sollen; über die Finanzmittel, die die entwickelten Länder zur Verfügung stellen sollen; über die Schaffung eines internationalen Klimagerichtshofes; über die Notwendigkeit einer Allgemeinen Erklärung der Rechte der Mutter Erde und über die Notwendigkeit, das gegenwärtige kapitalistische System zu verändern.

Die Durchführung des Weltreferendums, Plebiszits oder einer Volksbefragung wird Ergebnis eines Vorbereitungsprozesses sein, der die erfolgreiche Entwicklung desselben sichert.

Um unser internationales Auftreten zu koordinieren und die Zielstellungen dieses „Abkommens der Völker“ umzusetzen, rufen wir dazu auf, eine Weltbewegung der Völker für die Mutter Erde aufzubauen, die sich auf die Prinzipien der Komplementarität und der Achtung der Verschiedenartigkeit des Ursprungs und der Sichtweisen ihrer Mitglieder stützen soll und sich als ein weiter und demokratischer Raum der



Koordinierung und Verbindung von Aktionen auf Weltebene konstituiert. Mit diesem Vorsatz nehmen wir den beigefügten Weltaktionsplan an, auf dass in Mexiko die entwickelten Länder des Annex 1 den geltenden rechtlichen Rahmen respektieren und ihre Treibhausgasemissionen um 50 Prozent reduzieren sowie die Vorschläge übernehmen, die in diesen Abkommen enthalten sind.

Abschließend kommen wir überein, die Zweite Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde im Jahre 2011 durchzuführen – als Teil des Prozesses zum Aufbau der Weltbewegung der Völker für die Mutter Erde und als Reaktion auf die Ergebnisse der Konferenz zum Klimawandel, die Ende des Jahres in Cancún, Mexiko, stattfinden wird.

Wir wollen, dass die Modernisierung rasch vorankommt

Interview mit dem Vizepräsidenten Boliviens, Álvaro García Linera, nach den Regionalwahlen in Bolivien; aus: Pagina 12, Argentinien, 10. April 2010

● **Der Vizepräsident Boliviens könnte eine Figur aus einem Revolutionsroman sein: Ex-Guerillero, eingekerkert und heute beteiligt an einem Prozess struktureller Reformen in seinem Land, das, wie er sagt, auf lange Sicht zu einer kommunitären, postkapitalistischen Gesellschaft führen soll.**

In den kürzlich durchgeführten Wahlen (Regional- und Gemeindewahlen) siegte die regierende Bewegung zum Sozialismus (MAS), aber nicht alles ist so gelaufen, wie sie es bis zur Ostregion des Landes hin gewünscht hätte. Wie ist es dazu gekommen?

Ich würde sagen, wir sind gut vorangekommen. 2005 erhielt Evo Morales als Präsident die Stimmen von 54 Prozent der Wähler, in den Departementswahlen bekamen wir damals 18 Prozent und errangen in drei Präfekturen (von neun – d.Ü.) die Führung. Heute erreichen wir 53 Prozent der Stimmen und sind von drei auf sechs Präfekturen vorangekommen. Wir hätten gern noch mehr erreicht, aber realistisch gesehen ist es eine Verdreifachung des Stimmenanteils und eine Verdoppelung der Zahl der Präfekturen. Das gleiche zeigt sich bei den Gemeinden: 2004 kamen wir mit unseren Verbündeten auf 100 Bürgermeisterposten von insgesamt 330, heute haben wir allein als MAS zwischen 240 und 250 Bürgermeister. Wir hätten gern alle 330 gehabt – wer nicht? Aber die territorialen Besonderheiten sind stark in unserem Land, darunter auch in den Regionen des Ostens. Dort, z. B. in Santa Cruz, haben wir früher überhaupt keine Ämter inne gehabt; heute dagegen stellen wir 26 Bürgermeister.

● **Und was ist mit dem Bürgermeisteramt der Hauptstadt La Paz passiert, das an den ehemaligen Bündnispartner der MAS, die MSM („Bewegung ohne Furcht“) gefallen ist?**

Wir hätten schon gern gewonnen. 2005 erlangten wir nicht einmal die Präfektur von La Paz, und ein Jahr zuvor hatten wir schon das Bürgermeisteramt verloren. In den kommunalen und Regionalwahlen wirken andere Faktoren. Dort geht es nicht um Gesellschaftsprojekte, um Entscheidungen über den Staat oder die Ausrichtung der Wirtschaft, sondern

um das örtliche Umfeld, um Gemeindeangelegenheiten. Es ist weniger eine Wahl politischen Charakters als eine Abstimmung über lokale Persönlichkeiten, denen die Fähigkeit zur Führung der lokalen Dinge zugetraut wird. Die Opposition hat einen Kandidaten mit anerkannten Erfahrungen aufgestellt, während unsere Kandidatin diese Erfahrungen nicht aufzuweisen hatte.

● **Es scheint offensichtlich, dass es wegen des Bruchs mit der MSM dazu kam und wegen des Aufrufs des Präsidenten, nur für die Regierungspartei zu stimmen.**

Es ist möglich, dass diese Trennung dazu beigetragen hat. Größere Erfahrungen, größere Kenntnisse auf ihrer Seite. Sie haben das Bürgermeisteramt gut verwaltet, und die Leute stimmten für Kontinuität. Es war ein Sieg für die MSM, aber wie ich schon sagte, es war keine Entscheidung über ein Gesellschaftsprojekt, sondern es ging um die städtische Entwicklung.

● **Was sagen Sie zu der Kritik an der Regierung, die Person von Evo Morales werde zu sehr herausgehoben und die Partei sehe sich bereits als die einzig mögliche?**

Zu keinem Augenblick hatte die MAS die Absicht, sich zu einer Einheitspartei zu entwickeln, denn auch intern ist sie eine Koalition vielfältiger Bewegungen: Bauern-, indigene, Stadtteil- und Arbeiterbewegungen. Sie ist in sich selbst Ausdruck der breiten Vielfalt unserer Gesellschaft nach Klassenzugehörigkeit und kultureller Identifikation. Wir sind überzeugt, dass politische Pluralität notwendig ist. Wir streben nach einer größeren territorialen Vertretung, um die Regierungsführung zu verbessern. Wir hatten Gouverneure, die sich der Vorbereitung von Staatsstreichen widmeten, statt ihre Amtsgeschäfte zu führen. Nachdem jetzt die große politische Strukturdebatte entschieden ist, welche Art Gesellschaft wir aufbauen wollen, möchten wir, dass es mit der Industrialisierung vorwärts geht, denn wir verfügen über gute Ressourcen. Wir wollen, dass die Modernisierung rasch vorankommt, ohne die Hindernisse, die wir 2007, 2008 und 2009 zu überwinden hatten.

● **Und wohin geht dieser sozialistische Prozess?**

Es sind drei Hauptpfeiler der strukturellen Transformation, die die Verfassung definiert hat: der plurinationale Charakter der Gesellschaft, das System der Autonomien und die kommunitäre soziale Wirtschaft. Wir haben eine Verfassung in Kraft gesetzt, die festlegt, dass unser Staat plurinational ist, dass die verschiedenen Kulturen, Sprachen und Wissensinhalte der Bevölkerung Gleichheit und Anerkennung im öffentlichen Raum genießen. Das muss sich in der Schule, in den Veröffentlichungen, in der Aneignung indigener Idiome durch die öffentlichen Angestellten in die Praxis umsetzen. Es ist ein Prozess der Entkolonialisierung auf dem Gebiet der Sprache, der Kultur, der Anschauungen.

Die Dezentralisierung des Staates führt zur Entstehung von Autonomien auf den verschiedenen Ebenen. Wir führen Departementswahlen durch, in denen die legislative Versammlung des Departements wirklich gewählt und nicht von oben bestimmt wird. Und es geht nicht nur um die Wahl der Behörden. Es geht um Abkommen und Pakte über den Haushalt, um die Abstimmung von Funktionen. In Spanien beschäftigt man sich seit 30 Jahren damit, diesen Prozess zu verbessern.



Die dritte Achse ist die kommunitäre, soziale Wirtschaft, die in drei Dimensionen Modernität hervorbringen soll: erstens auf dem Gebiet der Naturressourcen eine beschleunigte Industrialisierung – Minerale, Gas, Wasser in industrialisierter Nutzung und Verwaltung. Das ist die erste Dimension. Zweitens sollen die Kleinunternehmen befähigt werden, ihre Aktivitäten zu vervielfachen, und das dritte ist das Kommunitäre, die Ebene der Gemeinde. Es geht um die gemeinsame Nutzung der Naturressourcen, die Potenzierung, Ausstrahlung und Befreiung der Kräfte der Gemeinden, die auf der Landwirtschaft beruhen. In dem Maße, wie die sozialen Bewegungen die Aufgaben in die Hand nehmen und lenken, kann die Entwicklung auf lange Sicht zu einer sozialistischen, postkapitalistischen Perspektive führen.

● **Wie beeinträchtigt die weltweite Krise diesen Prozess?**

Bolivien ist die Wirtschaft in Lateinamerika, die im vergangenen Jahr das höchste Wachstum aufwies. Das hat zwei Gründe: Erstens ist es die Bedeutung, die der Binnenmarkt durch die Erweiterung der Nachfrage erhalten hat, durch die Sozialpolitik zugunsten der bisher Ausgeschlossenen, der Lohnabhängigen, der landwirtschaftlichen Sektoren, die ihren Konsum von Gütern und Dienstleistungen ausweiten konnten. Das hat die Wirtschaft dynamisiert. Die Hälfte des Wachstums ist dieser Eigendynamik der inneren Nachfrage geschuldet. Einen Teil des ökonomischen Überschusses aus der Ausbeutung der Naturressourcen behält der Staat zurück. Im Jahre 2005 war der Anteil an den Gewinnen der Gasförderung, der dem Staat verblieb, 30 Prozent, gegenwärtig sind es zwischen 68 und 80 Prozent. Ein weiterer Bereich sind die Devisenreserven. Als wir die Regierung antraten, waren es 1,7 Mrd. Dollar, heute haben wir 8,5 Mrd. Dollar Reserven. Der Anteil des Staates an den Überschüssen ermöglicht es, auch in Krisenzeiten Geldmittel flüssig zu haben, die eingesetzt werden können, um die Wirtschaft zu dynamisieren, sowohl hinsichtlich der Exporte zur Verhinderung von Preisstürzen als auch im Bereich des Binnenkonsums. Wir haben ein Wachstum von 3,5 Prozent. Ohne die Krise wäre es höher gewesen. Wir haben in drei Jahren die extreme Armut um acht Punkte reduziert.

● **Wie sehen Sie die Beziehungen zu Argentinien?**

Sie sind sehr herzlich. Wir schätzen die kräftige Unterstützung hoch ein, die uns die Regierung und das Volk Argentiniens in komplizierten Momenten erwiesen haben. In der Konfrontation mit den Erdölunternehmen, als wir die Nationalisierung durchführten, die uns ermöglichte, unseren Gewinnanteil zu erhöhen, drohten die Unternehmen damit, die Förderung einzustellen. Die argentinische Regierung erklärte uns ihre Unterstützung, wenn nötig, auch finanziell. Das tat sie auch, als die Bürgerkoalition (in den Ostregionen – d. Ü.) 2008 einen Staatsstreichversuch unternahm und UNASUR umgehend ein Krisentreffen einberief, um die Demokratie in Bolivien zu unterstützen. Das war entscheidend, um die putschistischen, antidemokratischen Tendenzen scheitern zu lassen. Argentinien ist ein Bruderland, das die Transformationsprozesse im Rahmen der Souveränität begleitet.

● **Wie sehen Sie die Region, wenn jetzt in Chile die politische Richtung wechselt und dies möglicherweise auch in Brasilien passiert?**

Gegenwärtig haben wir in Lateinamerika eine Ausnahme-situation, eine allgemeine Welle der Ent-Neoliberalisierung der ökonomischen und politischen Strukturen, in einigen Ländern radikaler, in anderen weniger. Eine neue Vorrangstellung des Staates ist entstanden, eine Verstärkung der Sozialpolitik, die Suche nach einem Gleichgewicht zwischen Politik und strategischen Ressourcen. Es ist möglich, dass es in einem Land vielleicht zu einem Rückschlag kommt. Das ist sogar vorhersehbar. Länder sind keine Soldaten, sie haben ein unterschiedliches Schrittmaß, aber es gibt eine kollektive Stimmung, ein Gefühl, wohin man sich bewegen muss. Die Tatsache, dass jedes unserer Länder eigene Wege sucht und die neoliberalen Rezepte der neunziger Jahre aufgibt, bewirkt, dass jedes Land den Niedergang der Weltwirtschaft besser bewältigen kann.

● **Haben sich die Beziehungen zu den USA mit der Regierung Obama verbessert?**

Nein, leider nicht. Die Regierungsübernahme von Obama erweckte Hoffnung, weil wir glaubten, dass es in der feindlichen und zum Teil konspirativen Haltung, die die Bush-Administration uns gegenüber einnahm, einen Richtungswechsel geben könnte. Aber das ist nicht geschehen. Wir stellen eine Kontinuität dieser Politik fest: Es bleibt bei der Erpressung, es bleibt bei der Mitwirkung verschiedener Behörden des US-Staates und seiner Mittelsmänner an Versuchen, sich in unserem Land einzumischen, Führer der sozialen Bewegungen zu rekrutieren und ihnen deformierte Auffassungen von Demokratie und Entwicklung einzutrichtern, um Spaltungen in den sozialen Bewegungen zu fördern. Gleichzeitig vernachlässigen sie ihre Verantwortung im Kampf gegen den Drogenhandel und überlassen uns dafür alle Kosten. Und in anderen Teilen des Kontinents verstärken die USA ihre militärische Präsenz mit den Stützpunkten in Kolumbien, der Aufstockung ihrer Truppen in Peru, dem Einsatz von unnötiger bewaffneter Gewalt in der haitianischen Krise, der Unterstützung des Staatsstreiches in Honduras. Wir sehen keinen Wandel in der Haltung zu unserem Kontinent und am wenigsten gegenüber Bolivien. Die feindselige und aggressive Haltung wird fortgesetzt. Trotzdem bleibt unsere Hand ausgestreckt.

● **In Argentinien wurde ein Gesetz verabschiedet, das auf die Entmonopolisierung der Medien abzielt. Sehen Sie ein Projekt in dieser Richtung vor?**

Das war ein großer Fortschritt für Argentinien. In Bolivien gibt es eine interne Debatte unter den Journalisten, um die Mediengesetze zu modifizieren. Außer der Konzentration gibt es in den Medien auch eine Instrumentalisierung für politische Parteien, die ebenso unheilvoll ist. Angesichts des Kollapses der traditionellen Parteien werden einige Rundfunk- und Fernsehsender unter Berufung auf die Pressefreiheit zu Plattformen für permanente politische Kampagnen umgebaut. Wir haben diese Tatsache zur Sprache gebracht und hoffen auf eine Auseinandersetzung in der Journalistenvereinigung. Wir sehen da eine begrüßenswerte Entwicklung. An einem bestimmten Punkt könnte diese Debatte in der Zivilgesellschaft in eine gesetzliche Norm überführt werden. Es ist wichtig, dass diese als Initiative der Zivilgesellschaft entsteht, damit sie nicht als Eingriff aufgefasst wird.



Ergebnisse und Perspektiven der Regierung der Frente Amplio in Uruguay

Vortrag von Pelayo Joaquín Díaz Muguerza, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Republik Uruguay am 23. 03. 2010 bei „Helle Panke“ e.V.

Am 1. März übernahm José Mujica, ein herausragender politischer Führer, das Präsidentenamt der Republik Uruguay, nachdem er die Wahlen als Spitzenkandidat der Parteienkoalition Frente Amplio (Breite Front) gewonnen hatte. Das bedeutet ein zweites Mandat für die uruguayische Linke.

Diese neue Regierung tritt mit zwei Hauptzielen an:

1. den Errungenschaften der ersten Regierungsperiode der uruguayischen Linken unter der Präsidentschaft von Dr. Tabaré Vázquez Kontinuität zu verleihen
2. die begonnenen Veränderungsprozesse zu vertiefen.

Ergebnisse des ersten Regierungsjahrfünftes der Frente Amplio unter der Präsidentschaft von Tabaré Vázquez

Die Regierung von Tabaré Vázquez, die erste Linksregierung in der Geschichte des Landes, war von Reformen und sozialen Programme des Kampfes gegen Armut und Verelendung bestimmt, ohne die ökonomisch-finanziellen Aspekte zu vernachlässigen. Es waren fünf Jahre einer wirtschaftlichen Blüte auf Grund der hohen Preise für landwirtschaftliche Exportgüter und im letzten Jahr auch wegen des Sinkens des Erdölpreises.

Die Finanzkrise erreichte Uruguay nicht als solche, sondern wurde zu einer Krise der Absatzmärkte auf Grund der sinkenden Kaufkraft, aber dies wurde teilweise mit dem Devisenzufluss ausgeglichen, den die Beibehaltung der Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte brachte. Auf dem Gebiet der Finanzen ermöglichte es die geordnete und sachkundige Verwaltung der Auslandsschulden, die Liquidität und das Vertrauen zurückzugewinnen und bei der Erfüllung einer Reihe grundlegender Ziele voranzukommen. Dazu gehören:

Erstens, die Reduzierung des Gewichts der Auslandsschuld im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Die Relation Nettoverschuldung-BIP verringerte sich auf weniger als die Hälfte, von 69 Prozent zu Ende des Jahres 2004 auf 31 Prozent im dritten Trimester 2008, was die jüngste verfügbare statistische Angabe ist.

Zweitens, die Umstrukturierung der Zahlungstermine für diese Schulden. In den ersten Monaten des Jahres 2005 machten die Finanzierungsverpflichtungen für die Verschuldung 23 Prozent des BIP aus. Heute, für die Jahre 2009 und 2010, betragen sie 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und für das Jahr 2009 und einen großen Teil des Jahres 2010 ist die Finanzierung bereits gesichert.

Drittens, die Verringerung des Anteils der Schulden, die mit Auflagen verbunden sind. Diese Schulden, die gegenüber den internationalen Finanzorganen bestanden und die uns harte Bedingungen auferlegten, sind bereits beglichen. Wir haben die Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds beendet, und die Verpflichtungen gegenüber anderen multinationalen Kreditinstitutionen haben sich wesentlich verringert; kurzfristige und konditionierte Schulden sind

durch langfristige und die Souveränität nicht belastende Schulden ersetzt worden. Es handelt sich um Schulden, die während der Krise 2002 aufgenommen wurden und die verhinderten, dass Uruguay in den Bankrott getrieben wurde.

Viertens fand eine Entdollarisierung der Wirtschaft statt, wie es im Wahlkampf von Tabaré Vázquez zugesagt worden war. Der Anteil der Verschuldung in nationaler Währung erhöhte sich, er betrug 2004 nur 10 Prozent der Gesamtverschuldung. Heute bestehen 30 Prozent der Auslandsschulden in uruguayischer Währung.

Fünftens arbeitete die Regierung daran, ein hohes Niveau der internationalen Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Die Devisenreserven, über die das Land verfügt, sind von 2,5 Mrd. Dollar Ende 2004 auf 6,3 Mrd. Dollar Ende 2008 gestiegen.

Es wurde ein Haushaltsgesetz auf festen Grundlagen verabschiedet, mit einem verantwortungsbewussten Finanzprogramm und klar definierten Prioritäten, um in erster Linie der Dringlichkeit gerecht zu werden, gegen bestimmte Übel anzugehen, die in der uruguayischen Gesellschaft endemischen Charakter angenommen hatten, und es wurde ein Nationaler Notstandsplan erarbeitet und in Angriff genommen.

Als Prioritäten setzte diese Regierung die Verbesserung der Lage im Bildungswesen, im Gesundheitswesen, in der Sozialpolitik, in der Infrastruktur, in der öffentlichen Sicherheit und im Gerichtswesen. Während dieser ganzen Regierungsperiode ging es um die Zurücknahme der Lohnneinbußen, die die öffentlichen Angestellten in der vorhergehenden Zeit erlitten hatten. Und entsprechend den programmatischen Zusagen wurden Reformen in der Steuer- und Haushaltspolitik durchgeführt. Darunter sind besonders hervorzuheben:

- die Reform der Organe der Steuerverwaltung, insbesondere der Generaldirektion der Steuern, der Bank für soziale Vorsorge und der Nationalen Zolldirektion, um ihre Arbeit wirksamer und leistungsfähiger zu gestalten;
- ein Haushaltsbudget, das darauf ausgerichtet war, die Tätigkeit der öffentlichen Hand zu verbessern und den Einsatz der ökonomischen Mittel und menschlichen Ressourcen zu optimieren;
- eine Steuerreform entsprechend den Prinzipien der Gerechtigkeit, des Nutzens und der Stimulierung der produktiven Investitionen, mit denen eine größere Ausgeglichenheit der Steuerstruktur, ein größerer Nutzen des Steuersystems und sein Beitrag zu unserem Ziel „Produktives Uruguay“ ermöglicht wurde. Für 80 Prozent der Lohn- und Gehaltsempfänger und mehr als 90 Prozent der Rentner entfiel die Steuerpflicht auf ihre Einkommen, oder sie zahlen weitaus weniger.

Dem Haushaltsdefizit wurde der Kampf angesagt. Es fiel von 3,4 Prozent in der Periode 2000 bis 2004 auf gegenwärtig 1,6 Prozent des BIP. Eine stärkere Senkung war aus zwei Gründen nicht möglich:

Einerseits die hohen Kosten der Energieerzeugung: Wiederholte Trockenperioden verursachten eine Erschöpfung der Wasserreserven, die für die Energieerzeugung vorgesehen sind, deshalb musste mehr Erdöl gekauft werden, und mit einem Preis von 150 Dollar pro Barrel mussten zusätzliche Ausgaben von annähernd 500 Mio. Dollar aufgebracht werden.

Andererseits die Aufwendungen für den Kampf gegen Armut und Elend. In drei Jahren wurde die extreme Armut auf weniger als die Hälfte zurückgedrängt, von fast 4 Prozent auf



1,7 Prozent. Die Armut verringerte sich um fast ein Drittel, von 32 Prozent auf 21 Prozent. Mitte 2008 gab es in Uruguay 260 000 Arme weniger und 59 000 extrem Arme weniger als im Jahre 2005.

Als Präsident Vázquez sein Amt antrat, lebte jeder dritte Uruguayer in Armut. Gegenwärtig ist jeder fünfte in dieser Situation. Das ist noch kein Ruhmesblatt, aber die Regierung setzt ihren Kampf fort. Wir wollen nicht, dass es in Uruguay Armut gibt, und in dieser Richtung müssen wir weiter arbeiten, denn das ist das grundlegende Ziel einer Regierung, die eine menschliche Gesellschaft anstrebt.

Die Kindersterblichkeit, die zu Beginn dieser Amtszeit 13,2 pro Tausend betrug, lag 2008 bei 10,6 pro Tausend und wir streben danach, eine einstellige Ziffer zu erreichen.

Die Beschäftigungssituation: Hier kann man eine merklige Besserung feststellen. 170 000 neue Arbeitsplätze wurden geschaffen und Beschäftigungsraten erreicht, die in der Geschichte zu den höchsten gehören. Die Arbeitslosigkeit ist Ende 2008 auf 6,6 Prozent, ein historisches Tief, gesunken. Aber es wurden nicht nur neue Arbeitsplätze geschaffen, es handelt sich um gute Arbeit, Beschäftigung in guter Qualität. Der Reallohn stieg um 19 Prozent. Es gibt wieder dreiseitige Tarifverhandlungen. Der Staat hält sich aus diesen Verhandlungen nicht heraus, er nimmt teil, wie es sich gehört: Unternehmer, Beschäftigte, Regierung.

Die ausländischen Investitionen in Uruguay betragen in den 90er Jahren im Durchschnitt 135 Millionen US-Dollar jährlich. Zwischen 2001 und 2004 stiegen sie auf das Doppelte, auf 295 Millionen Dollar im Jahr. In der Periode 2005 bis 2009, überschritten sie, wenn man die Investitionen des finnischen Unternehmens Botnia ausnimmt, die jährliche Summe von einer Milliarde. Und unter Einschluss der Botnia stiegen sie auf mehr als 1,2 Milliarden Dollar im Jahr.

Die Einnahmen aus dem Tourismus, die 2004 400 Millionen Dollar betragen – hier muss man die schwierige finanzielle Situation der Region berücksichtigen –, erreichten 2009 die Summe von 1,297 Milliarden Dollar. Der Tourismus wurde zu einem Hauptsektor der Wirtschaft, er erbringt mehr als der traditionelle Fleischexport. Dazu haben auch die 128 000 europäischen Touristen beigetragen, unter denen 14 000 Deutsche waren.

Die Exporte verzeichneten ebenfalls einen wichtigen Anstieg, sowohl der Waren- als auch der Dienstleistungsexport. Wir sind in dieser Zeit vor allem bei der Diversifizierung der Absatzmärkte vorangekommen. Neue Märkte wurden in Ländern erschlossen, mit denen wir bisher keinerlei Handelsbeziehungen hatten.

Demokratie, Transparenz und Wirtschaft

In einer Studie der Bertelsmann-Stiftung vom März 2008 erhält Uruguay unter 125 Entwicklungsländern den ersten Platz in Bezug auf die Demokratie. Die Studie hebt als Merkmale oder Besonderheiten der uruguayischen Demokratie – und das ist ein Verdienst aller Uruguayer und aller vorangegangenen demokratischen Regierungen – den Konsens über die demokratischen Normen, die Stabilität der Institutionen, die Gewaltenteilung, freie und gerechte Wahlen, die politische und soziale Integration, die Rede- und Versammlungsfreiheit, die Verteidigung der Menschenrechte hervor sowie die im Gange befindliche Aufklärung und gerichtliche Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen während der Zeit der Diktatur.

Zum anderen bestätigt die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) in einem Bericht vom Januar 2009, dass Uruguay Ende 2008 „eine adäquate Erfüllung der international festgelegten Millenniumsziele“ erkennen lässt, und bezeichnet einige der Komponenten der Notstandspläne und der durchgeführten Maßnahmen des sozialen Ausgleichs als eigenständige Lösungen.

Zum dritten können wir anführen, dass die britische Zeitung „The Economist“ in ihrem Weltbericht 2007 Uruguay auf Platz 27 im Weltranking nach den Normen und dem Funktionieren der demokratischen Ordnung setzt. Diese Liste, in der wir Platz 27 einnehmen, wird von den skandinavischen Ländern angeführt. Spanien erhält darin Platz 16, die Vereinigten Staaten Platz 18, Portugal Platz 19, Großbritannien den 23. und Frankreich den 25. Platz, Kostarika steht auf Platz 25, Uruguay auf Platz 27, Chile auf dem 30., Brasilien auf dem 42. und Argentinien auf dem 54. Platz. Diesem Bericht zufolge ist Uruguay das einzige lateinamerikanische Land mit einer vollentwickelten Demokratie.

Ein anderer Bericht „Economist“ vom Dezember 2008 – mitten in der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise – hebt hervor, dass Uruguay „die stürmische weltweite Krise mit weniger Turbulenzen als andere Länder durchschiffen und für das unsichere Jahr 2009 ein Wachstum von 3 Prozent erreichen könnte“. Der Index des wirtschaftlichen Klimas in Lateinamerika, der jedes Trimester durch das deutsche Institut IFO und die Getulio-Vargas-Stiftung in Brasilien erarbeitet wird, setzte Uruguay während des Jahres 2008 auf den ersten Platz im Hinblick auf das wirtschaftliche Klima, gefolgt von Peru und Brasilien.

Ohne diese Reihe fortzusetzen, möchte ich doch noch die wichtigen Fortschritte in der Anerkennung der Rechte der Minderheiten erwähnen:

- historische Fortschritte bei der Anerkennung der indigenen Vergangenheit und der Existenz von Abkömmlingen der Völker, die in einigen Fällen Opfer eines wahrhaften Völkermordes wurden;
- die Anerkennung der Leistung der Afrostämmigen (10 Prozent) im Lande durch erste Maßnahmen zu ihrer Aufwertung;
- die wichtige Arbeit zur Normensetzung auf dem Gebiet der Gleichberechtigung der Geschlechter;
- die Anerkennung von Ehen gleichgeschlechtlicher Paare;
- die Abschaffung aller normativen Festlegungen gegen Homosexualität, die in den Streitkräften bestanden;
- die gesetzliche Anerkennung der Möglichkeit von Namensänderungen bei Personen, die ihr Geschlecht verändert haben;
- die Reform des Adoptionssystems, das es heute ermöglicht, Kinder aus unehelichen Lebensgemeinschaften zu adoptieren.

Das sind Veränderungen ohne großes Aufsehen, die viele internationale Berichte nicht erwähnen, die aber den Grad und die Tiefe des Wandels in Uruguay im ersten Jahrfünft der Regierung der Frente Amplio kennzeichnen.

Zum Schluss möchte ich hier auf etwas hinweisen, was nach dem Urteil zahlreicher internationaler Organisationen die wichtigste Errungenschaft der Regierung Vázquez gewesen ist: Es handelt sich um die Ausarbeitung und Umsetzung des sogenannten Plans Ceibal. Das ist ein Programm, mit dem die Regierung jedem Kind, das eine öffentliche Schule besucht, einen Laptop übergeben hat.



In diesem Jahr beginnt zum ersten Mal der Unterricht in den öffentlichen Schulen zu 100 Prozent mit dem Plan Ceibal. Nach der technologischen Anstrengung, die die Produktion von 390 000 Laptops bedeutete, wendet sich der Plan jetzt der Ausbildung der Lehrer zu. Das Schuljahr beginnt mit verschiedenen Programmen zur Befähigung der Lehrer in der Beherrschung der Computer, um zu erreichen, dass tatsächlich, nach der Sensation, dass jedes Kind einen Computer hat, die neue Technologie nun zu einem Gerät wird, mit dem diese Kinder mehr lernen. Der Staat wird weiterhin in diesen Plan investieren, der bisher 130 Millionen US-Dollar kostete. In den nächsten Jahren werden mehr Apparate gekauft werden, man wird die Vernetzung auf das ganze Land ausdehnen und zum Breitbandanschluss übergehen.

Die von Präsident Mujica zur Vertiefung dieser Veränderungen während seiner Amtszeit angekündigten Hauptlinien

So gelangten wir zum Amtsantritt von Präsident Mujica am 1. März 2010, der nach seinem Amtseid vor der Generalversammlung beider Kammern des Parlaments eine Rede hielt, die von den Führern aller politischen Parteien hoch gewürdigt wurde. In dieser Rede trat der Präsident eindringlich für die Verteidigung des demokratischen Systems ein und wertete die politische Stabilität, den sozialen Frieden und die Suche nach Übereinkommen als hohes Gut, er hob sogar die Rolle hervor, die die traditionellen politischen Parteien beim Aufbau des demokratischen Systems gespielt hatten.

Präsident Mujica hat sich damit als ein pragmatischer Politiker erwiesen, der entschlossen ist, Reformen durchzuführen, die bisher aufgeschoben wurden. Er ist offen für alle Ideen, wie er vor der Generalversammlung des Parlaments erklärte: „Das einzige, was begraben ist, ist der Dogmatismus.“ Seine Darlegungen charakterisieren die Richtung, die seine Amtsführung in den nächsten fünf Jahren einschlagen wird:

Der Präsident begann seine Rede mit den Worten: „Die Verfassung ist ein Rahmen, eine Richtschnur, ein Vertrag, eine Grenze, die den Regierenden gezogen ist. Das ist ihr Hauptzweck. Aber sie ist auch ein Programm, das uns anweist, wie wir uns in wesentlichen Fragen des gesellschaftlichen Lebens zu verhalten haben. Zum Beispiel gebietet sie uns wörtlich, zu verhindern, dass die Gefängnisse Orte der Demütigung seien. Oder sie sagt uns, keinen Unterschied der Rasse, des Geschlechts oder der Hautfarbe gelten zu lassen. ... Wir werden alle unsere Anstrengung darauf richten, die Verfassungsgebote zu erfüllen. Diejenigen zu erfüllen, die sich auf die Formen der politischen Organisation des Landes beziehen, natürlich. Und auch die Verfassungsaussagen zu erfüllen, die die soziale Ethik beschreiben, die die Nation sich geben will. Für mich beginnt Regieren damit, die politischen Bedingungen zu schaffen, um zu regieren. ... Regieren, um auf lange Sicht Umgestaltungen zu bewirken, das bedeutet vor allem Bedingungen zu schaffen, um für dreißig Jahre den Staat zu regieren. Ich möchte gern glauben, dass diese Sitzung eine Regierung von dreißig Jahren einleitet. Nicht meine natürlich, und nicht eine der Frente Amplio, sondern die Regierung eines Systems von Parteien, das so weise und so leistungsfähig sein soll, um ... unangefochten vom Parteienstreit die großen strategischen ... Angelegenheiten wie Bildung, Infrastruktur, Energiebasis oder die Sicherheit der Bürger voranzubringen.“

Weiter sagte er: „Mit der Frente Amplio an der Regierung hat sich für das Land ein Zyklus vollendet. Jetzt wissen wir alle, dass die Bürger keiner Partei Blankoschecks ausstellen und dass die Stimmen ein ums andere Mal ehrlich gewonnen werden müssen. Die Bürger haben uns gemahnt, dass sie keiner Partei bedingungslos folgen, dass sie die Taten bewerten und prüfen, dass jene, die heute die Hauptprotagonisten sind, morgen schon Akteure zweiten Ranges sein können. Nach 100 Jahren gibt es schließlich keine Parteien mehr, die prädestiniert sind zu gewinnen, und keine, die prädestiniert sind zu verlieren.“

Präsident Mujica erklärte:

- wir wollen mit der Verelendung Schluss machen.
- Wir wollen, dass die Menschen Arbeit haben.
- Wir wollen Sicherheit im Alltag.
- Wir wollen Gesundheit und soziale Fürsorge als menschliche Güter.“

Als Bereiche, die für ihn Priorität haben, nannte er Bildung, Energie, Umwelt und Sicherheit. Der Präsident erließ einen Aufruf zur Konzertation, an der das ganze politische Spektrum teilnehmen soll, um die langfristige Politik zu diesen vier Punkten auszuarbeiten, indem er davon ausging, dass dies die Themen sind, zu denen wir auf lange Sicht ausgerichtete Strategien definieren und sie vor der Wandelbarkeit der politischen Verhältnisse schützen müssen, um sie über längere Zeit hin zu planen und ihre Ergebnisse zu ernten. Unter diesen Prioritäten unterstrich er ganz besonders die Rolle der Bildung, da von ihr zum großen Teil die produktiven Potentiale eines Landes abhängen. Aber auch die zukünftige Befähigung unserer Menschen für das tägliche Zusammenleben hängt davon ab.

Präsident Mujica gab bekannt, dass er empfohlen hat, die Themen der Energieinfrastruktur von der laufenden Agenda der Regierung zu trennen und gemeinsam mit allen politischen Parteien zu behandeln. Seine Begründung: „Die Energiewirtschaft ist eine Angelegenheit voller technischer Komplikationen. Sie schließt komplizierte Prognosen über die Vorräte an nicht erneuerbaren Ressourcen wie Erdöl und Erdgas ein. Aber sie schließt auch an Wahrsagerei grenzende Aussagen darüber ein, was uns die technologische Entwicklung auf dem Gebiet der Solarenergie oder der Windenergie bringen kann. Und sie erfordert Abwägungen, deren Ergebnisse noch unsicher sind, über die Zweckmäßigkeit der landwirtschaftlichen Produktion zu Ernährungszwecken oder von Biotreibstoffen.“

Das strittigste dieser Themen ist die Nutzung der Nuklearenergie für die Erzeugung von Elektroenergie. Schon Präsident Vázquez, der eine Studiengruppe zur energetischen Zukunft unseres Landes einsetzte, hat unterstrichen: „Selbst die Nutzung der Kernenergie, die durch Gesetz verboten ist, muss geprüft werden.“ In diesen so schwierigen Fragen garantiert auch die Verbreiterung der politischen Unterstützungsbasis nicht, dass optimale Entscheidungen getroffen werden. Aber sie kann sichern, dass die einmal festgelegten Entwicklungsrichtungen nicht mitten im Prozess verändert werden. Auf dem Gebiet der Energiewirtschaft kann man keinen Zickzackkurs fahren. Denn es können Jahrzehnte vergehen zwischen der Inangriffnahme eines Projekts und dem Moment, da die Produktion beginnt.

Auch die Umweltstrategie soll im Range einer Staatspolitik behandelt werden. Mit großer Präzision und viel Mut hat Präsident Mujica erklärt: „Die internationale Gemeinschaft



fordert von uns, dass wir uns als Angehörige einer Art ansehen, deren Habitat immer mehr bedroht ist. Seit Jahren schon hat dieses Land ein starkes Bewusstsein für dieses Problem entwickelt, es hat seine Gesetzgebung weise darauf abgestimmt und mit Entschlossenheit und Transparenz gehandelt. Aber die Spannungen zwischen der Sorge für die Umwelt und der Expansion der produktiven Tätigkeit werden wachsen. Wir werden immer mehr hin und her gerissen zwischen den Verheißungen der Revolution der landwirtschaftlichen Produktion und den Gefahren, die mit der intensiven Anwendung der Agrochemie verbunden sind, oder stehen vor noch schwierigeren Fragen, wie die unbekanntenen Wirkungen der genetischen Modifizierung pflanzlicher Arten.“

Hier muss der Staat Entscheidungen treffen und die besten Beschlüsse abwägen. Welcher Art diese auch sein mögen, sie erfordern eine breite politische Unterstützung, damit sie alle mögliche Legitimität erhalten und sich gegen alle Stürme als nachhaltig erweisen.

Auch hier zeigt sich erneut, das politische System muss ehrlich und aufrichtig sein, denn um die Umwelt zu bewahren, wird man auch auf bestimmte Produktionsaussichten verzichten müssen. Oder umgekehrt, um die Produktion zu fördern, wird man den Wunsch nach einer unberührten Natur herabstimmen müssen. Alles das ist ein Spiel mit hohem Einsatz. Wir alle müssen an der Entscheidung beteiligt sein. Und uns nachher alle gemeinsam den Folgen stellen.

Schließlich ging der Präsident auch auf das Problem der Sicherheit der Bürger ein, das er unmittelbar zur Staatspolitik rechnet. Er sagte, dass es sich nicht um den Kampf gegen eine gewachsene Kriminalität traditioneller Art handelt. „Wir glauben, dass wir es nicht nur mit einer zahlenmäßigen Verstärkung zu tun haben, sondern vor einem Szenarium qualitativer Veränderungen stehen. Wir sind noch immer eine ruhige und verhältnismäßig sichere Gesellschaft. Aber das Schlechteste, was wir tun könnten, wäre die Gefahren zu unterschätzen. Die Bürgerschaft selbst fordert, dass dieses Thema einen der ersten Plätze auf der öffentlichen Agenda einnimmt, und wir müssen aus dem politischen System heraus ohne Aufschub und von Grund auf handeln.“

In sehr drastischer Weise nahm der Präsident zur Wirtschaftspolitik Stellung. Er sagte: „Vor allem werden wir dem Land weitere fünf Jahre einer professionellen Lenkung der Wirtschaft gönnen, damit die Leute ruhig arbeiten und ruhig investieren können. Eine exakt geführte Makroökonomie ist eine Voraussetzung für alles weitere. Wir werden streng sein in der Verwaltung der Ausgaben, streng in der Handhabung der Defizite, streng in der Währungspolitik und mehr als streng, scharf wie Wachhunde in der Wachsamkeit über das Finanzsystem. Gestatten Sie mir, es provokativ auszudrücken: Wir werden orthodox sein in der Makroökonomie. Und das werden wir reichlich ausgleichen, indem wir heterodox, innovativ und kühn in anderen Aspekten vorgehen. Insbesondere werden wir einen aktiven Staat haben, der Anreize gibt für das, was wir ein ‚agro-intelligentes Land‘ genannt haben.“

Uruguay ist ein Land, in dem Ackerbau und Viehzucht eine Hauptkomponente der Volkswirtschaft darstellen. Dieser Faktor muss ein vorrangiges Element für die Bestimmung der Wirtschaftspolitik sein. Dazu führte Präsident Mujica aus: „Die uruguayische Landwirtschaft erlebt eine technologische und unternehmerische Revolution und wächst viel schneller als das übrige Land. Heute sind neue Probleme zu

lösen: die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, die massive Einbeziehung von Bewässerung als Produktionsfaktor und vor allem die Abschwächung der Auswirkungen der häufigen Dürren. Die Projekte für die Nutzung von Wasserquellen, die Landgüter mit unterschiedlichen Eigentumsformen einbeziehen, kennzeichnen eine neue Epoche, und sie müssen zu maximalen Erfolgen geführt werden. Die Politik in Hinblick auf Reserven und auf Versicherungen ist ein Erfordernis der Anpassung an den Klimawandel. Die Forschung, die genetische Neuschöpfung, die hohe Spezialisierung in den biologischen Zweigen, die die Grundlage der landwirtschaftlichen Arbeit dieser ganzen Region bilden, die man als das letzte Reservoir für die Ernährung der Menschheit definieren könnte, sind für uns das zentrale Kapitel einer Spezialisierung, die wir ‚das agro-intelligente Land‘ nennen.“

In dieser Richtung wird sich die nächste Regierung der Frente Amplio entwickeln, unterstrich Präsident Mujica.

Die Prioritäten der neuen Regierung in der Außenpolitik

Zu diesem Thema ließ Präsident Mujica klar erkennen, dass er sich nicht von der Außenpolitik lossagen wird, die Uruguay bisher betrieben hat.

Uruguay hat sich durch sein Festhalten am Völkerrecht und dessen Verteidigung, durch sein Eintreten für den Multilateralismus und seinen Beitrag zum Weltfrieden ausgezeichnet. Diese Linien, die die internationalen Aktivitäten der Republik seit den Anfängen ihres selbständigen Lebens charakterisieren, haben ihr Anerkennung und Achtung im Konzert der Nationen eingebracht. Als Grundpfeiler dieser Außenpolitik der Regierung von José Mujica hob der Kanzler und Außenminister Luis Almagro hervor:

Erstens die politische Umsetzung der Außenpolitik, die das Land immer betrieben hat. Darüber besteht breiter nationaler Konsens. Das heißt: Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, nationale Selbstbestimmung, Förderung der Demokratie, Kampf gegen den Terrorismus, Achtung der Umwelt und Respektierung der Menschenrechte. Einige dieser Aspekte werden unmittelbare Aktionen des Außenministeriums erfordern: die Menschenrechte und die Umwelt sind Themen, die immer höchste Priorität besitzen. Wir stehen mitten in Verhandlungen über den Klimawandel, die sehr hart, sehr intensiv zu werden versprechen und sehr langsam vorankommen, während die Welt sehr rasche Lösungen braucht.

Ein zweiter Pfeiler ist die Integration. Nicht als eine Möglichkeit, neue Märkte zu erobern, sondern als Prinzip, und so fasst es die uruguayische Verfassung auf, die in ihrem Artikel IV festlegt: „Die Republik strebt nach der sozialen und ökonomischen Integration der lateinamerikanischen Staaten.“ Und das ist nicht nur ein Verfassungsmandat, sondern ein Imperativ für die Außenpolitik des Staates. Es stellt ein Grundelement für die weitere Entwicklung des Landes dar, und dazu sind verschiedene Prozesse im Gange.

Der Mercosur ist ein solcher Integrationsprozess, der definitiv vorwärtsschreitet. Dazu kommen Projekte, die mehr auf die Herstellung politischer Konsense gerichtet sind, wie die Union Südamerikanischer Staaten UNASUR. Dazu müssen wir klare Vorstellungen haben und eine tiefgründige Arbeit leisten.

Ein weiterer Pfeiler werden der Außenhandel und der Zugang zu Märkten sein. Hier müssen wir unsere menschl-



chen, ökonomischen, finanziellen, materiellen Ressourcen konzentrieren, damit das Land mit größerer Kraft auftreten kann. Zum Mercosur fand der Präsident in seiner Rede vor dem Parlament eine klare Sprache, die seinen besonderen, sehr plastischen Stil demonstriert, der in der öffentlichen Meinung Uruguays großen Eindruck hinterlässt:

„In unserem lateinamerikanischen Heim haben wir ein gemeinsames Schlafzimmer, das nennt sich Mercosur. Ach, Mercosur! Wieviel Liebe und wieviel Verdruss macht er uns! Heute sind wir in der Öffentlichkeit, und es ist nicht der Augenblick, von Schlafzimmergeschichten zu sprechen. Lasst mich nur bestätigen, dass für uns, was den Mercosur betrifft, gilt: ‚bis dass der Tod uns scheidet‘. Eine ebensolche Haltung erhoffen wir von unseren größeren Nachbarn.“

Hier werden wir konkrete Lösungen für die Probleme, die das Fortschreiten des Prozesses behindern, zu suchen haben. Eins davon hat mit den Asymmetrien des Mercosur zu tun, die konkrete Lösungen erfordern, denn hier geht es für Paraguay und Uruguay, die kleineren Partner im Mercosur, um Lebensfragen. Ein anderes ist das perfekte Funktionieren des erweiterten Marktes.

In bestimmter Weise ist das Thema der Asymmetrien mit dem der Außenbeziehungen und dem Funktionieren des erweiterten Marktes verbunden und damit, dass man den gemeinsamen Außenzoll nicht doppelt kassieren kann; das heißt die Möglichkeit, Investitionen unter gleichen Bedingungen wie die größeren Partner zu erlangen. Wenn wir das nicht erreichen könnten, müssten wir von einem technischen Fehler der Integration sprechen.

Das sind vierseitige Verhandlungen, und sehr wichtig ist, dass wir alle das gleiche Engagement für den Mercosur aufbringen, denn mancher fordert von anderen ein starkes Engagement für den Mercosur, aber nicht von sich selbst. Uruguay unterstützt die Verhandlungen Mercosur-EU, möchte sie vertiefen und erwartet von ihnen positive Ergebnisse.

Aber wir haben auch Handelsgespräche mit den drei größten Märkten der Welt, den USA, der EU und China. Die neue Regierung wird auch unterstützen, was in Bezug auf die Verhandlungen im Rahmen des TIFA (Trade and Investment Framework Agreement) bereits getan wurde, einem Rahmenabkommen über Handel und Investitionen mit den USA, denn wir müssen unsere Handelsbeziehungen mit ihnen viel tiefer gestalten; ganze Sektoren der produktiven Strukturen Uruguays brauchen diese Beziehungen.

Mit China müssen wir ebenfalls definitiv die Verhandlungen fördern. Der Außenminister hat erklärt, dass wir, wenn wir die Vorgänge der internationalen Krise betrachten, auf dem Gebiet des Außenhandels unsere besten Ergebnisse in der Region und in Asien erzielt haben. Sowohl auf dem USA-Markt als auch auf den europäischen Märkten ist der Absatz uruguayischer Waren zurückgegangen. Das ist die Realität. Aber das soll nicht heißen, dass wir nicht in Richtung USA und Europäische Union arbeiten, auch nach Asien. Aber die Regierung nimmt sich vor, ihre Blicke auf die lateinamerikanische Region zu richten, weil Uruguay hier den größten Anteil seines Handels mit der größten Wertschöpfung abwickelt.

Wir müssen die Handelsbeziehungen mit Argentinien entwickeln, die im vergangenen Jahr zurückgegangen sind und auf ein viel höheres Niveau gebracht werden müssen. Brasilien steht eindeutig an der Spitze. Ohne Brasilien öffnet sich uns die Welt nicht, sie verschließt sich für uns. Wenn wir uns auf die Region orientieren, brauchen wir eine zuverlässige

strategische Beziehung zu Chile und wir müssen die bestehenden Verbindungen zu Bolivien, Venezuela, auch Kolumbien und Peru stärken und vertiefen.

Präsident Mujica hat vor der Presse unterstrichen: „Jene Welt, in der ich geboren bin, die Welt der sechziger Jahre, die Welt der strukturellen Revolution, alles das ist verschwunden. Was nicht verschwunden ist, sind meine Gefühle der sozialen Gerechtigkeit“, und deshalb, sagte er, wird er „die Fahne des Friedens und der Annäherung“ allen Völkern entgegenbringen, „ohne sie nach ihrem ideologischen Merkmal zu fragen“ und wird sicherstellen, dass seine Regierung Beziehungen mit den Ländern der ALBA, mit Kolumbien, mit Chile, mit jeglichem Land Lateinamerikas unterhält.

Lateinamerika ist dabei, die Kultur der Ohnmacht auszutreiben

Interview mit Eduardo Galeano;

aus: www.cubadebate.cu, 3. Januar 2010

Der uruguayische Schriftsteller und Publizist Eduardo Galeano wurde vor fast 40 Jahren mit dem Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas“ berühmt, jenem Werk, das der venezolanische Präsident Hugo Chávez wählte, um es seinem US-amerikanischen Amtskollegen Barack Obama zu schenken. Die Faszination, die Galeano damit auslöste, hält bis heute an. Sein jüngstes Buch, „Spiegel“, spricht von einer widersprüchlichen Welt, die Angst hat, sich zu betrachten und zu erkennen.

● Wie definieren Sie Lateinamerika?

Es ist ein Kontinent, wo viele unterschiedliche Realitäten zusammentreffen: unterschiedliche Kulturen, Religionen, Traditionen, aber auch Ängste und Ohnmachten. Wir sind verschieden in der Hoffnung und in der Verzweiflung.

● Wie äußert sich diese Verschiedenartigkeit in der Gegenwart?

In den letzten Jahren gibt es einen Prozess der Wiedergeburt Lateinamerikas, da diese Weltgegend beginnt, sich in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit zu entdecken. Die sogenannte Entdeckung Lateinamerikas war in Wirklichkeit die Entdeckung einer andersgearteten und untereinander verschiedenartigen Wirklichkeit. Das ist der irdische Regenbogen, der für einige Jahrhunderte verstümmelt worden ist durch Rassismus, Machismus und Militarismus. Sie haben uns blind für uns selbst gemacht. Man muss die Vielfalt zurückerobern, um sich an der Tatsache zu erfreuen, dass wir mehr sind, als sie uns eingeredet haben.

● Kann diese Unterschiedlichkeit ein Hindernis für die Integration sein?

Ich denke nicht. Jede Einheit, die auf Einstimmigkeit beruht, ist eine falsche Einheit und hat keine Zukunft. Die einzige Einheit, die verlässlich ist, ist die Einheit, die in der Vielfalt und in der Widersprüchlichkeit ihrer Teile existiert. Es gibt ein trauriges Erbe des Stalinismus. Das System, das man im ganzen 20. Jahrhundert realen Sozialismus nannte,



hat die Hoffnung von Millionen Menschen verraten, weil es diese Meinung aufgezwungen hat, dass Einheit Einstimmigkeit bedeute. Damit hat man die Politik mit der Religion verwechselt. Man benutzte Kriterien, die zu Zeiten der Heiligen Inquisition üblich waren, als jede abweichende Meinung eine Ketzerei war, die Strafe verdiente. Das ist eine Negation des Lebens. Es ist eine Art Blindheit, die einen daran hindert, sich zu bewegen. Der Motor der menschlichen Geschichte ist der Widerspruch. Das Beste, was die Welt aufzuweisen hat, ist die Menge der Welten, die sie umfasst.

● **Kann die Verschiedenheit nicht Lebenswege hervorbringen, die unvereinbar sind?**

Nicht unbedingt. Auf jeden Fall darf man keine Angst haben vor der Wahrheit des Lebens. Man sollte sich an ihr erfreuen, denn das Beste, was das Leben bietet, ist seine Unterschiedlichkeit. Ein System, das den Erdball beherrscht, bietet uns eine sehr einseitige Option an. Du kannst wählen, ob du an Hunger oder an Überdruß sterben willst. Ich will weder an dem einen noch an dem anderen sterben. Das herrschende System von heute zwingt uns eine einzige Wahrheit, eine einzige Stimme auf, die Diktatur des Einheitsdenkens, das die Unterschiedlichkeit des Lebens negiert und sie deshalb verkürzt, fast auf nichts reduziert. Das Beste, was die Welt zu bieten hat, ist die Menge der Welten, die sie umfasst, und das gilt auch für Lateinamerika. Das Beste an ihm ist die Menge der Amerikas, die es enthält.

● **Sie sprachen von einer Wiederentdeckung Lateinamerikas. Ein Beispiel?**

Bolivien hat mit Evo Morales mit viel Würde seine Eigenart wiederentdeckt und kann mit Stolz sagen: „Wir sind verschiedenartig, wir sind Indigene, aber nicht nur Indigene. Wir sind von unterschiedlicher Art.“ Klar, Bolivien ist ein Land wie Paraguay und in gewissem Sinne auch Uruguay, das der bedrückenden Last der großen Nachbarn, besonders Brasiliens, ausgesetzt ist. Brasiliens, das sich heute dagegen ausspricht, dass in der Bank des Südens jedes Land eine Stimme haben soll.

● **Worin besteht die Stärke dieses Projekts?**

Die Bank des Südens ist die Finanzbasis der lateinamerikanischen Einheit, ein Projekt von Chávez, natürlich. Es entsteht als eine Antwort auf die Finanzdiktatur des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, in denen nicht das Prinzip „ein Land – eine Stimme“ regiert. Das Stimmgewicht hängt von den Kapitaleinlagen ab; so viel Geld – so viele Stimmen. Damit wird der IWF von fünf Ländern regiert und die Weltbank von acht, obwohl sich die Bank „Welt-“ und der Fonds „International“ nennt.

● **Kann man zu einem demokratischen Funktionieren zurückfinden?**

Das ist sehr schwierig, weil in den historischen Prozessen in Lateinamerika die Demokratie mehr formal als real gewesen ist. In Demokratien, die wirklich solche sein wollen, dürfen nicht vertikale oder hierarchische Beziehungen herrschen, wo es einen gibt, der die Befehle erteilt, und einen, der sie ausführt. Es müssen horizontale, solidarische Beziehungen unter Gleichen sein, die sich gegenseitig respektieren und anerkennen, denn die Wahrheit ist, dass wir uns nicht kennen. Wir müssen uns aber kennen lernen, um damit

anzufangen, uns anzuerkennen, um zu wissen, was wir alles vom Anderen lernen können. Seit der spanischen Eroberung sind wir von Imperien, die einander folgten, zu Ignoranz, Abgrenzung und Hass erzogen worden. Eine Besonderheit Lateinamerikas ist der Krieg zwischen Nachbarstaaten.

● **Brasilien kann das Argument anführen, dass es mehr Stimmgewicht haben muss, weil es größer ist.**

Das geht davon aus, dass die Größe gleichbedeutend ist mit der physischen Ausdehnung. Die Erfahrung hat mich gelehrt, dass die Größe nicht in der Physis steckt. Sie ist in den unbekanntenen Leuten verborgen, im Alltäglichen, das unbedeutend und wenig beachtenswert scheint. Das physisch Große pflegt gewöhnlich dürrftig und kleingeistig zu sein. Ich will nicht sagen, dass Brasilien eine kleine Seele hat, aber man darf sich nicht darin irren, wo die Größe Brasiliens zu suchen ist; sie wohnt in manchen der am schlechtesten behandelten kleinen Leute.

● **Anonyme Helden?**

Bei einem Vortrag wurde ich gefragt, wer mein Lieblingsheld sei. Ich sagte: „Als ich zum Flugplatz fuhr, um diese Reise anzutreten, nahm ich ein Taxi und unterhielt mich mit dem Fahrer. Er fährt täglich 10 bis 12 Stunden Taxi, und danach hat er noch einen anderen Job. Er schläft zwischen drei und vier Stunden täglich, um seine Kinder ernähren zu können. Für ihn gibt es keinen Sonntag, er registriert ihn nicht einmal. Das ist mein Lieblingsheld.“

● **Sie sagten, dass der Motor der menschlichen Geschichte der Widerspruch ist. Glauben Sie, dass es Widersprüche gibt, die Schaden anrichten?**

Das glaube ich nicht. Jeder Widerspruch ist ein Zeichen von Bewegung. Was es allerdings gibt, sind objektiv Schaden stiftende Ungerechtigkeiten. In Lateinamerika wird der Abgrund, der die Besitzenden von den Bedürftigen trennt, die herrschende Minderheit von der beherrschten Mehrheit, immer größer. Das ist eine Region der Ungleichheit in einer immer ungerechteren Welt, in der die Zahl der Hungernden die Milliardenengrenze überschritten hat.

● **Sehen Sie heute wesentliche Veränderungen in Lateinamerika?**

Es geschieht etwas sehr Schönes, eine Art kollektiver Exorzismus der alten Dämonen, und einiger neuer dazu. Einer davon war als koloniales Erbe die Kultur der Ohnmacht, die uns die Idee in den Kopf setzt, dass man „nicht kann“, dass es „nicht möglich ist“, und das sowohl in den armen als auch in den reichen Ländern. Denn Venezuela ist objektiv ein reiches Land, es hat Erdöl, aber es hatte auch diese Ohnmacht verinnerlicht, und jetzt nimmt es sich vor, dagegen anzukämpfen. Das ist schwierig, denn die Kultur des Erdöls erzieht dich dazu, zu kaufen und nicht zu schaffen.

● **Was wollen Sie damit sagen?**

Diese Kultur erzieht einen dazu, dass man sich nicht die Mühe machen muss, die Dinge zu schaffen, wenn man sie konsumieren kann, indem man sie kauft. Das ist die Kultur des Konsums, nicht des Schaffens. So entsteht eine Kultur der Ohnmacht, die der schlimmste Teil des kolonialen Erbes ist. Man lehrt dich, nicht mit deinem Kopf zu denken, nicht mit deinem Herzen zu fühlen, dich nicht auf deinen eigenen Bei-



nen zu bewegen. Man lehrt dich, im Rollstuhl zu fahren, fremde Gedanken zu wiederholen, Gefühle zu haben, die nicht deine eigenen sind.

● **Gibt es Unterschiede zwischen den Linken Lateinamerikas?**

Es gibt Linke aller Art, glücklicherweise, da wir unterschiedlich sind. Deshalb ist es ungerecht, zu verallgemeinern, besonders wenn die Verallgemeinerung aus fremdem Blickwinkel erfolgt. Indem sie dich beurteilen, verurteilen sie dich. Es gibt einen Überlegenheitskomplex in den herrschenden Ländern in der Welt, die sich dazu berufen fühlen, die übrigen zu verpflichten, Prüfungen in Demokratie abzulegen. Sie sind große Meister darin zu entscheiden, wer Demokrat ist, und wer nicht, welche Prozesse gut sind, und welche schlecht. Wenn diese Professoren der Demokratie kommen, um uns zu beurteilen, von außen zu betrachten und uns von vornherein zu verurteilen, dann üben sie ein Besitzrecht aus, und das ist eines der Widerwärtigsten von allen Rechten.

● **Welche Unterschiede bestehen zwischen den Präsidenten Venezuelas, Ekuadors und Boliviens?**

Viele, denn sie sind jeweils Ausdruck von drei unterschiedlichen Ländern. Die Liste der Unterschiede ist unendlich. Aber nicht so unendlich ist die Liste der Übereinstimmungen von Ländern, die nach Jahrhunderten der Unterdrückung und der Negation ihrer selbst Wege der Befreiung suchen. Es sind unterschiedliche Erfahrungen von drei Ländern, die entschieden haben, den Spiegel nicht mehr zu meiden, aufzuhören, ihr eigenes Bild zu hassen, aufzuhören, sich mit Augen betrachten zu lassen, die sie missachten.

● **Welche Rolle spielt Brasilien in diesem Zusammenhang?**

Eine sehr wichtige, aber das Problem besteht in der Führung, die von einem abscheulichen Wort ausgeht: Führungsrolle. Alle Länder nehmen sich vor, diese auszuüben, und das führt zur Vergiftung der Beziehungen durch die hierarchische Ordnung, die die Gleichheit der Rechte verweigert. Ich will nicht, dass irgendjemand mein Führer sei. Ich will nicht befehlen und keine Befehle entgegennehmen. Ich bin nicht geboren worden, um zu gehorchen. Ich bin geboren worden, um meine Gewissensfreiheit in Anspruch zu nehmen. Ich kann den Gedanken nicht akzeptieren, dass es zwischen Menschen oder zwischen Ländern Führer und Geführte geben soll. Man muss zu einer wahrhaft freien Gesellschaft kommen.

● **Was halten Sie von der Wiederwahl von Präsidenten?**

Sie gefällt mir nicht sehr, weil sie ein gewisses Kleben an der Macht einschließt, und das ist auf keinem Gebiet anzuraten. Die Macht an sich, auch wenn es nur eine ganz kleine Macht ist, vergiftet die Seele hinlänglich. Ich weiß, dass man sie ausüben muss, aber dabei muss man immer wissen, dass es gefährlich ist. Die Macht bringt Monarchien hervor, absolute Macht, Stimmen, die nur noch ihr eigenes Echo hören und unfähig sind, andere Stimmen zu hören.

● **Woher kommt dieses Bestreben, Führerschaft zu verewigen?**

Die Europäer schreiben das dem Erbe des Caudillismus in Lateinamerika zu, der Unterentwicklung, der Unwissenheit,

unserer Tendenz zu Populismus und Demagogie. Aber man muss einen Blick auf die Geschichte der herrschenden Länder werfen, um zu sehen, bis zu welchem Grad sie sich dem Willen zum Beispiel eines komplett Irren wie Hitler unterworfen haben. Es ist unglaublich: In dem gebildetsten Land Europas haben Millionen ihm zugejubelt. Und die Führer von heute: Was haben sie, das sie uns lehren könnten? Uruguay hat eine ältere Demokratie als die meisten europäischen Länder. Und auf dem Gebiet der Menschenrechte hat es früher als die Vereinigten Staaten und als viele europäische Länder den Achtstundentag, das Scheidungsrecht und die kostenlose Schulpflicht eingeführt.

● **Warum gibt es kaum Beziehungen zwischen Lateinamerika und Afrika?**

Das ist ein Skandal. Das kommt durch das Bildungssystem und durch die Massenmedien. In der Mehrheit der Länder Lateinamerikas gibt es einen enormen afrikanischen Einfluss: in der Küche, im Sport, in der Sprache, in der Kunst. Und trotzdem wissen wir nichts von Afrika.

● **Warum?**

Aus Rassismus. Wir wissen das, was unsere Eltern von Jahrhundert zu Jahrhundert uns beibringen wollten, und von uns wissen wir fast nichts, weil ihnen das so recht war. Zum Beispiel war es ihnen nicht recht, dass wir erfahren, dass jene Sklaven, die aus Afrika hierher gelangten, Dinge mitbrachten wie ihre Götter, ihre Kulturen. Auf jeden Fall sind die Abgrenzung von Afrika, die aus dem Rassismus hervorgeht, und die Sklavenausbeutung kein lateinamerikanisches Phänomen, sondern treffen auf ganz Amerika zu. Deshalb schien mir die Wahl von Obama ein Grund zum Feiern, obgleich das, was er dann gemacht hat, mir kein besonderes Vertrauen einflößt.

● **Wofür steht Obama?**

Einer meiner Lehrer, Quijano, pflegte zu sagen: „Alle Sünden finden Vergebung, alle außer einer. Es gibt keine Vergebung für die Sünde gegen die Hoffnung.“ Mit der Zeit lernte ich, wie sehr er recht hatte. Leider versündigt sich Obama gegen die Hoffnung, die er selbst geweckt hat – in seinem Land und in der Welt. Er hat die Militärausgaben erhöht, die jetzt die Hälfte seines Haushalts verschlingen. Verteidigung gegen wen? In einem Land, das von niemandem angegriffen wird, das selbst fast alle übrigen angegriffen hat und noch angreift? Und als Höhepunkt ein schlechter Witz. Er bekommt den Friedensnobelpreis, während er ein Loblied auf den Krieg singt.

● **Was sind nach Ihrer Meinung die Ängste des 21. Jahrhunderts?**

Die Kunst des Erzählens entstand aus der Angst vor dem Tode. Sie liegt den Geschichten von tausendundeiner Nacht zu Grunde. Jede Nacht tauscht Scheherazade eine Geschichte für einen neuen Tag Leben ein. Aber ich glaube auch, dass die Angst vor dem Leben schlimmer ist als die Angst vor dem Sterben. Und mir scheint, dass der Punkt in dieser Welt und in dieser Zeit gerade der ist: Angst sich zu erinnern, Angst zu existieren, Angst vor Veränderung; das heißt, Angst vor dem Leben.

● **Sehen Sie ein Beispiel für diese Angst in dem Gipfel von Kopenhagen?**



Die Mörder unseres Planeten vergießen ab und zu eine Träne, damit das Publikum weiß, dass sie auch ein Herz haben. Aber es ist reines Theater. Sie wissen sehr gut, dass die Lebensmodelle, die sie uns heute aufzwingen, Modelle des Todes sind. Ich frage mich, auf welchen Planeten diese Erwählten Gottes umziehen wollen, wenn sie die Erde bis zum letzten Tropfen ausgequetscht haben.

Das Ziel ist Sozialismus, der Weg Demokratie

Anlässlich der Eröffnung ihres Büros in Quito lud die RLS am 2. und 3. Juni 2010 zur Debatte über Demokratie und Sozialismus in Lateinamerika und Deutschland.

Von Bodo Ramelow, MdL, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag; aus: www.rosalux.de

Der Saal in der Universität ist ständig mit 150 bis 200 Menschen voll, ja sogar überfüllt. Die RLS hat wohl den Nerv der Zeit getroffen. Die Debatte ist offen, streitig und manchmal merkt man auch „Spannung“ im Raum. Die Prozesse in dieser Region sind nicht ohne Widersprüche.

Die Konferenz der RLS in der Universidad Andina in Quito steht unter der Überschrift: Demokratie, Partizipation und Sozialismus am vergleichenden Beispiel von Ecuador, Bolivien und Venezuela. Ein großer Titel, der mich skeptisch machte. Aber ich gestehe es und sage offen: Ich war die ganze Zeit gespannt wie ein Flitzbogen. Jede Sekunde, die ich da saß und zuhörte, machte es immer aufregender. Da liefen Debatten, die offen waren, die spannend waren und an manchen Stellen war ich einfach nur platt. Wenn die indigenen Frauen mit Stolz und in ihrer Tracht das Wort ergriffen, dann verstand ich, dass es um mehr geht als irgendein Geklingel über das Wort Sozialismus. Wenn die Sprecherin aus der regierenden Partei Boliviens sagt, dass es 36 verschiedene indigene Völker in Bolivien gibt und noch vor nicht mal einem halben Jahrhundert diese Menschen staatsrechtlich als „Sache“ betrachtet wurden. Rechtlos und eben schlicht rassistisch. Ohne Partizipationsmöglichkeit. Wenn es den „Herren“ gepasst hat, wurden sie auch vor kurzem einfach erschossen. Heute einfach nur das Wahlrecht zu haben, löst die Probleme aber noch lange nicht. Wenn diese Frauen ihre Familien zu ernähren haben, dann ahne ich, was es heißt, dass 88 dieser Frauen in der Verfassungsgebenden Versammlung mitgearbeitet haben. Da haben sich diese Menschen eine Verfassung im wahrsten Sinne des Wortes erkämpft.

Am vergleichenden Beispiel debattieren auf der Konferenz für jedes Land jeweils eine Person aus der Regierung, eine oder ein linker Intellektueller sowie jemand aus den sozialen Bewegungen. Wir bringen unsere Erfahrungen aus Deutschland mit ein. Jörn Schütrumpf vom Dietz Verlag erläutert das Schaffen und Werk von Rosa Luxemburg. Monika Runge, MdL Sachsen, beschreibt ihre Erfahrungen mit der SED und berichtet über die mangelnden Beteiligungsmöglichkeiten in der DDR, wenigstens wenn man nicht der offiziellen Meinung der Partei war. Es entsteht eine gemeinsame Debatte über die Sicht von Rosa Luxemburg auf Partei, Staat und auch ihrer Kritik an der KPDSU. Aber es ist vor allem eine lebhaft

Debatte darüber, was demokratischer Sozialismus für uns alle bedeutet. Was können wir aus dem Werk Luxemburgs für Schlussfolgerungen ziehen. Viele Regierungen hier in der Region definieren sich selbst als „sozialistisch“, aber das hat wahrlich nichts mit falscher Nostalgie zu tun. Da geht es um die Rückeroberung des Staates durch das ganze Staatsvolk. Da geht es um regionale Wirtschaftskreisläufe. Da geht es um Wasser und Energie unter öffentlicher Kontrolle. Da geht es um Rohstoffe und deren bisherigen Ausbeutung, ohne dass die eigene Bevölkerung selber von dem Ertrag profitiert hätte. Also Themen, die auf die eine oder andere Art bei uns auch hochaktuell sind. Wer kontrolliert die Bankwirtschaft? Wer schützt uns vor Spekulation auf Währungen, Rohstoffe, Nahrung? Wie erobern wir Wasser, Abwasser, Stromnetze, Krankenhäusern etc. zurück?

Am ersten Tag der Konferenz ging es um Bolivien und Ecuador, am zweiten Tag dann um Venezuela und Kuba. An beiden Tagen ging es auch immer um unsere Situation in Europa und Deutschland. Um die Linke im Allgemeinen und auch um die Erfahrungen im gescheiterten Sozialismus des zwanzigsten Jahrhunderts. Konkret aber auch um die DDR und das Scheitern der DDR. Es ging um Demokratie, um Partizipationsrechte, Menschenrechte, aber auch um Revolutionen und das Scheitern von Einparteiensystemen. Es stand dabei immer die Frage ganz vorne, was machen wir für eine Politik im 21. Jahrhundert? Was könnte der Demokratische Sozialismus des 21. Jahrhunderts sein? Was kommt nach einem sich immer mehr in seinen eigenen Widersprüchen zerstörenden Kapitalismus? Was kommt nach dem vom Finanzmarkt getriebenen Turbokapitalismus? Welche Antworten und Visionen sollten und müssten wir entwickeln, um positive Antworten für die Menschen zu geben? Was kommt nach der Ideologie des Neoliberalismus, der seine Heilsversprechen immer erkaufte hat mit Privatisierung und Entstaatlichung? Fragen über Fragen. Am Tag zuvor ging es um Partizipationsmodelle und einer Beschreibung von der Eroberung der staatsbürgerschaftlichen Rechte aller Bürger, also auch der Indigenen Völker in Ecuador und Bolivien. Dies ist verbunden mit der Erfahrung, dass es allein mit einem abstrakten Wahlrecht noch nicht getan ist.

Die Vorträge der Vertreter aus Kuba und Venezuela am zweiten Konferenztag waren für mich die größte Überraschung. Die Venezolaner vertraten mit großer Verve eine Revolutionsbeschreibung, die offenbar wenig Widerspruch erduldet. Es wurde der Weg von den Wahlen über die Rückeroberung der großen Volksmassen an Entscheidungsprozessen beschrieben. Das war beeindruckend, auch der Ausbau der Bildung und des Sozialsystems wurde mit großer positiver Ausstrahlung vorgetragen. Doch als es Fragen nach der neuen „Chavez-Partei“ gab, wurde es einsilbig. Weil der Feind so mächtig ist, müsse man sich in Venezuela quasi in militärischer Verteidigungslogik gegen ihn wappnen. Die neue Partei, gegründet vom Präsidenten, organisiert sich in Gliederungen, die militärische Namen haben. Man ist sicher, auf dem richtigen Weg zu sein. Da halfen auch freundliche Nachfragen nicht weiter und irgendwie fühlte ich mich per Zeitsprung an eine Veranstaltung in der DDR erinnert. Schade. Es gibt soviel an diesem Prozess zu verteidigen, aber nur wenn es pluralistisch auch unter Linken zugeht.

Unerwartet kam ein nüchternes und klares Gegenprogramm von dem aus Kuba angereisten Vertreter. Ohne das Richtige, das Erreichte zu verschweigen oder klein zu reden,



ging er mit klarer Sprache zu einem ernüchternden Befund über. Kuba befindet sich in einem Übergangsprozess von einem gescheiterten Sozialismus hin zu einem nachhaltigen Sozialismus. Wir sind gedanklich noch ziemlich stark in der sowjetischen Zeit verstrickt. Er träumte laut von einem Umbau des Systems, bei dem die Menschen mehr Partizipation als Entscheidungsprinzip bekommen, das dann den Staat trägt. Er argumentierte unverdächtig für einen sozialistischen Staat, wollte aber über Fehler nicht schweigen. Auf eine Frage aus dem Publikum an ihn auf dem Podium, ob in Kuba die Bevölkerung nicht eine zu hohe Konsumerwartung hätte, sagte er schlicht: Sie müssten mal in Kuba leben und unendlich lange auf Seife warten, dann einen Preis bezahlen, der deutlich über unserer Preisskala liegt und wenn Sie dann zur Kenntnis nehmen, dass ein Facharzt, ein Chirurg, soviel Einkommen hat wie eine Putzfrau, dann ahnen Sie, wie dysfunktional unsere Ökonomie geworden ist. Deshalb braucht es einen Neuaufbruch in Kuba.

Raul Castro hat wichtige Reformen eingeleitet, in den letzten Jahren kann auch erheblich mehr diskutiert und in Frage gestellt werden. Doch nun müssen wir sehen, welche Ergebnisse und Effekte das bringt, und ob auf diese Debatten gehört wird. Da schloss sich der Kreis zu Bolivien, zu Ecuador und zu den Verfassungsgebenden Versammlungen, die im Kampf durch die Menschen erzwungen wurden. Jetzt kommt es darauf an, die Partizipation aller zu erreichen. Da spielt in Lateinamerika der Plurinationalismus auch eine zentrale Rolle. Dies ist die Suche nach der eigenen Geschichte und Sozialstruktur angemessenen Partizipationsformen. Dazu gehört auch der Kampf von indigenen Völkern gegen den Raubbau am Urwald oder an den Erdölvorkommen beziehungsweise Bergwerken in ihren Heimatregionen. Wenn der Ressourcenabbau auf Kosten ihres Lebensraumes stattfindet, dann muss es ein Recht der Ureinwohner sein, sich gegen diese Zerstörung auch mit härteren Mitteln zur Wehr setzen zu können. Da stehen die Interessen der multinationalen Energie- oder Rohstoffkonzerne gegen die Bürger und Menschenrechte der indigenen Bevölkerung. Da geht es um ein aktives Widerstandsrecht gegen Natur- und Umweltzerstörung – ein Spannungsbogen der auch die Gewaltfrage beinhaltet. Wenn der Urwald abgeholzt ist, was darf dann die Landlosenbewegung? Was muss sie? Und was bedeutet in dem Ganzen eine Verstaatlichungsoption im Verfassungsgebenden Prozess?

Am Schluss der Konferenz stand nicht die fertige Antwort eines demokratischen Sozialismus – den müssen wir weiter erarbeiten. Aber ein Satz stand am Ende: Wenn der Weg nicht demokratisch ist, kann es das Ziel nicht werden. Gesprochen von Alberto Acosta, dem ehemaligen Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors unter großem Applaus. Der Saal war zu dieser Zeit – selbst nach zwei Tagen Vorträgen und Diskussionen – hoffnungslos überfüllt. Über 200 Menschen aus sehr vielen Ländern Lateinamerikas, Politiker, Intellektuelle und Aktivisten aus den Stadtteilen, aus indigenen- und aus Frauenbewegungen. Alle debattierten auf Einladung der Rosa Luxemburg Stiftung die Vision vom demokratischen Sozialismus. Danke RLS. Rosa würde es gefreut haben.

Nach der Wahl ist vor der Wahl – Parlamentswahl im Irak

Von Rashid Ghewielib, Vertreter der Irakischen KP in Deutschland, und Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand DER LINKEN

Am 7. März diesen Jahres fanden im Irak Parlamentswahlen statt. Nach wochenlangem Auszählmarathon der Wählerstimmen stehen sich zwei Kontrahenten – Iyad Allawi mit seiner Iqaiyya-Liste und der bisher amtierende Premierminister Nouri Al-Maliki mit seiner Liste Allianz des Rechtsstaates – gegenüber. Allawis Liste hat nur zwei Stimmen Vorsprung. Auf Grund massiver Vorwürfe des Wahlbetrugs findet seit Anfang Mai eine Neuauszählung der Stimmen statt, die sich ebenso über Wochen hinziehen wird. Die Irakische Kommunistische Partei (IKP), mit der die Partei DIE LINKE in engem Kontakt steht, stellt in diesem Bericht über die Parlamentswahlen ihre Eindrücke und Beobachtungen über die Situation im Irak während des Wahlkampfes und nach den Wahlen vor.

Vor der Wahl im Irak ist die Lage nach wie vor schwierig und an mehreren Fronten toben Kämpfe. Welche Formen diese auch immer annehmen, es geht dabei nach wie vor um die Zukunft des Iraks, um die Staatsform, um das politische und sozioökonomische System. Und das Quotensystem (die Teilung der Bevölkerung in Schiiten, Sunniten und Kurden) lähmt die Politik.

Im November vergangenen Jahres einigten sich die großen Fraktionen im irakischen Parlament darauf, das Wahlgesetz zu ändern. Diese Änderungen im Wahlgesetz waren dafür gedacht, sogenannte kleinere Gruppen (die Linken, Demokraten und Liberalen) aus dem Parlament herauszuhalten. So wurde der Irak entsprechend seiner 18 Provinzen in 18 Wahlkreise aufgeteilt, statt alle Provinzen in einen großen Wahlkreis zusammen zu führen, wie die IKP vorgeschlagen hatte, damit keine Wählerstimmen verloren gehen.

Bei der Wahl 2005 gab es 45 Ersatz- oder Ausgleichssitze, die zum Teil an die Parteien vergeben wurden, deren Anzahl gewonnener Parlamentssitze nicht dem eigentlich erhaltenen Stimmenanteil bei der Wahl entsprach. Auch die Stimmen von Exil-Irakern, die aus dem Ausland an den Wahlen teilnahmen, wurden durch diese Ausgleichssitze repräsentiert. So hatten trotz der Aufteilung in mehrere unterschiedliche Wahlkreise auch kleinere Parteien die Chance, im Parlament vertreten zu sein. Mit der Wahlgesetzänderung wurde die Zahl der Ersatzsitze von 45 auf 15 reduziert, 8 dieser Sitze gingen direkt an ethnische Minderheiten (irakische Christen, Yaziden und andere Gruppen), so dass nur noch 7 Ausgleichssitze verblieben sind. Nach dem neuen Wahlgesetz werden diese Sitze sowie alle unbesetzten Parlamentssitze auf die Wahlgewinner entsprechend ihrer Stimmanteile verteilt. So erhalten ohnehin starke Parteien noch mehr Mandate.

Für Unruhe im Vorfeld der Wahlen sorgte auch das sogenannte „Gerechtigkeits- und Rechenschaftsgesetz“ zur Entbaathifizierung des Landes. Es wurde seitens der herrschenden Politiker für ihre Zwecke politisch instrumentalisiert. Mit dem Ausschluss hunderter Kandidaten sollten die Schiiten unter Druck gesetzt werden, Maliki zu wählen, und die Sunniten geschwächt werden. Doch haben die Konservativen und Nationalisten der Iqaiyya-Liste von dieser Maßnahme



eher noch profitiert und großen Zulauf von Sunniten erhalten. Die IKP hält diese Politisierung für falsch. Wenn Anhänger der Baath-Partei in der Vergangenheit Verbrechen begangen haben, sollen sie von einem Gericht verurteilt werden. Durch das aktuelle Verfahren wird die Partei-Anhängerschaft als solche dazu benutzt, andere Menschen politisch zu diskreditieren. Auch acht Mitglieder des neugewählten Parlamentes waren betroffen und vom Ausschluss aus dem Parlament bedroht. Nach einer erneuten Gerichtsentscheidung dürfen sie nun im Parlament bleiben.

Al-Maliki, der seine Liste in der Öffentlichkeit als offen für jeden darstellte, agierte sehr demagogisch. Entscheidende Teile der Liste sind religiös, ansonsten beinhaltet diese Liste nur einzelne politische Personen, die ohne die Liste keinerlei Anbindung an die Bevölkerung hätten.

Auch die Iragiya-Liste ist längst nicht so weltoffen und säkular ausgerichtet, wie von Allawi dargestellt. Sie besteht vor allem aus Nationalisten und Konservativen des alten Systems, Baathisten und sunnitischen Islamisten. Dennoch wird sie massiv von den USA und den arabischen Staaten unterstützt.

In deutschen Medien wurde häufig die These vertreten, dass diese Wahl irakischer sei, weil sie weniger von religiösen Befindlichkeiten geprägt und in der Tendenz stärker auf die nationale Einheit bezogen gewesen sei. Die eigentliche Zusammensetzung der beiden größeren Wahllisten Allawis und Malikis belegt das Gegenteil. Nach der Wahl ist daher zu befürchten, dass die religiösen und ethnischen Probleme besonders deutlich hochkochen werden.

Für die IKP kamen die anderen Listen für eine Mitarbeit nicht in Frage. Al-Maliki wollte nur den Vorsitzenden der IKP und ein Politbüromitglied auf seine Liste nehmen, ohne eine politische Mitwirkung der IKP selbst. Die Liste Al-Hakims und Al-Sader ist rein konfessionell ausgerichtet und scheidet schon aus diesem Grund für eine mögliche Zusammenarbeit aus. Und mit Allawi hatte die IKP es bereits 2005 zu den Wahlen versucht und ist sehr enttäuscht worden. So beschloss die IKP gemeinsam mit anderen Gruppen eine demokratische Liste aufzustellen, die sich Ittihad As-Shaab (Volkseinheit) nannte.

Der Wahlkampf war gut angelaufen. Die IKP ist in Gebiete vorgedrungen, in denen sie 2005 noch nicht präsent war, darunter solche, die damals noch in der Hand von Milizen oder al-Qaida lagen. Es wurde ein offener Wahlkampf mit viel positiver Resonanz in der Bevölkerung geführt. Leider blieb der Erfolg bei den Wahlen aus. Die Wähler orientierten sich bei der Wahl wie zuvor an ethnischen und konfessionellen Gruppen, nicht an Wahlprogrammen. Auch kam hinzu, dass neben der Wahlrechtsänderung viele Probleme des Landes das schlechte Wahlergebnis der demokratischen Liste mit beeinflusst haben: es gibt im Irak 6 Millionen Analphabeten, die Religion hat nach wie vor einen starken Einfluss auf die Gesellschaft. Dazu kommt, dass es viele Fälle von Wahlfälschung gab. Die großen Gruppen, die zur Wahl angetreten waren, hatten in ihrem Einflussgebiet Wähler unter Druck gesetzt. So wurden teilweise Leute dazu gedrängt, auf den Koran zu schwören, einen bestimmten Kandidaten zu wählen, was in einer so religiös geprägten Gesellschaft auf viele Menschen einen großen Einfluss hat.

Die Wahl am 7. März 2010 brachte nun ein Ergebnis, das eine Regierungsbildung sehr erschwert. Zwei große Fraktionen (die „Allianz des Rechtsstaates“ des bisherigen Premier-

ministers Nouri Al-Maliki und die Al-Iraqiya Liste von Iyad Allawi), mit nur zwei Sitzen Unterschied und zwei Fraktionen (Vereinigte Irakische Nationale Allianz – eine stark konfessionelle schiitische Liste, und die Kurdistan-Allianz) sitzen nun zusammen im Parlament. Keine Gruppe kann allein den Ministerpräsidenten wählen.

Auf Grund der vielen Fälschungsvorwürfe, die sich Allawi und Maliki auch gegenseitig vorhielten, wurden mehrere Widersprüche gegen das Wahlergebnis eingelegt. Am 4. Mai begann die Neuauszählung der Stimmen. Doch ist noch gänzlich unklar, inwieweit sich das Ergebnis tatsächlich ändern wird.

Die Amerikaner wollen Allawi als Ministerpräsidenten oder als einflussreiche Person in der neuen Regierung, unter anderem, um die arabische Umgebung des Iraks auf ihre Seite zu ziehen und einen ihnen wohlgesonnenen Mann an der Spitze des Landes zu haben. Die Frage des Truppenabzugs setzt sie unter Termindruck. Daher ist es das Ziel der USA, so schnell wie möglich eine Regierung zu bilden, die positiv zu ihnen steht und im Land für Ruhe und Stabilität sorgen kann.

Doch wie es aussieht, ist die Regierungsbildung alles andere als einfach. Durch das viele Hin und Her und die aktuell geführten Machtkämpfe droht die Gefahr, dass die ins Parlament gewählten Listen sich selbst noch einmal spalten.

Die IKP hat für sich beschlossen, sich an das demokratische Prozedere zu halten und den politischen Prozess nicht zu verlassen. Die demokratische Strömung im Irak muss stärker werden.

Vom „Außenseiter“ zum Mann des Establishments: Jacob Zumas erstes Jahr im Amt als südafrikanischer Staatspräsident

Von Armin Osmanovic, Leiter des Büros Südliches Afrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Johannesburg/Südafrika; aus: www.rosalux.de, Standpunkte 17/2010

Vor einem Jahr – am 9. Mai 2009 – wurde Jacob Zuma in das Amt des südafrikanischen Staatspräsidenten eingeschwo- ren. Die Erwartungen im Land waren hoch. Die Menschen hatten die Hoffnung, dass der neue Präsident energisch die hohe Arbeitslosigkeit und Armut, die weiter anhaltende Kriminalität und die Aids-Pandemie bekämpfen werde. Darüber hinaus verband man mit Zuma auch die Hoffnung auf einen anderen Politikstil, eine größere Bereitschaft zum Dialog. Sein Vorgänger, Thabo Mbeki, wurde als abgehoben und abgeschottet empfunden.

Im parteiinternen Machtkampf gegen Mbeki wurde Zuma vom linken Flügel des ANC, dem Gewerkschaftsdachverband COSATU, der SACP (South African Communist Party) und der ANC-Jugendliga unterstützt. Im Dezember 2007 wurde dieser Konflikt auf dem ANC-Kongress in Polokwane mit der Wahl Zumas zum ANC-Präsidenten entschieden. Im Gegenzug erwarteten die Unterstützer, dass er eine neue Wirtschaftspolitik einleitet, die mit dem alten, von ihnen als neo-liberal und arbeitnehmerfeindlich bewerteten, Programm GE-



AR (Growth, Employment and Redistribution) brechen werde, das 1996 noch unter Nelson Mandelas Präsidentschaft auf Betreiben von Thabo Mbeki und dem damaligen Finanzminister Trevor Manuel verabschiedet wurde.

Jacob Zuma gelang es, im Wahlkampf die Menschen davon zu überzeugen, dass der ANC in den vergangenen Jahren zwar viel, aber längst nicht genug erreicht habe. Er selbst werde nun dafür sorgen, dass eine zukünftige ANC-Regierung unter seiner Führung eine neue Politik verfolgt, die die Probleme des Landes energisch anpackt. Im Wahlkampf warb Zuma für sich mit dem Slogan – „Working together, we can do more. Vote for ANC vote for a better life.“

Zuma – der „Außen-seiter“

Mbeki war lange Liebling der Medien. Er wurde zumeist als scharfsinniger pfeiferauchender Intellektueller porträtiert, der mit klugem Agieren damals vor der Freilassung Mandelas maßgeblich den Weg von der Apartheid in die „Regenbogen-nation“ geebnet hatte. Erst als Mbeki sich jedoch auf un-glaubliche Weise zur AIDS-Pandemie äußerte, den Zusammen-hang des HI-Virus und AIDS in Frage stellte und von einer Verschwörung des Westens gegen sein Land sprach, die Bekämpfung von AIDS vernachlässigte und stärker eine Transformation der südafrikanischen Gesellschaft, die der ethnischen Zusammensetzung Rechnung trägt, eine „Afrika-nische Renaissance“, forderte, wendete sich ein großer Teil der Medien, die in ihm zunächst den Garanten eines demo-kratischen und unternehmerfreundlichen Südafrikas sahen, von ihm ab. Während sich die afrikanischen Intellektuellen, auf die er bei der „Afrikanischen Wiedergeburt“ setzte und die dieses Projekt anfangs unterstützten, vor allem auch wegen seiner AIDS-Politik von ihm distanzieren, empfanden viele „einfache“ ANC-Mitglieder Mbeki als technokratisch, abgehoben und arrogant. Dies manifestierte sich in den Augen vieler insbesondere in der „kaltblütigen“ Art und Weise, in der Mbeki Kritiker und mögliche Konkurrenten ausschaltete. Sein Rückhalt im ANC schwand zudem, weil er zu spät die Sozialpolitik stärkte und stattdessen aus Sicht seiner Kritiker eine zu liberale Wirtschaftspolitik (GEAR) verfolgte, die zudem keine durchgreifende Wende auf dem Arbeitsmarkt brachte. Die Beschäftigung wuchs zwar seit der wirtschaftlichen Stagnationsphase 2001, die offizielle Arbeitslosigkeit ging aber von ihrem Höhepunkt in 2001 mit 26,2 Prozent auf nur 21 Prozent im Jahr 2008 zurück, um dann infolge der Krise wieder auf jetzt 25,2 Prozent anzusteigen. Inoffiziell wird die reale Arbeitslosigkeit in Südafrika jedoch auf über 40 Prozent geschätzt.

Zuma war bis zu seiner Entlassung im Jahr 2005 Vize-Präsident Südafrikas und in dieser Position Teil des ANC-Estab-lishments. Als ANC-Geheimdienstchef während des Apartheidregimes im sambischen Exil gehörte Zuma wie Mbeki zum inneren Kreis der ANC-Führung. Infolge der rechtskräftigen Verurteilung seines Finanzberaters Schabir Shaik wegen Korruption wurde er durch Mbeki 2005 entlassen. Hinter diesem „offiziellen“ Anlass stand aber auch, dass Zuma von Mbeki immer misstrauischer beäugt wurde, da er wegen seiner offenen Art immer mehr zur Anlaufstelle für Kritiker Mbekis wurde. Die ihm zur Last gelegten Korruptionsvorwürfe, die wohl auch vom Mbeki-Lager absichtsvoll geschürt wurden und der Vorwurf der Vergewaltigung, nutzte Mbeki, um Zuma, den er als „Zulu-Bauern“ und „Gefahr für Südafrika“ bezeichnete, loszuwerden.

Zuma wurde zwar vom Vorwurf der Vergewaltigung freigesprochen, gab aber zu, dass er ungeschützten Sex mit einer HIV-positiven Frau hatte. Seine Erklärung, dass er sich anschließend geduscht habe, um sich gegen das Virus zu schützen, löste in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung aus. Zuma wurde in den Medien mit Hilfe des Mbeki-Lagers das Bild eines ungebildeten, traditionellen Zulus verpasst, eines „Außen-seiters“, der dem ANC mit seinem Verhalten schade.

Tatsächlich wuchs Zuma auf dem Lande auf, wo er Ziegen und Kühe hütete bevor er in den ANC eintrat, gefangen genommen wurde und mit Mandela auf Robben Island zehn Jahre in Haft saß. Erst als Erwachsener lernte er Lesen und Schreiben. Dass er von Mbeki und den Medien in die Rolle des „Außen-seiters“ gedrängt wurde, nutzte er geschickt aus. Er positionierte sich als Erneuerer des ANC und als Anwalt all jener, die Mbeki vernachlässigte, vor allem die Armen, die am wachsenden Wohlstand nicht teilhaben. Sein Image als „Außen-seiter“ hat gewiss zu seinem Triumph über Mbeki beigetragen.

Zuma – Mann des „Establishments“

Im Amt des Staatspräsidenten angekommen, gelang es Zuma zunächst, das Vertrauen einer übergroßen Mehrheit zu gewinnen. Die von ihm ernannte Ministerriege wurde von den Medien begrüßt. Trevor Manuel, Finanzminister im Kabinett Mbeki und Garant einer restriktiven Finanzpolitik (somit ein rotes Tuch für den Linken Flügel im ANC, die Gewerkschaften und die SACP), verblieb in Zumas Kabinett als einflussreicher Planungsminister im Präsidialamt. Zum neuen Finanzminister wurde der frühere Chef der Steuerbehörde Pravin Gordhan ernannt.

Mit seinen unerwarteten Besuchen bei protestierenden Townshipbewohnern, die wegen fehlender staatlicher Hilfen auf die Straße gingen, seinem Bekenntnis zu einem Bruch mit der AIDS-Politik Mbekis und wegen seines Aufrufs zu mehr Versöhnung zwischen schwarzen und weißen Südafrikanern wurde er ebenso gelobt wie für seine klareren Worte an das Mugabe-Regime in Zimbabwe. Im November 2009 zeigten sich nach Angaben des Meinungsforschungsinstituts Ipsos Markinor 77 Prozent mit Zuma zufrieden. Das waren 20 Prozentpunkte mehr als im April, bevor Zuma in das Amt des Präsidenten gewählt wurde.

Doch dann begann Zumas Stern zu sinken. Durch die Heirat weiterer Frauen, die Affäre mit einer jüngeren Frau und das daraus hervorgegangene uneheliche Kind verlor er bei der städtischen Bevölkerung merklich an Ansehen. Das Bild vom „ungebildeten und polygamen Zulu“ war wieder bestimmend geworden. Die wirtschaftspolitischen Querelen zwischen der Regierung einerseits und COSATU andererseits trug ein Übriges zum Vertrauensverlust bei. Zum offenen Streit kam es über den Haushalt 2010/2011 und das Bekenntnis der neuen Regierung zu einer starken südafrikanischen Währung sowie dem ehrgeizigen Ziel, die Inflation auf drei bis sechs Prozent zu begrenzen. Eiserner Grundsatz auch der Regierung Zuma ist offenbar die Haushaltsdisziplin. Der neue Haushalt 2010/2011 in Höhe von 907 Milliarden Rand (90 Milliarden Euro und 8,6 Prozent Mehrausgaben im Vergleich zum letzten Haushalt) ist nicht nach dem Geschmack von COSATU, da die Ausgabensteigerung im Bereich der Armutsbekämpfung und der aktiven Beschäftigungspolitik als zu gering angesehen werden.



2010/2011 steigen die Ausgaben für Zinsen und Tilgung durch die vermehrte Schuldenaufnahme zur Bekämpfung der Krise im vorangegangenen Haushaltsjahr um 23,9 Prozent. Die globale Wirtschaftskrise, die eine Rezession in Südafrika auslöste, ließ das Defizit 2009/2010 auf 7,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anschwellen. Im laufenden Haushalt soll das Defizit auf 6,2 Prozent begrenzt werden und 2012/2013 nur noch 4 Prozent des BIP betragen.

Neben der Ausgabendisziplin setzt der laufende Haushalt durchaus auch Akzente in der Sozialpolitik. Die Sozialausgaben steigen überdurchschnittlich; in diesem Jahr (2010) um 9,3 Prozent. Sie betragen nun 497 Milliarden Rand. Insbesondere die Ausgaben für Kindergeld (+13,2 Prozent), Wohnungsbau (+11,2 Prozent) und Bildung (+10,9 Prozent) wachsen vorrangig.

Der Gewerkschaftsdachverband COSATU bezeichnet die Wirtschaftspolitik Zumas als Wählerbetrug. Krisensitzungen zwischen ANC, COSATU und SACP wurden einberufen. Zuma wurde von Opposition und Medien aber auch in den eigenen Reihen aufgefordert, endlich für Ordnung zu sorgen. ANC und SACP verwiesen gegenüber den Kritikern in ihren Stellungnahmen darauf, dass die Regierung Zuma durchaus neue Akzente setze. Nicht nur mittels höherer Sozialausgaben, sondern auch mit dem erweiterten Public Works Programm, das 500 000 Menschen, wenn auch nur für eine begrenzte Zeit, etwa als Bauarbeiter oder als Feuerwehrhelfer, in Lohn und Brot bringe, soll Sozialpolitik gemacht werden. Darüber hinaus setzt Zuma große Hoffnungen in Anstrengungen, die Effizienz der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen, den Kampf gegen die Korruption entschlossen voranzutreiben und bessere Dienstleistungen für die Bürger bereitzustellen. Das soll insgesamt zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen insbesondere der Ärmere führen. Diese Herkules-Aufgabe lastet vor allem auf den Schultern von Collins Chabane, der zum Minister für Performance, Monitoring and Evaluation im Präsidialamt ernannt wurde.

Zuma – Verteidiger des Establishments?

Zuma geriet aber vor allem durch Julius Malema, Präsident der einflussreichen ANC-Jugendliga, unter Druck. Malema war einst ein wichtiger Unterstützer Zumas in der Auseinandersetzung mit Mbeki. Vor den Wahlen 2009 tönte er lautstark, dass er für Zuma sogar „töten“ würde. Von ihm sprach Zuma vor noch nicht allzu langer Zeit als zukünftigen Führer des Landes.

Heute jedoch wird er vor allem durch seine radikalen Äußerungen wahrgenommen. Seine Forderung nach Nationalisierung der südafrikanischen Bergbauwirtschaft ließ Schockwellen durch das Wirtschaftsestablishment laufen. In Malema sehen immer mehr Menschen, gerade auch schwarze Südafrikaner aus der Mittelschicht, einen südafrikanischen Mugabe. Die alte Angst der Weißen, dass sie aus dem Land vertrieben werden, dass Südafrika das gleiche Schicksal wie Zimbabwe erleiden werde, wird wiederbelebt.

Von Zuma erwarteten viele deshalb nicht nur ein Nein zur Nationalisierung, es ging vorrangig darum, Malema loszuwerden oder ihn zumindest deutlich in die Schranken zu weisen. Ein solch radikaler Schritt wiederum wurde Zuma kaum zgetraut. Zuma selbst schloss für die Regierung eine Politik der Nationalisierung der Bergbauwirtschaft aus. Als der südafrikanische Rechtsextremist Eugene Terre'Blanche gewalttätig zu Tode kam, und dies eine heftige Debatte über die Be-

ziehungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Südafrika auslöste, wurde Malema beschuldigt, indirekt mit zum Tod Terre'Blanches beigetragen zu haben. Durch das öffentliche Singen des Liedes „Shoot the boer“ habe er den Rassenhass angestachelt. Im März erklärte der High Court in Gauteng das Lied für verfassungswidrig. Zuma, der letztes Jahr wegen seines Wahlkampfsongs „Bring me my machinegun“ ebenfalls in Kritik stand, betrieb innerhalb des ANC nach dem Tod Terre'Blanches ein Verbot von „Shoot the boer“. Malema fügte sich nur widerwillig. Während seines Besuchs in Zimbabwe im April sang er das Lied erneut. Zudem verteidigte er Mugabes Landreform und bezeichnete die simbabwische Partei MDC (Movement for Democratic Change) als „Micky Mouse Partei“.

In einer am 10. April eilig einberufenen Pressekonferenz griff Zuma dann Malema für seine Äußerungen in Simbabwe sowie die Beleidigung und den Rauswurf eines BBC-Reporters aus einer Pressekonferenz scharf an. Der ANC-Präsident verurteilte Malemas Verhalten als dem ANC nicht angemessen. Malema habe dem ANC schwer geschadet. Disziplinarische Strafen, bis zum Ausschluss aus dem ANC, müssten folgen. Am 3. und 10. Mai erschien Malema vor der Disziplinarkommission des ANC. Die Kommission entschied, dass Malema den ANC mit seinen Äußerungen in Simbabwe in Misskredit gebracht habe. Malema wurde zu einer Strafe von 10.000 Rand verurteilt. Darüber hinaus muss er sich öffentlich bei Zuma dafür entschuldigen, dass er sich despektierlich über Zuma nach dessen Pressekonferenz am 10. April geäußert hatte. Zudem muss sich Malema einer ANC-Schulung in politischer Kultur unterziehen.

Malema – ein neuer Außenseiter auf dem Weg an die Macht?

Zumas eigene politische Wiederauferstehung nach seiner Entlassung aus dem Amt des Vize-Präsidenten zeigt, dass Malema politisch noch lange nicht abgeschrieben werden darf. Malema genießt weiterhin politischen Rückhalt, ist aber auch innerhalb der ANC-Jugendliga keineswegs unumstritten. Unterstützung wächst Malema vor allem von jenen Kräften zu, die sich von der „Regenbogennation“ verraten fühlen, die beklagen, dass sich ihre soziale Lage nicht verbessert und dass die Weißen immer noch den Reichtum des Landes kontrollieren.

Malemas Hauptgegner finden sich bei der Linken, bei COSATU und SACP, die Zuma weiter die Stange halten. Es geht um einen Machtkampf und weniger um politische Inhalte. Die Linke sieht in der Forderung nach Nationalisierung der Bergbauwirtschaft nur den Versuch Malemas und seiner Gefolgsleute, sich persönlich zu bereichern, um damit auch politisch Einfluss zu gewinnen. Als die Presse Malemas persönlichen Reichtum und seine Verbindungen zu Unternehmen, die staatliche Aufträge erhielten, aufdeckte, forderten COSATU und SACP einträchtig, eine Untersuchung des Lebensstils der Regierungsmitglieder und hoher Parteifunktionäre (Life Style Audit).

Ob in Südafrika ein politischer Kurs, wie jener Malemas, überhaupt eine Chance hat, der von vielen als aggressiv und rassistisch empfunden wird und der Pfründe nutzt, um Gefolgschaft zu sichern, wird wesentlich durch die weitere soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes entschieden. Denn wenn Enttäuschung, Ärger und Perspektivlosigkeit weiter zunehmen sollten, kann sich in Südafrika mögli-



cherweise ein Entwicklungsmuster wiederholen, das sich in vielen anderen post-kolonialen Gesellschaften vollzogen hat: Dass nämlich angesichts großer sozialer Ungleichheiten die Herrschenden zu Gewalt greifen, um ihre Macht zu sichern. Südafrikas wirtschaftlich-soziale Lage bleibt angespannt. 2009 gingen fast 900 000 Arbeitsplätze durch die globale Krise verloren. Auch im ersten Vierteljahr 2010 nahm die Zahl der Beschäftigten um 171 000 ab. Die Arbeitslosigkeit stieg um fast einen Prozentpunkt auf 25,2 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Südafrika besonders hoch. Für das gesamte Jahr 2010 wird mit einer Stabilisierung des Arbeitsmarkts gerechnet, denn die Wirtschaft erholt sich und wird dieses Jahr wohl um 2,6 Prozent und 2011 um 3,6 Prozent wachsen. Das Wachstum resultiert vor allem aus dem Export, bzw. dem Preisanstieg der Exportgüter, der durch die weltwirtschaftliche Erholung und vor allem durch die Expansion in Asien angetrieben wird. China und Indien sowie Brasilien werden für Südafrika zu immer wichtigeren Wirtschaftspartnern. Die Zuma-Regierung intensiviert die Beziehungen zu anderen Schwellenländern in Asien und Lateinamerika.

Der wirtschaftliche Effekt der Fußballweltmeisterschaft 2010 wird indessen geringer als erhofft ausfallen, da die Zahl der ausländischen Besucher wegen der globalen Wirtschaftskrise niedriger als erwartet sein wird. In vielen Ländern werden zahlreiche Fußballfans wegen der gestiegenen Arbeitslosigkeit und der Unsicherheit über die weitere Entwicklung die WM am Fernseher erleben. Statt der einst prognostizierten 450 000 WM-Touristen wird nun mit 200 000 bis 350 000 Besuchern gerechnet. Die Hoffnung bleibt, dass sich die hohen Staatsausgaben für den Bau und die Renovierung der Fußballstadien und weitere Infrastrukturinvestitionen (Gau-Train, Neubau des Flughafens in Durban, Erweiterung der Flughäfen in Johannesburg und Kapstadt, große und kleinere Verkehrsprojekte) durch mehr Touristen, die durch die WM auf das Land aufmerksam werden, in den Folgejahren bezahlt machen. Diese hohen staatlichen Aufwendungen wurden angesichts von Armut und Mängeln in der sozialen Infrastruktur stark kritisiert.

Ausblick

Die These, wonach mit Zuma an der Spitze Südafrika den Weg Zimbabwes einschlagen werde, darf nach den ersten 365 Tagen im Amt getrost verworfen werden. Zuma, das zeigt die Auseinandersetzung mit Malema, hat nach anfänglichem Zögern Stellung für eine Politik bezogen, die weiter für Versöhnung, aber auch für einen Neuanfang eintritt. Einige Beobachter vergleichen Zuma deshalb schon mit dem brasilianischen Präsidenten Lula, der dafür gelobt wird, dass er das Land reformiert und ihm, trotz aller Probleme wie der dort auch herrschenden hohen Kriminalität, neues Selbstvertrauen schenkt. Darüber hinaus sei es Lula gelungen, die Ungleichheit effektiv zu bekämpfen und das Land international zu stärken.

Die von Zuma bislang unternommenen Anstrengungen in diese Richtung erscheinen aber insgesamt noch etwas zu zögerlich. Sein Wille, die Landreform neu auszurichten, vom Prinzip „willing seller, willing buyer“ abzurücken, Enteignungen zu erleichtern, um mehr Land an kleinere landwirtschaftliche Betriebe bzw. Genossenschaften umzuverteilen, mag auf seine Entschlossenheit hinweisen, eine erfolgreiche erste Amtszeit abliefern zu wollen, die mehr hinterlässt als eine

wohl alles in allem für das Land wichtige Fußballweltmeisterschaft. Die Fußballweltmeisterschaft, das zeigt die Vorfreude im Land, wird bei aller Kritik an den hohen Ausgaben, die Südafrikaner vier Wochen lang ihr Land so erleben lassen, wie es viele in ihren Träumen sehen: Als ein Land, das gemeinsam das Trennende überwand, den Bürgerkrieg hinter sich ließ und Demokratie erstritt. Zumas politisches Schicksal – und damit tritt er in die Fußstapfen Mandelas – ist auch davon abhängig, dass es in Südafrika gelingt, diesen Traum vom langen Weg zur Freiheit, den auch die Welt mit Südafrika verbindet, tatsächlich zu beschreiten, damit die Lösung der großen Probleme des Landes gelingen kann.

Internationale Umschau

Die Ukraine nach dem politischen Machtwechsel

Von Manfred Schünemann, Vizepräsident des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V.

Nach den Präsidentenwahlen Anfang des Jahres ist es in der Ukraine zu einem politischen Machtwechsel gekommen. Das bisherige Regierungslager mit Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko verlor die Wahlen und befindet sich seither in der parlamentarischen Opposition. Wahlsieger wurde im 2. Wahlgang der Präsidentschaftskandidat der Partei der Regionen (PdR), Viktor Janukowitsch, mit knapp einer Million Wählerstimmen mehr als seine Hauptkonkurrentin Julia Timoschenko. Bezüglich der regionalen Stimmenverteilung gab es gegenüber den Wahlen 2004/2005 und 2007 (letzte Parlamentswahlen) kaum Veränderungen. Viktor Janukowitsch siegte in den bevölkerungsstarken, industriell geprägten östlichen und südlichen Landesteilen und Julia Timoschenko in den zentralen und westlichen Gebieten. Auch nach internationaler Einschätzung verliefen die beiden Wahlgänge korrekt und ohne nennenswerte Fehler oder Manipulationen. Im Vergleich zu anderen postsowjetischen Staaten zeugt das zweifellos von einer relativ stabilen Entwicklung demokratischer Gesellschaftsstrukturen seit Erlangung der Unabhängigkeit.

Die Ursachen für den Wahlsieg von Viktor Janukowitsch sind vielfältig. Er profitierte in erster Linie von der tiefen Enttäuschung breiter Wählerschichten über die Entwicklung in den fünf Jahren der Amtszeit von Viktor Juschtschenko. 2004 hatte die breite Masse der Bevölkerung die sogenannte Orangene Revolution unterstützt, weil man sich davon eine Überwindung der allgegenwärtigen Korruption und Vetternwirtschaft, ein Ende der innenpolitischen Querelen und diverser Affären (Amtsmissbrauch, Manipulierung der Justiz) sowie eine klare Abgrenzung der Machtbefugnisse zwischen Präsident, Werchowna Rada und Regierung erhoffte. Von all diesen Hoffnungen hat sich in der Amtszeit Juschtschenkos nichts erfüllt. Hinzu kamen ein wirtschaftlicher Abschwung mit negativen Folgen im sozialen Bereich infolge der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise, eine ernsthafte



Verschlechterung der Beziehungen zu Russland und Unberechenbarkeiten in der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen. Die Wirtschaftseliten (Oligarchen oder Clans) waren vor allem der ständigen Machtkämpfen und Auseinandersetzungen innerhalb des „Orangen Lagers“ überdrüssig. Sie lasteten die Verantwortung für den politischen Dauerstreit sowohl der Führungsschwäche Juschtschenkos als auch der Machtbesessenheit und Unberechenbarkeit Julia Timoschenkos an. Bei Julia Timoschenko kommt hinzu, dass man ihr nicht vertraut, sondern vermutet, sie verfolge nur Eigeninteressen. Diese Haltung der Wirtschaftseliten trifft sich weitgehend mit der allgemeinen Meinung und Stimmung breiter Bevölkerungskreise.

Auch ein äußerer Faktor war mitentscheidend für den Wahlausgang. Sowohl im Westen als auch in Russland hatte man kein Interesse an der Fortsetzung der personellen und institutionellen Instabilität der vergangenen Jahre. Von daher gab es keine direkte Unterstützung, weder für Janukowitsch noch für Timoschenko. Sowohl die USA und Europa, aber auch Russland waren vor allem an einer raschen Stabilisierung der innenpolitischen Situation in der Ukraine interessiert, um für ihre weitergehenden wirtschaftlichen, politischen und strategischen Zielsetzungen klare und berechenbare Ansprechpartner in der Ukraine zu haben.

Der politische Machtwechsel erfolgte nach der Wahl unerwartet rasch und ohne erneute innenpolitische Zuspitzungen. Bereits wenige Tage nach der Verkündung des amtlichen Wahlergebnisses erfolgte die Amtseinführung des neuen Präsidenten, Viktor Janukowitsch. Bei seiner Vereidigung charakterisierte er die Situation des Landes als „außerordentlich kompliziert“ und nannte drei vorrangige Aufgaben zur Überwindung der krisenhaften Entwicklung in den zurückliegenden Jahren:

1. Die Beendigung des Dauerstreits zwischen Präsident, Regierung und Parlament durch die Bildung einer starken und stabilen Parlamentsmehrheit und durch eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen den einzelnen Machtorganen.

2. Die Erarbeitung und Umsetzung einer langfristigen Strategie zur dauerhaften Stabilisierung der ukrainischen Wirtschaft und zur Überwindung der Folgen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise.

3. Die Verwirklichung eines außenpolitischen Kurses zur Gewährleistung der nationalen Interessen der Ukraine als europäischer, blockfreier Staat durch die Entwicklung gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zu Russland, der Europäischen Union, den USA und anderen Staaten.

Innenpolitische Stabilisierung

Nach dem politischen Machtwechsel gelang es überraschend schnell, die innenpolitische Situation relativ zu stabilisieren. Mit der Bildung einer neuen Parlamentsmehrheit aus den Fraktionen der PdR, des Wahlblockes von Parlamentspräsident Litwin, der Kommunistischen Partei (KPU) sowie fraktionsloser Abgeordneter stehen erstmals seit Jahren Präsident, Regierung und Parlamentsmehrheit nicht mehr in Dauerkonfrontation, sondern folgen einer gemeinsamen politischen Linie. Mit den Stimmen der Parlamentsmehrheit wurde die Regierung Timoschenko entlassen und eine Koalitionsregierung mit Ministerpräsident Mikola Asarow, einem engen Vertrauten von Präsident Janukowitsch, gewählt. Der neuen Regierung gehören Vertreter aller Koalitionsparteien

an, darunter auch der KPU, sowie als Vizepremier der einflussreiche Politiker Sergej Tihipko, der im 1. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen mit beachtlichen 14 Prozent der Wählerstimmen Dritter wurde. Allerdings kam die Parlamentsmehrheit nur durch eine zumindest umstrittene Auslegung der Parlamentsgeschäftsordnung zustande. Bislang konnten nur Fraktionen eine Koalition bilden. Fraktionslose Abgeordnete durften sich nicht beteiligen, so dass ein Verlassen oder Wechseln der Fraktionen weitgehend unterbunden war. Nunmehr, und das zeigt die Entwicklung seither sehr deutlich, schließen sich immer mehr Abgeordnete der Oppositionsfraktionen über den Umweg eines „fraktionslosen Status“ der Regierungsmehrheit an und verfälschen so das eigentliche Ergebnis der letzten Parlamentswahlen. Wie in früheren Wahlperioden werden durch diese Regelung der Mandatsabwerbung und dem „Abgeordnetenkauf“ Tür und Tor geöffnet.

Die relative Stabilisierung der innenpolitischen Situation wurde auch durch umfangreiche Personalveränderungen in den wichtigsten zentralen und regionalen Verwaltungen erreicht. Sie sind inzwischen weitgehend mit Vertrauenspersonen des Präsidenten besetzt. Die gegenseitigen Blockaden zwischen Exekutive und Legislative konnten so überwunden werden.

Wie dauerhaft diese Entwicklung ist, lässt sich noch nicht prognostizieren. Nicht zuletzt hängt das von der angestrebten Verfassungsänderung ab, für deren Verabschiedung in der Werchowna Rada die Zustimmung zumindest von Teilen der parlamentarischen Opposition notwendig wäre. Diese ist aber bemüht, die Entscheidung darüber möglichst zu verzögern, um die nächsten Wahlergebnisse abzuwarten (im Herbst sollen die verschobenen Regionalwahlen stattfinden). Bis dahin hofft man, die Niederlage bei den Präsidentenwahlen zu verarbeiten und durch ein Zusammengehen in der Opposition neue Stärke zu gewinnen.

Bislang ist es aber Julia Timoschenko und ihren Anhängern nicht gelungen, die Differenzen mit dem Juschtschenko-Lager zu überwinden und eine einheitlich agierende Opposition mit Massenbasis zu organisieren. Zwar hat sich Julia Timoschenko von Anhängern ihrer Partei (BJUT) und „Abtrünnigen“ der Juschtschenko-Partei „Unsere Ukraine/Selbstverteidigung des Volkes“ zur „offiziellen“ Oppositionsführerin wählen lassen, eine Mitarbeit in den sogenannten Volkskomitees zur Verteidigung der Ukraine lehnen jedoch wichtige Oppositionspolitiker wie Viktor Juschtschenko, Alexej Jazenjuk und Boris Tarassjuk ab. So blieben die von den „Volkskomitees“ organisierten Protestaktionen gegen die Regierungspolitik, wie z. B. „Massenproteste“ gegen den Besuch des russischen Präsidenten Dmitri Medwedjew in Kiew, ohne wirkliche Massenbasis.

Für die weitere innenpolitische Entwicklung wird entscheidend sein, ob es Präsident Janukowitsch und der Parlamentsmehrheit gelingt, die bereits angekündigten und zweifellos notwendigen Änderungen der Verfassung zur Kompetenzabgrenzung zwischen Legislative und Exekutive sowie zwischen den Machtorganen durchzusetzen. Gegen die beabsichtigte Änderung des Wahlgesetzes für die Parlaments- und Regionalwahlen – Rückkehr zum gemischten Wahlsystem (50% der Mandate über Parteienlisten und 50 Prozent Direktmandate) – regt sich aber auch innerhalb der Parlamentsmehrheit bereits Widerstand. Die kleineren Koalitionspartner (KPU und Block Litwin) befürchten, durch eine sol-



che Wahlrechtsänderung benachteiligt zu werden und künftig eventuell überhaupt keine Mandate mehr zu gewinnen. Auch bei der Opposition gibt es starke Vorbehalte.

Wirtschaftliche Stabilisierung

Auf dem zweiten Hauptfeld der Regierungsarbeit, der wirtschaftlichen Stabilisierung, konnten seit dem politischen Machtwechsel bisher nur erste Schritte realisiert werden. Mit der Preisfestlegung für die russischen Erdgaslieferungen konnte die ukrainische Regierung unter Ministerpräsident Alexej Asarow Ende April endlich den diesjährigen Staatshaushalt durch die Werchowna Rada bringen. Er sieht eine Neuverschuldung von etwa 5 Prozent des für 2010 geplanten Bruttosozialprodukts vor und entspricht somit der Hauptforderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Freigabe der im letzten Jahr stornierten Raten eines 16-Milliarden-Kredits. Ob sich der IWF nunmehr zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Ukraine bereit erklärt, ist noch offen. Neue sozial-ökonomische Forderungen (besonders Kürzungen im Sozialbereich) des IWF sind ebenso wenig auszuschließen, wie weitere Verzögerungen aus politischen Gründen.

Begünstigt durch die Abschwächung der Krisenfolgen für die Weltwirtschaft und die Verbesserung der internationalen Konjunkturlage sowie durch eine merkliche Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland und den anderen GUS-Ländern konnte der dramatische Rückgang der wirtschaftlichen Gesamtleistung der Ukraine (Rückgang des BIP im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um etwa 15%) im I. Quartal 2010 gestoppt werden. Das BIP wuchs im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4,8 Prozent und die Industrieproduktion um 10,8 Prozent. Die Inflationsrate betrug etwa 11 Prozent. Im Außenhandel erhöhte sich der Anteil der GUS-Länder am Gesamtexport auf 38 Prozent (2009 = 33,1%). Der Anteil der EU-Länder verringerte sich um 3 Prozent auf 23,5 Prozent. Die Importe sanken gegenüber 2009 aus beiden Regionen geringfügig.¹ Durch den leichten wirtschaftlichen Aufschwung war es möglich, Kürzungen bei den Einkommen und Sozialleistungen zu vermeiden und eines der Wahlversprechen (Rentenzuschlag für Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges) zu erfüllen. Der Etatberechnung für 2011 legt die Regierung eine weitere Stabilisierung der ukrainischen Volkswirtschaft zu Grunde. Unwägbarkeiten können aber aus der Euro-Krise und einer Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar entstehen.

Zur Überwindung der Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und einer nachhaltigen Stabilisierung der ukrainischen Volkswirtschaft fehlt bisher ein realistisches Gesamtkonzept. Präsident Janukowitsch und die neue Regierung orientieren vorrangig auf die Wiederbelebung und den zielgerichteten Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland. Dabei geht es neben einer dauerhaften Versorgung der Ukraine mit russischen Energieträgern zu möglichst stabilen Bezugspreisen und Lieferbedingungen um den Ausbau der traditionellen Zusammenarbeit und Kooperation in Bereichen des Maschinen- und Anlagenbaus, des Flugzeug- und Schiffsbaus, der Raketen- und Weltraumtechnik, der Nahrungsgüterwirtschaft und energetischer Zukunftstechnologien. Mit dem 10-Jahres-Abkommen über die Liefer- und Zahlungsbedingungen für russisches Erdgas in die Ukraine und für den Erdgastransit durch die Ukraine nach Westeuropa wurde hierzu eine wesentliche Grundlage

geschaffen und zugleich ein Hauptstreitpunkt in den gesamten Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland beseitigt. Weitere wichtige Abkommen für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurden während einer Tagung der Ukrainisch-Russischen Kommission unter Leitung der Präsidenten beider Länder im Mai in Kiew unterzeichnet. Zu weitergehenden Integrationsvereinbarungen (Reaktivierung des Gemeinsamen Wirtschaftsraumes mit Russland, Belarus und Kasachstan; Errichtung einer Freihandelszone zwischen diesen Ländern; Zollunion) konnte sich aber auch die neue ukrainische Führung – trotz Drängens von russischer Seite – bisher nicht entschließen. Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass solche Abkommen der WTO-Mitgliedschaft der Ukraine und dem Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der EU widersprechen würden. Sollten sich die Verhandlungen mit der EU allerdings weiter verzögern und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Ukraine in Folge der Euro-Krise verschlechtern, ist eine verstärkte Einbindung in integrative Strukturen innerhalb des postsowjetischen Raumes nicht auszuschließen.

Rückkehr zur außenpolitischen Balancepolitik

Bereits bei seinem Amtsantritt hatte Präsident Janukowitsch erklärt, dass er zwar an der Politik der europäischen Orientierung grundsätzlich festhalte, die Ukraine sich aber künftig als „Brücke zwischen Ost und West, als integraler Teil Europas und der früheren UdSSR“ verstehe und sich für die Gestaltung „gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zur Russischen Föderation, zur Europäischen Union, zu den USA und anderen Ländern“ einsetzen werde.² In Verwirklichung dieser Orientierung wurden seit dem politischen Machtwechsel bereits deutliche Zeichen gesetzt. Vor allem wurde begonnen, das Verhältnis zwischen der Ukraine und Russland vom „Ballast“ aus der Zeit der Präsidentschaft Juschtschenkos zu befreien, um einen qualitativen Neuanfang in den ukrainisch-russischen Beziehungen zu ermöglichen. Mit dem Abkommen zur Verlängerung des Stationierungsvertrages für die Russische Schwarzmeerflotte in Sewastopol und den Vereinbarungen auf wirtschaftlichem Gebiet konnte das in den letzten Jahren untergrabene Vertrauensverhältnis zwischen beiden Ländern wiederhergestellt werden. Auf allen Ebenen – zwischen den Präsidenten, Regierungen, staatlichen Verwaltungen und Institutionen bis hin zu den Regionen – finden wieder regelmäßige Konsultationen und ein intensiver Meinungsaustausch statt. Das betrifft auch strittige Fragen wie den Grenzverlauf im Asowschen Meer und in der Meerenge von Kertsch sowie die Bezahlung kommunaler Dienstleistungen in Sewastopol.

Ein Beitrag zur Stärkung der Vertrauensbasis zwischen beiden Ländern ist auch ein wesentlich offenerer Umgang mit der jüngsten Geschichte beider Völker. Die Geschichtsdiskussion hatte in den zurückliegenden Jahren die Beziehungen zwischen beiden Ländern immer wieder stark belastet. In diesem Jahr wurde der Jahrestag des Sieges über Hitlerdeutschland im Großen Vaterländischen Krieg nun wieder gemeinsam und in enger Abstimmung zwischen den Staatsführungen beider Länder begangen. Von russischer Seite wurde dabei mit Genugtuung vermerkt, dass in diesem Jahr nationalistische Geschichtsinterpretationen in der Ukraine keine offizielle Unterstützung fanden. In gleicher Weise fand in der Ukraine hohe Anerkennung, dass Präsident Medwedjew bei seinem Besuch in Kiew der Millionen Opfer des Golo-



domor (Hungertod und Repressionen Anfang der 1930er Jahre) an der Gedenkstätte gedachte.

Eine erste positive Bilanz seiner veränderten Russlandpolitik zog Präsident Janukowitsch bereits. In einer Fernsehansprache erklärte er: „Nach fünf Jahren, in denen Russland als Feindbild aufgebaut wurde, war es keine leichte Aufgabe, das Vertrauen der russischen Führung in die Ukraine wiederzugewinnen. Es ist aber gelungen. Von jetzt an gestaltet sich der Dialog mit unserem großen Nachbarn nach den Prinzipien der Gleichheit, der guten Nachbarschaft und des gesunden Pragmatismus – nicht der Konfrontation und antirussischer Rhetorik.“³

Die neue Russlandpolitik von Präsident Janukowitsch findet in der Ukraine nicht nur Zustimmung, sondern stößt auf Vorbehalte und scharfe Ablehnung bei Teilen der parlamentarischen Opposition und im national-konservativen Lager. Sie sehen besonders in der Verlängerung des Stationierungsabkommens für die Russische Schwarzmeerflotte in Sewastopol bis 2042 einen „Verrat nationaler Interessen“ und eine erneute „Unterwerfung der Ukraine unter Russland“. Auch in Teilen der Bevölkerung, besonders in der Westukraine, gibt es Besorgnisse, die Kiewer Führung könnte mit der neuen Russlandpolitik die Unabhängigkeit der Ukraine aufs Spiel setzen. Nicht zuletzt deshalb betonen Präsident Janukowitsch und die neue Regierung immer wieder, dass sich am Kurs der europäischen Orientierung nichts ändere. So war es ein vorrangiges Ziel von Präsident Janukowitsch, unmittelbar nach seinem Amtsantritt in Washington und Brüssel die Fortsetzung der Politik der europäischen Orientierung zu betonen und um Verständnis für die Ausgleichspolitik gegenüber Russland zu werben. Auch das für die innenpolitische Stabilität wichtige Verhältnis zu den Nachbarländern Polen, Slowakei und Ungarn blieb trotz der Ausgleichspolitik mit Russland ohne Belastungen. Lediglich die Beziehungen zu Rumänien und Moldova haben sich in den letzten Wochen deutlich abgekühlt. Ursache dafür sind zum einen die Reaktivierung von Bestrebungen zur Angliederung Moldovas an Rumänien und zum anderen rumänische Gebietsansprüche im Bereich der Donaumündung sowie völkerrechtswidrige Praktiken zur Ausgabe rumänischer Pässe an ukrainische Staatsbürger. Von ukrainischer Seite wurde dazu wiederholt betont, dass „die Position der Ukraine auf dem Grenzabkommen zwischen beiden Staaten von 2003 beruht und keine Absicht besteht, die vereinbarte Grenzlinie mit Rumänien zu verändern“.⁴

Von Bedeutung für die künftige Entwicklung in dieser Region ist auch eine Wiederannäherung der Positionen Russlands und der Ukraine zur Lösung des Transnistrienkonflikts. In den Jahren der Präsidentschaft Juschtschenkos hatte sich die ukrainische Haltung immer stärker den Positionen der USA und der EU angenähert, die vor allem auf einen Abzug der russischen Militärbeobachter von der Grenze zwischen Moldova und der formal selbstständigen Dnestr-Region sowie auf die bedingungslose Rückkehr des Gebietes in den moldauischen Staatsverband orientiert. In einer Gemeinsamen Erklärung anlässlich des Besuches von Präsident Medwedjew in Kiew (Mai 2010) wurde nunmehr nachdrücklich sowohl die „wichtige, stabilisierende Rolle der jetzigen Friedensmission in der Region“ unterstrichen als auch die Forderung betont, „alle einseitigen Aktionen zu unterlassen, die zu einer Verschärfung der Situation in der Region und zur Verschlechterung der Perspektiven einer Konfliktregulierung“

führen könnten.⁵ Bedeutsame Änderungen zeichnen sich nach dem politischen Machtwechsel auch in der sicherheitspolitischen Orientierung der Ukraine, vor allem hinsichtlich einer Mitgliedschaft in der NATO, ab. Bereits bei seinem Amtsantritt erklärte Präsident Janukowitsch, dass ein Beitritt zur NATO nicht die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung finde und deshalb nicht auf der Tagesordnung stehe. Zugleich sprach er sich dafür aus, den „blockfreien Status der Ukraine“ in der Verfassung zu verankern. Entsprechend dieser Linie wurden alle Aktivitäten für einen raschen NATO-Beitritt beendet und die von Juschtschenko dafür geschaffenen Regierungskommissionen wieder aufgelöst. Erstmals nach den Jahren der Amtszeit Juschtschenkos wurden mit Russland wieder gemeinsame sicherheitspolitische Positionen vereinbart. In einer Gemeinsamen Erklärung zur europäischen Sicherheit sprechen sich beide Länder für „verpflichtende Garantien einer gleichen und unteilbaren Sicherheit für alle Staaten des euroatlantischen Raumes“ aus und unterstützen in diesem Zusammenhang den Medwedjew-Vorschlag für den Abschluss eines Vertrages zur europäischen Sicherheit.⁶

Trotz der spürbaren Veränderungen in den sicherheitspolitischen Prioritäten ist eine vollständige Abkehr von den bisherigen Positionen nicht zu erwarten, schon um sich Optionen in der Politik gegenüber Russland offen zu halten. Präsident Janukowitsch und die neue ukrainische Führung haben deshalb mehrfach betont, dass die Zusammenarbeit mit der NATO fortgesetzt und alle übernommenen Verpflichtungen erfüllt werden. So bestätigte die Werchowna Rada mit den Stimmen der Regierungsfractionen im Mai das Präsidialdekret über die Durchführung gemeinsamer Militärübungen mit NATO-Truppen auf dem Territorium der Ukraine. Danach sind 2010 neun bi- und multilaterale Militärübungen vorgesehen, darunter die mit US-amerikanischer Beteiligung „Sea-Breeze 2010“ und „Rapid Trident 2010“. Gegen die Durchführung gleicher Übungen im Vorjahr hatte die Partei der Regionen noch Protestaktionen auf der Krim mitorganisiert. Die Widersprüchlichkeit der derzeitigen Haltung kommt auch in der Weiterführung der ukrainischen Beteiligung an allen wichtigen Militäraktionen der NATO, an der „gemeinsamen Bekämpfung neuer, nichtmilitärischer Gefahren“ sowie am „Ausbau der operativen Möglichkeiten der NATO“, insbesondere der Schnellen Eingreiftruppe, zum Ausdruck. Grundlage für diese Zusammenarbeit bleiben die „Charta der besonderen Partnerschaft“ (1997) und die „Nationalen Aktionsprogramme“, die seit 2008 anstelle des Aktionsplanes für die NATO-Mitgliedschaft (MAP) jährlich mit der NATO vereinbart werden. Von Seiten der NATO zeigt man sich deshalb auch nach dem politischen Machtwechsel in der Ukraine außerordentlich zufrieden mit der ukrainischen Haltung. So bezeichnete es der stellvertretende NATO-Generalsekretär, Jiri Sedivy, als „beispiellos“, dass ein Land nationale Jahresprogramme zur Vorbereitung auf die Mitgliedschaft erfülle, ohne an der Absicht festhalten zu wollen, einen Antrag um Aufnahme in die Allianz zu stellen. Nicht zuletzt deshalb sind die Reaktionen des Westens auf gewisse Modifizierungen in der ukrainischen Außen- und Sicherheitspolitik bisher von Zurückhaltung geprägt. So zeigte die US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton Verständnis für die Verlängerung des Stützpunktabkommens für die Russische Schwarzmeerflotte in Sewastopol und erklärte, der Vertrag sei „Teil der von Präsident Janukowitsch angekündigten Balancepolitik“.⁷ Natur-



lich spielen für diese zurückhaltende Reaktion auch grundsätzlichere Überlegungen in den USA (Zusammenarbeit mit Russland) und in der EU (Erweiterung der Zusammenarbeit, aber keine Mitgliedschaft) eine Rolle.

Ausblick

Durch den Wechsel im Präsidentenamts haben sich in der Ukraine weder die inneren Bedingungen (politisches Kräfteverhältnis; Wirtschaftskrise; Spaltung der ukrainischen Gesellschaft), noch die äußeren Rahmenbedingungen (Interessen Russlands und des Westens) grundsätzlich verändert. Deshalb werden Janukowitsch und die neue Regierungskoalition auch mit den gleichen Problemen und Aufgaben konfrontiert, wie Juschtschenko, Timoschenko und Kutschma in den Jahren zuvor. Es wurde auch kein wirklicher Machtwechsel vollzogen. Die Wirtschaftskreise, die hinter den politischen Gruppierungen stehen, haben alle ihre Machtpositionen gesichert. Der KPU-Vorsitzende Petro Simonenko hat Recht mit seiner Einschätzung, dass die Wahl lediglich eine „Machtumverteilung unter Clan-Gruppen“ war. Allerdings, und das eröffnet Chancen, differieren deren Zielsetzungen und Interessen. Die Clans in der von der Schwerindustrie geprägten Ostukraine haben ein starkes Interesse an der Kooperation mit der russischen Wirtschaft. Andere und die Kiewer Banken stehen hinter Julia Timoschenko und haben ein stärkeres Interesse an der Zusammenarbeit mit dem westlichen Bankkapital, dem IWF, der Weltbank und westeuropäischen Geldgebern. Beide Gruppierungen sind jedoch sowohl an guten Beziehungen zum Westen als auch zu Russland interessiert. Durch den Präsidentenwechsel öffnen sich bei Festhalten an den Grundpositionen also Möglichkeiten für Kurskorrekturen sowohl gegenüber Russland als auch gegenüber dem Westen. Diese „Balancepolitik“ wurde bereits in den Jahren der Präsidentschaft Leonid Kutschmas (1994 – 2004) praktiziert, endete dann aber mit der sogenannten Orangenen Revolution in der klaren Westorientierung und scharfen Abgrenzung der ukrainischen Führung um Viktor Juschtschenko von Russland. Allerdings haben sich seither die internationalen Rahmenbedingungen für die Ukraine verändert. Russland hat seine politischen, wirtschaftlichen und militärischen Positionen wesentlich gestärkt. Die USA unter Präsident Obama verzichten bisher gegenüber Russland weitgehend auf einen Konfrontationskurs und streben auf Teilgebieten eine engere Kooperation an. Die Europäische Union hält an ihrer Position fest, die Kooperation mit der Ukraine auszubauen, aber auf absehbare Zeit keine Mitgliedschaft zu gewähren. Alle Seiten (Russland und der Westen) sind auf Grund ihrer Interessenlage vorrangig an einer innenpolitischen Stabilisierung und Berechenbarkeit der Ukraine interessiert. Daraus erwachsen für die neue ukrainische Führung in den nächsten Jahren zumindest Chancen für eine erfolgreichere „Balancepolitik“ zwischen Russland und dem Westen, durch die die innere Stabilität der Ukraine eine zusätzliche Stärkung erfahren könnte.

Anmerkungen

- 1 Alle Zahlenangaben vgl. Statistisches Amt der Ukraine, <http://www.ukrstat.gov.ua>
- 2 Rede des Präsidenten der Ukraine Viktor Janukowitsch in der Werchowna Rada am 25.2.2010, <http://president.gov.ua>
- 3 Fernsehansprache von Präsident Viktor Janukowitsch am 29.4.2010, www.president.gov.ua
- 4 Nachrichtenagentur UKRINFORM v. 15.4.2010, <http://www.ukrinform.ua>

- 5 Gemeinsame Erklärung der Präsidenten der Russischen Föderation und der Ukraine zur Transnistrienregelung v. 17.5.2010, <http://news.kremlin.ru>
- 6 Vgl. Gemeinsame Erklärung der Präsidenten der Russischen Föderation und der Ukraine zur europäischen Sicherheit v. 17.5.2010, <http://news.kremlin.ru>
- 7 Vgl. Nachrichtenagentur UKRINFORM v. 23.4.2010, <http://www.ukrinform.ua>

Chinas Modell ist Versuch und Irrtum

Von John und Doris Naisbitt; aus: *Spiegel online*, 5. Februar 2010. Das Interview führte Christian Stöcker

Das Bestseller-Autorenpaar, das seit Jahren im Land lebt, spricht über Demokratie, Google – und lobt die heutige Volksrepublik als erfolgreiche Konkurrenz zum westlichen Modell.

● **Spiegel online: Google ist offenbar dabei, sich aus China zurückzuziehen - mit der Begründung, es habe Hacker-Attacken gegeben, außerdem wolle man nicht mehr bei der Zensur von Suchergebnissen mitmachen. Ist das sinnvoll?**

John Naisbitt: Google hat einen Vertrag gebrochen. Um eine Lizenz zu bekommen, haben sie eingewilligt, bestimmte Suchanfragen nicht zuzulassen. Und jetzt, vier Jahre später, sagen sie: „Wir machen nicht mehr mit, weil wir gehackt worden sind.“ In Russland sind die Hacker viel aggressiver und zahlreicher, aber da sagt Google nichts. Dort haben sie einen großen Marktanteil, in China nicht. Sie brechen ihren Vertrag und schieben die Schuld jemand anderem in die Schuhe. Jack Ma, der Gründer von Alibaba.com pflegt zu sagen: „Verlierer haben immer eine Entschuldigung.“

● **Spiegel online: Sie glauben also, Googles Protest ist eine PR-Aktion?**

Doris Naisbitt: Wir können das nicht mit Sicherheit sagen, aber ein Geschenk ist es in jedem Fall! Was für einen phantastischen Marketing-Effekt das für Google hat – der David zu sein, der gegen Goliath kämpft.

John Naisbitt: Angenommen, es ist eine PR-Nummer – dann hätte sie kaum erfolgreicher sein können. Denn nun stellt sich die US-Außenministerin Hillary Clinton, ohne Verständnis für die Vertragssituation, auf Googles Seite und macht das Internet zu einem Thema der US-Außenpolitik. Das Ganze fängt mit einer Vertragsstreitigkeit an und endet damit, dass die Außenministerin zur Google-Sprecherin wird.

● **Spiegel online: Ist die chinesische Regierung überhaupt darauf ausgelegt, auf Druck von außen zu reagieren – egal ob von einer anderen Regierung oder einem Unternehmen wie Google?**

John Naisbitt: Sie ist darauf ausgelegt, Druck von außen zu widerstehen. Sie können es überhaupt nicht leiden, herumgeschubst zu werden. Sie können es nicht leiden, dass Google es aussehen lässt, als ob es ihr Fehler wäre, obwohl doch Google die Sache angezettelt hat. Ich glaube, sie sind wirklich sauer. In China unterschreibt man nie etwas, wenn man ein Geschäft abschließt, man gibt sich nur die Hand. Al-



les basiert auf Vertrauen. Aber wenn man das Vertrauen enttäuscht, ist man erledigt. Dieser Vertrauensbruch ist für die Chinesen eine sehr ernste Sache.

● **Spiegel online: Also geht es hier im Kern um einen kulturellen Konflikt?**

John Naisbitt: Hillary Clinton fährt nach China. Bei den Menschenrechtlern zu Hause wird sie heftig kritisiert, weil sie ihre Themen nicht anspricht. Jetzt gibt ihr Google eine Chance, sich reinzuwaschen, indem sie sich in der Zensurfrage auf ihre Seite stellt. Für die USA ist das alles also höchst politisch. Aber für die Chinesen ist es ein kulturelles Thema.

● **Spiegel online: Eine Kernthese Ihres Buches „Chinas Megatrends“ ist, dass China ein politisches System entwickelt hat, das nun mit westlichen Demokratien konkurriert. Wie meinen Sie das?**

Doris Naisbitt: Im westlichen Mehrparteiensystem wird Macht durch Wahlen legitimiert. Partei A versucht, Partei B schlecht aussehen zu lassen, und umgekehrt. Es ist ein ständiges Tauziehen. In China überlegt die Regierung und entscheidet dann. Auch dort wird diskutiert, da arbeiten sehr intelligente Leute, gebildet und gut ausgebildet. Sie legen ein Ziel fest. Dann ziehen alle an einem Strang, um einen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen die Menschen sich bemühen können, dieses Ziel zu erreichen. Der große Vorteil ist: Wenn die Regierung unsicher ist, ob etwas funktionieren wird, kann sie eine Sonderzone einrichten, um es auszuprobieren.

John Naisbitt: Versuch und Irrtum. Da läuft das größte experimentelle Programm, das die Welt je gesehen hat. Die Chinesen haben ein wunderbares Sprichwort: „Den Fluss überqueren, indem man die Steine ertastet.“ Sie versuchen unterschiedliche Sachen, Initiativen von der Basis her, sehr dezentral. Was funktioniert, wird übernommen, was nicht funktioniert, verworfen. Es gibt viele Beispiele für Initiativen von unten, die von der Führung akzeptiert und dann in Vorschriften fürs ganze Land umgewandelt werden. Es ist eine beratende Demokratie.

Doris Naisbitt: Nehmen sie die Debatte über die Gesundheitsreform in den USA. In China hätte man das einfach in einem kleinen Teil des Landes ausprobiert. Aber in westlichen Demokratien geht das nicht.

● **Spiegel online: In Deutschland ginge es schon aufgrund der Verfassung nicht - Ungleichbehandlung in einem so fundamentalen Bereich, nur aufgrund des Wohnorts, das erlaubt unser Grundgesetz nicht.**

Doris Naisbitt: Die Chinesen würden nicht von Ungleichbehandlung sprechen. Sie würden sagen: „Wenn es funktioniert, bekommen wir das auch. Und wenn nicht, trifft es nur die.“ Im Westen ist die Legitimation der Regierenden der Gewinn einer Wahl. In China sind es die erreichten Ergebnisse.

● **Spiegel online: Und was ist an diesem Prozess demokratisch?**

John Naisbitt: Was bedeutet denn Demokratie? Herrschaft des Volkes. In China reagiert man jedenfalls auf die Bedürfnisse des Volkes. Sie müssen das nicht glauben. Aber eine Studie des amerikanischen Pew-Instituts hat ergeben, dass die chinesische Regierung 89 Prozent Zustimmung be-

kommt in ihrem Land. Es gibt dort viel Freiheit, Offenheit. Unternehmer und Künstler lieben das. Die Energie, die das freisetzt, ist in China mit Händen zu greifen.

● **Spiegel online: Im Westen wird China weniger als „beratende Demokratie“ gesehen, sondern eher als eine korrupte Version des kommunistischen Systems, in der die Mächtigen gelernt haben, kapitalistische Strukturen zu ihrem Vorteil auszunutzen.**

Doris Naisbitt: Und das passiert durchaus. In manchen Provinzen gibt es vielleicht lokale Machthaber, die ihre Macht zum eigenen Vorteil missbrauchen. Aber die Zentralregierung arbeitet fieberhaft dagegen an. Wir haben in unserem Institut chinesische Medien ausgewertet. Die meistbehandelten Themen sind Korruption und die Umwelt. Chinas Journalisten sind überwiegend in den Zwanzigern. Diese Generation betrachtet ihr Land äußerst kritisch. Auf der einen Seite sind sie sehr stolz auf China, andererseits sind sie kritisch und sprechen Probleme an. Und es wird ihnen zunehmend gestattet, das auch sehr direkt zu tun.

● **Spiegel online: Ohne Angst vor Repressalien?**

Doris Naisbitt: Sie hätten schon Angst, einen Artikel zu veröffentlichen mit dem Inhalt: „Wir wollen die Regierung stürzen.“ Das ist eine rote Linie, die man nicht überschreitet. Aber sehr wenige Chinesen wollen die Regierung tatsächlich stürzen. Das ist eine Fehlwahrnehmung im Westen.

John Naisbitt: Das größte Problem, das wir im Westen haben, ist die Überzeugung, dass da drüben immer noch die kommunistische Partei regiert. Den Namen haben sie behalten - aber das sind keine Kommunisten. China ist ein Land ohne jede Ideologie. Es gibt keinen Kapitalismus, keinen Kommunismus, nur ein pragmatisches, schrittweises Vorgehen um eine neue, erfolgreiche Gesellschaft zu schaffen.

● **Spiegel online: In Ihrem Buch erwähnen Sie, dass Chinas früherer Staatschef Jiang Zemin Sie einmal gebeten hat, doch ein Buch wie ihren Bestseller aus den Achtzigern, „Megatrends“ über China zu schreiben. Zehn Jahre später haben Sie dann Ihr Institut in Tianjin gegründet, nun dieses Buch veröffentlicht. Was antworten Sie Kritikern, die sagen, China habe sie gekauft, um im Westen PR für die Regierung zu machen?**

Doris Naisbitt: Wirtschaftlich wäre es viel lohnender gewesen, ein Anti-China-Buch zu schreiben. Da gibt es keinen finanziellen Anreiz.

John Naisbitt: Wir haben ein Institut, das wir selbst finanzieren. Wir nehmen kein Geld von der Regierung, und sie bietet uns auch keines an. Unser Institut ist eine unabhängige Einrichtung. Wir haben zwar wunderbare Räumlichkeiten in der Tianjin University, aber nur weil man dort glaubt, dass das der Universität nutzt, um Studenten anzuziehen und so weiter - gegenseitiger Nutzen. Aber wir bekommen von niemandem Geld.



Wir sind es gewohnt, die Besten zu sein

Interview mit Prof. Yan Xuetong, Dekan der Fakultät für Internationale Studien an der Qinghua-Universität Peking; aus: Berliner Zeitung, 13. April 2010. Das Gespräch führte Bernhard Bartsch.

● **Professor Yan, trotz des gespannten Verhältnisses zwischen China und den USA reist Präsident Hu Jintao zum Atomsicherheitsgipfel nach Washington. Hat Peking dem amerikanischen Druck nachgegeben?**

Nein, die Initiative kam aus dem Weißen Haus. Obama hat kürzlich auf eigene Anregung ausführlich mit dem neuen Botschafter Chinas gesprochen. Auf dieses Gespräch hat China positiv reagiert.

Der Konfrontationskurs mag damit fürs erste beendet sein, aber die Konflikte um Tibet, Taiwan, Währungsmanipulationen oder Internetzensur bleiben. In Peking ist immer häufiger zu hören, Obama betreibe eine antichinesische Eindämmungspolitik.

Ich glaube nicht, dass Obama grundsätzlich die Eindämmung Chinas verfolgt – eine solche Strategie hätte in der heutigen globalisierten Welt auch keine Erfolgsaussichten. Aber seine Politik enthält einige Eindämmungselemente. Zum Beispiel hält er am Waffenembargo gegen China fest.

● **Damit reagierten Amerikaner und Europäer 1989 auf das Tiananmen-Massaker.**

Das Embargo ist ein Versuch, China militärisch zu isolieren. Deshalb ist das chinesisch-amerikanische Verhältnis sehr kompliziert: Im sozialen und kulturellen Bereich sind wir Freunde, und ökonomisch sind wir Partner. Aber politisch sind wir Rivalen und im Sicherheitsbereich Wettbewerber.

● **Eine echte Freundschaft, wie sie Obama zu Beginn seiner Präsidentschaft beschwor, ist also unmöglich?**

China und die USA haben bestenfalls eine oberflächliche Freundschaft. Es geht ständig auf und ab, und daran wird sich vorerst auch nichts ändern lassen. Unsere politischen Systeme funktionieren eben ganz unterschiedlich. Die amerikanische Chinapolitik ist stark von der aktuellen nationalen Interessenlage gesteuert. Im Moment ist es für Obama wichtig, dass China am Atomsicherheitsgipfel teilnimmt, also hat er sich um eine Annäherung bemüht. Für Chinas Politik stehen dagegen immer eher grundsätzliche strategische Fragen im Vordergrund.

● **Wenn es Teil der chinesischen Strategie ist, westliche Politiker von Treffen mit dem Dalai Lama oder Waffenverkäufen an Taiwan abzuhalten, war die chinesische Außenpolitik in den letzten Jahrzehnten aber nicht besonders erfolgreich.**

Mit dem Beginn der Reformen im Jahr 1978 hat unsere Regierung beschlossen, die wirtschaftlichen Interessen vor unsere Sicherheitsinteressen zu stellen. Meiner Meinung nach sollte sich das ändern.

● **Was soll das heißen?**

Der Schutz des chinesischen Territoriums, des chinesischen Staatsmodells und des chinesischen Volkes sind nationale Kerninteressen. Und je mehr Wirtschaftsinteressen

wir in anderen Ländern haben, umso wichtiger wird es, auch sie militärisch absichern zu können. Aber bisher fehlen der Volksbefreiungsarmee dafür die Kapazitäten.

● **Sie fordern eine stärkere Aufrüstung?**

Ja. Internationale Beziehungen werden letztlich immer von Sicherheitsfragen entschieden. In den vergangenen 30 Jahren haben wir der Modernisierung des Militärs zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Erst in der letzten Zeit hat sich das zu ändern begonnen.

● **Dann dürfte es Sie aber nicht wundern, dass andere Länder Chinas Aufstieg zunehmend als Bedrohung wahrnehmen.**

Ich weiß, dass weltweit viel darüber geredet wird, ob China zu einer Kopie der USA wird – oder vielleicht zu einer noch schlechteren Art von Supermacht. Die Frage ist berechtigt. Aber Chinesen und Amerikaner haben eine unterschiedliche Definition von ihren internationalen Interessen. Die USA finden, die ganze Welt solle dem amerikanischen Modell folgen und betrachten Regimewechsel wie im Irak als Teil ihrer Sicherheitsinteressen. China hat dagegen kein Interesse daran, die Regierungen oder politischen Systeme anderer Länder zu ändern. Das entspricht nicht der konfuzianischen Philosophie, die sagt: Wenn ihr von uns lernen wollt, unterrichten wir euch, aber wir drängen uns nicht auf.

● **Wie würde denn eine konfuzianische Supermacht agieren?**

Führung beruht immer auf Macht und Moral. Ohne Moral kann sich keine Führung lange halten.

● **In Sachen Moral steht China aber heute alles andere als vorbildlich da.**

Die Moral ist in China heute tatsächlich ein ernstes Thema. Die Polarisierung in China ist gravierend und die Korruption ein riesiges Problem. Die Anbetung des Geldes hat unsere traditionellen Werte unterwandert. Unsere große Herausforderung besteht deshalb darin, wieder auf den richtigen Weg zurückzufinden. Unsere Regierung ist sich dessen sehr bewusst.

● **Bislang ist der Westen eher skeptisch, ob China es mit der Losung vom „friedlichen Aufstieg“ ernst meint.**

China hat doch gar keine andere Wahl, als eine Strategie des friedlichen Aufstiegs zu verfolgen. In einer Welt mit Atomwaffen kann sich keine Nuklearmacht mehr einen Krieg mit einer anderen Nuklearmacht leisten, denn das würde das Ende der gesamten Menschheit bedeuten. Atomwaffen sind heute ein Garant des Friedens. Deshalb hat unsere Regierung die Grundsatzentscheidung gefällt, dass Chinas Wiederaufstieg friedlich verlaufen muss, basierend auf dem Wettbewerb von Ideen, Technologie und Wirtschaftskraft.

● **Was Innovationen und Wirtschaft angeht, wird Chinas Strategie aber auch nicht gerade als friedlich wahrgenommen.**

Frieden ist klar definiert. Frieden heißt keine Tötungen. Handelskriege sind keine echten Kriege, sondern Wettbewerb, und der ist etwas Positives. Die Welt profitiert vom Wettbewerb zwischen China und den USA, auch wenn er hart ist und sich die Verlierer schlecht fühlen.



● **Und warum wirkt China so sicher, dass es nicht zu den Verlierern gehören wird?**

Weil wir Chinesen es historisch gewohnt sind, die Besten zu sein. Und warum sollten wir uns heute mit weniger zufrieden geben als unsere Vorfahren?

Die zentralasiatischen Republiken und die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)

Von Stephen Aris, Forscher am Zentrum für Sicherheitsstudien der Technischen Hochschule Zürich (ETH); aus: Zentralasien-Analysen, Bremen, Nr. 28/2010

Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) fand in den letzten Jahren viel Beachtung. Die überwiegende Mehrheit der westlichen Analysen konzentriert sich auf die Bedeutung des russisch-chinesischen Verhältnisses innerhalb dieses Bündnisses. Die anderen Mitglieder, die post-sowjetischen zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan, werden dabei als peripher betrachtet. Wenn die zentralasiatischen Republiken ausgeklammert werden, wird allerdings zugleich ein wesentlicher Teil der der SOZ zugrunde liegenden Dynamik nicht beachtet – auch wenn das russisch-chinesische Verhältnis selbstverständlich sehr wichtig ist. Der Fokus der SOZ liegt auf dem Umgang mit den Sicherheitsbedrohungen und der wirtschaftlichen Schwäche der zentralasiatischen Republiken. Deshalb stellen sie das Herz der SOZ dar, und alle ihre derzeitigen Regierungen betrachten das Bündnis als einen nützlichen multilateralen Baustein ihrer Außen- und Innenpolitik. Allerdings haben die Entwicklungen im letzten Jahr Bedenken geweckt, ob sich die SOZ nicht von den Eigenschaften, die die zentralasiatischen Regierungen gegenwärtig als positiv betrachten, wegentwickeln könnte.

Positive Aspekte der SOZ für die zentralasiatischen Republiken

Ein Hauptbedenken aller zentralasiatischen Republiken gegenüber multilateralen Organisationen ist, dass sie gezwungen sein könnten, eine Politik umzusetzen oder Aussagen zu unterstützen, die nicht in ihrem Interesse sind. Insofern wird der institutionelle Rahmen der SOZ positiv gesehen, da er den zentralasiatischen Republiken eine Stimme in der Organisation gibt und seinen Mitgliedern zusichert, dass ihre Souveränität nicht untergraben wird. Vereinbarungen werden einvernehmlich von den Staatschefs der Mitgliedstaaten getroffen, und alle Mitglieder haben bei jeder Aktion das Recht, nicht teilzunehmen. Über die formalen Strukturen hinaus versuchen Russland und China den zentralasiatischen Republiken immer auch zu vermitteln, dass sich die SOZ an ihren Hauptinteressen orientiert und sie zu nichts verpflichtet sind, was ihren Interessen zuwiderläuft.

Dieses konsensuale Umfeld sowie die Teilnahme zweier externer Mächte schützen vor der Dominanz einer einzelnen Agenda. Dies hat Usbekistan dazu bewogen, seine SOZ-Mitgliedschaft seit deren Gründung im Jahr 2001 beizubehalten, während es sich über längere Zeitabschnitte nicht an den von Russland dominierten Zusammenschlüssen „Organisa-

tion des Vertrags über kollektive Sicherheit“ (OVKS) und „Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EurasWG) beteiligte. Die Struktur der SOZ bietet zudem der kasachischen Regierung eine Plattform für eines ihrer Schlüsselziele: ihre Führungsrolle in Zentralasien geltend zu machen. Astana will sich als Großmacht mit Russland und China zusammenschließen und sich so von den anderen zentralasiatischen Republiken abheben. Im Rahmen der SOZ fühlen sich die anderen zentralasiatischen Republiken von dieser Rhetorik weniger bedroht, da es dort immer noch zwei größere Mitglieder als Kasachstan gibt.

Alle zentralasiatischen Regierungen sind daran interessiert, ihre Legitimität zu steigern und die Stabilität ihres Regierungssystems sicherzustellen. Der SOZ-Fokus lag – gerade in den ersten Jahren – auf den „drei bösen Kräften“ Terrorismus, Extremismus und Separatismus, was von den Mitgliedern frei interpretiert wurde und jede gegen die Regierung gerichtete Bewegung in der Region einschließen konnte. Gegenwärtig sieht sich insbesondere die Regierung Karimow in Usbekistan erheblichen Anfechtungen der Legitimität ihrer Herrschaft von Gruppen aus der Bevölkerung ausgesetzt. Die praktische und rhetorische Unterstützung der SOZ in dieser Sache wird dankbar angenommen. Vor seiner Absetzung bezog das Regime Bakijew in Kirgistan Stärke und Legitimität aus seiner Gastgeberrolle beim jährlichen SOZ-Gipfel 2007 in Bischkek. Die praktische Zusammenarbeit innerhalb der Regionalen Antiterrorstruktur (RATS) der SOZ wie die gemeinsame Nutzung von Geheimdienstinformationen und die Harmonisierung von Antiterrorgesetzen hat zu einem harten Vorgehen gegen Oppositionelle geführt, das länderübergreifend funktioniert. Außerdem ist die Zahl terroristischer und separatistischer Aktionen in der Region im Vergleich zu der Zeit um die Jahrtausendwende zurückgegangen.

Eine wichtige Funktion der SOZ ist außerdem, dass sie die Innenpolitik der zentralasiatischen Republiken innerhalb der größeren internationalen Gemeinschaft unterstützt. Die SOZ vertritt den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten. Diesen Grundsatz haben die zentralasiatischen Staaten zur Verteidigung ihrer inneren Sicherheitsstrategien angeführt. Der eindeutigste Nutznießer war Usbekistan, das nach der Unterdrückung des Aufstandes in Andischan im Jahre 2005 angesichts der heftigen internationalen Verurteilung Russland, China und die SOZ um Unterstützung bat. Gerade nach der Welle von „farbigen“ Revolutionen sind alle Regierungen für die rhetorische Unterstützung von Aktionen dankbar, die im Westen als antidemokratisch und repressiv betrachtet werden.

Die Entwicklung wirtschaftlicher Zusammenarbeit in großem Maßstab wird ebenfalls begrüßt. Obwohl es oft schwierig ist, zwischen bilateralen, trilateralen und SOZ-Vereinbarungen zu unterscheiden, so gibt es doch eine Reihe großer Infrastrukturabkommen, die im Rahmen der SOZ geschlossen wurden. Ein Beispiel hierfür ist der Bau einer Eisenbahnverbindung zwischen Andischan (Usbekistan), Torugart (Kirgistan) und Kaschgar (China).

Allen zentralasiatischen Republiken bietet die SOZ ein Forum für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China, die sich bilateral nicht auf gleiche Weise entwickeln würde. Beijings Wunsch, das überwiegend negative Image Chinas in Zentralasien als imperialer Staat zu verbessern, kommt in bedeutenden chinesischen Investitionen in diese



Region zum Ausdruck. 2004 bot China jedem SOZ-Mitgliedstaat ein Darlehen in Höhe von 900 Mio. US-Dollar in Form eines Bestellerkredits an. Während Russland und die wirtschaftsstärkste zentralasiatische Republik, Kasachstan, ablehnten, nahmen die anderen zentralasiatischen Länder dieses Darlehen gerne in Anspruch, um damit den Aufbau dringend benötigter staatlicher Infrastruktur zu finanzieren. Der Zufluss von Investitionen und Krediten wird besonders von den schwächeren Volkswirtschaften Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan begrüßt. Kasachstan bietet die SOZ die Gelegenheit, umfangreiche Verträge zu schließen, um seine riesigen natürlichen Ressourcen nach China zu exportieren und wichtige Kommunikationsinfrastruktur zu errichten. Viele der gegenwärtig im Aufbau befindlichen SOZ-Projekte sollen Transport- und Energieverbindungen von Kasachstan nach Westchina schaffen.

Bedenken der zentralasiatischen Republiken hinsichtlich der SOZ

Während die zentralasiatischen Regierungen das wirtschaftliche Engagement Chinas bei Großprojekten begrüßen, zögern sie zugleich, ihre Volkswirtschaften der gewaltigen und wachsenden Wirtschaftsmacht China ohne Zoll- und Handelsschranken zu öffnen. Die Entwicklung eines gemeinsamen Zoll- und Handelsraumes der SOZ-Mitgliedstaaten ist ein erklärtes Ziel Chinas. Allerdings wurde dieser Interessensunterschied bisher noch nicht thematisiert, im Wesentlichen, weil Russland ebenfalls klar gegen einen solchen gemeinsamen Zollraum ist. Angesichts des Widerstands der anderen Mitglieder hat Beijing dieses Anliegen bisher nicht mit Nachdruck verfolgt. Daher konnten die zentralasiatischen Republiken von den chinesischen Investitionen in die SOZ profitieren und zugleich darauf vertrauen, dass Russland verhindern wird, dass Chinas Agenda über wirtschaftliche Großprojekte hinausgeht.

Die geopolitische Rolle der SOZ, die von Russland zuweilen forciert wird, ruft bei einigen zentralasiatischen Regierungen ebenfalls ein gewisses Unbehagen hervor. Manche Äußerungen der SOZ, in denen das Verhalten des Westens recht offen kritisiert wird, werden von ihnen als potenzielle Bedrohung ihrer bestehenden Beziehungen mit westlichen Ländern und Institutionen gewertet. Insbesondere Kasachstan und Kirgistan, die bewusst eine multivektorale Außenpolitik verfolgen, haben schon mehrfach deutlich gemacht, dass sie nicht mit der antiwestlichen Rhetorik in Verbindung gebracht werden wollen. Das kasachische Außenministerium hat bei diplomatischen Besuchen im Westen häufig erklärt, es werde nicht zulassen, dass aus der SOZ eine antiwestliche Organisation wird.

Der Fokus der SOZ liegt auf der Lösung nichttraditioneller Sicherheitsbedrohungen mit zivilen Mitteln. Dennoch fanden in unregelmäßigen Abständen gemeinsame Militärmanöver mit wachsendem Umfang statt. Großmanöver für Friedensmissionen wurden in den Jahren 2005 und 2007 durchgeführt, ein weiteres soll 2010 stattfinden. Die Szenarien, an denen sich diese Manöver orientieren, werden offiziell als antiterroristische Operationen bezeichnet. Die Manöver ließen das Schreckgespenst einer möglichen Einmischung der SOZ in die inneren Angelegenheiten von Mitgliedstaaten aufkommen. Obwohl die SOZ betont, dass sie nur eingreifen würde, wenn sie von der Regierung eines Mitgliedstaates dazu aufgefordert wird, beunruhigt die Möglichkeit von Inter-

ventionen einige der zentralasiatischen Republiken, insbesondere Usbekistan. Taschkent hat sich stets geweigert, an gemeinsamen Militärmanövern jeglicher Art teilzunehmen, das betrifft sowohl die der Friedensmissionen der SOZ, als auch die der OVKS. Die Bedenken bezüglich einer militärischen Intervention sind seit Russlands Vorgehen bei dem kurzen russisch-georgischen Südossetien-Konflikt im August 2008 gewachsen. Dieses Unbehagen kam in der halbherzigen SOZ-Erklärung zur Unterstützung des russischen Vorgehens zum Ausdruck, die im selben Monat auf dem jährlichen SOZ-Gipfeltreffen verabschiedet wurde.

2004 wurde die Mongolei der erste offizielle Staat mit Beobachterstatus in der SOZ, gefolgt von Iran, Indien und Pakistan im Jahre 2005. Darüber hinaus haben die Präsidenten von Turkmenistan und Afghanistan an den jährlichen SOZ-Gipfeltreffen teilgenommen. Auf dem letzten Treffen wurde ein neuer Status für Nichtmitglieder geschaffen: Belarus und Sri Lanka wurden Dialogpartner. Einige der Beobachterstaaten haben den Wunsch geäußert, Vollmitglieder zu werden, was zu Spekulationen über eine mögliche Erweiterung der SOZ führte. Russland und insbesondere China haben ein gewisses Interesse an einer möglichen Erweiterung um Indien, Pakistan und Iran gezeigt. Die zentralasiatischen Republiken beunruhigt eine solche Erweiterung. Sie fürchten, dass die Organisation sich dadurch weg von ihren vorrangigen Interessen bewegt und zu einer Dachorganisation für groß angelegte Wirtschaftskooperation quer durch Asien wird.

Es wird vermutet, dass eine Erhöhung der Mitgliederzahl den SOZ-Rahmen überfordern würde und ein angespanntes Verhältnis zwischen einigen der Beobachter zu einer Lähmung führen könnte. In diesem Szenario würden die Stimmen der zentralasiatischen Republiken, möglicherweise mit Ausnahme Kasachstans, von Russland, China und diesen neuen größeren Ländern Südasiens übertönt werden. Darüber hinaus würde die Aufnahme von Iran einen wesentlichen Einfluss auf die geopolitische Wahrnehmung der SOZ haben und im Westen wohl ein noch tieferes Misstrauen gegenüber dem Bündnis hervorrufen. Kasachstan würde daher höchstwahrscheinlich ein Veto gegen die Mitgliedschaft des Iran einlegen.

Gegenwärtige Entwicklungen innerhalb der SOZ

Die permanente Bedrohung der zentralasiatischen Republiken durch die Instabilität in Afghanistan hat im Laufe dieses Jahres zugenommen. Dies bereitet auch Russland und China ernsthafte Sorgen. Nach einem NATO-Rückzug würden sie allein mit dem Machtvakuum und Chaos direkt vor ihrer Haustür zurückbleiben. Die SOZ wird offenbar zunehmend als ein Instrument betrachtet, um eine gemeinsame Antwort auf diese Herausforderungen zu entwickeln. Im März 2009 veranstaltete die SOZ eine große internationale Afghanistan-Konferenz, und der damalige kirgisische Präsident Kurmanbek Bakijew schlug die Schaffung einer permanent tagenden Konferenz mit Sitz in Bischkek vor, die über den Umgang mit der Lage in Afghanistan beraten sollte. Darüber hinaus erklärte die SOZ, dass sie sich darauf vorbereite, bei der Verbesserung der Sicherheitslage in Afghanistan eine aktive Rolle zu spielen. Wenn dieses Szenario zum Tragen kommt, werden die zentralasiatischen Republiken bei der Bekämpfung der sich von Afghanistan ausbreitenden Sicherheitsbedrohungen stark von Aktivitäten der SOZ abhängen.

Der SOZ-Gipfel in Jekaterinburg 2009 gab Befürchtungen



Nahrung, dass sich das Bündnis durch eine Erweiterung ihrer Mitgliederzahl verändern würde. Denn der Gipfel wurde von einer auf ein großes Medienecho stoßenden geopolitischen Selbstdarstellung eines SOZ-Beobachterstaates überschattet: Die Anwesenheit des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad nur wenige Tage nach seinem höchst umstrittenen Sieg bei den iranischen Präsidentschaftswahlen, lenkte alle Aufmerksamkeit auf seinen geplanten Umgang mit den anhaltenden Protesten der Opposition in Iran. Der SOZ-Gipfel war außerdem Schauplatz des ersten Treffens des indischen Premierministers Manmohan Singh mit dem pakistanischen Präsidenten Asif Ali Zardari nach den Terroranschlägen in Mumbai im November 2008, die zu einem Zerwürfnis zwischen beiden Ländern geführt hatten. Deshalb konzentrierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit bei diesem Gipfel vor allem auf die hochrangige geopolitische Diplomatie. Die zentralasiatischen Republiken standen hingegen am Rande.

Die Entscheidung Moskaus und Beijings, den ersten BRIC-Gipfel direkt nach dem SOZ-Jahrestreffen in derselben Stadt abzuhalten, schien ein Versuch zu sein, die SOZ ins Zentrum einer alternativen Sicht auf die internationalen Beziehungen zu rücken. Dieser Aspekt der Organisation ist insbesondere für Kasachstan und Kirgistan nicht vordringlich. Deshalb zeigt diese Verknüpfung der Gipfeltreffen, dass die zentralasiatischen Republiken ein Stück weit die Kontrolle über die Agenda der SOZ verloren haben.

Fazit

Die SOZ wird von den zentralasiatischen Republiken weitgehend positiv gesehen. Sie ermöglicht regionale Zusammenarbeit innerhalb einer Struktur, die die Dominanz durch einen einzelnen externen Geldgeber ausgleicht. Außerdem hat China eine Menge zusätzlicher Ressourcen für die Region bereitgestellt. Die SOZ hat die Hauptanliegen der zentralasiatischen Republiken in den Mittelpunkt gestellt: Alle Mitglieder werten den Erhalt der bestehenden Regierungssysteme und die innenpolitische Stabilität als unerlässlich für die Stabilität in der Region.

Dennoch bleiben einige Bedenken. Immer wenn die Kritik am Verhalten des Westens im Zentrum steht, äußern Kasachstan und Kirgistan ihr Missfallen. Allerdings sind die zentralasiatischen Republiken viel mehr wegen der möglichen Erweiterung besorgt, die wahrscheinlich die Identität der SOZ ändern würde: von einer eng auf ihre Interessen fokussierten Organisation hin zu einem loserem Forum für Verhandlungen zwischen den asiatischen Regionalmächten. In der letzteren Ausprägung würden die zentralasiatischen Republiken wohl nur eine Nebenrolle spielen, und nicht wie heute im Mittelpunkt stehen.

Kurzfristig scheint eine Erweiterung nicht wahrscheinlich zu sein, da Russland und China ebenfalls Bedenken hinsichtlich der Folgen einer Aufnahme der Beobachterstaaten haben. Stattdessen liegt der Fokus momentan auf dem Umgang mit der Sicherheitslage in Afghanistan. Dieses Sicherheitsinteresse wird für alle SOZ-Mitglieder auch zukünftig zentral bleiben. Die Aussicht eines stufenweisen US-Rückzugs ab 2011 macht die Schaffung einer regionalen Alternative in Zentralasien notwendig. Gegenwärtig scheint das Bündnis in dieser Hinsicht sehr aktiv zu sein. In diesem Szenario werden sich die zentralasiatischen Republiken im Bereich Sicherheit stark auf die SOZ stützen.

Dokumente

Unenteilbare Sicherheit: Russlands Vorschlag für ein europäisches Sicherheitskonzept

Von *Egbert Lemcke, Mitglied der Dresdener Studiengemeinschaft für Sicherheitspolitik (www.sicherheitspolitik-dss.de); aus: Junge Welt, 3. Februar 2010*

Vorgeschichte, Verlauf und Resultat des Zweiten Weltkrieges bergen zwei noch heute bedeutende Lehren: Erstens wird sich die politische Idee, „Sicherheit“ durch ein ungleiches „Recht auf Lebensraum“ zu beanspruchen oder auch „nur“ zu dulden, früher oder später gegen seine Initiatoren wenden. Zweitens setzt die Schaffung eines effektiven Systems kollektiver Sicherheit im euroatlantischen Raum die gemeinsame Beteiligung Russlands, der europäischen Staaten und der USA voraus.

Unser Verhältnis zu diesen beiden Lehren wird sich 2010 anlässlich zweier Daten offenbaren: des 65. Jahrestages der Befreiung Europas vom Faschismus und des 35. Jahrestages der Schlussakte von Helsinki. Leicht lässt der heutige Zeitgeist vergessen, durch wen in den 30er Jahren die Chancen für die Organisation einer kollektiven Abfuhr gegen Pläne zur Installation einer faschistischen Hegemonie über Europa vertan wurden. Vergessen wird auch gern, wem es damals durchaus legitim erschien, die deutsche Aggression im eigenen „Sicherheitsinteresse“ nach Osten zu lenken. Im Kontext eines strategischen Geschichtsrevisionismus wird heute im Geiste der Totalitarismuskritik die zynische These einer „gleichen Verantwortung Hitlerdeutschlands und der Sowjetunion“ für das Auslösen des Zweiten Weltkrieges lanciert.

Gibt es eine strukturell-politische Lernfähigkeit? Zweifels- ohne ja – aber nur unter den Zwängen einer strategischen Kräfteparität, wie es z.B. 1975 in Helsinki der Fall war. Der seit 1972 bestehende ABM-Vertrag bot damals die dazugehörige militär-strategische Rahmenbedingung eines gewiss nicht idealen, aber gegenseitig akzeptierten „Gleichgewichts des Schreckens“. Zuverlässige und gleiche Sicherheitsgarantien für alle Staaten, unabhängig davon, ob diese Militärbündnissen angehören oder nicht, können dann ein allgemeines Koordinatensystem schaffen, das sowohl für alle Staaten als auch internationale Organisationen bindend ist. Seit dem einseitigen Austritt der USA aus dem ABM-Vertrag am 13. Juni 2002 gilt diese rechtliche Rahmenbedingung des gleichen strategischen Risikos nicht mehr.

Anders Fogh Rasmussen, der Generalsekretär der NATO, sieht heute keine Notwendigkeit für die Akzeptanz eines solchen Systems unteilbarer Sicherheit im euroatlantischen Raum. Das ist verständlich, denn ansonsten müsste er auch die Vertragsorganisation für kollektive Sicherheit (OVKS), das GUS-Pendant zur NATO, als gleichwertigen Partner neben der NATO akzeptieren. Jede Prioritätenverschiebung des jetzigen NATO-zentrierten „Sicherheitssystems“ wird jedoch abgelehnt. Gleichzeitig aber gibt es eine lange Wunschliste bezüglich russischer Unterstützung für die westliche Afghanistan-Politik. Alle Wege des Westens in das zentralasiati-



sche Land führen über Russland – und dies nicht nur im logistischen Sinne.

Das Schicksal europäischer Sicherheit entscheidet sich im Verhältnis des Westens zu Russland und Zentralasien. Solange hier der implantierte Irrglaube dominiert, der Einsatz für die geopolitischen Interessen der USA sei die Sicherheitsgarantie für Europa, steht es schlecht für die europäische Sicherheit. Genau hier liegt auch der wesentliche „Makel“ des russischen Vertragsprojekts: Es geht von der Existenz souveräner Staaten in Europa aus. Noch stehen im „historischen Westen“ Bündnis- und Vasallentreue gegenüber der einzigen Noch-Weltmacht über der Wahrnehmung der Interessen sowohl der eigenen als auch aller Bürger zwischen Vancouver und Wladiwostok. Bleibt zu hoffen, dass man dies auch in Russland nicht zuletzt in der jetzigen Endphase der Verhandlungen zum neuen START-Vertrag in Rechnung stellt.

Bereits am 5. Juni 2008 schlug der damals frisch gewählte russische Präsident Dmitri Medwedew vor, im internationalen Recht das Prinzip der Unteilbarkeit von Sicherheit zu verankern. In juristisch verpflichtender Form soll auf dem Gebiet der militärpolitischen Sicherheit in der Euro-Atlantik-Region ein einheitlicher Raum geschaffen werden, um letztlich mit dem Erbe des Kalten Krieges abzuschließen. In Erwartung substantieller Vorschläge sandte er das im folgenden dokumentierte Vertragsprojekt vom 29. November 2009 an die für dieses Unternehmen in Frage kommenden Staaten und an die relevanten internationalen Organisationen im euroatlantischen Raum: NATO, EU, GUS, OSZE und die OVKS. Nennenswerte positive Reaktionen des Westens auf Medwedews Vorschlag blieben bislang aus.

Dokument:

Entwurf des Vertrages über europäische Sicherheit

29. November 2009

Die Teilnehmer des vorliegenden Vertrages,

- danach strebend, die Entwicklung von Beziehungen im Geiste der Freundschaft und Zusammenarbeit entsprechend dem internationalen Recht zu entwickeln;
- geleitet von den in der Charta der Vereinten Nationen¹, der Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen von 1972², der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975³, wie auch den Grundsätzen der Deklaration von Manila über die friedliche Lösung internationaler Streitfragen von 1982⁴ sowie der Charta der Europäischen Sicherheit von 1999⁵;
- eingedenk der Unzulässigkeit der Anwendung oder Androhung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen wie auch in den internationalen Beziehungen insgesamt, die sowohl gegen die territoriale Integrität oder gegen die politische Unabhängigkeit eines beliebigen Staates gerichtet ist, als auch in jeglicher anderen Weise, die mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Organisation der Vereinten Nationen unvereinbar ist;
- in Anerkennung und Unterstützung der Rolle des Sicher-

heitsrates der Organisation der Vereinten Nationen, dem die Hauptverantwortung für den Erhalt von internationalem Frieden und Sicherheit zukommt;

- in Anerkennung der Notwendigkeit zur Vereinigung der Anstrengungen für eine effektive Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen und Gefahren für die Sicherheit in einer globalisierten und gegenseitig abhängigen Welt;
- in der Absicht, tatsächlich wirksame und operativ einsetzbare Mechanismen des Zusammenwirkens zur Regulierung von auftretenden Fragen und Meinungsverschiedenheiten, zum Ausräumen von Besorgnissen, zur Erarbeitung einer adäquaten Reaktion auf die Herausforderungen und Gefahren auf dem Gebiet der Sicherheit zu schaffen;

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Entsprechend dem vorliegenden Vertrag arbeiten die Teilnehmer zusammen auf Grundlage der Prinzipien der unteilbaren und gleichen Sicherheit und der Unverletzlichkeit der Sicherheit eines anderen. Alle Maßnahmen auf dem Gebiet der Sicherheit, die durch einen der Teilnehmer des vorliegenden Vertrags einzeln oder gemeinsam mit anderen Teilnehmern, sei es im Rahmen einer internationalen Organisation, eines Militärbündnisses oder einer Koalition getroffen werden, erfolgen unter Beachtung der Sicherheitsinteressen aller anderen Teilnehmer. Mit dem Ziel der Realisierung dieser Prinzipien und der Festigung der gegenseitigen Sicherheit handeln die Teilnehmer entsprechend dem vorliegenden Vertrag.

Artikel 2

1. Ein Teilnehmer des vorliegenden Vertrages vollzieht keine Handlungen oder Maßnahmen, die die Sicherheit eines oder einiger Teilnehmer des vorliegenden Vertrages wesentlich betreffen. Weder beteiligt er sich an solchen noch unterstützt er diese.

2. Ein Teilnehmer des vorliegenden Vertrages, der Mitglied von Militärbündnissen, Koalitionen oder Organisationen ist, setzt sich dafür ein, dass diese Militärbündnisse, Koalitionen und Organisationen, die in der Charta der Vereinten Nationen, in der Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, in der Schlussakte von Helsinki, in der Charta der Europäischen Sicherheit und anderen in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa angenommenen Dokumenten enthaltenen Prinzipien anerkennen, wie auch die im Artikel 1 des vorliegenden Vertrages sowie auch dafür, dass die im Rahmen derartiger Bündnisse, Koalitionen und Organisationen angenommenen Beschlüsse nicht in wesentlicher Weise die Sicherheit eines oder mehrerer Teilnehmer des vorliegenden Vertrages beeinträchtigen.

3. Ein Teilnehmer des vorliegenden Vertrages gestattet weder die Nutzung seines Territoriums noch nutzt er das Territorium eines anderen Teilnehmers zu Zielen der Vorbereitung oder der Durchführung eines bewaffneten Überfalls gegen einen oder einige Teilnehmer des vorliegenden Vertrages oder zu anderen Handlungen, die die Sicherheit eines anderen Teilnehmers oder mehrerer Teilnehmer wesentlich beeinträchtigen.



Artikel 3

1. Ein Teilnehmer des vorliegenden Vertrages hat das Recht, sich über diplomatische Kanäle oder über den Depositär⁶ an einen anderen Vertragsteilnehmer mit der Anfrage zu wenden, ihm Informationen bezüglich der durch diesen anderen Staat getroffenen wesentlichen Maßnahmen gesetzgeberischen, administrativen oder organisatorischen Charakters, die nach Meinung des beauftragenden Teilnehmers seine Sicherheit betreffen, zu übermitteln.

2. Über die in Punkt 1 dieses Artikels genannte Anfrage und über den Inhalt der Antwort auf diese informieren die Teilnehmer den Depositär, der diese Information den anderen Teilnehmern zur Kenntnis gibt.

3. Nichts in diesem Artikel hindert die Teilnehmer daran, andere Maßnahmen zu ergreifen, die Offenheit und gegenseitiges Vertrauen in ihren gegenseitigen Beziehungen gewährleisten.

Artikel 4

Festgelegt wird der folgende Mechanismus zur Erörterung von Fragen, die den Gegenstand des vorliegenden Vertrages berühren, wie auch Meinungsverschiedenheiten und Streit, die zwischen seinen Teilnehmern im Zusammenhang mit seiner Auslegung und Anwendung auftreten können:

- a) die Konsultation der Teilnehmer,
- b) die Teilnehmerkonferenz,
- c) die außerordentliche Teilnehmerkonferenz.

Artikel 5

1. Ein Teilnehmer des vorliegenden Vertrages – nach dessen Meinung eine Verletzung oder die Gefahr einer Verletzung seiner Grundsätze durch einen anderen Teilnehmer oder durch mehrere Teilnehmer vorliegt oder bei dem sich eine beliebige andere Frage stellt, die den Gegenstand des vorliegenden Vertrages betrifft und nach seiner Meinung eine gemeinsame Erörterung mit einem anderen Teilnehmer oder mit mehreren Teilnehmern erforderlich macht – kann den Vorschlag über die Durchführung einer Konsultation an den oder die Teilnehmer richten, die er für interessiert an dieser Frage erachtet. Die Information über einen solchen Vorschlag wird gleichzeitig durch seinen Autor dem Depositär zur Kenntnis gegeben, der alle Teilnehmer über diesen informiert.

2. Diese Konsultationen beginnen so früh wie möglich, jedoch nicht später als ... Tage seit dem Tag, an dem der Teilnehmer einen entsprechenden Vorschlag erhält, sofern in diesem keine spätere Frist benannt wird.

3. Jeder Teilnehmer, der nicht zur Teilnahme an den Konsultationen eingeladen wurde, hat das Recht, an diesen auf eigene Initiative teilzunehmen.

Artikel 6

1. Jeder Teilnehmer an den im Artikel 5 des vorliegenden Vertrages aufgeführten Konsultationen hat das Recht, nach deren Durchführung dem Depositär die Einberufung einer Teilnehmerkonferenz mit dem Ziel vorzuschlagen, die Frage, die Gegenstand der genannten Konsultation war, zu erörtern.

2. Die Teilnehmerkonferenz wird durch den Depositär im Verlaufe von ... Tagen nach Erhalt eines entsprechenden Antrages einberufen, sofern ein Vorschlag zu dessen Durchführung durch mindestens (zwei) Teilnehmer des vorliegenden

Vertrages unterstützt wird.

3. Die Teilnehmerkonferenz ist beschlussfähig, sofern an ihr nicht weniger als zwei Drittel der Teilnehmer des vorliegenden Vertrages teilnehmen. Die Beschlüsse der Teilnehmerkonferenz werden durch Konsens angenommen und sind rechtsverbindlich.

4. Die Teilnehmerkonferenz beschließt ihre eigenen Verfahrensregeln.

Artikel 7

1. Erfolgt ein bewaffneter Überfall auf einen Teilnehmer des vorliegenden Vertrages oder entsteht die Gefahr eines solchen Überfalls, werden unverzüglich die Handlungen eingeleitet, welche im Punkt 1 des Artikels 8 des vorliegenden Vertrages vorgesehen sind.

2. Ohne die Grundsätze des Artikels 8 des vorliegenden Vertrages zu verletzen, hat ein Teilnehmer das Recht, einen bewaffneten Überfall auf einen anderen Teilnehmer als einen bewaffneten Überfall auf sich selbst zu werten. Im Rahmen der Wahrnehmung des Rechts auf Selbstverteidigung entsprechend dem Artikel 51 der Charta der Organisation der Vereinten Nationen hat er das Recht, dem Teilnehmer, auf den ein bewaffneter Überfall verübt wurde, mit dessen Einverständnis notwendige Hilfe, einschließlich militärischer, solange zu leisten, wie der Sicherheitsrat der Organisation der Vereinten Nationen keine Maßnahmen getroffen hat, die für die Erhaltung von internationalem Frieden und Sicherheit erforderlich sind. Über die Maßnahmen, die durch die Teilnehmer des vorliegenden Vertrages während der Wahrnehmung des Rechts auf Selbstverteidigung getroffen wurden, wird der Sicherheitsrat der Organisation der Vereinten Nationen unverzüglich informiert.

Artikel 8

1. In Fällen, wie sie im Artikel 7 des vorliegenden Vertrages vorgesehen sind, informiert ein Teilnehmer, auf den ein bewaffneter Überfall verübt wurde oder dem gegenüber die Gefahr eines solchen Überfalls droht, den Depositär, der unverzüglich eine außerordentliche Teilnehmerkonferenz zur Festlegung der erforderlichen kollektiven Maßnahmen einberuft.

2. In dem Falle, dass der Teilnehmer, der einem bewaffneten Überfall ausgesetzt ist, keine Möglichkeit hat, den Depositär darüber zu informieren, hat jeder andere Teilnehmer das Recht, sich an den Depositär mit der Forderung nach Einberufung einer außerordentlichen Teilnehmerkonferenz zu wenden, um die in Punkt 1 des vorliegenden Artikels vorgesehene Prozedur zur Anwendung zu bringen.

3. Auf Beschluss der außerordentlichen Teilnehmerkonferenz können dazu Drittstaaten, internationale Organisationen und andere interessierte Seiten eingeladen werden.

4. Die außerordentliche Teilnehmerkonferenz ist beschlussfähig, wenn an ihr nicht weniger als vier Fünftel der Teilnehmer des vorliegenden Vertrages teilnehmen. Die Beschlüsse der außerordentlichen Teilnehmerkonferenz werden einstimmig angenommen und sind rechtsverbindlich. In dem Falle, dass ein bewaffneter Überfall durch einen Teilnehmer des vorliegenden Vertrages verübt wird oder von diesem die Gefahr eines solchen Überfalles ausgeht, wird die Stimme dieses Teilnehmers nicht in die Gesamtanzahl der Teilnehmerstimmen bei der Annahme eines Beschlusses eingerechnet.



5. Die außerordentliche Teilnehmerkonferenz beschließt ihre eigenen Verfahrensregeln.

Artikel 9

1. Der vorliegende Vertrag beeinträchtigt weder die Hauptverantwortung des Sicherheitsrates der Organisation der Vereinten Nationen für den Erhalt des internationalen Friedens und der Sicherheit, noch die Rechte und Pflichten der Teilnehmer, die sich aus der Charta der Organisation der Vereinten Nationen ergeben, noch wird er als beeinträchtigend interpretiert.

2. Die Teilnehmer des vorliegenden Vertrages bekräftigen, dass ihre sich aus anderen zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages in Kraft befindlichen Verpflichtungen aus internationalen Abkommen auf dem Gebiet der Sicherheit zum vorliegenden Vertrag nicht in Widerspruch stehen.

3. Die Teilnehmer des vorliegenden Vertrages gehen keine internationalen Verpflichtungen ein, die mit dem vorliegenden Vertrag nicht vereinbar sind.

4. Der vorliegende Vertrag berührt nicht das Recht eines beliebigen Teilnehmers auf Neutralität.

Artikel 10

Der vorliegende Vertrag ist offen zur Unterzeichnung vom ... bis ... in ... für alle Staaten des euroatlantischen und des eurasischen Raumes von Vancouver bis Wladiwostok und für die folgenden internationalen Organisationen: die Europäische Union, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Vertragsorganisation über kollektive Sicherheit, die Organisation des Nordatlantischen Vertrages, die Gemeinschaft unabhängiger Staaten.

Artikel 11

1. Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifizierung durch die ihn unterzeichnenden Staaten und der Bestätigung oder der Annahme durch die ihn unterzeichnenden internationalen Organisationen. Die entsprechenden Mitteilungen darüber sind an den Depositär, der die Regierung des Landes ... ist, zu überbringen.

2. Eine internationale Organisation hat in der Benachrichtigung über die Annahme oder die Bestätigung des vorliegenden Vertrages die Sphäre ihrer Kompetenz bezüglich der durch den Vertrag geregelten Fragen zu beschreiben. Die genannte internationale Organisation setzt den Depositär unverzüglich in Kenntnis über jede entsprechende Veränderung ihrer Kompetenzsphäre.

3. Die im Artikel 10 des vorliegenden Vertrages aufgeführten Staaten, welche diesen nicht in der ebenfalls in diesem Artikel genannten Frist unterzeichnet haben, können dem genannten Vertrag durch eine entsprechende Benachrichtigung an den Depositär beitreten.

Artikel 12

1. Der vorliegende Vertrag tritt nach zehn Tagen nach dem Datum der Übergabe der 25. Mitteilung zur Verwahrung an den Depositär entsprechend seines Artikels 11 in Kraft.

2. Für jeden Staat oder jede internationale Organisation, die diesen Vertrag ratifizieren, annehmen oder bestätigen oder diesem nach Übergabe der 25. Mitteilung zur Verwahrung an den Depositär über dessen Ratifizierung, Annahme, Bestätigung oder Beitritt beitreten, tritt der vorliegende Ver-

trag am zehnten Tag nach dem Datum der Übergabe der entsprechenden Mitteilung zur Verwahrung an den Depositär durch diesen Staat oder diese Organisation in Kraft.

Artikel 13

1. Dem vorliegenden Vertrag kann nach dem Inkrafttreten mit dem Einverständnis aller Teilnehmer des vorliegenden Vertrages jeder beliebige Staat und jede beliebige internationale Organisation auf dem Wege der Übergabe einer entsprechenden Mitteilung an den Depositär beitreten.

2. Für den beitretenden Staat oder die internationale Organisation tritt der vorliegende Vertrag nach 180 Tagen ab dem Datum der Übergabe des Dokuments über den Beitritt zur Verwahrung an den Depositär unter der Bedingung in Kraft, dass innerhalb des genannten Zeitraums keiner der Teilnehmer eine schriftliche Mitteilung an den Depositär über seinen Einwand gegen einen solchen Beitritt gerichtet hat.

Artikel 14

Jeder Teilnehmer hat das Recht, von dem vorliegenden Vertrag zurückzutreten, sollte er zu dem Schluss kommen, dass außerordentliche Umstände, die die Substanz des Vertrages betreffen, seine vorrangigen Interessen gefährdet haben. Über die Absicht des Austritts aus dem vorliegenden Vertrag informiert der Teilnehmer den Depositär nicht weniger als ... Tage vor dem beabsichtigten Austritt. In der an den Depositär gerichteten Mitteilung ist eine Erklärung des Teilnehmers über die ausschließenden Bedingungen enthalten, die dieser Teilnehmer als Gefährdung seiner höheren Interessen erachtet.

Anmerkungen

- 1 www.nric.org/html/german/pdf/charta.pdf
- 2 Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen („Friendly Relations“-Deklaration) (24. Oktober 1970); www.n.org/Depts/german/gv-early/ar2625.pdf
- 3 www.osce.org/documents/mcs/1975/08/4044_de.pdf
- 4 www.n.org/Depts/german/gv-early/ar3710.pdf
- 5 www.osce.org/documents/mcs/1999/11/4050_de.pdf
- 6 Ein Depositär ist ein Staat, eine internationale Organisation oder der leitende Verwaltungsbeamte einer internationalen Organisation, dem bzw. der in diesem Vertrag die treuhänderische Verantwortung für die mit der Verwaltung des Vertrages verbundenen Aufgaben übertragen ist.

Nach Redaktionsschluss

Präsidentenwahlen in Polen

Von Holger Politt, Warschau

Am 4. Juli 2010 wurde in Polen ein neuer Staatspräsident gewählt. Mit 53 Prozent der Stimmen setzte sich in der Stichwahl Bronisław Komorowski durch, der Kandidat der regierenden liberal-konservativen PO (Bürgerplattform). Jarosław Kaczyński, der Vorsitzende der oppositionellen national-konservativen PiS (Recht und Gerechtigkeit), bekam 47 Prozent. Der Unterschied zwischen den beiden Kandidaten



fiel knapper aus, als von vielen Beobachtern zunächst angenommen. Eine zeitlang hieß es gar, die Entscheidung für den PO-Vertreter könne bereits im ersten Wahlgang fallen.

Die Wahl war nötig geworden, nachdem der amtierende Staatspräsident Lech Kaczynski am 10. April 2010 bei einem Flugzeugunglück ums Leben kam. Lange Zeit standen der Wahlkampf und die meisten Kandidaten unter dem Eindruck dieser Tragödie. Erst ein mehrere Wochen anhaltendes dramatisches Hochwasser an Weichsel und Oder half seltsamerweise, den Tonfall zu ändern und den Kandidaten, zu eigenem, meistens patriotisch gefärbten Profil zurückzufinden. Dabei wurde schnell deutlich, in welchem hohem Maße konservative Positionen augenblicklich das politische Leben Polens bestimmen. Der Trend der letzten Jahre, dass PO und PiS politisch das Land dominieren, wurde erneut bekräftigt. Allerdings wird der Ausgang der Wahl das Kräfteverhältnis zwischen den beiden rechten Gruppierungen zunächst einmal eindeutig zugunsten der PO verschieben. Gelegenheit, dieses wieder zu ändern, kommt erst bei den Parlamentswahlen, die spätestens im Herbst 2011 stattfinden sollen.

Da der Präsident in Polen direkt gewählt wird und ihm Möglichkeiten zur Verfügung stehen, auf das politische Leben nachhaltig einzuwirken, wurden mit dieser Wahl tatsächlich Weichen gestellt. Auch wenn Ministerpräsident Donald Tusk frühzeitig selbst auf eine Kandidatur verzichtete, weil das hohe Amt doch eher repräsentativer Natur sei, drohte er, bei einer Wahl Kaczynski werde Polen zu einem zweiten Griechenland werden und überhaupt in einer Katastrophe enden. Er baute den Wahlversprechungen vor, die er bei Kaczynski vermutete, und die dann doch eher seinen Mann Komorowski auszeichneten, der in der Schlussrunde bei Versprechungen aller Art sich überaus großzügig zeigte. Es war klar, dass die regierende PO einen weiteren Kaczynski im Amt um jeden Preis verhindern wollte. Denn die Erfahrungen der Jahre 2007 bis 2009 genügten, da der Präsident Gesetzesvorlagen häufig mit seinem Veto ans Parlament zurückverwies, wo dann eine Zweidrittelmehrheit gesucht werden musste.

Nun wird Tusk vor unliebsamen Einsprüchen verschont bleiben, so dass den gründlichen Reformen, die er dem Land versprach, nichts mehr im Wege zu stehen scheint. Die entscheidenden Felder dabei sind das Gesundheitswesen, in dem die öffentliche Daseinsvorsorge weiter unter Druck geraten wird, das Bildungswesen und vor allem das gesamte Sozialversicherungs-, allem voran das Rentensystem. Und Opposition muss von nun an im Parlament sich bewähren, darf auf Einsprüche von hoher Seite nicht mehr hoffen. Ein hartes Brot für PiS und die Linksdemokraten der SLD, der PVAP-Nachfolgepartei, die beide selbst am liebsten regieren bzw. mitregieren möchten. Ein wichtiger Schlüssel dafür könnten die jeweils guten Beziehungen zu den beiden großen Gewerkschaftszentralen „Solidarnosc“ bzw. OPZZ sein, die nun einen ganz anderen politischen Stellenwert erhalten.

Entscheidend für den Wahlausgang war übrigens das Verhalten derjenigen Wähler, die in der ersten Runde den SLD-Vorsitzenden Grzegorz Napieralski auf immerhin fast 14 Prozent gebracht hatten. Sie wählten zu ungefähr zwei Dritteln Komorowski, so dass Kaczynski den Rückstand aus der ersten Runde nicht mehr aufholen konnte. Vor fünf Jahren, als auch Zwillingbruder Lech nach der ersten Runde hinter dem damaligen PO-Vertreter Tusk lag, schlug das Pendel in der Schlussrunde anders aus. An dritter Stelle lag mit 15 Prozent damals Andrzej Lepper, der „Samoobrona“-Vorsitzende, des-

sen vorwiegend ländliche und kleinstädtische Wählerschaft keinen Grund sah, dem „Modernisierer“ Tusk zu folgen – sie wählten damals das „solidarische Polen“ Lech Kaczynski und entschieden so die Wahl.

Auch dieses Mal konnte Jarosław Kaczynski das flache Land für sich gewinnen. In den Städten lag Komorowski vorn. Lublin ist die einzige Großstadt mit über 250 000 Einwohnern, in der Kaczynski gewinnen konnte. Und schaut man auf die geografische Verteilung, so fällt ein Zufall ins Auge, der soziologisch nicht restlos erklärbar scheint: Kaczynski lag dort vorn, wo es vor 100 Jahren russisch oder österreichisch zuzuging, Komorowski dort, wo Preußen regierte. Mag sein, dass die jeweilige Art, den eigenen Patriotismus herauszustreichen, auf unterschiedliche Resonanzböden traf. Wie gesagt, die verblüffende Teilung lässt sich feststellen, aber nicht restlos erklären.

Noch ein Wort zu den Linksdemokraten, die durch Napieralskis erfreuliches Ergebnis wieder hoffnungsvoller in die Zukunft blicken. Als der SLD-Vorsitzende nach dem Unglückstod des Präsidentschaftskandidaten der Partei, Jerzy Szmajdzinski, im April seinen Hut in den Ring warf, erntete er vielfach Kritik und wurde von prominenten Namen auf der linken Seite dafür gescholten. Symptomatisch mag hier übrigens General Wojciech Jaruzelski gelten, der zwar seine Unterstützung für Napieralski erklärte, aber sofort hinzufügte, in der zweiten Runde werde er seine Stimme Komorowski geben. Aleksander Kwasniewski versuchte lange, Napieralski zum Verzicht auf die Kandidatur zu bewegen, weil er einen anderen Mann aus dem liberalen Spektrum – Andrzej Olechowski – für aussichtsreicher hielt. Olechowski bekam magere 1,4 Prozent. Und Włodzimierz Cimoszewicz und Marek Borowski erklärten sich noch vor der ersten Runde gleich ganz für Komorowski. Von verlorenen Stimmen sprachen sie, als sie auf die Wahlchancen Napieralskis angesprochen wurden.

Dieser aber stärkte mit seinem Ergebnis seine Position als Parteivorsitzender der SLD. Und als mit Abstand jüngster Kandidat, der das obligatorische Alter für das passive Wahlrecht im Präsidentenfall (35 Jahre) gerade erst überschritten hat, überraschte er mit einer Vision des Landes, in der die alten, schwerwiegenden historischen Teilungen keine große Rolle mehr spielten. So kam es, dass die in den letzten Jahren mitunter altbacken daherkommende SLD mit einem Mal frischen Wind in die politische Landschaft brachte, neue Hoffnung schöpfte für die schwierigen und wichtigen Wahlen auf der Selbstverwaltungsebene (Herbst 2010) und für das Parlament. Und genauso sieht es wohl auch Kwasniewski, der nun von einer neuen Chance für Polens Linksdemokraten spricht.



Impressum:

„DIE LINKE-international“ wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Redaktion: Helmut Ettinger (V.i.S.d P. Oliver Schröder)
Telefon: (030) 24 009-352, Fax: 24 009-425
E-Mail: fip@die-linke.de, Web-Site: <http://die-linke.de>

Redaktionsschluss: 21. Juni 2010

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Helma Chrenko, Hilde Ettinger und Dietmar Schulz.

Gestaltung: Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion, wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

